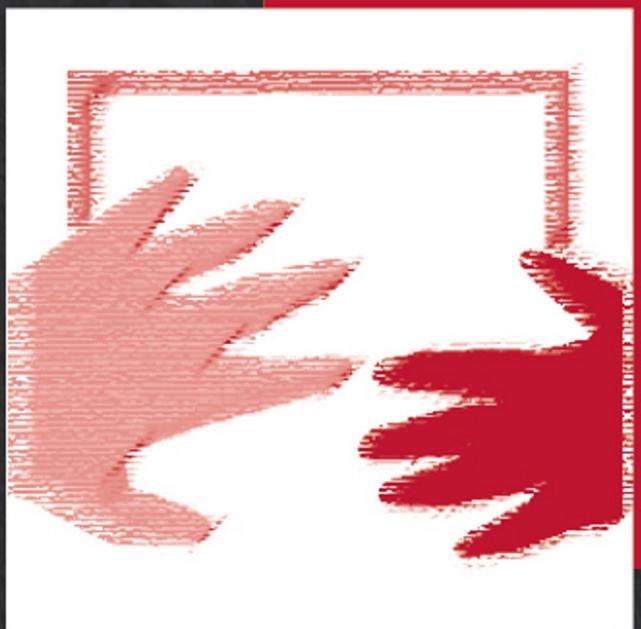


Neue Soziale

FORSCHUNGSJOURNAL

Bewegungen



IN AMT UND EHREN?
Zukunft bürgerschaftlichen Engagements

Editorial

In Amt und Ehren?
 Zukunft bürgerschaftlichen Engagements... 2

Essay
Warnfried Dettling
 Die Bürgergesellschaft als Reformperspektive
 Neue Chancen für das Ehrenamt 8

Hauptbeiträge

Kurt Beck
 Bürgerschaftliches Engagement zwischen
 Tradition und Aufbruch 15

Herfried Münkler
 Ehre, Amt und Engagement
 Wie kann die knappe Ressource
 Bürgersinn gesichert werden? 22

Helmut Klages
 Die Deutschen – ein Volk von
 ‚Ehrenämtlern‘?
 Ergebnisse einer bundesweiten Studie 33

Gisela Notz
 Ehre(n)Amt und Arbeit
 Wer ist der Engagierteste im Land? 48

Adrian Reinert
 Bürgergesellschaft als Prozess
 Wege der Engagementförderung 58

Gisela Jakob/Heinz Janning
 Freiwilligenagenturen –
 Eine erste Bilanz 64

Gerd Mutz
 Unternehmerisches Bürgerschaftliches
 Engagement:
 Corporate Social Responsibility 77

Henk Kinds
 Allianzen zwischen Wirtschafts-
 unternehmen und dem gemeinnützigen
 Sektor 87

Adalbert Evers
 Bürgerschaftliches Engagegment
 Thesen zur zukünftigen Arbeit der
 Enquete-Kommission 92

Pulsschlag

Ansgar Klein
 Enquete-Kommission „Zukunft
 des Bürgerschaftlichen Engagements“ 97

Peter Wahl
 WTO-Proteste in Seattle 100

Georg Weinmann
 Die EU als elektronische Demokratie?
 Konzepte, Initiativen, Hindernisse 103

Klaus Dieter Wolf/Hilmer Schmidt/Ingo Take
 Die Angleichung politischer Steuerungs-
 ziele und -muster als Anpassung an die
 Globalisierung 107

Thomas Pfeiffer
 Eine rechte Bewegungspartei macht mobil
 Zur NPD-Kundgebung am 1. Mai 1998 ... 111

Treibgut

Materialien, Hinweise und Notizen 118

Leserbrief 121

Tagungsbericht:
 Politische Kommunikation
 in Deutschland 124

Literatur

Bürgerengagement auf dem Vormarsch
*(Daniela Crede/Stefan Nährlich/
 Katrin Wiedenhöft/Annette Zimmer)* 126

Bilanz der Bewegungsforschung
(Achim Brunnengräber) 132

Atempause für die Frauenbewegung
(Irina Klave) 135

Annotationen 136

Aktuelle Bibliographie 139

Abstracts 143

Editorial

In Amt und Ehren? Zukunft bürgerschaftlichen Engagements

Nicht erst seit den bekannt gewordenen finanziellen Machenschaften der CDU ist eine allgemeine Unzufriedenheit über ‚die Politik‘ auszumachen. Dieser gegenwärtige Verdross geht Hand in Hand mit einem schon länger zu konstatierenden Desinteresse an traditionellen Organisationen wie Parteien, Verbänden, Gewerkschaften, aber auch den Kirchen, mit ihren klassischen formalen Strukturen und Mitgliedschaften. Im Gegensatz zur Distanz zu den traditionellen Organisationen ergibt sich mit Blick auf die Bereitschaft zum Engagement in der Bevölkerung ein anderes Bild.

Sie ist nach den neuesten Erhebungen größer als bislang vermutet (siehe den Beitrag von Helmut Klages). Die Befunde zeigen, dass Bürgerinnen und Bürger ihre Anliegen zunehmend in die eigenen Hände nehmen (wollen) (zu den geschlechtsspezifischen Selektivitäten des Engagements der Beitrag von Gisela Notz). Ein auf Parteien und Verbände reduziertes Politikverständnis kann die vielfältigen Formen des zivilgesellschaftlichen Engagements nicht angemessen berücksichtigen. Offenbar sind „die eingespielten Abgrenzungen von privat/öffentlich, politisch/sozial, kulturell/ökonomisch (...) durch die aktiven Bürgerinnen und Bürger herausgefordert worden. Vormals Unpolitisches gerät zum politischen Konflikt, vormals Privates erhält öffentliche Aufmerksamkeit“ (Roth 1999a).

Unter diesen herausfordernden Voraussetzungen bedarf es neuer vermittelnder Strukturen, die auf das Engagementpotential angemessen reagieren: Freiwilligenagenturen, Seniorenbüros oder Selbsthilfekontaktstellen operieren in diesem intermediären Raum (mit dem Augenmerk auf Freiwilligenagenturen diskutieren Gisela Jakob und Heinz Janning diesen Aspekt)

Die Diskussion um das bürgerschaftliche Engagement hat Konjunktur (für einen Überblick über Motiv- und Interessenlagen des Engagements Kistler et al. 1999). Aus den Debatten wird deutlich, dass es sich um einen, mehrdeutigen, programmatischen Arbeitsbegriff handelt. Er umfasst die freiwillige bzw. ehrenamtliche Wahrnehmung öffentlicher Funktionen, klassische und neue Formen des sozialen Engagements, der gemeinschaftsorientierten, moralökonomisch bzw. von Solidardarvorstellungen geprägten Eigenarbeit und der gemeinschaftlichen Selbsthilfe (Roth 1999a).¹ In die Diskussion gehen von wissenschaftlicher Seite u.a. Untersuchungen zum ehrenamtlichen Engagement, Ergebnisse der Vereinsforschung, der Dritte-Sektor-Forschung, der Wertewandel-Forschung und der Forschungen zu den neuen sozialen Bewegungen, um die es in den 90er Jahren ruhiger geworden ist, ein. Es bestehen Bezüge zu Diskussionen, die unter den Stichworten ‚Bürgerinitiativen‘, ‚Selbsthilfe‘ oder ‚mehr Demokratie wagen‘ seit den 70er Jahren geführt worden sind und unter den Bezeichnungen Kommunitarismus, Zivilgesellschaft und ‚soziales Kapital‘ fortgesetzt werden.

Trotz dieser Vieldeutigkeit gibt es einen gemeinsamen Bezugspunkt, der im Begriff des bürgerschaftlichen Engagements zum Ausdruck kommt: Innerhalb der Variationsbreite der genannten Facetten trägt bürgerschaftliches Engagement zu den demokratischen Qualitäten der Gesellschaft bei. Gegen eine lange etatistische Tradition gewandt, bedeutet die Wiederentdeckung der aktiven Bürgerin und des aktiven Bürgers für die politische Kultur der Bundesrepublik einen Gewinn. In den zivilgesellschaftlichen Räumen (zur Bürgergesellschaft siehe den Beitrag von Warnfried Dettling) entsteht eine Praxis des Engagements jenseits privater Interessen und Bindungen, das auf das Gemeinwesen bezogen ist und

dieses in sozialen Netzwerken immer wieder neu erschafft. In der aktiven Nutzung der Bürgerrechte und in der sozialen Teilhabe entfalten sich gemeinwohlbezogene Motive und Werthaltungen und damit eine partizipatorische politische Kultur, auf die die Demokratie angewiesen ist. „Aus dieser Perspektive sind die gemeinschaftsbezogenen Aktivitäten und Formen der gegenseitigen Hilfe und Unterstützung und der Interessenartikulation von Bürgerinnen und Bürgern sowie die hier vorfindlichen Organisationsformen wie Bürgergruppen, Vereine und freiwillige Assoziationen Ausdruck und zentrale Grundlage sowohl einer demokratischen politischen Kultur als auch einer solidarischen Wohlfahrtsgesellschaft“ (Evers/Olk 1996: 11).

Bei der Bezeichnung des Handlungsraumes der aktiven Bürgerinnen und Bürger stimmen Konzepte der Zivilgesellschaft und des Dritten Sektors darin überein, dass es sich um eine schwer abgrenzbare Sphäre von Gemeinschaften und Zusammenschlüssen handelt, die sich zwischen den Polen Markt, Staat und Familie (bzw. anderen Lebensbereichen) erstreckt (Roth 1999b). Werden in den Diskussionen um den Dritten Sektor vor allem die ökonomischen Dimensionen eines nicht an Profit orientierten Tätigkeitsfeldes beleuchtet, so steht in den Diskussionen um die Zivilgesellschaft die politische Bedeutung dieser Sphäre im Vordergrund. Hier werden die Formen des politischen Sich-Einmischens, von politischem Protest und zivilem Ungehorsam beleuchtet, die sich mit dem Begriff des bürgerschaftlichen Engagements verbinden.²

Die gesellschaftspolitische Dimension des bürgerschaftlichen Engagements und dessen Bedeutung für die Entfaltung der Zivilgesellschaft gilt es gegen verkürzende Diskurse im Blick zu halten. So werden etwa unter dem Aspekt der sozialen Leistungen oftmals Posi-

tionen vertreten, die das bürgerschaftliche Engagement als unausgeschöpfte Ressource oder Lückenbüßer für den in die Krise geratenen Sozialstaat thematisieren. Eine andere Diskussion sieht die vielfältigen Formen des bürgerschaftlichen Engagements als Bezugspunkt für einen Wandel der Arbeitsgesellschaft. Verkannt werden dabei (worauf Adalbert Evers in diesem Heft hinweist) die guten Gründe, die schon Hannah Arendt dazu bewegen haben, zwischen politischem Handeln und Arbeit einen Unterschied zu machen. Diesen Unterschied gilt es jedoch zu berücksichtigen, wenn die gesellschaftspolitischen Impulse des bürgerschaftlichen Engagements und dessen Stellenwert als bürgerschaftliches Handeln (dazu der Beitrag von Herfried Münkler) ernst genommen werden. Die Berücksichtigung dieses Zusammenhangs ist die Voraussetzung dafür, unverkürzte Bezüge zu den Diskussionen um die Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements für einen Wandel der Arbeits- zur Tätigkeitsgesellschaft und für den Wandel von einer wohlfahrtsstaatlichen zu einer wohlfahrtsgesellschaftlichen Perspektive herzustellen.

Im Kontext der Zivilgesellschaft bezieht sich bürgerschaftliches Engagement auf das Herstellen von politischer Handlungsfreiheit im Gemeinwesen: Engagierte Personen, von denen hier die Rede ist, begegnen sich als Nachbarn und Mitglieder bestimmter kultureller oder lokaler ‚communities‘, aber zugleich auch als ‚citizens‘, als Bürger. „Die Debatte um Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement stellt dabei eine Verbindung her zwischen den sonst vielfach getrennten Diskussionsbereichen um soziales und politisches Engagement“ (Evers 2000: 31).

Inzwischen haben wissenschaftliche und gesellschaftliche Diskurse auch die Politik erreicht. Dort sind Diskussionen über das bür-

Editorial

gerschaftliche Engagement in vollem Gange. Dass sich insbesondere die Vertreter der Kommunen mit dem Thema auseinandersetzen (KGSt 1999), ist verständlich: Hier spielt sich der größte Teil des sozialen und politischen Bürgerengagements ab. Doch auch die Länder und die Bundespolitik haben sich in den letzten Jahren verstärkt mit dem Thema beschäftigt. Im Dezember 1999 erfolgte die Konstituierung einer Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags zur „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ (auf deren nunmehr einsetzende inhaltliche Arbeit nimmt der Beitrag von Gerd Mutz mit Blick auf Fragen der Unternehmenskultur Bezug; Adalbert Evers versteht seinen Beitrag ausdrücklich als Versuch einer Positionsbestimmung für die Arbeit dieser Kommission; Ansgar Klein berichtet über die ersten Arbeitsschritte der Enquete-Kommission bis März dieses Jahres).

Staatliche Akteure können die Voraussetzungen einer Kultur des Bürgerengagements verbessern, aber auch blockieren. Die Leitbild-Debatte einer Reformpolitik, die sich der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements verschrieben hat, beruft sich auf den ‚aktivierenden Staat‘. Dieser verabschiedet sich endgültig von etatistischen Reformkonzepten und wendet sich sowohl gegen den konservativen starken Staat als auch einen neoliberalen Minimalstaat. Ziel des aktivierenden Staates ist eine neue Verantwortungsteilung: Der Staat bewahrt seine Verantwortung für zentrale Probleme der gesellschaftlichen Wohlfahrt und fördert bewusst eine Infrastruktur des Bürgerengagements (Blanke/Schridde 1999). Doch es geht nicht nur um die Förderung einer unterstützten Infrastruktur des Bürgerengagements, sondern auch um ein neues Verhältnis von Rechten, Optionen und Pflichten, um einen beteiligungsfreundlichen Politikstil und ein verändertes Zusammenspiel von Staat, Markt und Bürgerengagement (siehe auch den Beitrag

von Adrian Reinert): ‚Die vorherrschende Subventionsmentalität und ihre Protagonisten werden rasch auch auf der Klaviatur des ‚aktivierenden Staates‘ zu spielen lernen. ... Angesichts dessen rückt die Frage danach in den Vordergrund, welche gesellschaftlichen Potentiale aktiviert werden sollen und welche Politikformen es dazu braucht. Inwieweit soll und muss eine dialogische und beteiligungsfreundliche Politik sich auf ein klügeres staatliches Management von Lobbyinteressen beschränken und inwieweit kann sie ihre Adressaten auch als Bürger ansprechen? Wie groß sind hierzulande bei den gesellschaftlichen Akteuren noch die Fähigkeiten zur Berücksichtigung der jeweils anderen Interessen, die Bereitschaft zur Gemeinwohlorientierung, und wie können sie gestärkt werden? Ausschlaggebend für Erfolgchancen aktivierender Politik in dieser Perspektive wäre dann das, was man in England die ‚civic virtues‘, und hierzulande ‚die politische Kultur‘ nennt“ (Evers/Leggewie 1999: 340).

Bundeskanzler Gerhard Schröder (2000) hat in einem Beitrag – untertitelt ‚Anregungen zu einer Neubestimmung der Aufgaben von Staat und Gesellschaft‘ – sein Konzept einer modernen zivilen Bürgergesellschaft zusammengefasst als „Zivilisierung des Wandels‘ durch politische Integration und ein neues Bürgerbewusstsein“. Ihm gehe es um mehr „Eigenverantwortung, die zu Gemeinwohl führt“. Als neue Maxime bundespolitischen Handelns in der Zivilgesellschaft setzt er „Fördern und Fordern“, eine Losung, deren Gehalt sich erst jenseits eines auf Verteilungskriterien reduzierten Verständnisses von sozialer Gerechtigkeit entfaltet. „Teilhabe und Teilnahme möglichst Aller am Haben und Sagen“, darauf komme es an. Und wo lassen sich solche Werte und Ziele besser lernen als in der soziale und kulturelle Identifikationen ermöglichenden Zivilgesellschaft?

„Gut gebrüllt Löwe“, möchte man sagen und darin die ersten Anzeichen des aktivierenden Staates erblicken. Doch muss es sich erst noch erweisen, ob die neue Bundesregierung tatsächlich daran interessiert ist, ihren Abstand zum Bürger zu verringern und sich bereit erklärt, diesem Felder zu überlassen, für die sich der Staat bisher als genuin zuständig zeichnete. Ob die nach wie vor als Einbahnstraße ‚top/down‘ operierende Regierungskommunikation – wenn auch zunehmend internetmäßig aufgepeppt – einen Weg aus ihrer sozialtechnologischen Verengung herausfindet und in einen tatsächlichen Dialog mit dem Bürger mündet, muss gegenwärtig skeptisch betrachtet werden. Dass es sich auf diesem Gebiet jedoch als halsbrecherisch erweisen könnte, auf lange Sicht praktische Förderung und Unterstützung durch einlullende symbolische Politik zu ersetzen, wird von manchem bereits erahnt.

Politik in der Zivilgesellschaft – zumal wenn damit die Aufforderung verbunden ist, dass sich der selbstorganisierende Bürger auch als politisches Subjekt verstehen möge – muss bereit sein, sich auf einen auch unbequemen Prozess des Daueraushandelns von Entscheidungen einzulassen. Hier gilt allemal die alte Formel: Betroffene zu Beteiligten zu machen, statt ihnen – wie bisher – die Kröten, die sie schlucken sollen, nur durch immer verfeinerte Rezepturen schmackhaft machen zu wollen.

Die Vollversammlung der Vereinten Nationen hat das Jahr 2001 zum Internationalen Jahr der Freiwilligen (IJF) ausgerufen. Die auch für Deutschland relevanten, hier formulierten Ziele

- den Freiwilligensektor besser in den politischen Willensbildungsprozess einzubinden
- Freiwilligenarbeit besser zu fördern

- nationale und internationale Netzwerke auszubauen
- den Beitrag von Freiwilligen für ihr jeweiliges Gemeinwesen besser anzuerkennen

öffnen ein Aufgabenfeld, das weitreichende Konsequenzen für eine zukunftssträchtige und ernstgemeinte Reform der politischen Rahmenbedingungen bürgerschaftlichen Engagements nach sich ziehen würde. Freilich: Als dem Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend der Auftrag erteilt wurde, das Internationale Jahr der Freiwilligen 2001 in Deutschland zu planen, zu organisieren und durchzuführen, gewährte man eine personelle Ausstattung von 1,5 Stellen – wohl kaum der erhoffte Aufbruch zu neuen Ufern.

Dabei gibt es von Seiten der Politik – das gilt für die Bundes-, Landes- als auch Kommunalebene – genügend zu tun. Bisher hat sie ihre Rolle als ‚Ermöglichungsstaat‘ noch nicht angenommen. Weder bringt sie moderierend die oft sehr unterschiedlichen Milieus der Ehrenamts- und Freiwilligen-Szene sowie der bürgerschaftlich Engagierten mit dem Ziel kommunaler Vernetzung (z.B. Schulung) zusammen, noch hat sie überhaupt das Integrationspotential erkannt, das in bürgerschaftlichem Engagement steckt, um der vor allen in unseren Großstädten verstärkt um sich greifenden Marginalisierung bestimmter Bevölkerungsgruppen effektiv zu begegnen. Auch über die kultur- und sozialstrukturell anders gearteten Engagementpotentiale unserer ausländischen Mitbürger wissen wir bisher praktisch nichts. Hier liegen Ressourcen, die der nach wie vor schwierigen Annäherung unterschiedlicher Kulturen in unserem Land eine neue, positive Facette hinzufügen werden. Für die hier zuge-

Editorial

wanderten Ausländer gilt derselbe Mechanismus, der im vorigen Jahrhundert für die Industriearbeiterschaft als ‚vaterlandslose Gesellen‘ und die Katholiken als mangelhafter nationaler Treue verdächtige ‚Ultramontane‘ in einem protestantisch dominierten Preußen galt: Erst auf der Grundlage eines weitverzweigten Netzwerkes von Vereinen und Initiativen im eigenen Milieu gelingt die Integration in Staat und Gesellschaft. Im übrigen werden bürgerschaftliche Aktivitäten im Bereich der Zuwanderer – ebenso wie der Hinweis auf die wachsende Bedeutung von Zuwanderern für die ökonomische Entwicklung der Bundesrepublik – ein wirksames Gegenmittel gegen stereotype Klischees von den seltsam reduzierten sozialen und kulturellen Traditionen der Zuwanderer bilden und unser Ehrenamts- und bürgerschaftliches Leben bereichern.

Ähnliches gilt für die noch ausstehende Situationsanalyse in den neuen Bundesländern. Hier gab es vormalig zwei nunmehr untergegangene Formen von Solidarität: die staatlich verordnete ‚real existierende‘ Systemsolidarität als sozial kontrollierte Freiwilligenarbeit an Feierabenden und an Sonn- und Feiertagen einerseits, und die auf kreativer Nachbarschaftshilfe beruhende Solidarität bei der Überwindung des Mangels andererseits. Vor diesem Hintergrund fällt es in den neuen Bundesländern besonders auf, wie schwer man sich hier sowohl mit dem klassischen Begriff des Ehrenamts als auch neuen Formen bürgerschaftlichen Engagements tut.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass es vor allem zwei Gründe sind, warum die Politik sich bislang noch eine selbstverordnete Zurückhaltung in Sachen Bürgerengagement auferlegt. Wollte sie ernsthaft z.B. nur die Förderrichtlinien für Freiwilligenarbeit den jeweiligen spezifischen Bedürfnissen vor Ort angleichen, müsste sie zugleich eine Diskussi-

on über die Neubewertung gesellschaftlicher Arbeit in ihrem Verhältnis von bezahlten zu unbezahlten Teilen führen. Damit verbunden wäre eine Auseinandersetzung mit dem *Begriff* ehrenamtlicher Tätigkeit, der seit geraumer Zeit in einer Krise steckt. Bisher sieht sich niemand in der Lage, die Heterogenität des Gemeintens sowohl inhaltlich als auch begrifflich zeitgemäß zu definieren.

Noch wesentlicher aber scheint, dass die Neuorientierung der Politik auf eine moderierende Rolle in der Zivilgesellschaft als Anfang vom Ende gefürchtet sein könnte. Es scheint die Sorge umzugehen, realen Machtverlust dort zu erleiden, wo bisher ein staatliches Definitions- und Informationsmonopol der Politik die Vorherrschaft über die Welt der Vereine, Gruppen und Initiativen sicherte. Beides – eine klare Vorstellung über bürgerschaftliches Engagement und die Akzeptanz einer neuen Rolle – wird der Politik auf Dauer jedoch nicht erspart bleiben

Einige Beiträge dieses Heftes gehen zurück auf Vorträge und Diskussionen einer Veranstaltung vom 3. Dezember 1999 der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz zum Thema ‚Modernes Ehrenamt heute. Symposium zu den gesellschaftlichen Grundlagen, aktuellen Erscheinungsformen und Zukunftsperspektiven bürgerschaftlichen Engagements‘. Das Forschungsjournal dankt an dieser Stelle der Staatskanzlei für die gute Kooperation.

*Frank Heuberger und Gerd Mielke, Mainz/
Ansgar Klein und Peter Kuleßa, Berlin.*

Anmerkungen

¹ „Jeder dritte der ehrenamtlich bzw. freiwillig Engagierten bezeichnet die ausgeübte Tätigkeit als ‚Ehrenamt‘ (32 Prozent). Häufiger wird die Bezeichnung ‚Freiwilligenarbeit‘ als zu-

treffend gesehen (48 Prozent). Seltener werden Begriffe wie ‚Initiativen- oder Projektarbeit‘ (7 Prozent), ‚Bürgerengagement‘ (6 Prozent) oder ‚Selbsthilfe‘ (2 Prozent) gewählt.“ (Rosenblatt/Picot 1999: 4).

² Vor diesem Hintergrund ist auch auf die Diskussion um *unzivile* Formen des Bürgerengagements zu verweisen. Gewalt, Intoleranz und ein an Feindbildern orientiertes Engagement wären in diesem Zusammenhang zu nennen. (Keane 1996; Miller/Soeffner 1996). Der Hinweis auf die Konnotationen des Zivilitätsbegriffs macht die normative Dimension deutlich, die in Begriffen des bürgerschaftlichen Engagements und der Zivilgesellschaft eine notwendige Rolle spielt. (Für die diesbezügliche Debatte um die Zivilgesellschaft und die Notwendigkeit einer demokratischer Selbstbeschränkung zivilgesellschaftlicher Akteure siehe Rödel 1994; Habermas 1983).

Literatur

- Blanke, Bernhard/Schridde, Henning* 1999: Bürgerengagement und Aktivierender Staat. Expertise im Rahmen des Sozialpolitischen Qualitätsmanagements. Hg. vom Niedersächsischen Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales. Hannover.
- Evers, Adalbert* 2000: Bürgerschaftliches Engagement und soziale Reformpolitik. Über Verständnis von und Umgang mit einer Form des sozialen Kapitals. In: Hildemann, K.D. (Hg.): Abschied vom Versorgungsstaat? Erneuerung sozialer Verantwortung zwischen Individualisierung, Markt und bürgerschaftlichem Engagement. Mühlheim a.d. Ruhr, 27-38.
- Evers, Adalbert/Leggewie, Claus* 1999: Der ermunternde Staat. Vom aktiven Staat zur aktivierenden Politik. In: GMH, Heft 6.
- Evers, Adalbert/Olk, Thomas* 1996: Analytische und normativ-politische Dimensionen eines Leitbegriffs. In: dies. (Hg.): Wohlfahrtspluralismus. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft. Opladen, 9-60.
- Habermas, Jürgen* 1983: Ziviler Ungehorsam – Testfall für den demokratischen Rechtsstaat. Wider den autoritären Legalismus in der Bundesrepublik. In: Glotz, P. (Hg.), Ziviler Ungehorsam im Rechtsstaat. Frankfurt/M., 29-53.
- Keane, John* 1996: Reflections on Violence. London.
- KGS* 1999: Bürgerengagement – Chance für Kommunen, Bericht Nr. 6. Köln.
- Kistler, Ernst/Noll, Heinz-Herbert/Priller, Eckhard* (Hg.) 1999: Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts: empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Meßkonzepte. Berlin.
- Miller, Max/Soeffner, Hans-Georg* (Hg.) 1996: Modernität und Barbarei. Soziologische Zeitdiagnosen am Ende des 20. Jahrhunderts. Frankfurt/M.
- Rödel, Ulrich* 1994: Zivilgesellschaft und selbstorganisierte Öffentlichkeiten. In: Forschungsjournal NSB, Jg. 7, Heft 1, 34-46.
- Rosenblatt, Bernhard von/Picot, Sibylle (Infratest Burke Sozialforschung)* 1999: Freiwilligenarbeit, ehrenamtliche Tätigkeit und bürgerschaftliches Engagement – Überblick über die Ergebnisse. München.
- Roth, Roland* 1999a: Chancen und Hindernisse bürgerschaftlichen Engagements in den neuen Bundesländern. Beitrag auf dem Symposium der Toepfer-Stiftung am 28. April in Berlin, Manuskript.
- Roth, Roland* 1999b: Bürgerschaftliches Engagement – Formen, Bedingungen, Perspektiven. In: Zimmer, A./Nährlich, S. (Hg.): Bürgerschaftliches Engagement. Opladen (im Erscheinen). Hier zitiert nach dem Manuskript.
- Schröder, Gerhard* 2000: Die zivile Bürgergesellschaft. Anregungen zu einer Neubestimmung der Aufgaben von Staat und Gesellschaft. In: Süddeutsche Zeitung, Nr. 70, 19.

Essay

Warnfried Dettling

Die Bürgergesellschaft als Reformperspektive

Neue Chancen für das Ehrenamt¹

Die Bürgergesellschaft hat Karriere gemacht. Jedenfalls als Begriff und als Idee. Viele verstehen vieles darunter. Das ist nicht weiter verwunderlich. Das war und ist auch bei anderen zentralen politischen Begriffen so, bei der Demokratie, dem Sozialstaat und der sozialen Marktwirtschaft. Dennoch ist es nützlich zu wissen, was man meint, wenn man Bürgergesellschaft sagt. Ich schlage vor, diesen Begriff in einem doppelten Sinne zu verstehen, ihn also gleichsam auf zwei verschiedenen Ebenen anzusiedeln. ‚Bürgergesellschaft‘ meint einmal das Ganze, und sie meint zum anderen einen Teil (civil society). Die Unterscheidung soll helfen, das große Ganze nicht aus dem Blick zu verlieren, aber auch, den Teil, zum Beispiel das Ehrenamt oder die Vereine, nicht mit dem Ganzen der Bürgergesellschaft zu verwechseln.

Leitbild für eine gute Gesellschaft

Bürgergesellschaft kann man verstehen als ein Leitbild für jene Ordnung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, die etwas vom Bürger erwartet, in der nicht nur ‚alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht‘, um dann, wie Zyniker ergänzen, nie wieder zurückzukommen, in der vielmehr auch möglichst viel Selbstorganisation bei der Gesellschaft verbleibt. Der Idee der Bürgergesellschaft liegt also ein Verständnis von bürgerschaftlichen Aktivitäten zugrunde, das sich nicht nur auf die Teilnahme bei Wahlen beschränkt.

Gegen dieses Verständnis von Demokratie – als eine (legitime) Form politischer Herrschaft und als eine Form gesellschaftlicher Selbstorganisation – wird oft eingewandt: Der (demokratische) Staat sei ja nichts anderes als eine Form der gesellschaftlichen Selbstorganisation. Das ist sicher richtig. Aber richtig ist doch wohl auch: Der Staat ist nur *eine* Form der gesellschaftlichen Selbstorganisation. Kirchen lassen sich verstehen als eine Form der religiösen Selbstorganisation der Gesellschaft. Märkte lassen sich verstehen als eine Form der wirtschaftlichen Selbstorganisation der Gesellschaft. Gewerkschaften lassen sich verstehen als eine Form der Selbstorganisation der Arbeitnehmer. Aristoteles hat in seiner ‚Politik‘ wohl als einer der Ersten darauf hingewiesen: Lange vor allen *politischen* Formen der Selbstorganisation gibt es andere, und je mehr es davon gibt und je tragfähiger diese Formen sind, umso besser für eine zivile, im anspruchsvollen Sinne ‚bürgerliche‘ Gesellschaft.

Die sozialen Räume jenseits von Markt und Staat erweitern!

Die eine Dimension der Bürgergesellschaft meint also das Große und Ganze, die andere Dimension meint nicht das Kleine, aber das Besondere, nämlich einen Teilbereich der Gesellschaft und der menschlichen Aktivitäten: all jene sozialen Räume, in denen Menschen freiwillig, aber nicht privat, öffentlich, aber nicht unter staatlicher Regie tätig sind, also

Vereine, Initiativen, Ehrenamt und noch vieles mehr. Die Verlegenheit, all diese Räume und Aktivitäten auf den, auf *einen* Begriff zu bringen, kann erklären helfen, warum diese Räume und Aktivitäten in erfolgreichen Wirtschafts- und Staatsgesellschaften bisher eher ein Schattendasein führen. Man spricht von den Räumen jenseits von Staat und Markt oder jenseits von Markt und Macht. Oder man spricht vom Dritten Sektor und meint damit nicht den tertiären Sektor der Dienstleistungen (neben Landwirtschaft und Industrie), sondern alles, was weder Staat (Öffentlicher Dienst) noch Privatwirtschaft ist. Oder man stellt die Motivationen oder die jeweiligen Logiken in den Vordergrund, die in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft dominieren. Während in der privaten Wirtschaft die For-Profit-Logik vorherrscht und im Staate die Hierarchie- und Bürokratielogik, sollen sich in den sozialen Räume der civil society eher ideelle Motive und gemeinsames Engagement entfalten können, auf die wiederum die Bürgergesellschaft angewiesen ist.

Bürgergesellschaft: Eine Idee ohne Theorie?

Wie dem auch immer sei: Das Fehlen eines eingängigen und einfachen Begriffes für die ‚Bürgergesellschaft‘ verweist auf einen entscheidenden Sachverhalt: Während es allgemeine Staatslehren und Theorien der Demokratie gibt, die relativ präzise und verbindlich sagen können, was man bei einer demokratischen Ordnung des Staates beachten muss; während die (neo)klassische ökonomische Theorie und die neue politische Ökonomie angeben können, was man eher tun und lassen sollte, um eine möglichst erfolgreiche Wirtschaft zu haben, fehlt etwas Vergleichbares für das Thema, das hier zur Debatte steht. Es gibt eine Ordnungstheorie und -politik des Staates. Es gibt eine Ordnungstheorie und -politik der

Wirtschaft. Eine beiden vergleichbare *soziale* Ordnungstheorie und -politik steht allenfalls in den Anfängen. Die Soziallehren bestehen in aller Regel aus einem System normativer Sätze, die oft nur eine lockere Anbindung an die Wirklichkeit haben und Sachverhalte, Zusammenhänge und ungewollte Nebenwirkungen oft einfach ausblenden.

Staat, Wirtschaft und Gesellschaft: Eine neue Balance und Synergie?

Die Stärke der Theorie und der praktische Erfolg der Systeme Staat und Markt sind sicherlich entscheidende Ursachen dafür, dass sich diese beiden Teilordnungen der gesamten Gesellschaft bemächtigt haben. Ein anderer Grund ist wohl, dass im Kalten Krieg (Wettbewerb der Systeme) ein solches Welt-Bild, das nur Staat und Markt, aber keine Bürgergesellschaft kennt, nach außen und nach innen recht plausibel war. Die alten sozialen Traditionen und sozialmoralischen Milieus (Kirchen, Arbeiterbewegung, Bürgertum) waren lange noch intakt, und so konnte kaum ein öffentliches Bewusstsein aufkommen für den elementaren Sachverhalt: Gesellschaft ist mehr und etwas anderes als Staat, und Gesellschaft ist mehr und etwas anderes als die Ökonomie, und doch braucht die Bürgergesellschaft beide: einen handlungsfähigen Staat und eine leistungsfähige Wirtschaft. Die Idee der Bürgergesellschaft steht gegen den Etatismus der einen wie gegen den Ökonomismus der anderen, aber nicht in Konfrontation oder als Antithese, sondern als Versuch, eine neue Balance und Synergie herzustellen, welche die Teilordnungen in ihren Potentialen stärkt und zur Entfaltung bringt, ohne ihre Grenzen zu missachten. Dem Staat stehen nur begrenzte Mittel und Wege (im Wesentlichen Geld und Recht) zur Verfügung, um seine Ziele zu erreichen. Es könnte aber sein, dass in Zukunft Bedürfnisse und Probleme wachsen, die auf diese Weise nicht befriedi-

Essay

gend erreicht werden können. Auf ökonomischen Märkten hat nur das einen Wert, was einen Preis hat, was in monetären Einheiten verrechnet werden kann. Es könnte aber sein, dass in einer Zukunft, in der die ‚sozialnatürlichen‘ Traditionen nicht mehr so weit tragen, wieder Dinge wichtig und wertvoll werden, die man auf dem Markt nicht kaufen und vom Staat nicht haben kann.

Das Menschenbild der Bürgergesellschaft

Eine solches Leitbild für Staat und Gesellschaft ist nicht selbstverständlich. Es ist sehr voraussetzungsgebunden, und in Geschichte und Gegenwart eher die Ausnahme als die Regel. Diesem Leitbild liegt nämlich ein ganz bestimmtes Bild vom Menschen zugrunde. Es begreift den Menschen, jeden einzelnen, als selbständiges, einzigartiges und gemeinschaftsbezogenes Wesen. Man kann dieses Menschenbild christlich begründen und darauf hinweisen, dass jeder Mensch eine unsterbliche Seele hat. Man kann dieses Menschenbild auch von der klassischen Politik her begründen und mit Aristoteles sagen: Der Mensch unterscheidet sich von allen anderen Lebewesen vor allem durch zwei Merkmale. Er ist auf Gemeinschaft hin angelegt (*zoon politikon*), und er ist ein vernunftbegabtes Lebewesen (*zoon logon echon*). Dank seiner Vernunft kann er Gut und Böse, gerecht und ungerecht, wahr und falsch unterscheiden. Diese beiden Qualifikationen, Vernunft und Gemeinschaftlichkeit, befähigen ihn, nach dem *guten Leben* und nach der *guten Gesellschaft* zu fragen.

Kritik an Alternativen zu der Bürgergesellschaft

Eine solche Sicht der gesellschaftlichen Dinge ist nicht selbstverständlich. Die Alternativen aus Geschichte und Gegenwart sind bekannt. Da ist einmal die *benevolente*, also wohlwol-

lende und gutmütige *Diktatur*. Warum, so könnte man mit Plato fragen, sollte man die öffentlichen Dinge nicht weisen, guten und selbstlosen Herrschern anvertrauen, also die Philosophen zu Königen machen oder umgekehrt? Eine andere Alternative ist aus der neueren Zeit eher bekannt: der *fürsorgliche*, wiewohl demokratisch legitimierte *Sozialstaat*. Andere setzen all ihre Hoffnung auf einen *idealen Markt*, der alle aufs Beste versorge, wenn man ihn nur lasse. Und schließlich gibt es viele, die darauf hoffen, dass, den biblischen ‚Lilien auf dem Felde‘ gleich, wie von selbst *Philanthropie*, *Ehrenamt*, *Familie* immer wieder wachsen und sich erneuern werden, ohne dass man dafür allererst ge-deihliche Bedingungen schaffen müsste.

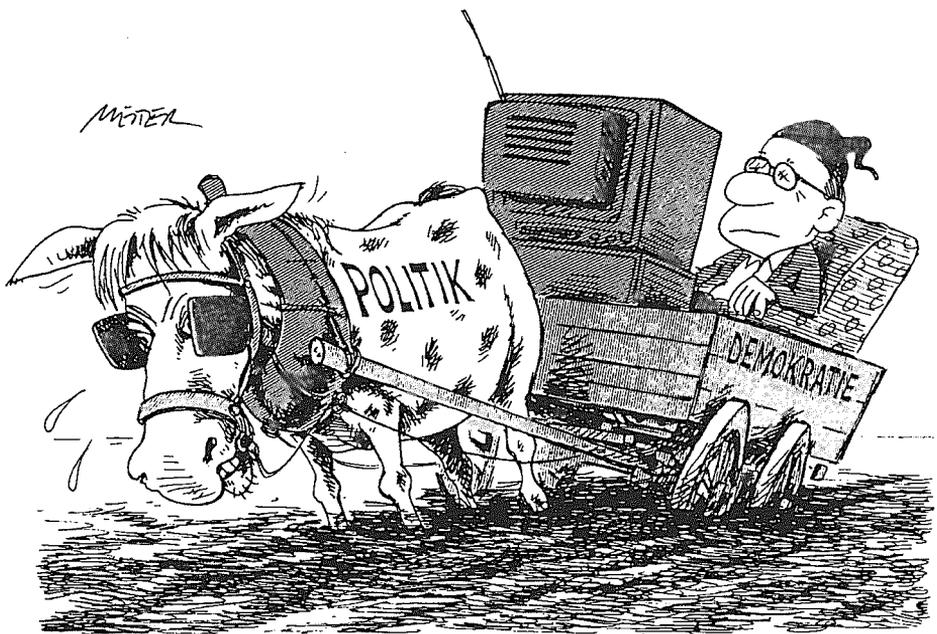
Natürlich lassen sich diese Alternativen zur Bürgergesellschaft bestimmten politischen (nicht: parteipolitischen) Positionen zuordnen. Sie entsprechen in etwa jenen Positionen und Milieus, aus denen mehr oder weniger deutlich Kritik an der Bürgergesellschaft vorgetragen wird. Anhänger von *Old Labour*, also die traditionelle Sozialdemokratie, befürchten hinter der Bürgergesellschaft den Abbau des Sozialstaates und lehnen sie deshalb ab, während Vertreter von *New Labour*, auch und gerade in deutschen Kanzlerämtern, Staatskanzleien und Ministerien, diese Idee oft ausdrücklich unterstützen und darin auch einen Beitrag zur Modernisierung der Gesellschaft sehen. *Teile der Wirtschaft und der Arbeitgeberverbände* lehnen die Bürgergesellschaft ab, weil sie sich sorgen um zusätzliche Ausgaben der öffentlichen Hände und weil sie dahinter eine Kritik an der marktwirtschaftlichen Ordnung, zugespitzt gesagt: an der Omnipotenz des Marktes wittern. Auch viele Anhänger des *klassischen Ehrenamtes*, vom kirchlichen Milieu bis hin zu den Sportvereinen, stehen der Bürgergesellschaft reserviert gegenüber, weil sie einmal und zu recht den Wettbewerb um begrenzte öffentliche Mittel fürchten und zum anderen die ‚modernen‘ Formen

des Engagements, das ja nicht alleine aus selbstlosen Motiven erfolgen muss, sondern durchaus auch aus eigensinnigen Motiven heraus erfolgen kann, als moralisch minderwertig relativieren. Schließlich werden gelegentlich auch *konservative Vorbehalte* gegen die Bürgergesellschaft formuliert, die in ihr einen Verlust an Staatlichkeit und Schritte in eine Vergesellschaftung des Staates erblicken.

Was die Bürgergesellschaft nicht leisten kann

So wie es Grenzen des Staates und Grenzen des Marktes gibt, so gibt es auch Grenzen der Bürgergesellschaft. Sie ist *kein Ersatz für den Sozialstaat*. Sie kann, ja sie muss zum einen den Sozialstaat ergänzen, und es lassen sich zum andern aus dem normativen Konzept der Bürgergesellschaft Leitlinien für eine Reform des Sozialstaates ableiten: Wie muss er sich

verändern, damit er zur Aktivierung der Menschen beiträgt und nicht gegen seine Absicht in eine Kultur der Abhängigkeit führt? Weder die Renten- noch die Krankenversicherung lassen sich bürgergesellschaftlich organisieren. Aber die Frage der finanziellen Sicherheit ist ja nur *ein* Aspekt einer umfassend verstandenen sozialen Sicherheit und Integration im Alter. Wie es Menschen im Alter geht, ob sie ausgegrenzt werden oder nicht, hängt nicht alleine von staatlichen oder privatwirtschaftlichen Maßnahmen oder Einrichtungen ab. Ein anderes Beispiel: In einem gleichen Zugang zu Gesundheitsgütern kann man einen Ausdruck der gesellschaftlichen Solidarität sehen. Aber ohne aktive Mitwirkung der Patienten, ohne mehr Eigenverantwortung für die Gesundheit, ohne Öffnung der Kassen für soziale Netzwerke, Selbsthilfegruppen und Initiativen dürfte das Ziel, die Gesundheit der Menschen zu verbessern, nicht erreicht werden.



Essay

Die Bürgergesellschaft ist, zweitens, *keine Zauberformel, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und wieder Vollbeschäftigung zu schaffen*. Alle empirischen Untersuchungen bestätigen: Menschen, die bereits ganz gut in die Gesellschaft integriert sind, sei es über Erwerbsarbeit und/oder über die Familie, sind auch in höherem Maße zu freiwilligem sozialen Engagement zu bewegen als andere. Aber wenn und soweit es gelingt, darüberhinaus Menschen an sinnvolle Aufgaben heranzuführen, verbessert sich auch ihre Chance, wieder in den so genannten ersten Arbeitsmarkt integriert zu werden. Und die Bürgergesellschaft ist schließlich, jedenfalls kurz- und mittelfristig, *kein Mittel und Weg, um die öffentlichen Kassen zu entlasten*. Der Grund dafür ist einfach: So wie eine wirtschaftlich produktive Gesellschaft eine wirtschaftliche Infrastruktur (Straßen, Schienen, ...) braucht, die selbst wiederum nicht privatwirtschaftlich, sondern als öffentliche Aufgabe erstellt und bezahlt wird, so braucht auch eine sozial produktive Gesellschaft eine soziale Infrastruktur, die nicht durch das spontane Wirken einzelner Individuen, sondern nur als gemeinsames Werk, als öffentliche Aufgabe erstellt werden kann. Das kostet zunächst einmal Geld, auch wenn dadurch später Mittel eingespart werden können.

Was die Bürgergesellschaft leisten kann

Die Bürgergesellschaft ist ein Leitbild für die Entwicklung eines entwickelten Landes. Sie gibt Antwort auf die Frage, wohin sich unsere Gesellschaft entwickeln sollte. Dieses Leitbild kann erstens dabei helfen, *zentrale gesellschaftliche Probleme mit mehr Aussicht auf Erfolg anpacken zu können als bisher*. Die Regierungen geben immer mehr Geld aus, um bestimmte Probleme zu lösen (bessere Bildung, Arbeit für alle, innere Sicherheit, Gesundheit), und trotzdem erreichen sie diese Ziele nicht auf

eine befriedigende Weise. Woran liegt es, und wie kann man das ändern? In Großbritannien wird die These eines Blair-Beraters (Perri 6) diskutiert, die da sagt: Besserung ist nur in Sicht, wenn es gelingt, das Verhalten der Akteure zu ändern, der Arbeits- und der Sozialämter, der Arbeitslosen und der Armen, der Ärzte und der Patienten, der Lehrer, Eltern und der Schüler. Darf eine Regierung das? Perri 6 spricht von einem *Culture-Changing-Government*, fordert eine Politik, die es ausdrücklich darauf anlegt, das Verhalten der Menschen und die soziale Kultur einer Gesellschaft zu ändern. Und er nennt eine zweite Voraussetzung, um die Zustände zu verbessern, nämlich die politische Methode zu ändern, nach der in Städten und Gemeinden soziale Probleme gelöst werden. Er plädiert für ein *Holistic Local Government* und meint damit, in Sozialräumen und ganzheitlich zu denken und nicht (nur) in der Perspektive einzelner Behörden, Förderpläne und Zuständigkeiten. Beide Reformstrategien können nur gelingen, wenn die Bürger stärker einbezogen werden; wenn aus Konsumenten möglichst umfassend auch Produzenten sozialer Dienstleistungen werden, die gemeinsam soziales Kapital erwirtschaften; mit einem Satz: wenn sich die lokale Politik vom Leitbild der aktiven Bürgergesellschaft inspirieren lässt.

Wir brauchen, zweitens, mehr Bürgergesellschaft, um Menschen *jenseits der Erwerbsarbeit* an der Gesellschaft teilhaben zu lassen und *gesellschaftliche Aufgaben mit sinnvollen Tätigkeiten* verbinden zu können. Das hört sich harmlos an, bedeutet aber nichts weniger als einen Paradigmenwechsel: den Abschied von der alten Arbeitsgesellschaft, wie wir sie kennen. Das bedeutet nicht, abzurücken von dem Ziel, möglichst viele Erwerbsarbeitsplätze zu schaffen. Es bedeutet aber eine Anerkennung der neuen Wirklichkeit, und es bedeutet eine differenziertere Analyse und Politik. Zu diffe-

renzieren wären vor allem der Begriff der Arbeitslosigkeit – und die entsprechende Statistik. Beide fassen zusammen, was nicht zusammen gehört. Unter den Arbeitslosen gibt es wenigstens drei Gruppen. Da sind jene, die ihre bisherige Tätigkeit verloren haben, eine neue suchen und finden werden, und in diesem Prozess bis zu drei Monaten arbeitslos sind. Das wird künftig für immer mehr Menschen immer normaler werden. Von ‚Arbeitslosen‘ sollte man hier erst gar nicht sprechen. Dann gibt es andere, die bis zu einem Jahr arbeitslos sind aber hoffen können, durch entsprechende arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wieder in den Arbeitsmarkt zurückzukommen. Und dann gibt es die wachsende Gruppe jener, die länger als ein Jahr, oft mehrere Jahre arbeitslos sind und bei denen es vor allem darum geht, sie nicht nur zu alimentieren, sondern darüber hinaus sinnvolle Tätigkeiten und Aufgaben jenseits der traditionellen Erwerbsarbeit zu finden, um zu verhindern, dass sie mit dem Verlust der Erwerbsarbeit ganz und total aus der Gesellschaft herausfallen.

Damit stellt sich der Bürgergesellschaft eine dritte Aufgabe und Chance: *die Spaltung der Gesellschaft und die soziale Ausgrenzung vieler Menschen zu verhindern*. Die alte soziale Frage bestand darin, die Ausbeutung der arbeitenden Menschen zu verhindern. Die Antwort auf diese Frage ist als ein eindrucksvolles Werk zu besichtigen: Tarifautonomie, Betriebsverfassung, Sozialpartnerschaft, Mitbestimmung, Sozialstaat. Die neue soziale Frage besteht darin, die Ausgrenzung der nicht arbeitenden Menschen zu verhindern. Hier steht unsere Gesellschaft noch ganz am Anfang. Die neue soziale Frage wird ihre Antworten in den Städten und Gemeinden finden – oder nicht finden. Bund und Länder können dabei helfen oder hindern. Solidarität im 21. Jahrhundert wird sich daran erweisen, ob ganze Gruppen der Gesellschaft, die scheinbar nicht ‚ge-

braucht‘ werden, einfach abgeschrieben werden oder nicht.

Die Bürgergesellschaft ist, viertens, deshalb notwendig, um *soziale Anstalten in sozial lebendige Orte zu verwandeln*. In den vergangenen drei Jahrzehnten haben die sozialen und andere Dienste eine durchgängige Professionalisierung erfahren: in Schulen, Krankenhäusern, Altersheimen, Bibliotheken, Kindergärten. In diesen Einrichtungen leisten Hauptamtliche professionell gute Arbeit. Gleichzeitig hat sich der Rest der Gesellschaft daran gewöhnt, soziale Probleme an soziale Einrichtungen zu delegieren – und damit oft genug zu entsorgen. Es gibt in gut ausgestatteten Einrichtungen und hinter finanziell gut ‚befestigten‘ Mauern oft genug eine soziale Wüste, die nicht sein müsste. Warum werden nicht an allen staatlichen und auch privaten (Unternehmen!) Einrichtungen je eine kleine soziale Task Force eingerichtet, ein Team von drei, vier hauptamtlichen Sozialarbeitern, deren doppelte Aufgabe darin besteht, Freiwillige zu mobilisieren und die Anstalten zu motivieren (und zu beraten), sich für das soziale Engagement Freiwilliger zu öffnen, eine soziale Task Force, deren Stärke, Bezahlung und Ansehen sich danach richten (und mehren) könnten, wie erfolgreich sie bei der Aktivierung sozialer Ressourcen in der Gesellschaft ist?

Die Bürgergesellschaft kann schließlich und endlich, wenn sie gelingt, *das Leben der Menschen bereichern*. Die katholische Caritas und die evangelische Diakonie kannten diese Motivation schon immer, wenn sie die Gläubigen anspornten, Gutes zu tun, ... *denn euer Lohn wird groß sein im Himmel*. Wer die Bürgergesellschaft auf eine breite Grundlage stellen will, der muss auch innerweltliche Motivationen und Gratifikationen für soziales Engagement als legitim anerkennen. Der Wiener Psychiater Viktor E. Frankl spricht in einem seiner Bücher

Essay

vom ‚Leiden am sinnlosen Leben‘, weil viele keine Aufgabe, keinen Menschen, keine Aktivität mehr haben, die über sie selbst hinausweist. Soziale Transzendenz als eine andere Form der Selbstverwirklichung und der Selbstheilung in sozialen Zusammenhängen: Das ist gewiss eine neue Perspektive für Alltagssolidaritäten im 21. Jahrhundert. Je besser Menschen mit anderen vernetzt sind, umso weniger anfällig sind sie für soziale Risiken wie Arbeitslosigkeit, Drogenkonsum, Krankheiten. Wer von seinem *Leben* noch etwas *erwartet* und mit anderen noch etwas unternimmt, hat eine längere *Lebenserwartung*. Leben und Tod hängen (vertikal) auch von der sozialen Leiter ab, auf der sich Menschen befinden, und sie hängen (horizontal) auch von der Qualität der Gemeinschaften ab, deren Teil sie sind. Wer etwas für andere tut, hilft sich damit selbst. Mit einem manichäischen Weltbild, das die soziale Welt einteilt in zwei Lager, in die Kinder des Lichts und in die Kinder der Finsternis, in jene, die sich selbstlos für andere opfern, und in jene, die sich egoistisch und hedonistisch selbst verwirklichen, lassen sich die sozialen Ressourcen der Gesellschaft in Zukunft nicht erschließen. Eine sozial aktive Bürgergesellschaft trägt dazu bei, setzt aber auch voraus, Individualismus und soziales Engagement in einem neuen Licht zu sehen; sie lässt sich auch als Einladung verstehen, für sich selbst ein erfülltes Leben zu leben, indem man etwas für andere, für das Gemeinwesen tut.

Eine Bürgergesellschaft ohne Bürger?

Bleibt eine letzte Frage: Wo soll die Bürgergesellschaft herkommen? Setzt sie nicht etwas voraus, was gerade in Frage steht: aktive Bürger nämlich, die sich für das Gemeinwesen interessieren und engagieren? Hier ist unumwunden einzuräumen, dass die Bürgergesellschaft ohne einen idealistischen Vorgriff nicht zu haben ist, nicht als Idee und schon gar nicht

als Wirklichkeit. Aber das war bei der ‚Erfindung‘ der Demokratie nicht anders. Eine Demokratie ohne Demokraten, wie soll das gehen, so hat man sich in Deutschland und anderswo bis weit in das 20. Jahrhundert hinein gefragt. Auch die Demokratie lebt von einem idealistischen Vorgriff, von der Annahme nämlich, dass die Menschen politisch zurechnungsfähige Wesen sind, und dass es, vor aller Empirie und Historie, in jedem Falle besser, ziviler und menschlicher ist, eine politische Ordnung auf die Annahme des common sense, des common man zu gründen als auf die gegenteilige Annahme. Ein historisch-empirisches Scheitern einer Demokratie widerlegt nicht die demokratische Idee.

Ähnliches liesse sich auch über Idee und (spätere) Wirklichkeit der Bürgergesellschaft sagen. Im Jahre 1949 waren die Zweifel groß, ob den Deutschen der zweite Versuch einer Demokratie gelingen werde; sie waren nicht besonders geübt und erfolgreich darin. Heute weiß man es besser. Die Zweifel gelten heute der Frage, ob denn eine Bürgergesellschaft möglich sei. Vielleicht wird man sich im Jahre 2049, wenn die Bundesrepublik Deutschland hundert wird, nicht ohne ein gewisses Erstaunen darüber zurückerinnern, dass die Wirklichkeit der Bürgergesellschaft in der Mitte des 21. Jahrhunderts besser ist, als man an seinem Beginn zu hoffen wagte.

Warnfried Dettling lebt als freier Publizist in München und im Waldviertel (Niederösterreich).

Anmerkungen

¹Grundlegende und weiterführende Ausführungen finden sich im sechsten Kapitel meines Buches: *Wirtschaftskummerland? Wege aus der Globalisierungsfall.* München 1998.

Kurt Beck

Bürgerschaftliches Engagement zwischen Tradition und Aufbruch

1.

Seit einigen Jahren hat die öffentliche Diskussion um Fragen des ‚alten‘ und ‚neuen‘ Ehrenamts sowie um die Zukunftsperspektiven einer ‚zivilen Bürgergesellschaft‘ auch in Deutschland einen steilen Aufschwung genommen. Verschiedene neue Studien belegen ein großes Potential an bürgerschaftlichem Engagement in der Bevölkerung, und eine Reihe renommierter Autoren wie Ulrich Beck und Warnfried Dettling haben angesichts dieser neuen Lust am Mitreden und Mitmachen zugleich auch eine neue Ära der Politik heraufbeschworen, in der es zu einer Neubestimmung der Aufgaben von Staat und Gesellschaft kommen muss. Bei aller Freude über das ehrenamtliche und bürgerschaftliche Engagement möchte ich für Besonnenheit und Augenmaß plädieren: Die ‚Bürgergesellschaft‘ als eine Gesellschaft, die durch mehr demokratische Teilhabe und Eigenverantwortung für das Gemeinwesen geprägt ist, wird sich nicht im Handumdrehen herausbilden. Sie ist ein erstrebenswertes Ziel, dem wir uns geduldig und mit kleinen Schritten und konkreten Maßnahmen annähern müssen, wenn wir uns nicht mit idealistischen Seifenblasen begnügen wollen, die beim ersten Windstoß zerplatzen.

Gegenwärtig erscheint mir die Klärung zweier Fragen im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung der Bürgergesellschaft von vorrangiger Bedeutung zu sein. Wie sind das Potential bürgerschaftlichen Engagements, seine Beweg-

gründe und seine Gestaltungs- und Leistungsfähigkeit realistisch einzuschätzen? Und welche Rolle soll die Politik angesichts einer verstärkten Bereitschaft und Tätigkeit zur gesellschaftlichen Selbstorganisation gegenüber den bürgerschaftlich Engagierten spielen? Ich möchte im Folgenden auf diese beiden Fragen vor dem Hintergrund meiner Erfahrungen in Rheinland-Pfalz eingehen. Hier habe ich seit vielen Jahren enge Beziehungen zu vielen ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Vereinen, Initiativen und Aktivitäten, und hier habe ich im Sommer 1999 eine Initiative zur Stärkung bürgerschaftlichen Engagements ins Leben gerufen, die im Jahr 2001 auf dem dann in Mainz veranstalteten Tag der deutschen Einheit einen vorläufigen Höhepunkt und Abschluss finden soll.

2.

In der Tat ist das Ausmaß an bürgerschaftlichem Engagement beeindruckend. Auf meine Bitte, bei der Initiative zur Stärkung bürgerschaftlichen Engagements mitzumachen, haben sich in wenigen Wochen allein in Rheinland-Pfalz, einem Bundesland mit knapp vier Millionen Einwohnern, über 11.000 Vereine, Gruppen und Initiativen gemeldet. Um das gesamte Potential an freiwillig gesellschaftlich Engagierten zu erfassen, müsste man die vielen Aktiven in Vereinen und Gruppen, die es vorgezogen haben, zunächst noch beiseite zu stehen, ebenso hinzurechnen wie all diejenigen Bürgerinnen und Bürger, die sich gerne auf einem

Feld ihres Interesses engagieren wollen, dies derzeit aber aus Unschlüssigkeit nicht tun.

Es gibt kaum einen gesellschaftlichen Bereich, in dem die Bürgerinnen und Bürger nicht rege mitmachen. Selbstverständlich nehmen dabei die klassischen Bereiche der freiwilligen gesellschaftlichen Zusammenschlüsse wie Sport, Kirchenleben sowie soziale und karitative Tätigkeiten nach wie vor breiten Raum ein. Aber zusätzlich sind in den vergangenen beiden Jahrzehnten zahlreiche Initiativen und Gruppen entstanden, bei denen sich die Hinwendung zu einem Thema oder einem Problem mit einem unmittelbaren Wunsch nach demokratischer Mitgestaltung ihrer Gemeinde verbindet.

In der öffentlichen Diskussion ist im Blick auf diese beiden Sparten des bürgerschaftlichen Engagements das Begriffspaar ‚altes‘ und ‚neues‘ Ehrenamt gebräuchlich. Dabei zählen die Aktivitäten im Rahmen traditioneller Verbände und Vereine, in der Regel gekoppelt mit formalen Mitgliedschaften und festen Satzungen, zum alten Ehrenamt, während die lockeren, spontanen Zusammenschlüsse, die sehr häufig überdies erst seit den Hochzeiten der so genannten neuen sozialen Bewegungen bestehen und sehr oft bewusst eine basisdemokratische Philosophie haben, als Teile des neuen Ehrenamts verstanden werden. So sinnvoll diese Unterscheidung vielleicht im Blick auf die jeweiligen Motive und das Selbstverständnis der bürgerschaftlich Aktiven sein mag, und sie gewissermaßen verschiedenen Entstehungsperioden ehrenamtlicher und bürgerschaftlicher Zusammenschlüsse zuweisen lässt, so fragwürdig und unscharf ist diese ‚alt-neu‘-Klassifikation im Blick auf eine exakte Abgrenzung der konkreten Aktivitäten in den Vereinen, Initiativen und Gruppen. Zumindest die Erfahrungen in Rheinland-Pfalz belegen, dass sich auch in vielen Ehrenamtsbereichen, die als traditionell gelten, mittlerweile innovative Projekte mit de-

mokratischem Anspruch entwickelt haben. Umgekehrt haben zahlreiche Gruppen, die erst seit relativ kurzer Zeit bestehen, entdecken müssen, dass feste Strukturen und Satzungen durchaus hilfreich, ja zuweilen unverzichtbar sind, wenn es darum geht, das Engagement etwa einer Selbsthilfegruppe auf feste Beine zu stellen und zu verstetigen und auch als Angebot für andere Interessenten berechenbar zu machen. Vor diesem Erfahrungshintergrund neige ich dazu, die Unterschiede zwischen ‚altem‘ und ‚neuem‘ Ehrenamt nicht künstlich hochzuspielen, sondern eher die fließenden Übergänge und die vielen Berührungspunkte zwischen traditionellem Vereinsleben und innovativen Ansätzen bürgerschaftlichen Engagements hervorzuheben und damit den inneren Zusammenhang der verschiedenen Motive für ein freiwilliges Engagement mit anderen Gleichgesinnten zu betonen.

Aus der Bestandsaufnahme des vielfältigen ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagements bei uns ergeben sich meines Erachtens drei Einsichten, die für die weitere Diskussion um die Zukunft des Ehrenamts bedeutsam sind.

Als erstes fällt ein Defizit auf, das gerade angesichts der sonst so offensichtlichen Angleichungen des ehrenamtlichen Engagements hierzulande etwa an das amerikanische Vorbild einer aktiven ‚civil society‘ erstaunt: Das Nachhinken des Wirtschafts- und Unternehmensbereichs auf dem Feld bürgerschaftlicher Aktivitäten. Die Vorstellung von einer entwickelten Bürgergesellschaft ist meines Erachtens unvollständig, wenn die Wirtschaftsunternehmen nicht beim bürgerschaftlichen Engagement mitwirken. Die Leitidee einer subsidiären bürgerschaftlichen Verantwortung ist auf den Einschluss der Arbeitswelt angewiesen. In den Vereinigten Staaten ist die Idee der ‚corporate citizenship‘ ein wichtiger Bestandteil des Modells der Bürgergesellschaft. Viele Firmen ha-

ben sich und ihre Mitarbeiter aktiv mit ehrenamtlichen Projekten in das Leben ihrer Standorte eingebracht. Bürgerschaftliches Engagement der Mitarbeiter ist nicht nur deren Privatsache nach Feierabend, sondern gehört unmittelbar zur Unternehmenskultur. Damit werden nicht nur umfassende soziale Ressourcen im Unternehmen erkannt und mobilisiert, eine Strategie, die die Identifikation der Beschäftigten mit dem Unternehmen stärkt. Darüber hinaus kann auch – ganz im Sinne eines wohlverstandenen Eigeninteresses – ‚corporate citizenship‘ die Mitwirkung der Unternehmen die politische und kulturelle Ausgestaltung der Standortgemeinden über die gängigen Lobby-Praktiken im Rathaus hinaus beeinflussen.

Bei uns in Deutschland steckt das bürgerschaftliche Engagement von Unternehmen noch in den Anfängen. Die Unternehmen haben sich hierzulande eher auf den Bereich des Sponsoring konzentriert, eine Hilfeleistung, die selbstverständlich wichtig ist und bleiben soll, der jedoch das Element der Teilhabe und bewussten Auseinandersetzung mit sozialen oder kulturellen Fragen weitgehend fehlt. Als Gründe für die deutsche Zögerlichkeit in Sachen ‚corporate citizenship‘ werden bisweilen die Beispiele einer für diktatorische Zwecke missbrauchten, gemeinschaftsorientierten Unternehmenskultur im Nazi-Deutschland und der DDR genannt. Diese Einwände sollen wir gewiss ernstnehmen und keine trügerischen Gemeinschaftsidyllen im Wirtschaftsbereich inszenieren. Gleichwohl dürfen die historischen Reminiszenzen eine ernsthafte Debatte über die Rolle und Perspektive von Wirtschaftsunternehmen in der Bürgergesellschaft nicht verhindern. Stattdessen kommt es darauf an, auch die Unternehmer zu ermuntern, ihren Standort in der Bürgergesellschaft zu bestimmen.

Ein zweiter Aspekt, der sich aus der Beobachtung bürgerschaftlichen Engagements in

Deutschland, aber auch anderenorts aufdrängt, ist der enge Zusammenhang zwischen einigermaßen gesicherten Arbeitsverhältnissen und der Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement. Sehen wir einmal von den Jugendlichen, die noch vor der Sphäre der Erwerbsarbeit stehen, und einer Reihe von interessanten Selbsthilfeprojekten unter Arbeitslosen ab, so ruht die ganz überwiegende Mehrheit an ehrenamtlicher Tätigkeit auf einem festen und kalkulierbaren Fundament an durch Erwerbsarbeit gesicherten Lebensumständen. Dieser schlichte Tatbestand, dass sich in aller Regel bürgerschaftliches Engagement neben und zusätzlich zur Arbeitswelt entfaltet, erhält in der gegenwärtigen Diskussion aus zwei Gründen erhöhte Bedeutsamkeit. Zum einen ist der Zusammenhang zwischen Arbeit und bürgerschaftlichem Handeln eine Absage an Modelle und Vorstellungen einer ‚Bürgerarbeit‘, die von einer Lust und Kraft zum bürgerschaftlichen Engagement ohne Berücksichtigung der materiellen Grundlagen ausgehen und deshalb in meinen Augen die meisten Menschen überfordern. Wenn wir mehr bürgerschaftliches Handeln und Verantwortung wollen, müssen wir zunächst eine breite und aufnahmefähige Arbeitswelt schaffen. Zum anderen müssen wir diese Arbeitswelt so organisieren, dass sie Raum und Möglichkeiten für bürgerschaftliches Handeln eröffnet. Dies bedeutet, sowohl individuelle Flexibilitäten zu schaffen als auch für möglichst viele Menschen Zeitkorridore wie Sonn- und Feiertage für gemeinsame Begegnungen und Aktivitäten offen zu halten. Arbeitsgesellschaft und Bürgergesellschaft sind keine Gegensätze, sondern zwei Seiten derselben Medaille.

Die Vielfalt ehrenamtlicher und bürgerschaftlicher Aktivitäten, die uns gegenwärtig begegnet, rückt – und das ist mein dritter Punkt – die Frage nach dem Menschen- und Bürgerbild, auf das wir unsere gesellschafts- und wirt-

schaftspolitischen Vorhaben ausrichten, in ein neues Licht. Nach der gängigen Meinung ist die Entwicklung hin zu einem möglichst umfassenden, zuvorderst auf Leistung und Selbstverwirklichung getrimmten Individualismus ebenso unaufhaltsam wie wünschenswert. Ich halte dies für eine sehr beschränkte Sichtweise. Die Ideologie vom ‚Selbstunternehmer‘ steht in krassem Gegensatz zur gesellschaftlichen Wirklichkeit. Sie widerspricht den Erfahrungen im Alltag der Arbeitswelt und beim Zusammenleben, dass man selbst unvollständig und auf die Mitwirkung anderer angewiesen ist. Die vielfältigen Zugänge zu ehrenamtlichem und bürgerschaftlichem Engagement, die wir gerade auch bei Jüngeren finden, sind in meinen Augen ein Beweis dafür, dass die Menschen die Leere hinter dieser Philosophie des grenzenlosen Individualismus spüren und etwas dagegen setzen möchten. Ich bin überzeugt: Eine Gesellschaft, in der gemeinsam mit anderen frei entwickelte Initiativen und Projekte keine angemessenen Verwirklichungsmöglichkeiten haben, lässt sich ein schweres Versäumnis zu schulden kommen.

In vielen Untersuchungen zum Ehrenamt geben die Befragten immer wieder die Antwort, sie würden sich aus Spaß und Freude in Kulturprojekten oder sozialen Initiativen engagieren. Dies beweist, wie ich meine, nicht so sehr die Prägekraft einer vorgeblichen ‚Spaßkultur‘, sondern die Antwort belegt die alte Weisheit, dass eine wesentliche und unverzichtbare Komponente von menschlicher Freude eben das gemeinsame und selbstverantwortliche Handeln ist. Auch in diesem Sinne einer nicht unterzükriegenden Freude an der Solidarität und am Selbsttun sehe ich viel eher Gemeinsames bei den Aktiven im ‚alten‘ und ‚neuen‘ Ehrenamt als Trennendes. Diese Solidarität und Selbstverantwortung zu fördern und dort zu ermöglichen, wo sie sich unter den Zwängen der Moderne nicht mehr von selbst ergibt, ist eine

wichtige gesellschaftliche und auch zunehmend politische Aufgabe geworden.

3.

Damit komme ich zu der Frage nach der Rolle, die Staat und Politik im Blick auf den ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Bereich spielen sollten. Dabei möchte ich durchaus nicht verhehlen, dass manchem Repräsentanten aus Parteien und Parlamenten das bunte Gewimmel von ehrenamtlichen Gruppen und Initiativen nicht immer geheuer ist und sie lieber in den geordneten Bahnen von Parteistatuten und Gesetzgebungsverfahren denken. Deshalb erscheint mir in diesem Zusammenhang wichtig, auf die Traditionen hinzuweisen, die alle wichtigen politischen Strömungen und Parteien in der Bundesrepublik Deutschland mit den Vorstellungen von einer aktiven und in weiten Bereichen selbstverantwortlichen und selbstbewussten Bürgergesellschaft verbinden.

Die Sozialdemokraten und die Zentrums- und CDU-Tradition, aber auch die Liberalen und nicht zuletzt die GRÜNEN, sie alle haben sich in der Frühphase ihrer Parteiengeschichte in hohem Maße auf Organisationen und Zusammenschlüsse in vielen Lebensbereichen gestützt, die in gewisser Weise Vorformen des heute viel diskutierten bürgerschaftlichen Modells waren. Die SPD und auch das Zentrum wären als Parteien wenig einflussreich gewesen, hätten sie sich nicht auf ein Vorfeld von freiwilligen und ehrenamtlich organisierten Vereinen und Initiativen in buchstäblich allen Lebensbereichen stützen können. Man war noch bis in die ersten Jahre der Bundesrepublik ‚von der Wiege bis zur Bahre‘ Sozialdemokrat oder Anhänger des Zentrums, umgeben und getragen von einem dichten Netz kultureller, bildungsbezogener und sozialer Aktivitäten, die sich dann auch in politischen Initiativen umsetzten. Gewiss, diese Netzwerke

waren in der Regel nach außen relativ abgeschottete Milieus, und sie können deshalb allenfalls als Teil-Bürgergesellschaften gelten. Gleichwohl sind allen Parteien aus ihrer Geschichte die Grundideen von Subsidiarität und der Notwendigkeit, außerhalb der staatlichen Sphäre eigene Initiativen zu ergreifen und freiwillig zu organisieren, wohl bekannt. Die Parteien haben dann im weiteren Verlauf ihrer Geschichte in erster Linie die Anstrengung darauf gerichtet, mit Hilfe des demokratischen Rechts- und Sozialstaates gesellschaftliche Probleme zu lösen. Dabei sind die Jahrzehnte subsidiärer und eigenverantwortlicher Problemlösung nahezu aus unserer Erinnerung verschwunden. Wir, als Repräsentanten der sog. ‚etablierten Politik‘, sollten uns diese Traditionen bewusst machen und angesichts der Wünsche nach eigenständiger Aktivität vieler Bürger nicht vorschnell in Misstrauen und Krisenstarre verfallen, sondern die Bürgergesellschaft als Fortschritt und Chance begreifen.

Die Politik sollte für eine sinnvolle bürgerschaftliche Entwicklung in Deutschland drei Voraussetzungen erbringen: Die Bürgergesellschaft darf nicht als Alibiveranstaltung für einen reduzierten Sozialstaat erscheinen; der Staat sollte Freiräume für Eigenverantwortung, aber auch für Mitbestimmung in öffentlichen Belangen schaffen; der Staat und seine Verwaltungen sollen sich als Ermöglichungsinstanzen verstehen.

Viele Diskussionen mit Vertretern des ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Bereichs verlaufen zunächst unter dem Verdacht, die plötzliche Hinwendung der Politik zum Ehrenamt erfolge nicht aus dem Wunsch heraus, demokratische und selbstverantwortliche Freiräume zu fördern, sondern in dem Bestreben, einen möglichst billigen und willigen Ersatz für einen sich mehr und mehr zurückziehenden Sozialstaat zu finden. Dieser Verdacht geht auf

den unbestrittenen Umstand zurück, dass die öffentlichen Kassen in der Tat leer sind. Wir sind aufgerufen, den immensen Schuldenberg aus den zurückliegenden Jahrzehnten abzutragen und somit den zukünftigen Generationen überhaupt politische Gestaltungsräume zu eröffnen. Ich bin jedoch davon fest überzeugt, dass durch den Zwang, die Staatsaufgaben kritisch zu überprüfen, die Idee der Bürgergesellschaft keinesfalls in Misskredit gerät. Die gegenwärtige finanzielle Not macht nicht nur erfinderisch, sie ist auch mit der Einsicht verbunden, dass eben nicht alle gesellschaftlichen Probleme durch den Großeinsatz von Staat und Geld zu kurieren sind. Der Staat stößt vor allem dort an seine Grenzen, wo es um Fragen der sinnstiftenden Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern in soziale und kulturelle Projekte geht. Die Freude am eigenen Handeln zu wecken und zu erhalten, dem eigenen Interesse Richtung und Schwung zu verleihen, kann niemand besser als die Bürger selbst.

Im Übrigen gilt selbstverständlich: Bürgergesellschaft und Sozialstaat sind kein Gegensatz; vielmehr ergänzen und bedingen sie sich gegenseitig. Der Appell, bürgerschaftliche Verantwortung zu übernehmen, entbindet den Staat keineswegs, auch weiterhin alles daranzusetzen, die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse möglichst gerecht zu gestalten und soziale Schieflagen nach besten Kräften zu korrigieren. Gerade vor dem Hintergrund des sozialdemokratischen Staatsverständnisses dürfen wir keinen Zweifel an unserer Standhaftigkeit im Kampf gegen soziale Ungerechtigkeit aufkommen lassen: Die Idee einer lebendigen Bürgergesellschaft ist ohne die regulative Idee einer gerechten Gesellschaft eine hohle Abstraktion.

Als zweite wichtige Voraussetzung für eine Stärkung bürgerschaftlichen Engagements sollten Staat und Politik Freiräume für Selbstver-

antwortung und Selbstgestaltung schaffen. Es ist ja beileibe nicht so, das sich im Laufe der letzten Jahrzehnte lediglich die Bürger an eine stetige Ausdehnung der Staatstätigkeit gewöhnt und ihre eigenen Initiativen zurückgehalten haben. Auch der Amtsschimmel hat am eigenen Wiehern Gefallen gefunden. Auf staatlicher Seite hat sich eine Regulierungskultur entwickelt, die zu immer neuen Tätigkeitsbereichen des Staates geführt hat, ohne zu fragen, ob und wie die Bürgerinnen und Bürger die Probleme eventuell selbst lösen könnten. Wenn wir nun ganz bewusst in eine neue Phase intensiver Diskussionen mit ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Gruppen und Initiativen eintreten wollen, so bedeutet dies, gleichermaßen die liebgeordnete Anspruchshaltung wie auch übermäßigen Interventionseifer zurückzubilden. Staatliche Appelle an Eigeninitiative und Eigenverantwortung der Bürger werden nur fruchten, wenn sie mit einem substantiellen Vorschuss an Autonomie der Bürgergruppen verbunden sind. Wer sich einmal gründlicher im ehrenamtlichen Bereich umgetan hat, der wird die Erfahrung machen, dass die Engagierten und Aktiven in aller Regel selbst sehr klare Vorstellungen davon entwickeln, was sie tun wollen, wie sie Gelder einsetzen und wie sie sich organisieren wollen. Die Gruppen in diesen Dingen mit Vorschriften und Auflagen zu gängeln, lässt die Bereitschaft zum Engagement schnell wieder verschwinden. Damit ist auch schon eine zentrale Einsicht für die Politik angesprochen: Eine lebendige Ehrenamtskultur und Bürgergesellschaft sind stets ‚unbequem‘, weil sie unweigerlich mit einem erhöhten Diskussionsbedarf verbunden sind. Daraus folgt aber, dass der Ruf nach Stärkung und Entwicklung der bürgerschaftlichen Aktivitäten mit dem Bemühen verknüpft werden sollte, Diskussionsforen und Beteiligungsformen zu schaffen, in denen die bürgerschaftlichen Initiativen ihre Stimme erheben und Einfluss nehmen können. Hier stehen wir vor al-

lem auf kommunaler Ebene noch vor vielen Versuchen und verschiedenen Ansätzen, deren Praktikabilität wir miteinander erproben müssen.

Die dritte Voraussetzung, die der Staat für die Bürgergesellschaft erbringen sollte, folgt aus der Gewährung von Freiräumen: Der Staat sollte sich als aktivierender Staat, seine Verwaltungen sollten sich als ‚Ermöglichungsverwaltungen‘ begreifen. Der Begriff vom aktivierenden Staat geistert derzeit als beschwörende Formel durch Reden und Zeitungsartikel; allerdings ist bislang nicht sehr klar, was damit gemeint ist, außer einer Abkehr vom bisherigen Leitbild als Interventions- und Wohlfahrtsstaat. Ich erachte zwei Ebenen der Aktivierung für dringend geboten. Zum einen ist dies die Ebene der Gesetzgebung und Verwaltungsvorschriften, zum andern die des konkreten Verwaltungshandelns. Im Bereich der Gesetzgebung kommt es darauf an, Anreize für bürgerschaftliches Engagement zu schaffen. So wie für die Belebung des Arbeitsmarkts die Formel ‚Arbeit muss sich lohnen‘ diesen Anreizcharakter umschreibt, so muss auch für den Ehrenamtsbereich die Formel ‚Bürgerschaftliches Engagement muss sich lohnen‘ gelten. Wir müssen prüfen, wie auf dem Gebiet des Steuerrechts, des Aus- und Fortbildungswesens Anreize oder doch zumindest Erleichterungen für Bürgerinnen und Bürger geschaffen werden können, die sich in Vereinen, Gruppen und Initiativen engagieren. Wir verfügen für den wirtschaftlichen Bereich mittlerweile über ein höchst ausgeklügeltes System von steuerlichen Begünstigungen und Investitionsanreizen; wenn nach allgemeinem politischen Wunsch in Zukunft der sogenannte ‚Dritte Sektor‘ eine wichtige gesellschaftliche Rolle spielen soll, werden wir auch für diesen Bereich ähnliche Anreiz- und auch Anerkennungssysteme entwickeln müssen.

Neben den rechtlichen Rahmenbedingungen wird es jedoch ebenso wichtig sein, die Förderung und Stärkung bürgerschaftlicher Aktivitäten durch die Verwaltungen vor Ort fest in den Erwartungskatalog der derzeit allseits betriebenen Verwaltungsmodernisierungen einzubauen. Bislang liegen die Schwerpunkte dieser Verwaltungsmodernisierungen im wesentlichen auf der Steigerung der Effizienz durch Flexibilität, Straffung und Rationalisierung sowie auch durch Stärkung der Motivation der Mitarbeiter, durch Fortbildung und Leistungsanreize. Damit holen die Verwaltungen die betriebswirtschaftlich gebotenen Modernisierungsschritte nach, die in Wirtschaftsunternehmen schon seit langem praktiziert werden. Im Blick auf das Verhältnis zu den Vereinen, Gruppen und Initiativen sollte jedoch in den kommenden Jahren verstärkt das Bemühen und die Fähigkeiten treten, diese bei ihren Initiativen und Projekten zu unterstützen, Koordinations- und Fortbildungshilfen anzubieten, Konflikte als Moderatoren überwinden zu helfen und nicht zuletzt auch engagierte Bürgerinnen und Bürger an interessante Projekte ‚anzukoppeln‘. Mit diesen Aufgaben wird der Verwaltung eine neue Dimension der ‚Kundenorientierung‘ abverlangt werden, die sich weder auf die klassischen hoheitlichen Verwaltungstraditionen noch auf das neue Modell des betriebswirtschaftlich effizienten Dienstleistungsunternehmens zurückführen lässt. Hier sind Kommunikations- und Moderationsgeschicke, Geduld im Umgang mit selbstbewussten Gruppen und Initiativen sowie projektbezogenes Denken und nicht zuletzt die Bereitschaft gefragt, sich nach erfolgtem Projektanschub wieder zurückzuziehen. Vieles an dieser ‚Kundenorientierung‘ erinnert an die Aufgaben und Vorgehensweise von Projektbegleitern in der Entwicklungshilfe. ‚Hilfe zur Selbsthilfe‘, so lautet denn auch hier die Devise, und ich finde den Begriff der ‚street working bureaucracy‘ für diese neue Form des Verwaltungshandelns durchaus passend.

4.

Das Zusammenwirken aller drei staatlich zu sichernden Voraussetzungen – ein zielgenauer und moderner Sozialstaat, die Existenz von Freiräumen und ein konkret erfahrbarer ‚Ermöglichungsstaat‘ – werden den Vereinen, Gruppen und Initiativen einen Handlungsrahmen schaffen, den sie brauchen, um Schritt für Schritt auf das Ideal einer lebendigen, innovationsfreudigen und gerechten Bürgergesellschaft zugehen zu können.

Diese Bürgergesellschaft wird und soll keine Gegenveranstaltung zu dem Modell einer repräsentativen Demokratie sein, wie sie das Grundgesetz vorsieht. Eine aktive Mitwirkung der Vereine und Gruppen auf möglichst vielen Feldern und Ebenen der Politik wird die bisherige Willensbildung anreichern und Parteien und Parteien zugleich von sehr oft überdehnten Regulierungsansprüchen entlasten. Engagierte Bürgerinnen und Bürger, die sich mit anderen für Kinderspielplätze, Theatergruppen oder Selbsthilfeprojekte stark machen, sind ein wertvolles kreatives Reservoir an bürgerschaftlichem Sinn, von dem auch die Parteien wichtige Impulse empfangen werden. Vor allem aber ist der Aufstieg, den die Vereine, Gruppen und Initiativen in den letzten Jahren genommen haben, ein vielversprechendes Zeichen dafür, dass wir auch in Zeiten eines beschleunigten wirtschaftlichen und sozialen Wandels weder dem ‚Terror der Ökonomie‘ anheimfallen noch auf ein kaltes Zeitalter des Egoismus zusteuern: Nutzen wir alle also mutig die Ressource Bürgersinn, um unsere Gesellschaft lebendiger und gerechter zu gestalten.

Kurt Beck ist Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz.

Herfried Münkler

Ehre, Amt und Engagement

Wie kann die knappe Ressource Bürgersinn gesichert werden?

Vieles deutet darauf hin, dass es ein neues Interesse am Bürger gibt, und zwar eines, das nicht aus der wohlwollenden Interessiertheit eines fachkundigen Publikums erwachsen ist, sondern aus einer wachsenden Besorgnis politischer wie gesellschaftlicher Akteure hinsichtlich der inneren Kohäsion moderner Gesellschaften: Bürgerschaftlichkeit, Bürgersinn, so lässt sich diese Besorgnis pointiert zusammenfassen, ist eine prinzipiell knappe Ressource freiheitlich verfasster Gesellschaften; was aber in den jüngsten Debatten über die Zivilgesellschaft hervortritt, ist die Befürchtung, dass der wachsenden Erfordernis zur Inanspruchnahme dieser Ressource ein gleichzeitig zu beobachtendes Schwinden ihrer Verfügbarkeit gegenübersteht. Das zuletzt vermehrt zu konstatierende Interesse der Sozialwissenschaft an den Themen Bürger, Bürgerschaft, Bürgersinn und bürgerschaftliches Engagement (Gebhardt 1996; Klages 1996; Hitzler 1997; Münkler 1997) resultiert offenbar aus der Beobachtung einer sich immer weiter öffnenden Schere zwischen der erodierenden Interventions- und Steuerungsfähigkeit der herkömmlichen Nationalstaaten auf der einen und der fortschreitenden Individualisierung moderner Gesellschaften auf der anderen Seite, was zur Folge hat, dass nicht nur die auf traditionellen Ethiken und Pflichtvorstellungen aufruhende sozio-moralische Kohäsion der Gesellschaften, sondern auch die auf deren Kompensation ausgelegte Steuerungsfähigkeit des politischen Systems schwindet.

Das ist die Ausgangsdiagnose, auf deren Hintergrund die nachfolgenden Überlegungen zu Ehre, Amt und Engagement entwickelt werden sollen. Dabei verstehe ich unter bürgerschaftlichem Engagement und Bürgersinn die Übernahme von öffentlichen, den politischen Verband als Ganzes oder doch zumindest größere Gruppen in ihm betreffende Aufgaben durch Personen, die sich nicht durch eine vorangegangene spezielle Ausbildung für diese Aufgaben haben qualifizieren müssen, sondern bei denen zunächst die bloße Bereitschaft zur Übernahme einer Aufgabe als Kompetenzerwartung genügt¹. Bürgerschaftlichem Engagement in dem hier skizzierten Sinn wurde in der klassischen Demokratiekonzeption zuge-
traut, die immer wieder zu beobachtende Kluft zwischen wachsendem politischen Problemdruck und vorderhand fehlender Problemlösungskapazität zu schließen. Was aber – und das verleiht dieser Ausgangsdiagnose ihren dramatischen Charakter –, wenn mit der Erosion der staatlichen Interventions- und Steuerungsfähigkeit der Bezugsrahmen der Bürgerschaftlichkeit brüchig wird und gleichzeitig mit der allenthalben zu beobachtenden fortschreitenden Individualisierung deren sozio-moralische Voraussetzungen, also das, was hier als Bürgersinn bezeichnet wird, erodieren? Werden, wenn die wie auch immer gearteten motivationalen Antriebe des bürgerschaftlichen Engagements schwinden, wenn der Umstand, dass jemand Zeit und Energie für gemeinschaftliche Herausforderungen und Aufgaben ver-

wandt hat, nichts mehr gilt und daraus auch keine Ehre mehr erwächst, werden dann die bis heute von Bürgern und nicht von Berufspolitikern oder Verwaltungsfachleuten innegehabten Ämter unbesetzt bleiben und verwaisten? Wird dann endgültig die partizipatorische Demokratie in der Oligarchie der Spezialisten und Berufspolitiker verschwinden?

1 Antike Bürgerschaftsideen und frühneuzeitlicher Republikanismus

Bevor wir solchen Krisenszenarien, die ich prognostisch übrigens für keineswegs unplausibel halte, genauer nachgehen wollen, sollten wir zunächst noch einen Blick auf die Vorstellungen von Bürger, Bürgerschaft und bürgerschaftlichem Engagement werfen, die diesen Szenarien zugrundeliegen: Entgegen einem verbreiteten Begriffsgebrauch ist vom Bürger hier nämlich nicht im Sinne des rechtlich privilegierten Mitglieds einer Statusgruppe die Rede, sondern als Bürger wird bezeichnet, wer mit den besonderen Rechten des Bürgerstatus auch besondere Pflichten übernommen hat und um diese Verpflichtung weiß, wer sich für allgemeine Belange engagiert und an der Hervorbringung kollektiver Güter beteiligt ist. Man könnte also vielleicht sagen, dass hier nicht vom Bürger im allgemeinen, sondern vom ‚guten Bürger‘ gehandelt wird – eine Unterscheidung, die in der jüngeren Politik – und Demokratietheorie lange Zeit für irrelevant gehalten worden ist. Der den vorgetragenen Überlegungen zugrundeliegende Bürgerbegriff ist also im Wesentlichen der der klassischen Politiktheorie, was heißt, dass er mit Erwartungen und Zumutungen an den Bürger aufgeladen ist und sich nicht auf die bloße Bezeichnung eines Rechtsstatus beschränkt. Bürgerschaftliche Freiheit, so der durchgängige Tenor des antiken wie des frühneuzeitlichen Republikanismus, hat ihren Preis, und dieser Preis besteht in der Bereitschaft zum Engagement für alle-

meine Aufgaben und Belange und zur Übernahme von Verpflichtungen im Hinblick auf die Gewährleistung dessen, was man als kollektive Güter bezeichnet: Unabhängigkeit nach außen, Frieden im Innern und Innehabung öffentlicher Ämter durch möglichst Viele, um durch breite Aufgabendiversifizierung und kurze Amtszeiten Machtballungen und, daraus resultierend, die Entstehung von Oligarchien zu verhindern. Der klassische Republikanismus und erst recht die antike Demokratietheorie haben darum das erfolgreiche Funktionieren von Republiken bzw. Demokratien von einer hohen Partizipationsbereitschaft der Bürger abhängig gemacht². Paradigmatisch hierfür ist die von Thukydides in seiner „Geschichte des Peloponnesischen Krieges“ berichtete Totenrede des Perikles, in der dieser gegenüber den Angehörigen der Gefallenen des ersten Kriegsjahres die Vorzüge der athenischen Verfassung in Erinnerung ruft, die im Krieg zu verteidigen alle Bürger Athens aufgerufen sind. So erklärt Perikles:

„Die Verfassung, nach der wir leben, vergleicht sich mit keiner der fremden; viel eher sind wir für sonst jemand ein Vorbild als Nachahmer anderer. Mit Namen heißt sie, weil der Staat nicht auf wenige Bürger, sondern auf eine größere Zahl gestellt ist, Volksherrschaft (Demokratie). Nach dem Gesetz haben in den Streitigkeiten der Bürger alle ihr gleiches Teil, der Geltung nach aber hat im öffentlichen Wesen den Vorzug, wer sich irgendwie Ansehen erworben hat, nicht nach irgendeiner Zugehörigkeit, sondern nach seinem Verdienst; und ebenso wird keiner aus Armut, wenn er für die Stadt etwas leisten könnte, durch die Unscheinbarkeit seines Namens verhindert“ (Thukydides, II, 36: 140). Bürgerschaftliches Engagement und die Bereitschaft zur Übernahme öffentlicher Ämter, zu denen ein jeder aufgerufen ist – „wenn er für die Stadt etwas leisten könnte“ –, sind in Perikles’ Darstellung eine

unverzichtbare Voraussetzung für das Funktionieren der demokratischen Verfassung. Und so fährt Perikles, nachdem er von der politischen Kultur gehandelt hat, wie sie in der attischen Demokratie entstanden ist, fort:

„Wir vereinigen in uns die Sorge um unser Haus mit der um unsere Stadt, und den verschiedenen Tätigkeiten zugewandt, ist doch auch in staatlichen Dingen keiner ohne Urteil. Denn einzig bei uns heißt einer, der daran gar keinen Teil nimmt, nicht ein stiller Bürger, sondern ein schlechter, und nur wir entscheiden in den Staatsgeschäften selber oder denken sie doch richtig durch. Denn wir sehen nicht im Wort eine Gefahr fürs Tun, wohl aber darin, sich nicht durch Reden zuerst zu belehren, ehe man zur nötigen Tat schreitet“ (ebenda, II, 40: 142). Bürgerschaftliche Ehre, so die eine zentrale Behauptung des Perikles, wird in einer Demokratie nur denen zuteil, die sich in öffentlichen Angelegenheiten engagieren und politische Ämter übernehmen, während jene, die sich diesen Aufgaben entziehen, nicht ‚stille‘, sondern ‚schlechte‘ Bürger heißen. Und zugleich sind die Bürger gehalten, die Nichterfordernis eines der Amtsübernahme vorangegangenen speziellen Kompetenzerwerbs durch sorgfältige und eingehende Beratungen auszugleichen. Die Bereitschaft, vor Entscheidungen miteinander zu beraten und sich selbst beraten zu lassen, ist, so die zweite zentrale Behauptung des Perikles, ein unverzichtbarer Bestandteil bürgerschaftlichen Engagements.

Sodann wird in diesem Grundtext republikanisch-demokratischer Selbstverständigung – als solcher ist ihm nur Abraham Lincolns ‚Gettysburg Adress‘ vergleichbar mit ihrem viel zitierten Schluss, „that the government of the people, by the people, and for the people, shall not perish from the earth“ (so Lincoln, am 19. November 1863) – nicht nur die Erfordernis des Engagements selbst betont, sondern, da-

mit verbunden, auch die Offenheit des Zugangs zu den leitenden Ämtern des Gemeinwesens – und zwar für alle, die dazu bereit sind und von ihren Mitbürgern dafür als geeignet befunden oder durch das Los dazu bestimmt werden, unabhängig von gesellschaftlichem Status und Vermögen. Und schließlich lautet Perikles’ vierte Grundbehauptung, dass die bürgerliche Ehre, die er implizit ins Spiel bringt, wenn er von den ‚guten‘ Bürgern spricht, gerade nicht besage, die Ausübung öffentlicher Ämter erfolge unbesoldet – das war in Athen gerade nicht der Fall, hatte man doch die Auszahlung von Diäten für die Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben eingeführt, um so auch die Nichtvermögenden an der Leitung des Staates zu beteiligen –, sondern dass mit der Ausübung politischer Ämter sowie der Übernahme öffentlicher Aufgaben eine bürgerliche Ehre verbunden sei, die nur auf diese und keine andere Weise erworben werden könne. In unserem heutigen Begriffsgebrauch dagegen verbindet sich vor allem die Nichtbesoldung einer Tätigkeit mit dem Begriff des Ehrenamtes, während die Vorstellung von der Exzeptionalität und Nichtsubstituierbarkeit damit erworbener bürgerlicher Anerkennung und Reputation weitgehend in den Hintergrund getreten ist. Anerkennung ist dieser antiken Vorstellung zufolge die eigentliche Währung bei der Vergabe öffentlicher Ämter, und wer sich bei der Übernahme kleinerer Pflichten bewährt hat, hat damit die Voraussetzungen für die Übernahme höherer Ämter geschaffen. Der Erwerb bürgerlicher Ehre ist also die genuine Form, in der die Demokratie ihre Amtsträger rekrutiert und auszeichnet.

2 Gängige Einwände gegen die klassische Demokratie

Nun ist gegen eine solche Herausstellung der klassischen Demokratie als nach wie vor verbindliches Vorbild für die moderne politische

Ordnung immer wieder eingewandt worden, die spezifischen Konstellationen der athenischen Demokratie oder auch der römischen Republik seien von denen der Moderne so grundverschieden, dass sich auch die politischen Normvorstellungen der Antike nicht übertragen ließen. Die Zurückweisung der Vorbildlichkeit antiker Politikvorstellungen wird dabei zumeist auf zwei Argumente gestützt: Zum einen wird auf die viel größere räumliche Ausdehnung moderner Staaten und die dementsprechend viel höhere Zahl ihrer Bürger verwiesen. Dies habe zur Folge, dass persönliche Bekanntheit, wie sie in der – an unseren Vorstellungen gemessen – Kleinstadt Athen unterstellt werden konnte, heute nicht mehr als Voraussetzung des politischen Betriebs gelten könne – und das bleibt natürlich nicht folgenlos für die Vorstellung von bürgerschaftlicher Ehre als Grundwährung politischer Karrieren. Die erfolgreiche Bewährung im Kampf um Macht ist von Max Weber dagegen als moderne Form der Auswahl politischen Führungspersonals ins Spiel gebracht worden, wobei Weber immer zutiefst bedauert hat, dass gerade im wilhelminischen Deutschland die politische Elite nicht nach dieser Norm rekrutiert worden ist (Weber 1921/1980; genauer zu Weber Mommsen 1974). Die unsichere und ungeschickte Politik Deutschlands vor und während des Ersten Weltkriegs ist von ihm nicht zuletzt auf das in Deutschland vorherrschende Karrieremuster des Beamtenavancements zurückgeführt worden. Damit soll nicht gesagt werden, Weber habe in seiner Akzentuierung des Machtkampfs die Relevanz bürgerlicher Ehre für die Verteilung politischer Aufgaben und Ämter gänzlich negiert, wie genauso wenig behauptet werden soll, die klassische antike Demokratie habe ihre Politiker allein nach Maßgabe bürgerlicher Ehre rekrutiert und nicht auch nach ihrer Fähigkeit, sich im Kampf um die Macht zu behaupten. Aber es ist bemerkenswert, wie die Akzente anders gesetzt werden: Die aus dem bürger-

schaftlichen Engagement bezogene Ehre verschwindet hinter dem erfolgreich bestandenen Kampf um Macht.

Zum Zweiten wird gegen die Vorstellung von der Vorbildlichkeit der Antike die grundlegend andere Vorstellung von Freiheit ins Feld geführt, die für uns heute vorzugsweise nicht mit der Eröffnung politischer Partizipationschancen, wie dies von Perikles herausgestellt wird, verbunden ist, sondern mit der Garantie persönlicher Sicherheit gegenüber öffentlichen Anforderungen und mit der Eröffnung individueller Gestaltungsräume. Diese sind mithin dadurch definiert, dass sie Unabhängigkeit gegenüber der Politik, also gegenüber dem Staat und seinem Regelungsanspruch, verschaffen. In der Regel wird dieser Unterschied als Differenz zwischen negativer und positiver Freiheit kommuniziert, wobei negative Freiheit, ‚Freiheit wovon‘, häufig als das Refugium der wahren Freiheit gilt, während positive Freiheit, ‚Freiheit wozu‘, als das Einfallstor des Tugendterrors angesehen wird und also im Verdacht steht, eher eine Gefährdung als eine Sicherung wirklicher Freiheit darzustellen³.

Beide Hinweise auf die Differenz zwischen Moderne und Antike sind sicherlich von einer kaum zu überschätzenden Bedeutung. An eine Ordnung des Politischen nach antikem Vorbild, mögen ihr Hannah Arendt oder Leo Strauss aus unterschiedlichen Perspektiven noch so nachgetrauert haben, ist in der Moderne nicht mehr zu denken. Aber anstatt es mit dieser knappen Feststellung sein Bewenden haben zu lassen, sollten wir uns fragen, was in der Moderne die Substitute einer wesentlich durch politische Partizipation erfahrenen Freiheit und einer Begründung politischer Karrieren auf bürgerschaftlicher Ehre sind. So richtig nämlich beide Einwände gegen die Vorbildhaftigkeit der antiken Demokratievorstellung in ihrer empirischen Unmittelbarkeit sein mögen, so falsch

werden sie, wenn damit die stillschweigende Vorstellung verbunden ist, die Zumutung politischer Partizipation und das Zahlmittel bürgerschaftlicher Ehre könnten ersatzlos in Wegfall kommen, ohne dass der Kerngehalt einer freiheitlich verfassten Ordnung davon betroffen wäre.

3 Problematische Demokratietheorien

Tatsächlich gibt es eine Reihe von Demokratietheorien, die davon ausgehen bzw. die Vorstellungen im Umlauf bringen, eine freiheitlich verfasste politische Ordnung sei nach dem Modell der Konsumentenwahl zu gestalten⁴. Ich halte, um dies ganz deutlich zu sagen, solche Theorien nicht nur für *falsch* in dem Sinne, dass sie die Funktionsvoraussetzungen freiheitlich verfasster politischer Ordnungen unzutreffend beschreiben, sondern obendrein für *gefährlich*, weil sie entscheidende Anforderungen dieser Ordnungen an ihre Bürger unterschlagen und dadurch letztlich zur Erosion demokratischer Ordnungen beitragen. Indem sie den Eindruck erwecken, politische Partizipation und bürgerschaftliche Ehre seien kontingente Randerscheinungen und keineswegs zentrale Funktionsimperative demokratischer Ordnungen, die sie selbst nach dem Modell der Konsumentenwahl zwischen unterschiedlichen Angeboten beschreiben, verbreiten sie ein süßes Gift: Ist die Erfordernis zur Aufbringung der skizzierten Kosten der Freiheit erst einmal in Abrede gestellt, wird sehr bald auch die Bereitschaft zur Begleichung dieser Kosten nachlassen. Die systematische Unterforderung bürgerschaftlichen Engagements, obendrein noch ausgestattet mit dem Versprechen, ein solcher Rabatt der Anforderungen an das Engagement sei überdies noch auszählbar als ein Mehr an Freiheit im Sinne individueller Gestaltungsspielräume, hat über kurz oder lang zur Folge, dass die Quellen bürgerschaftlichen

Engagements versiegen. Solche Theorien gleichen der Vorstellung, man könne unentwegt Leistungen in Anspruch nehmen, ohne sich über deren Verfügbarkeit Gedanken machen zu müssen. So etwas mag unter Marktbedingungen möglich sein, gilt aber gerade nicht für die politische Demokratie, wo uns solche Konsumentensorglosigkeit verwehrt ist, weil wir nie bloße Konsumenten von Freiheit, sondern immer zugleich auch deren Produzenten sind.

Eine weitere Variante falscher wie gefährlicher Demokratietheorien ist die systematische Verwechslung von liberaler Verfassung und partizipatorischer Demokratie. Sie sprechen von der *Demokratie*, aber was sie in Wahrheit meinen, ist der *liberale Verfassungsstaat*, der jedoch keineswegs auf einer demokratischen Grundlage aufrufen muss. So lässt sich der monarchische Konstitutionalismus mit dem liberalen Verfassungsstaat ebenso verbinden wie eine plutokratisch ausgerichtete Oligarchie: Entscheidend ist bloß die Garantie individueller Freiheitsrechte, und dazu sind Monarchien und Oligarchien im Grundsatz sehr wohl fähig. Eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Politiktheoretikern ist von der Annahme ausgegangen, Monarchie und Oligarchie könnten dies sogar besser als die Demokratie, da diese fortgesetzt zu illiberalen Partizipationsforderungen gegenüber den Bürgern neige⁵. Dem steht freilich die Auffassung gegenüber, derzufolge der liberale Verfassungsstaat *auf Dauer* unter demokratisch-partizipatorischen Bedingungen sicherer sei, als wenn er sich in die Abhängigkeit einer wie auch immer garantierten Selbstbindungen politischer Eliten begeben, die nach bestimmten Eigenschaften und Voraussetzungen, Qualifikationen und Kompetenzen, nicht aber nach dem Modus bürgerschaftlicher Ehre in ihre Positionen und Ämter bestellt worden sind. Nur in der Verbindung persönlicher Sekurität und politischer Partizipation im Freiheitsbegriff nämlich sind die, wenn

man so will, Konsumenten der Freiheit in der Lage, die Bedingungen der Reproduktion von Freiheit unter Kontrolle zu halten. Was sie an Freiheit konsumieren können, hängt davon ab, was sie an Freiheitschancen zuvor erarbeitet haben, und diese durch keine effizienzorientierte Arbeitsteiligkeitsvorstellung auflösbare Einheit von Konsumenten und Produzenten ist in unserer durch ökonomische Kategorien bestimmten Vorstellungswelt die vielleicht griffigste Definition des Bürgers im politischen Sinn. Darin wird aufgenommen, wie Aristoteles einst den Bürger definiert hatte: als den, der *archein* und *archestai*, Herrschen und Beherrschtwerden in einer Person miteinander verbindet⁶.

Von den damit verbundenen Zumutungen freilich glauben zwei Hauptstränge der Demokratietheorie dispensieren zu können: Zum einen die so genannte ökonomische Demokratietheorie, die Freiheit nach dem Modell der Konsumentenentscheidung zu erfassen versucht, und zum andern die verfassungszentrierte Demokratietheorie, die sich nur für die institutionellen Arrangements der Verfassung, nicht aber für die sozio-moralischen Dispositionen der Bürger interessiert – so als könnten und würden Verfassungen von selbst funktionieren und nicht beständig auf die nachhaltige Unterstützung der Bürger angewiesen sein. Da Ökonomen und Juristen aber sowohl hinsichtlich der Problemdefinition als auch der Problembearbeitung in den Sozialwissenschaften eine dominierende Position einnehmen, haben ihre Vorstellungen erheblichen Einfluss auf die Selbstwahrnehmung wie Selbstbeschreibung demokratischer Ordnungen gewonnen, und in der Form rationaler Entscheidungstheorien oder verfassungstechnischer Überlegungen haben sie die Frage nach den sozio-moralischen Voraussetzungen der Demokratie, also nach Bürgerschaftlichkeit und Bürgersinn, stark in den Hintergrund gedrängt.

4 Wenn die sozio-moralischen Voraussetzungen fehlen...

Die Probleme und Folgen einer derart um die sozio-moralische Dimension verkürzten Theorie haben sich jüngst anlässlich des so genannten Institutionentransfers nach Mittel- und Osteuropa gezeigt: Mit dem Nachschreiben von Verfassungen, die sich in Westeuropa über Jahrzehnte hinweg durchaus bewährt hatten, war es ganz offenkundig nicht getan, um in den Transformationsländern eine stabile Demokratie einzuführen. Genau das aber war der Eindruck, den eine Reihe von Verfassungsjuristen erweckt hatte, als sie politische Stabilität, eine liberale Ordnung und obendrein noch demokratische Elitenrekrutierung allein und ausschließlich mit der Übernahme westlicher Verfassungen verbunden sah. Was dabei weithin außer Acht blieb, waren die sozio-moralischen Dispositionen der Bevölkerung der Länder, die unter der jahrzehntelangen Herrschaft einer politischen Klasse (mit Ausnahme Polens) eher durch Apathie und Resignation als durch Engagement und Partizipation gekennzeichnet war. Wie sich im Prozess der Transformation sehr bald zeigte, lag hier eine sehr viel größere Herausforderung für die Entwicklung einer stabilen und funktionsfähigen demokratischen Ordnung sowie der Sicherung politischer Liberalität als im bloßen Transfer politischer Institutionen von West nach Ost.

Unter dem unmittelbaren Eindruck des Zusammenbruchs der realsozialistischen Staaten hat Ulrich K. Preuß neben der „geradezu Mitleid erregenden ökonomischen Rückständigkeit der realsozialistischen Gesellschaften“ die „fast vollständige Vernichtung der moralischen Dimension des öffentlichen Lebens“ (Preuß 1990: 70) herausgestellt und die weit gehende Zerstörung der sozio-moralischen Ressourcen dieser Länder unter anderem darauf zurückgeführt, dass die vorherrschende vulgärmarxisti-

sche Ideologie die politische Ethik als bloße ideologische Widerspiegelung der Produktionsverhältnisse gefasst und ihr somit keine sonderliche Bedeutung beigemessen habe. Bürgerschaftliches Engagement als Grundlage bürgerlicher Ehre war hier nicht gefragt, und stattdessen wurde ein Zustand hergestellt, in dem sich die offizielle politische Dauermobilisierung mit einer sich zunehmend ausbreitenden politischen Apathie verband, was den Herrschenden gleichermaßen zur Aufrechterhaltung ihrer sozialistisch-revolutionären Legitimationsfassade und zur Festigung ihrer Herrschaft ohne Furcht vor Machtentzug durch politisch mobilisierte Massen diente⁷. Das niedrige Niveau politischen Engagements, das in den neuen Bundesländern bis heute zu konstatieren ist, ist nur eine der eher harmlosen Spätfolgen dieser Entwicklung. Die Engagementabstinenz wird hierbei immer wieder mit dem Verweis auf den in den Jahrzehnten der DDR stattgehabten Dauerdruck in Form öffentlicher Unterstützungsbekundungen und Engagementdemonstrationen erklärt. Die permanente Überforderung des Engagements der Menschen – von Bürgersinn im Falle der DDR zu sprechen, wäre vielleicht doch überzogen – führte schließlich zu dessen Versiegen. Die Ressource des Engagements war verbraucht, vernutzt und zerstört, und es wird noch lange dauern, bis sie sich wieder erneuert hat.

Bemerkenswert ist nun, dass Preuß in diesem Zusammenhang die Überlegenheit der marktwirtschaftlich organisierten westlichen Demokratien gegenüber den posttotalitären Staatsplanungswirtschaften des Ostens *gerade nicht* auf der größeren Entfaltung von Eigeninitiative, sondern auf deren Abfederung durch die sozio-moralischen Dispositionen der Menschen begründet hat. „Mit guten Gründen“, so schließt er an die oben zitierte Stelle an, „lässt sich behaupten, dass die Dynamik der rastlosen technischen und ökonomischen Innovation und

Selbstrevolutionierung der kapitalistischen Ökonomie in den demokratischen Verfassungsstaaten auf einer ‚moralischen Infrastruktur‘ aufruht, ohne die sie auch hier sehr schnell ihren selbstdestruktiven Kräften zum Opfer gefallen, jedenfalls über das Niveau eines rücksichtslosen Manchesterkapitalismus schwerlich hinausgekommen wäre“ (Preuß 1990: 71). Preuß schrieb dies im Jahre 1990, und man wird wohl bezweifeln können, dass er die Abfederung der Dynamik des Kapitalismus in den demokratischen Verfassungsstaaten des Westens heute, knapp zehn Jahre später, noch so zuversichtlich beurteilt hätte.

5 Die weitere Verknappung des Bürgersinns in westlichen Demokratien

In diesem Punkt, und damit kommen wir zur Ausgangsdiagnose zurück, kulminieren zwei auf den ersten Blick voneinander unabhängige Entwicklungen, die zusammen jedoch zu einer folgenreichen Erosion der bislang zu konstatierenden Stabilität der westlichen Verfassungsstaaten beitragen können: zum einen die sich überschlagende Dynamik, die der Kapitalismus nach Jahrzehnten einer weltwirtschaftlich weithin gezähmten Entwicklung im letzten Jahrzehnt des Jahrhunderts infolge von Deregulierung und Globalisierung genommen hat (ausführlich dazu Hobsbawn 1995: 324ff), und zum anderen jener seit Beginn der 80er Jahre zu konstatierende Wertewandel, in dessen Verlauf herkömmliche Pflicht- und Akzeptanzwerte zunehmend durch Selbstentfaltungswerte ersetzt oder verdrängt worden sind. Robert Putnam hat dies zu der These geschürzt, dass im Gefolge dieses Wertewandels das Sozialkapital, also das in zwischenmenschliche Beziehungen oder soziale Kontexte eingebundene Vertrauen der Menschen zueinander, das gesellschaftlich wie politisch handlungsermöglichend wirkt, schneller

erodiere als es durch die im Gefolge des Wertewandels entwickelten neuen Formen des Engagements wieder stabilisiert werde (Putnam 1995).

Über die empirische Validität dieser Aussage mag man streiten und, wie dies Helmut Klages etwa vor kurzem getan hat, aus einer Kombination traditionaler Tugenden mit selbstentfaltungsbefördernden Motiven die Vorstellung einer wechselseitigen Stimulation des Engagements entwickeln, um dies der bei Putnam und anderen dominierenden Verfalls- und Dekadenzerzählung entgegenzustellen (Klages 2000; in diesem Sinne auch Heinz/Strünck 2000; ebenso Keupp et al. 2000). Aber das ändert prinzi-

piell nichts daran, dass wir uns gegenwärtig einer tief greifenden Infragestellung jener sozio-moralischen Grundlagen gegenübersehen, die bislang zumindest – entweder als unmittelbare moralische Disposition zu gesellschaftlichem und politischem Engagement oder als Unterstützung eines auf eine moderate Umverteilung abzielenden Staatshandelns – die Dominanz des Marktes und die gesellschaftlichen Folgen des Kapitalismus abgefangen haben. Die Zukunft der freiheitlich verfassten politischen Ordnung wird sich daran entscheiden, ob und wie es gelingt, der traditionellen Pflichtenethik eine Ethik bürgerlicher Selbstbindung als Grundlage politischen Engagements nachfolgen zu lassen.



Meine These nun ist, dass bei der Erosion traditionaler Pflichtvorstellungen neben dem allmählichen Verschwinden der klassischen sozial-moralischen Milieus des Katholizismus, des Protestantismus und der Arbeiterbewegung auch die verbreitete Nichtinanspruchnahme der Engagementbereitschaft vieler Bürger durch die offizielle Politik, also die notorische Missachtung ihres Bürgersinns, eine verhängnisvolle Rolle gespielt hat. Genauer explizieren ließe sich dies am politischen Management des Vereinigungsprozesses, bei dem bürgerschaftliche Initiativen im Osten wie im Westen wenig Aufmerksamkeit und Unterstützung durch die staatliche Politik erlangt haben. In diesem Sinne lassen sich im Osten und Westen Deutschlands komplementäre Entwicklungen beobachten: Dauerüberforderung im einen, notorische Unterforderung im anderen Fall – und beide haben nicht zu entgegengesetzten, sondern zu ähnlichen Konsequenzen geführt: zur weiteren Verknappung von Bürgersinn. Die knappe Ressource Bürgersinn, wie es im Untertitel dieses Textes heißt, kann also aus zwei unterschiedlichen Ursachen zum Versiegen gebracht werden: durch Überforderung wie durch Unterforderung, wobei in sozialwissenschaftlicher Sicht natürlich der Fall von Unterforderung der interessantere ist, da er zu unseren Erfahrungen und Erwartungen im Umgang mit knappen Ressourcen kontraintuitiv ist.

Was folgt daraus nun im Hinblick auf die Ordnung einer Gesellschaft, die gewillt und bereit ist, ihre freiheitliche Verfasstheit auch für die Zukunft zu erhalten? Zunächst, dass sie nicht nach den Modellen der reinen Marktlogik, also denen strategischer Interessenverfolgung, aufgebaut sein darf. Marktrationalität und Politikrationalität, zumindest die freiheitlich verfasster Gesellschaften, folgen nichtkongruenten Logiken. Das heißt nicht, dass es zwischen beiden Logiken grundsätzlich keinerlei Überschneidungen und Überlappungen gibt: Selbst-

verständlich ist politisches Handeln in zentralen Bereichen immer darauf angewiesen, dass die Akteure ihre Interessen strategisch verfolgen und die Logik kalkulierter Interessenverfolgung ihnen zugleich die Möglichkeit eröffnet, Kompromisse zu bilden oder Allianzen zu schließen usw. Was damit jedoch gesagt werden soll ist, dass diese Politikbetrachtung die Ordnung freiheitlich verfasster Gesellschaften nicht erschöpft, sondern in ihr etwas zum Tragen kommen muss, was nach den Rationalitätsstandards des homo oeconomicus unvernünftig ist, und das nenne ich Bürgersinn. Es handelt sich dabei um das Engagement für allgemeine Aufgaben und in öffentlichen Ämtern, bei dem – nach den Vorgaben einer Theorie individuellen Nutzenkalküls formuliert – individueller Aufwand und individuell nutzbarer Ertrag in keinem ökonomisch sinnvollen Verhältnis stehen, weil das als Investition angesehene Engagement den individuell konsumierten Ertrag der öffentlichen Güter deutlich übersteigt.

In der Geschichte des politischen Denkens ist dieser Problembereich unter dem Rubrum eines Tugenddiskurses verhandelt worden (Münkler 1991), der sich in Alternative zum Interessendiskurs entfaltet hat. Nun ist unter den Vorzeichen von Rationalisierung und Individualisierung versucht worden, diesen Tugenddiskurs in den Interessendiskurs einzuschreiben, also Bürgersinn als rational im Sinne kalkulierter Interessenverfolgung zu erweisen. Die Hand- und Lehrbücher der jüngeren Politik- und Gesellschaftstheorie sind voll mit solchen Versuchen, denen vorderhand eine gewisse theoretisch-konstruktive Eleganz und empirie-explikative Plausibilität nicht abzusprechen ist. Es ist jedoch die Expansivität dieser Theorien, die alles erfassen und umfassend erklären wollen, die sie gefährlich und – sagen wir es ruhig deutlich – demokratiesubversiv werden lässt, weil sie dabei die Spezifika des Bürgers über-

sehen und bürgerschaftliches Verhalten restlos in Konsumentenrationalität einschreiben.

Bürgerliche Ehre ist mehr als eine Investition in politische Karrieren, wenngleich sie dies häufig auch ist. Und Bürgersinn ist das, was die Beschreibung politischen Engagements nach dem Modell von Investition und Ertrag überschießt. Bürgerliche Ehre, die erworben wird durch die Übernahme von alten wie neuen Ehrenämtern, folgt eben nicht – oder doch zumindest nicht restlos – den Vorgaben der Kalkülrationalität, sondern ist die Bereitschaft zum Engagement auch dann, wenn sich dies ersichtlich kaum für das eigene Fortkommen lohnt. „Dass er etwas für die Stadt leisten könne“, lässt Thukydides den Perikles sagen, wenn er den guten Bürger beschreibt. Präsident Kennedys berühmte Wendung, ein jeder solle sich nicht fragen, was das Land für ihn, sondern was er für das Land tun könne, folgt unmittelbar diesen Vorgaben des klassischen Republikanismus. Ein Land, das seinen Bürgern nicht mehr zutraut, dass sie sich dies fragen, ist an den Voraussetzungen für die Bewahrung einer freiheitlichen Ordnung schon gescheitert.

Herfried Münkler ist Professor für Theorie der Politik an der Humboldt Universität in Berlin.

Anmerkungen

¹ Der Hinweis auf die Nichterfordernis einer speziellen Qualifikation grenzt bürgerschaftliches Engagement in öffentlichen Ämtern gegen die kommunale oder staatliche Verwaltung öffentlicher Aufgaben ab, die auf einer besonderen Ausbildung für den Verwaltungsdienst und speziellen Kenntnissen des Verwaltungsrechts beruht. Die Expansion der professionalisierten Fachverwaltung ist fast immer gleich bedeutend mit einer Zurückdrängung bürgerschaftlichen Engagements und seiner Marginalisierung im öffentlichen Entscheidungsprozess. In der politisch-kulturellen Tradition ist die ausgeprägte Tendenz zur Juridifizierung

öffentlicher Aufgaben der nachhaltigste Faktor bei der Zurückdrängung bürgerschaftlichen Engagements, indem es in den Verdacht fachlicher Inkompetenz gestellt wird.

² Im Hinblick auf die klassische Demokratietheorie vgl. Moses I. Finley (1980); zu den Leitideen des klassischen Republikanismus und deren Wiederaufnahme in der modernen Politiktheorie vgl. Herfried Münkler (1999).

³ Die Unterscheidung von negativer und politischer Freiheit ist entwickelt bei Isaiah Berlin (1995).

⁴ Dabei handelt es sich zunächst natürlich um die sog. ökonomische Demokratietheorie von Joseph Schumpeter und Anthony Downs; tatsächlich haben jedoch die wenigsten unter den modernen Politik- und Demokratietheorien den sozio-moralischen Grundlagen einer freiheitlich verfassten politischen Ordnung größere Aufmerksamkeit gewidmet; vgl. hierzu auch Münkler (1992).

⁵ Dass Liberalismus und Demokratie keineswegs Hand in Hand marschieren, zeigt gerade die politische Geschichte Deutschlands während des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts; vielleicht ist die alte These, das liberale Bürgertum sei in Deutschland aus Angst vor den politischen Forderungen der Demokraten in die Arme des Bismarckschen Obrigkeitsstaats geflüchtet, in dieser Schärfe überzogen, aber gänzlich von der Hand zu weisen ist sie keineswegs. Überhaupt ist die Verbindung von Liberalismus und Demokratie nicht nur in Deutschland die Ausnahme geblieben.

⁶ „Der gute Bürger aber muss sich sowohl regieren lassen als auch regieren können, und dies ist die Tugend des Bürgers: die Regierung von Freien in beiden Richtungen zu verstehen“ (Aristoteles, Politik, III, 4; 1277 b 13-15: 110).

⁷ Offenbar ist der Nationalismus zu einer emotionalen Dauermobilisierung der Menschen weitaus eher fähig als der Sozialismus; das mag zugleich erklären, warum die nationalistische Versuchung allen Führern realsozialistischer Staaten stets nahe gelegen hat und sie ihr immer wieder erlegen sind. Da die DDR infolge der zwei deutschen Staaten in diesem Punkt ein gravierendes Defizit hatte, galt sie von Anfang an als politisch am meisten gefährdet.

Literatur

- Aristoteles*: Politik, hrsg. von Gigon, O. München 1976.
- Beck, Ulrich* (Hg.) 2000: Die Zukunft von Arbeit und Demokratie. Frankfurt/M.
- Berlin, Isaiah* 1995: Zwei Freiheitsbegriffe. In: ders., Freiheit. Vier Versuche. Frankfurt/M., 197-256.
- Finley, Moses I.* 1980: Politische Führer und Normalbürger: Regierende und Regierte. In: ders., Antike und moderne Demokratie, hrsg. von Pack, E. Stuttgart, 7-42.
- Gebhardt, Jürgen* 1996: Die Idee des Bürgers. In: Beyme, K.v./Offe, C. (Hg.), Politische Theorien in der Ära der Transformation. Opladen, 349-361.
- Heinze, Rolf G./Strüneck, Christoph* 2000: Die Verzinsung des sozialen Kapitals. Freiwilliges Engagement im Strukturwandel. In: Beck, U. (Hg.), 171-216.
- Hitzler, Roland* 1997: Der unberechenbare Bürger. Über einige Konsequenzen der Emanzipation der Untertanen. In: Beck, U. (Hg.), Kinder der Freiheit. Frankfurt/M.: 175-194.
- Hobsbawn, Eric* 1995: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. München.
- Keupp, Heiner/Kraus, Wolfgang/Straus, Florian* 2000: Civic matters: Motive, Hemmnisse und Förderungsmöglichkeiten bürgerschaftlichen Engagements. In: Beck, U. (Hg.), 217-268.
- Klages, Helmut* 1996: Der ‚schwierige Bürger‘ – Bedrohung oder Zukunftspersonal? In: Weidenfeld, W. (Hg.), Demokratie am Wendepunkt. Die demokratische Frage als Projekt des 21. Jahrhunderts. Berlin, 233-253.
- Klages, Helmut* 2000: Engagement und Engagementpotential. In: Beck, U. (Hg.), 151-170.
- Lincoln, Abraham* 1994: Gettysburg Adress vom 19. November 1963. Mit einem Essay von E. Krippeendorf (EVA-Reden, Bd. 16). Hamburg.
- Mommsen, Wolfgang J.* 1974: Max Weber und die deutsche Politik. 1890-1920. Tübingen.
- Münkler, Herfried* 1991: Die Idee der Tugend. Ein politischer Leitbegriff im vorrevolutionären Europa. In: Archiv für Kulturgeschichte, Bd. 73, Heft 2, 379-403.
- Münkler, Herfried* 1992: Politische Tugend. Bedarf die Demokratie einer sozio-moralischen Grundlegung? In: ders. (Hg.), Die Chancen der Freiheit. Grundprobleme der Demokratie. München, 25-46.
- Münkler, Herfried* 1997: Der kompetente Bürger. In: Klein, A./Schmalz-Bruns, R. (Hg.), Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Baden-Baden: 153-172.
- Münkler, Herfried* 1999: Republikanische Ethik – Bürgerliche Selbstbindung und politische Mitverantwortung. In: Ulrich, P./Löhr, A./Wieland, J. (Hg.), Unternehmerische Freiheit, Selbstbindung und politische Mitverantwortung. München, 9-25.
- Preuß, Ulrich K.* 1990: Revolution, Fortschritt und Verfassung. Zu einem neuen Verfassungsverständnis. Berlin.
- Putnam, Robert D. 1995: Bowling Alone: America's Declining Social Capital. In: Journal of Democracy, Jg. 6, Heft 1, 65-78.
- Thukydides*: Geschichte des Peloponnesischen Krieges, hrsg. von Landmann, G. P. München 1977.
- Weber, Max* 1921/1980: Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland. In: ders., Gesammelte Politische Schriften, hrsg. von Winckelmann, J. Tübingen, 306-443.

Helmut Klages

Die Deutschen – ein Volk von ‚Ehrenämtlern‘?

Ergebnisse einer bundesweiten Studie

1 Überraschend großes Ausmaß des Engagements in Deutschland

In der Antwort der Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage im Jahr 1996 hieß es noch, in Deutschland gebe es nach vorliegenden Erkenntnissen nur 17 Prozent ehrenamtlich Engagierte und dies sei verzweifelt wenig im Vergleich zu anderen europäischen Ländern, in denen 30 Prozent und mehr üblich seien, so dass es erforderlich sei, die Gründe für die relative Ehrenamtsabstinenz der Deutschen zu erforschen.

Umfangreiche aktuelle Forschungsaktivitäten, über die ich berichten will, enthüllen nun allerdings das scheinbare Engagementdefizit der Deutschen als eine *optische Täuschung*. Ich denke hierbei zunächst an unseren bundesweiten Speyerer Survey 1997, der inzwischen ausgewertet wurde, dessen Ergebnisse aber bisher erst in Teilen veröffentlicht werden konnten. Ich denke weiter an die 97er Erhebung des sog. ‚Sozioökonomischen Panels‘; ich denke insonderheit aber auch an die jüngste und zugleich größte bisherige Erhebung über das ehrenamtliche Engagement, die im vergangenen Jahr im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend von einem Projektverbund ‚Ehrenamt‘ durchgeführt wurde. An deren Vorbereitung und Auswertung sind wir Speyerer maßgeblich beteiligt und auf diese Erhebung will ich meinen Bericht konzentrieren.¹ Der Projektverbund Eh-

renamt stellte die folgende Eingangsfrage: „Es gibt vielfältige Möglichkeiten, außerhalb von Beruf und Familie irgendwo mitzumachen, beispielsweise in einem Verein, einer Initiative, einem Projekt, oder einer Selbsthilfegruppe. Ich nenne Ihnen verschiedene Bereiche, die dafür in Frage kommen. (...) Sagen Sie mir, ob Sie sich in einem oder in mehreren dieser Bereiche aktiv beteiligen.“

Auf diese Eingangsfrage reagierten *66 Prozent der Befragten* positiv, indem sie ein Engagement in einem der im Einzelnen angefragten 15 Bereiche deklarierten. ‚Engagiert‘ sind also 2/3 der in Deutschland wohnenden Menschen über 14 Jahre, d.h. weit über 40 Millionen Menschen. Zwei von drei Bundesbürgern ab 14 betätigen sich, mit anderen Worten, freiwillig und unentgeltlich in organisierten Zusammenhängen außerhalb von Beruf, Familie, Verwandtschaft, Freundes- und Bekanntenkreis und Nachbarschaft, ohne dabei unmittelbar eigene Erwerbsinteressen zu verfolgen. Bei Zugrundelegung dieser Zahl muss allerdings zunächst offen bleiben, ob nach dem bei uns vorherrschenden Verständnis tatsächlich alle erfassten unbezahlten freiwilligen Aktivitäten als ‚Ehrenamt‘ im engeren Sinne des Wortes anerkannt werden können. Wie verhält es sich damit z.B. bei dem – möglicherweise prominenten – Mittelstürmer einer Fußballmannschaft? Oder bei einem DLRG-Rettungsschwimmer? Oder bei einer fleißigen Helferin bei Vereinsfesten? Oder beim Fahrenträger eines Schützenvereins?

Oder bei einer Helferin der Kinderkrebshilfe, die aus eigener Initiative Kuchen backt und verkauft? Sind sie alle ‚ehrenamtlich‘ tätig oder nicht?

Die *Amerikaner*, die auf ihre 50 Prozent Engagierter stolz sind, stellen sich eine solche ‚intrinsic question‘ nicht, denn der in den englischsprachigen Ländern gebräuchliche Begriff ‚volunteering‘ ist von der bohrenden Frage nach der ‚Ehrenamtlichkeit‘ im engeren Sinne, die wir Deutschen uns stellen, völlig unbeleckt. Im Projektverbund ‚Ehrenamt‘ verhielten wir uns bei der Planung des Fragebogens der Projektverbundsstudie allerdings ‚typisch deutsch‘, indem wir nach der Eingangsfrage die folgende eingrenzende *Nachfrage* stellten: „Uns interessiert nun, ob Sie in den Bereichen, in denen Sie aktiv sind, auch ehrenamtliche Tätigkeiten ausüben ...“. Wir fügten als Erläuterung noch den Nachsatz hinzu: „Es geht um freiwillig übernommene Aufgaben und Arbeiten, die man unbezahlt oder gegen geringe Aufwandsentschädigung ausübt“. Wir wollten als ‚Ehrenamt‘ in einem engeren Sinne des Wortes außerdem nur dasjenige Engagement verstehen, das sich mit der Wahrnehmung von Aufgaben oder Funktionen verbindet, welche die Übernahme einer institutionalisierten Verantwortung für andere einschließen. Der typische Amerikaner muss hier wohl konsequenterweise mit Unverständnis reagieren. Wer an einer amerikanischen Universität freiwillig und unbezahlt im coffee-shop mitarbeitet, betreibt natürlich ein ‚volunteering‘, das ihm in seinem universitären record auch offiziell angerechnet wird, während er nach der Sprachregelung, der wir im Projektverbund ‚Ehrenamt‘ folgen, nur dann mitgezählt worden wäre, wenn er gleichzeitig auch verantwortlich am ehrenamtlichen Management des coffee-shop beteiligt wäre.

Auf unsere eingrenzende Frage nach einem ‚ehrenamtlichen‘ Engagement im engeren Sin-

ne des Wortes reagierten aber immerhin noch 34 Prozent der Befragten oder hochgerechnet ca. 21,6 Millionen Menschen bejahend. Man kann dementsprechend davon ausgehen, dass man die realen Verhältnisse mit hinreichender Genauigkeit kennzeichnet, wenn man von einem Drittel ‚ehrenamtlich‘ engagierter Deutscher ab 14 Jahren spricht und hierbei die eingrenzende Definition im Blick hat. Der Projektverbund liegt mit diesem Ergebnis in enger Nachbarschaft mit den anderen erwähnten Studien. Um den Konsens mit der erforderlichen Lockerheit zu kennzeichnen, kann man feststellen, dass sich der Anteil der ehrenamtlich engagierten Deutschen an der Gesamtbevölkerung auf Grund der Ergebnisse dieser drei bundesweiten Studien in der Nähe von 30 Prozent bewegt.

2 Engagement – Ehrenamt – Hilfen im Alltag

21,6 Millionen – das ist trotz aller vorangegangenen Eingrenzungen immer noch eine höchst beeindruckende Zahl. Deutschland rangiert unter Zugrundelegung dieser Kernzahl im oberen Mittelfeld vergleichbarer europäischer Länder und kann sich somit im internationalen Vergleich erhobenen Hauptes sehen lassen. Es kommt aber hinzu, dass von den ‚Ehrenamtlichen‘ im engeren Sinne des Wortes durchschnittlich 1,6 *Tätigkeiten* ausgeübt werden, so daß man hochgerechnet sogar von 34,8 Millionen ‚Fällen‘ ehrenamtlichen Engagements im engeren Sinne des Wortes sprechen kann.²

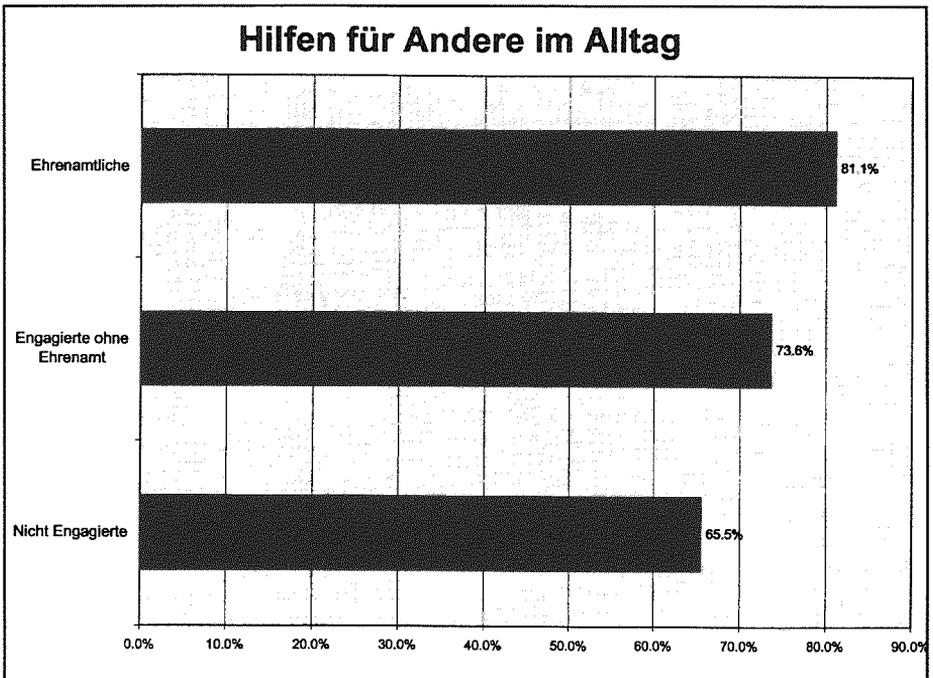
Ich möchte ergänzend anmerken, dass das sog. ‚informelle‘ und private, aber oft sehr aufopferungsvolle Solidaritätshandeln in der Familie oder in der Nachbarschaft in diesen Zahlen noch gar nicht mit enthalten ist. Typischerweise wird dieses Solidaritätshandeln, wie wir aufgrund der verfügbaren Daten feststellen können, von der überwiegenden Mehrzahl der

Menschen gewissermaßen ‚nebenbei‘ praktiziert, ohne dass dabei auch nur einen Augenblick lang im angloamerikanischen Sinne an ‚volunteering‘, oder im emphatischen deutschen Sinne an ‚Engagement‘ oder ‚Ehrenamt‘ gedacht wird. Da dieses spontane, gänzlich der persönliche Initiative entspringende Engagement in der aktuellen Diskussion über ‚bürgerchaftliches Engagement‘ und gesellschaftliches ‚Sozialkapital‘ oft unberechtigterweise vergessen wird, möchte ich die diesbezüglichen Zahlenverhältnisse, die wir den Erhebungsergebnissen des Projektverbunds Ehrenamt entnehmen können, ganz bewusst mit einigem Nachdruck – wengleich nur umrisshaft – in graphischer Form präsentieren:

nigen, die im Alltag Hilfen für andere Menschen erbringen, ist bei den Organisierten erkennbar größer als bei den nicht Organisierten. Dennoch gibt es das spontane alltägliche Engagement bei einer Mehrheit von 2/3 der nicht Organisierten, was zweifellos einen überzeugenden Beweis für die Funktionsfähigkeit des gesellschaftlichen Zusammenhalts auch unterhalb der Schwelle organisierter sozialer Zusammenhänge darstellt!

3 Begriffswirrwarr um das ‚Ehrenamt‘ als gesellschaftliches Problem

Dass wir in Deutschland in Verbindung mit dem Engagement ein *Problem* haben, ist gleich-



Man kann der Graphik entnehmen, dass es ganz offensichtlich einen Zusammenhang zwischen dem spontanen und dem organisierten Engagement gibt, denn der Prozentsatz derje-

wohl nicht wegzudiskutieren. Es handelt sich aber weniger um ein Problem des mangelnden Engagements, sondern vielmehr um ein Problem der *Sprachregelung*.

Dass die begrifflichen Ungeklärtheiten ums Engagement und Ehrenamt in Deutschland tiefreichender und substanzieller Natur sind, erweist sich darin, dass selbst bei dem Bevölkerungsdrittel der im Rahmen institutionalisierter Funktionen verantwortlich Engagierten der Begriff ‚Ehrenamt‘ nur sehr eingeschränkt zur Kennzeichnung dessen Verwendung findet, was man selbst tut. Nur ein knappes Drittel dieser Kerngruppe konnte sich mit dem Begriff ‚Ehrenamt‘ identifizieren. Knapp die Hälfte, also ein deutlich größerer Anteil konnte sich mit dem Begriff ‚Freiwilligenarbeit‘ identifizieren, während der Begriff ‚Bürgerengagement‘, der auf der offiziellen Bühne hochgradig prominent ist, sogar nur mit einer bei 6 Prozent liegenden, sehr kärglichen Zustimmungsquote weit abgeschlagen im Abseits landete.

Das sind überraschende Ergebnisse, die veranschaulichen, wie ungesichert in Deutschland gegenwärtig noch die bewusstseinsmäßige Einordnung der freiwilligen und unbezahlten Tätigkeit ist. Auf der Bewusstseinssebene sind wir gegenwärtig immer noch ein Volk von Erwerbstätigen und Nicht-Erwerbstätigen, während wir uns demgegenüber auf der Tatsachenebene des faktischen sozialen Handelns – wenngleich vorerst noch in einer relativ sprach- und begrifflosen Weise – schon recht weit auf die aktive ‚Bürgergesellschaft‘ zubewegt haben. Diese Bewusstseins-, Sprach- und Begriffslücke erklärt auch, wieso bei früheren Befragungen, bei denen man noch relativ naiv nach der Ausübung ‚ehrenamtlicher‘ Tätigkeit fragte, nur so niedrige Bejahungsquoten erzielt werden konnten. Vom so genannten ‚Ehrenamt‘ hat die Mehrheit der Deutschen offenbar eine Vorstellung, die zwar achtungsvoll ist, mit der man sich aber selbst nicht unbedingt identifizieren möchte, auch wenn man hochaktiv ist. Typischerweise ist die Zustimmung zum Begriff ‚Ehrenamt‘, wie unsere Daten erweisen, dort am größten, wo Tätigkeiten im Justizbereich

ausgeübt werden. Man geht offenbar vielfach vom *Idealbild des Schöffen* aus, wenn man sich die Frage vorlegt, ob man ‚ehrenamtlich‘ tätig ist, wobei jedoch in erster Linie gerade diejenigen Tätigkeiten der Ausklammerung verfallen, die öfters als ‚neues Ehrenamt‘ bezeichnet werden, d.h. also vor allem diejenigen Tätigkeiten in Initiativen, Selbsthilfegruppen und Projekten, denen gegenwärtig zu Recht eine besondere Aufmerksamkeit zufällt, weil sie den hauptsächlichsten *Wachstumsbereich* des Engagements repräsentieren. Der Projektverbund Ehrenamt hat in Anbetracht dieser Schwierigkeit die bereits erwähnte vorläufige Ergebnisübersicht unter den kompromisshaft und kompilatorisch klingenden Titel ‚Freiwilligenarbeit, ehrenamtliche Tätigkeit und bürgerschaftliches Engagement‘ gestellt, wohl wissend, dass es sich hierbei um eine etwas umständliche Hilfskonstruktion handelt, die letztlich nur anzeigt, dass der alles umfassende, gleichzeitig aber auch die gesellschaftliche Bewusstseinslage zum Ausdruck bringende einheitliche Begriff bisher noch fehlt.

4 Wachstum des Engagements – trotz Wertewandel

Die vorstehenden Erkenntnisse über das unerwartet große Ausmaß des Engagements besagen noch nicht unmittelbar etwas darüber, wie sich das Engagement *im Zeitablauf* entwickelt hat.³ Vorweg soll nicht unerwähnt bleiben, dass die Frage nach der Entwicklung des Engagements in Deutschland über die Zeit hinweg während der letzten Jahre ähnlich umstritten war wie die Frage nach dem Ausmaß des Engagements. Vielfach wurde von der Annahme ausgegangen, der Umfang des Engagements sei in der zurückliegenden Zeit eingeschrumpft. Diese Annahme schien u.a. angesichts der zeitweiligen Klagen der großen Wohlfahrtsverbände über ein Stagnieren oder Absinken der Zahl ihrer ehrenamtlichen Helfer nahe zu liegen und

plausibel zu sein. Und diese Annahme schien auch sehr plausibel zu sein. Leben wir denn nicht, so musste man sich fragen, in einer ‚*Medien- und Informationsgesellschaft*‘, in der immer mehr Menschen zunehmend viel Zeit vor dem Fernseher und neuerdings auch vor dem Computer verbringen? Haben wir nicht eine ‚*Freizeitgesellschaft*‘, in welcher das Reisen zum Volkssport geworden ist, in welcher individuelle Hobbys und Do-it-Yourself-Aktivitäten blühen und in welcher eine enorme Vielzahl von Angeboten des Kultursektors um die ohnehin knappe Zeit und Aufmerksamkeit der Menschen werben? Ist es auf der anderen Seite nicht so, dass im Zeichen der *Globalisierung* der materielle Existenzkampf härter wird, so dass viele Menschen gezwungen sind, ein wachsendes Maß von Zeit und Energie in die Berufsarbeit zu investieren? Und muss man nicht letztlich davon ausgehen, dass ein freiwilliges Engagement für andere angesichts eines *Wertewandels*, der von den traditionellen Tugenden der Dienst- und Pflichtbereitschaft zur individualistischen Selbstentfaltung hinführt, notwendigerweise in seinen Grundlagen eingeschränkt wird?

Viele meinten in der Tat, sich auf diesen pessimistischen Deutungsweg begeben zu müssen. Inzwischen lässt sich allerdings mit empirischen Daten belegen, dass die Ängste und Besorgnisse, die in diesem Zusammenhang geäußert wurden, in die Irre gehen. Es lässt sich heute eindeutig feststellen, dass das freiwillige Engagement in Deutschland nicht stagniert oder abnimmt, sondern vielmehr zunimmt. Nach den Angaben der Deutschen Gesellschaft für Freizeit gab es Anfang der 60er Jahre in der deutschen Bevölkerung nur etwa 5 Prozent ehrenamtlich Tätige. Selbst wenn man die niedrigsten Werte zugrunde legt, die in den letzten Jahren gemessen werden, so ergibt die Gegenüberstellung ein Anwachsen um ein Mehrfaches. Genauere Vergleichszahlen liegen für die

Zeitspanne zwischen 1985 und 1996 vor. Den Ergebnissen des ‚Sozioökonomischen Panels‘ zufolge hat sich der Anteil der Engagierten an der Bevölkerung Westdeutschlands während dieser Zeitspanne – trotz des Wertewandels – von 25 Prozent auf 35 Prozent und damit um mehr als ein Drittel erhöht. Gleichzeitig hat aber auch die Zahl der Felder, in denen ein Engagement stattfindet, fortwährend zugenommen.

5 Wandel der Engagementmotive

In Verbindung mit dem *quantitativen* Wachstum hat sich nun allerdings ein *qualitativer Wandel* des Engagements ereignet, den man am unmittelbarsten in den Griff bekommt, wenn man sich den Engagementmotiven zuwendet. Kurz gesagt haben sich die Engagementmotive in Verbindung mit dem gesellschaftlichen Wertewandel in den zurückliegenden Jahren sehr verändert. Führt man eine Analyse der Engagementmotive durch, dann kann man feststellen, dass der Wertewandel dazu beigetragen hat, die hinter dem Engagement stehende Motivstruktur zu *verbreitern und anzureichern*.

Betrachtet man – unter Nutzung der in Anmerkung 2 angegebenen Internetadresse – die Graphik ‚Erwartungen an die ehrenamtliche Tätigkeit‘, dann erkennt man, dass traditionelle Engagementmotive wie ‚anderen Menschen helfen‘ oder ‚Nächstenliebe üben‘ durchaus noch einen Stellenwert haben. Ganz an der Spitze der Motive taucht aber charakteristischerweise das nur scheinbar hedonistische und ganz offenbar nicht, wie oft angenommen, auf Vergnügnungs- und Genusssucht hindeutende Motiv des ‚Spaß-Habens‘ auf. Die neue Motivbasis des Engagements wird außerdem durch Motive wie ‚die eigenen Fähigkeiten und Kenntnisse einbringen und weiterentwickeln‘, sich ‚aktiv halten‘, ‚interessante Leute kennen

lernen‘ oder ‚interessanter leben‘ gekennzeichnet. Die Analyse bringt es an den Tag, dass hinter solchen Motiven sog. *Selbstentfaltungswerte* stehen, deren Vordringen in unserer Gesellschaft somit ganz offenbar nicht einen ‚egoistischen‘, sondern vielmehr einen ‚kooperativen‘ Individualismus signalisiert, der in unserer offenbar des Öfteren zu Unrecht moralisch disqualifizierten Gesellschaft nicht nur Überlebenschancen, sondern sogar Ausbreitungsmöglichkeiten besitzt.

6 Die Struktur des Engagements

Ich möchte nun kurz auf die *Struktur* des Engagements in Deutschland eingehen, wobei ich mich auf das ‚ehrenamtliche‘ Engagement im engeren Sinne des Wortes konzentrieren will, das bei der Projektverbundsstudie im Vordergrund steht.⁴ Nachfolgend präsentiere ich zunächst eine Graphik, aus der man entnehmen kann, wie sich die Engagierten – und zwar sowohl die ehrenamtlich Engagierten, wie auch die Engagierten ohne Ehrenamt – auf die 14 *Tätigkeitsbereiche* verteilen, die wir in der Projektverbundsstudie erfasst haben (siehe Grafik).

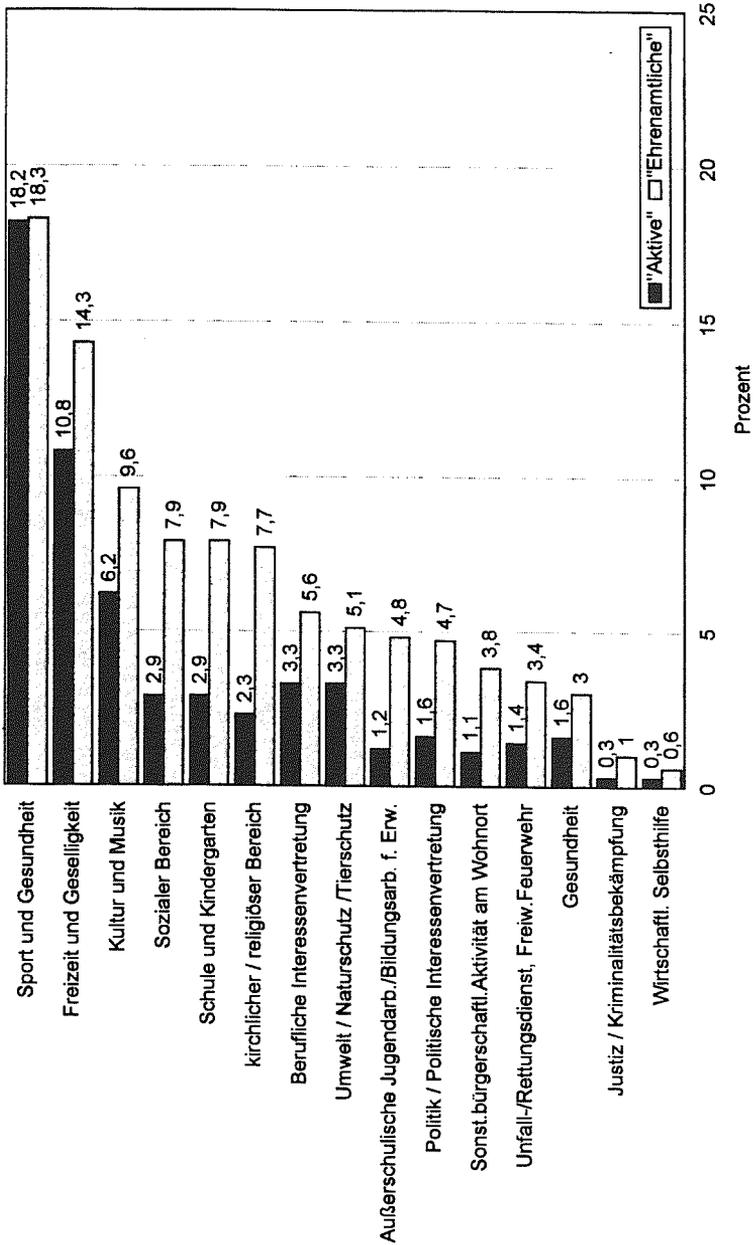
Schon bei einem flüchtigen Blick wird erkennbar, dass sich das Engagement auf die verschiedenen Tätigkeitsfelder sehr unterschiedlich verteilt. Beim Vergleich zwischen den Bereichen kann man weiter erkennen, dass auch das zahlenmäßige Verhältnis zwischen den ‚Ehrenamtlichen‘ und den Nur-Aktiven unterschiedlich ist, wenngleich sich zwischen den beiden Gruppen keine sehr bedeutenden Abweichungen in der Rangfolge erkennen lassen.⁵

Im Einzelnen betrachtet vereinigt der Bereich ‚Sport und Bewegung‘ die breiteste Beteiligung auf sich. Mehr als ein Drittel der Bundesbürger ab 14, die wir in der Erhebung erfasst haben, macht nach eigener Bekundung im Bereich Sport und Bewegung irgendwo ‚aktiv‘ mit, d.h.

also nicht nur als nominelles Vereinsmitglied (wenn man die nicht aktiven, nur beitragszahlenden Nur-Mitglieder mitzählen würde, die wir bei der Erhebung nicht erfassen wollten, wären die Zahlen mit Sicherheit noch höher).

Wenn man die Zahl der in diesem engeren Sinne ‚ehrenamtlich‘ Tätigen zugrunde legt, dann schließen sich an den Spitzenreiter Sport und Bewegung der Reihe nach die Tätigkeitsfelder Freizeit und Geselligkeit (14,3 Prozent) und, mit einigem Abstand, der Bereich Kultur und Musik (9,6 Prozent) an. Auch in diesen Bereichen finden sich Millionen Menschen, die sich als Funktionsträger ehrenamtlich engagieren, darüber hinaus aber natürlich auch zahlreiche ‚aktiv‘ Mitmachende ohne Funktionen, d.h. also z.B. Mitglieder von Gruppen, oder Musikausübende, die am Wochenende auftreten, ohne sich als ‚Ehrenamtliche‘ zu fühlen. Es folgen zunächst auf einer dritten Ebene der soziale Bereich, der Bereich Schule/Kindergarten und der Bereich Kirche/Religion mit einer ungefähr gleichen Zahl Ehrenamtlicher. Daran schließen sich auf einer vierten Ebene an: die Politik bzw. die politische Interessenvertretung, die berufliche Interessenvertretung, der Umwelt-/Natur- und Tierschutz und die außerschulische Jugendarbeit und Erwachsenenbildungsarbeit. Es folgen auf einer fünften Ebene die Unfall-/Rettungsdienste und die Freiwillige Feuerwehr und die bürgerschaftlichen Aktivitäten am Wohnort, die in den aktuellen Diskussionen über ‚bürgerschaftliches Engagement‘ sehr stark in den Vordergrund gerückt werden, die aber bis jetzt nur ein relativ kleines Teilsegment des gesamten Engagements repräsentieren. Weiterhin begegnet uns auf dieser fünften Ebene aber auch der Gesundheitsbereich, d.h. also der Kernbereich der Selbsthilfegruppenbewegung. Es folgen endlich auf einer sechsten und letzten Ebene, auf der sich hochgerechnet aber immer noch hunderttausende von Menschen engagieren, die wirt-

Engagement nach Tätigkeitsbereichen



schaftliche Selbsthilfe, wie auch die Justiz und die Kriminalitätsbekämpfung.

Weitere Strukturdaten liefert – unter der angegebenen Internetadresse – die Grafik ‚Ehrenamtliches Engagement in verschiedenen Bevölkerungsgruppen‘ im Übersichtsband des Projektverbunds Ehrenamt, deren Aussagegehalt nachfolgend kurz skizziert wird:

(1) *Regionale Unterschiede:* Alle bisher genannten Zahlen sind länderübergreifende Durchschnittszahlen für Deutschland insgesamt. Vergleicht man das ehrenamtliche Engagement in West- und Ostdeutschland, dann stößt man auf beträchtliche Unterschiede. Grob gesagt liegt das Ausmaß des Engagements in den Neuen Bundesländern niedriger als in Westdeutschland, was damit zu tun hat, dass die früheren Engagementstrukturen bei der Wende erst einmal weggebrochen sind – sei es, weil sie von der SED gesteuert und aufgelöst wurden, oder sei es auch, weil sie den Charakter von privaten Notgemeinschaften hatten, die funktionslos wurden, als der permanente Mangel an lebensnotwendigen Dingen aufhörte, der den DDR-Alltag kennzeichnete. Was in der Grafik nicht sichtbar wird, sind die Unterschiede zwischen den einzelnen – so z.B. auch den westlichen – Bundesländern, auf die ich in diesem Rahmen nicht eingehen kann.⁶

(2) *Unterschiede zwischen den Geschlechtern:* Es gehört durchaus zu den Überraschungen, die sich mit den bisher vorliegenden Ergebnissen verbinden, dass insgesamt gesehen *mehr Männer als Frauen* ehrenamtlich engagiert sind. Dies ist aber natürlich in den einzelnen Engagementbereichen gänzlich unterschiedlich. Insbesondere in Feldern mit hohen Anforderungen an emotionale Zuwendung, wie etwa im sozialen Bereich und im Gesundheitsbereich, sind die Frauen in der Mehrzahl, während die Männer in denjenigen Bereichen do-

minieren, in denen die Ehrenamtlichkeit ein Wirken in der Öffentlichkeit mit sich bringt, wie etwa im Bereich ‚Politik/Politische Interessenvertretung‘. Natürlich findet sich eine Mehrzahl von Männern aber auch im Bereich ‚Unfall-/Rettungsdienst, Freiwillige Feuerwehr‘.

(3) *Unterschiede zwischen den Altersgruppen:* Zu den Ergebnissen, die eingewurzelte Meinungen widerlegen, gehört weiter auch, dass das Engagement bei den jungen Menschen zwischen 14 und 24 besonders stark ausgebildet ist. Dies gilt insbesondere dann sehr eindeutig, wenn man die ‚weite Optik‘ zugrundelegt, d.h. also alle diejenigen erfasst, die ‚irgendwo aktiv mitmachen‘. Die Altersgruppe zwischen 14 und 24 hat mit 37 Prozent den höchsten Anteil ‚aktiv engagierter Nicht-Ehrenamtler‘ von allen Altersgruppen. Legt man den engeren Begriff des ehrenamtlichen Engagements zugrunde, fragt man also nach den Funktionsträgern, dann schrumpft der Anteil, der sich bei den Jungen findet, naturgemäß etwas zusammen. Er liegt aber auch in diesem engeren Bereich noch hoch und unterscheidet sich nur wenig von den Engagementquoten der Älteren. Natürlich stellt sich auch dies in den einzelnen Engagementbereichen sehr unterschiedlich dar. Besonders stark sind die Jungen im Bereich Sport und Bewegung, aber auch im Bereich Unfall-/Rettungsdienst, Freiwillige Feuerwehr vertreten, während sie z.B. im Bereich Politik/politische Interessenvertretung, verständlicherweise aber auch im Bereich Schule/Kindergarten eher zurücktreten.

7 Engagementpotential im Focus der Forschung

Ich möchte nun zu einem weiteren sehr wesentlichen – wenn nicht zentralen – Themenbereich des Speyerer Survey 97 und der Projektverbundsstudie übergehen, den ich selbst an den

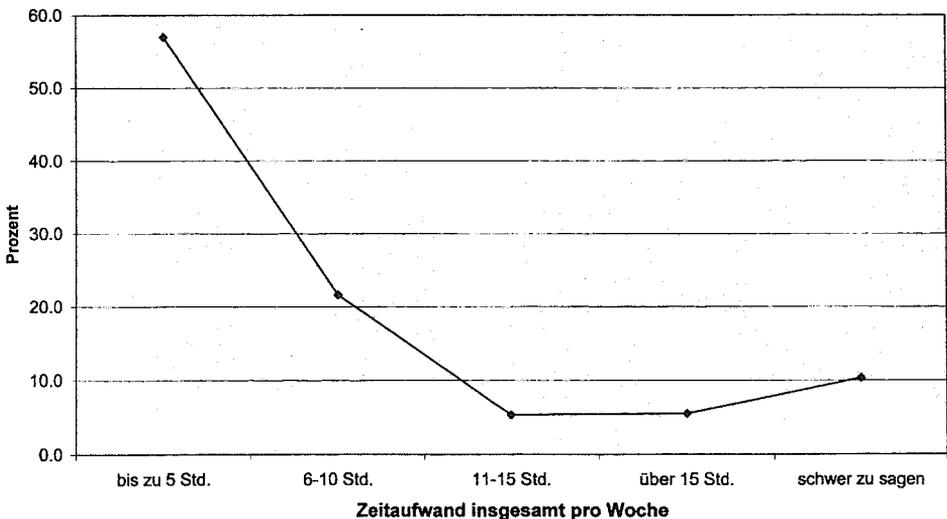
Platz Nr.1 meiner privaten ‚Hitliste‘ stelle, weil er m.E. das strategische Zugangstor zur Thematik der Engagementförderung verkörpert, nämlich zum Thema ‚*Engagementpotential*‘.

Im Vorspann zu diesem Thema sei zunächst erwähnt, dass wir aufgrund der vorliegenden Ergebnisse u.a. sehr exakte Erkenntnisse über den *Zeitaufwand* besitzen, der von den beteiligten Personengruppen in den verschiedenen Engagementbereichen ins ehrenamtliche Engagement eingebracht wird. Im Durchschnitt investieren die ehrenamtlich Engagierten (im engeren Sinne des Wortes) rund 23 Stunden pro Monat oder gut 5 Stunden pro Woche, wenn man die Zeitaufwendungen, die sich mit den verschiedenen ausgeübten Tätigkeiten verbinden, zu einer Gesamtsumme aufaddiert. Multipliziert man diese Zahl mit der Zahl der beteiligten Personen, dann erhält man den *Zeitaufwand*, der gegenwärtig von der Bevölkerung Deutschlands insgesamt ins ehrenamtliche Engagement investiert wird. Man kann dann in geradezu *astronomischen Zahlen* schwelgen.

Ich will dies allerdings in diesem Augenblick nicht tun. Vielmehr will ich die Durchschnittsbetrachtung zunächst noch mit weiteren Daten anreichern, indem ich unter Verwendung einer Graphik auf das Verteilungsbild der Zeitaufwendungen eingehe (s.u.).

Die Grafik vermittelt die Erkenntnis, dass fast 60 Prozent der Ehrenamtlichen *weniger als 5 Stunden pro Woche* investieren und somit im Grunde genommen – jedenfalls von der numerischen Größenordnung her betrachtet - relativ ‚geringfügig‘ engagiert sind. Zugegebenermaßen überraschten mich selbst diese Zahlen, auf die wir bereits bei der Auswertung der Daten des Speyerer Surveys 97 gestoßen waren, zumindest im ersten Augenblick in einer negativen Weise, da ich viel höhere Werte erwartet hatte. Meine Enttäuschungsreaktion legte sich aber bald, als mir klar wurde, dass sich diese Zahlen umgekehrt auch positiv interpretieren lassen, nämlich als Indizien für eine möglicherweise vorhandene latente *Zeitreserve* im Ehrenamt.

Zeitaufwand für das Ehrenamt



Die Erkenntnisse über das Ausmaß der Zeit, welche die ehrenamtlich Engagierten ins Ehrenamt investieren, mündeten in diesem Augenblick in einen breiter gelagerten Komplex von Erkenntnissen ein, bei dem zukünftige Strategieüberlegungen zur Engagementförderung eine unverzichtbare Rolle spielen werden. Ich meine die von uns gewonnenen Erkenntnisse über das in der Bevölkerung vorhandene, bisher noch ungenutzte, jedoch aktualisierbare *Engagementpotential*. Wir fragten die *Nichtengagierten und die Engagierten ohne Ehrenamt*, ob sie „heute oder zukünftig daran interessiert seien, sich in Vereinen, Initiativen, Projekten oder Selbsthilfegruppen zu engagieren und dort Aufgaben oder Arbeiten zu übernehmen, die man freiwillig oder ehrenamtlich ausübt“. Auf dem Hintergrund der Erfahrungen beim Speyerer Survey 97 fragten wir aber auch die *ehrenamtlich Engagierten*, ob sie „bereit und in der Lage“ wären, ihr „ehrenamtliches Engagement noch auszudehnen und weitere Aufgaben zu übernehmen, wenn sich etwas Interessantes bietet“. Die entscheidende Erkenntnis ist, dass Engagementpotential sowohl bei den überhaupt nicht Engagierten, wie auch bei den Engagierten ohne Ehrenamt, wie auch letztlich bei den ehrenamtlich Engagierten *in einem höchst überraschenden und eigentlich unvorstellbaren Maße* vorhanden ist.

Aus den Daten der Ehrenamtsstudie lässt sich errechnen, dass die Potentialquote bei den Nicht-Ehrenämtern insgesamt, d.h. also bei den überhaupt nicht Engagierten und den Engagierten ohne Ehrenamt zusammengerechnet – somit bei den 2/3 der Bevölkerung der Bundesrepublik über 14 Jahre, die diesen beiden Gruppen zuzurechnen sind – bei 40,2 Prozent liegt. Im Einzelnen betrachtet liegt diese Quote, der Ehrenamtsstudie zufolge, unter nicht Aktiven bei 34,4 Prozent, d.h. unter dem Durchschnitt, bei den nichtehrenamtlich Engagierten aber bei 43,7 Prozent, d.h. über dem

Durchschnitt der gesamten Gruppe der Nicht-Ehrenämter. Ich meine, man kann bei solchen Zahlen kaum nüchtern bleiben. Schließlich liefern sie einen Hinweis auf die *gewaltige Größenordnung*, die man im Auge haben muss, wenn immer man das Wort ‚Engagementpotential‘ in den Mund nimmt. Es lässt sich m.E. ohne Irrtums- und Übertreibungsrisiko feststellen, dass es sich bei diesem Potential mit Sicherheit um *die mit weitem Abstand größte ungenutzte oder ‚schlafende‘ Humanressource* handelt, die heute in Deutschland unter allen nur erdenklichen thematischen Aspekten und in allen nur erdenklichen Lebensgebieten auffindbar sein dürfte.⁷

Hinzu kommt nun allerdings noch das *Potential bei den ehrenamtlich Engagierten*, die immerhin eine Potentialquote von 34,2 aufweisen. Ein gutes Drittel der Ehrenamtlichen wäre also durchaus dazu bereit, oder sogar daran interessiert, ihr ehrenamtliches Engagement noch auszuweiten, bzw. genauer gesagt, weitere und andersartige Aufgaben zu übernehmen. Dass es sich in der Mehrzahl der Fälle nicht um ein bloß quantitatives, auf die ohnehin schon ausgeübten Tätigkeiten bezogenes, sondern um ein qualitatives Ausweitungsbereitschaft handelt, belegen unsere Daten sehr eindeutig.

8 Merkmale der Interessierten

Unsere Daten erlauben es, die *Soziodemographie* der am Engagement oder auch an einem zusätzlichen Engagement Interessierten bis in entlegene Details hinein zu verfolgen und somit relativ konkrete Merkmalsbeschreibungen der Potentialträger zu liefern. Ich will mich darauf beschränken, einige wenige ‚highlights‘ herauszugreifen, die für die Beantwortung der Frage nach den praktischen Folgerungen für eine zukünftige Engagementförderung von besonderer Bedeutung sind.

Wenn man die verfügbaren Einzeldaten aneinander reiht, dann lässt sich daraus ablesen, dass die Wahrscheinlichkeit für das Vorhandensein von Engagementpotential größer ist

- bei Männern (im Unterschied zu Frauen, bei denen häufiger lebensverlaufsbedingte Hemmnisse in Erscheinung treten),
- bei jüngeren Menschen (im Unterschied zu Älteren, die öfters resignieren, weil sie meinen, nicht mehr leistungsfähig genug zu sein),
- bei Erwerbstätigen (im Unterschied zu Rentnern),
- bei Hochschülern (im Unterschied zu Menschen mit betrieblicher Ausbildung),
- bei Menschen mit starker ‚informeller‘ Integration in das lokale gesellschaftliche Umfeld,
- bei Menschen, die mit anderen zusammen in einem Haushalt leben,
- bei Frauen, die nicht mit der Betreuung von Kleinkindern oder mit anderen Aufgaben im familialen Bereich belastet sind,
- bei Menschen, die sich nicht um pflegebedürftige Personen zu kümmern brauchen,
- bei Menschen mit starker Kirchenbindung,
- bei Katholiken (die im Durchschnitt etwas mehr Engagementpotential als Protestanten deklarieren),

Werteorientierung und Engagementbereitschaft

Wertedimensionen	Konventionalismus ¹	Hedonistischer Materialismus ²	Selbstentfaltung/Engagement/Prosoziale Orientierung ³
Richtung und Ausmaß der Einwirkung auf die Bereitschaft zum Engagement	deutlich negativ	schwach negativ	deutlich positiv

¹ Bei der Faktorenanalyse, die der Ermittlung der Wertedimensionen zugrunde lag, erzielten bei dem Faktor ‚Konventionalismus‘ folgende Einzelwerte die höchsten Ladungen: ‚Flässig und ehrgeizig sein‘, ‚Nach Sicherheit streben‘, ‚Gesetz und Ordnung respektieren‘.

² Die höchsten Faktorladungen ergaben sich hier bei den Einzelwerten ‚Einen hohen Lebensstandard haben‘, ‚Macht und Einfluß haben‘, ‚Die guten Dinge des Lebens in vollen Zügen genießen‘.

³ Hier lagen die höchsten Faktorladungen bei den Einzelwerten ‚Die eigene Phantasie und Kreativität entwickeln‘, ‚Sozial Benachteiligten und gesellschaftlichen Randgruppen helfen‘, ‚Auch solche Meinungen tolerieren, denen man eigentlich nicht zustimmen kann‘, ‚Sich für den Umweltschutz engagieren‘.

- endlich auch bei Menschen mit einem starkem Interesse an Politik und öffentlichem Leben.

Ich möchte nur einen Punkt herausgreifen, nämlich die Potential fördernde Wirkung der ‚informellen‘ Integration ins lokale gesellschaftliche Umfeld. Der Punkt begegnet sich mit der gegenwärtig auch in Deutschland stark diskutierten These von Robert D. Putnam, es gehe heute erstrangig darum, das angeblich zunehmende ‚*bowling alone*‘ isolierter Menschen im anonymen Wohnumfeld und damit die so genannte Singlegesellschaft zu bekämpfen. Wie man sieht, wird diese These durch unsere Daten unterstützt. Es ist jedoch hinzuzufügen, dass dies nicht allzu nachdrücklich der Fall ist. Informelle soziale Integration am Ort wirkt sich zwar in der Tat fördernd auf das Engagementpotential aus. Diese Einwirkung ist aber relativ schwach⁸ und sie wird zudem von zahlreichen anderen Faktoren überlagert, so dass sie im Einzelfall auch unterbleiben kann.

Zusätzlich verdient die von den Daten vermittelte Erkenntnis besondere Aufmerksamkeit, dass das Interesse am (zusätzlichen) Engagement – ganz ebenso wie das Engagement selbst – durch das Vorhandensein solcher *Wertorientierungen* begünstigt wird, die im Wertewandel eine Aufwertung erfahren. Man kann dies aus der vorstehenden Übersicht ablesen.

Untersucht man die *Engagementmotivation* der Potentialträger, dann gibt es eine weitere Überraschung. Es erweist sich nämlich, dass bei den interessierten Nicht-Ehrenamtlichen fast über alle erhobenen Engagementmotive hinweg ein *deutlich höherer ‚Motivdruck‘* vorliegt als bei den Ehrenamtlichen.⁹ Die mögliche Deutung, es könnte sich bei den Potentialträgern außerhalb des Ehrenamts möglicherweise um Menschen handeln, die zwar guten Willens sind, deren Motivation aber geringer ist und die deshalb nicht zum Engagement ge-

langen können und wollen, muss angesichts dieses Ergebnisses entschieden zu den Akten gelegt werden. Die Fakten liegen gerade umgekehrt. Es lässt sich die These aufstellen, dass bei den Potentialträgern – durch welche Bedingungen auch immer – ein *Motivationsstau* vorhanden ist, der nach Auflösung drängt.

Schon angesichts dieses einen Forschungsergebnisses muss jede *Engagementförderungsstrategie*, die von der Annahme ausgeht, es gehe in erster Linie darum, das gesellschaftliche Interesse am Engagement oder das gesellschaftliche Engagement- oder Verantwortungsbewusstsein zu steigern, weitgehend ins Leere laufen. *Die Gesellschaft ist mehrheitlich in Richtung Engagement motiviert*; es existiert ein Engagementpotential, das sich unmittelbar auf der Motivations- und Bewusstseinssebene nachweisen lässt. Es muss dementsprechend primär darum gehen, diesem gewaltigen Potential die offenbar fehlenden *Austragungsmöglichkeiten* zu sichern, nicht darum, es – durch welche Indoktrination oder ‚moral suasion‘ auch immer – zu vergrößern oder gar erst zu erzeugen!

9 Ansatzpunkte und Erfolgsfaktoren der Engagementförderung

Fragt man, wo hierbei *konkret anzusetzen* ist, so erhält man insbesondere von den Potentialträgern im Ehrenamt sehr konkrete Antworten. Sie signalisieren *erstens* durchgängig *Defiziterfahrungen* im Bereich der *Ehrenamtspolitik*. Sie monieren stärker als die Übrigen Mängel bei der Ausstattung des Ehrenamts mit Sach- und Finanzmitteln, Mängel im Bereich der gesellschaftlichen und politischen Anerkennung und Absicherung des Ehrenamts, wie auch letztlich Mängel bei der Information und Beratung über die Möglichkeiten des Zugangs zum Ehrenamt. Sie monieren *zweitens* aber auch in einem stärkeren Maße als die Übrigen

organisatorische Mängel. Nach der Häufigkeit geordnet werden die folgenden Dinge ange-mahnt: (1) Die Bereitstellung von finanziellen Mitteln für Projekte, (2) die Bereitstellung von Räumen und Ausstattungsmitteln, (3) das verstärkte Angebot von Weiterbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten, (4) eine verstärkte fachliche Unterstützung der Tätigkeit, (5) mehr menschliche und psychische Unterstützung, (6) eine unbürokratischere Kostenerstattung, und (7) eine stärkere Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeit durch Hauptamtliche. Charakteristischerweise geht es den ehrenamtlich Engagierten am *wenigsten* um die finanzielle Vergütung für geleistete Arbeit, die weit abgeschlagen an allerletzter Stelle rangiert.

Es kommt aber noch etwas hinzu, was wahrscheinlich wichtiger ist. Fragt man nämlich, was der *entscheidende Erfolgsfaktor* einer zukünftigen Engagementförderung sein könnte, dann bleiben unsere Daten die Antwort keinesfalls schuldig. Die Antwort, die sich aus einer umfassenden multivariaten Analyse ableiten lässt, lautet kurz und bündig: Der entscheidende Faktor heißt: Eigenverantwortung. Je mehr Eigenverantwortung den Ehrenamtlichen eingeräumt wird, desto mehr Engagement bringen sie, kurz gesagt, als Gegenwert ein.

Ins Kritische gewendet besteht – von den Daten her geurteilt – ein Mangel an konkreten Chancen und Angeboten zur Verantwortungswahrnehmung, von dem unsere Gesellschaft allenthalben gekennzeichnet ist, der aber auch im Ehrenamt feststellbar ist. Zwar wird den Menschen heute das Erfordernis der Verantwortungsbereitschaft als Kernpunkt einer individuellen Ethik unablässig vorgehalten. Es wird dessen ungeachtet aber – auch im Ehrenamt – viel zu wenig getan, um hierfür *die institutionellen und organisatorischen Voraussetzungen* zu schaffen. Konkret ist die Verantwortung für

individuelles Handeln – in Verbindung mit entsprechenden Statusattributen – allenthalben bei ‚Vorgesetzten‘, ‚Gruppenleitern‘, ‚Vereinsvorständen‘ und sonstigen ‚Verantwortungsträgern‘ konzentriert, ohne dass die verfügbaren Spielräume für Verantwortungsdelegationen nach ‚unten‘ ausgeschöpft würden. Im Bereich des freiwilligen außerberuflichen Engagements findet sich dieser strukturelle Mangel überall da, wo man sich bei der Entscheidung über Organisationsmuster am herkömmlichen *Ver-einsmodell* orientiert, das gerade bezüglich der Verantwortungszuteilung sehr strikte Trennlinien vorsieht, die zwar oberflächlich betrachtet nichts mit einer Unterscheidung zwischen ‚oben‘ und ‚unten‘ zu tun haben, die aber faktisch gesehen hierarchische Abstufungen zwischen herausgehobenen Entscheidungsberechtigten und ‚Nur-Mitgliedern‘ begünstigen bzw. geradezu zur Grundlage des organisatorischen Konzepts erheben.

Man kann sich die Defizitsituation verdeutlichen, indem man sich die unausgeschöpften Bereitschaften gerade bei den jungen Menschen vor Augen führt, die sich bereits engagieren oder die sogar ehrenamtlich tätig sind, die also bereits ins Engagement integriert sind, die sich aber vergrößerte Chancen wünschen, *aktiv* zu werden. Wir besitzen vielfältige Hinweise darauf, dass jüngere Menschen sich heute nicht mehr ohne weiteres in herkömmliche hierarchische Strukturen einfügen wollen, dass sie sich Bewegungsfreiheit und Selbstständigkeit, aber auch Verzicht auf Formalien wünschen, dass sie sich so wie sie sind ‚einbringen‘ wollen und dass sie in erster Linie für Tätigkeiten zu haben sind, bei denen offenkundig ist, dass sie ihnen selbst und anderen etwas ‚bringen‘. Man spricht in diesem Zusammenhang häufig von einer Präferenz für selbst organisierte ‚projektförmige‘ Tätigkeiten und man trifft hiermit sicherlich etwas Wahres, das es in Zukunft stärker als bisher zu beachten gilt.

Meine eigene Formel für das was dringend notwendig ist, lautet allerdings, breiter ansetzend, dass es in Zukunft notwendig sein wird, ‚Verantwortungsrollen‘ für möglichst alle bereitzustellen, d.h. solche Rollen, die es den Menschen erlauben, sich die Erfolge ihrer Tätigkeit selbst zuzurechnen und somit in einem aktiven, Entscheidungsmöglichkeiten einschließenden Sinne ‚verantwortlich‘ zu handeln. Ich meine, anstatt über den Mangel an Verantwortungsbereitschaft insbesondere bei den jungen Menschen zu lamentieren, sollte man sich lieber fragen, was es heißt, eine solche subjektiv ausfüllbare Verantwortung zu ermöglichen und ob man die Bedingungen hierfür bereits geschaffen hat. Es gibt im so genannten ‚Human Resource Management‘ die Erkenntnis, dass unser eigentliches Problem heute nicht das mangelnde Wollen ist, sondern ein mangelndes ‚Dürfen‘, das durch unangemessene Strukturen und Organisationskulturen verursacht wird. Ich meine, dass diese Erkenntnis auch auf die Organisation des ehrenamtlichen Engagements übertragen werden muss.

10 Wie erreicht man die ‚Menschen draußen‘?

Bei alledem dürfen wir nun aber natürlich die vielen Menschen nicht vergessen, die noch *ganz draußen* stehen, die aber, wie unsere Ergebnisse zeigen, zum großen Teil für das Engagement gewinnbar sind.

Unsere Ergebnisse lassen im Hinblick auf die Frage, wie hier vorgegangen werden kann, sehr weit gehende Folgerungen zu. So ist es unseres Erachtens von enormer Aussagekraft, dass 57 Prozent der Engagierten angeben, sie seien ins Engagement hineingekommen, weil sie dafür *geworben* wurden, weil sie *gefragt* wurden, ob sie sich engagieren wollen. Bei denen, die sich trotz eines grundsätzlichen Interesses nicht engagieren, fehlt oft schlicht der *Anstoß* – und zwar

derjenige Anstoß, der bei vielen Engagierten aus dem unmittelbaren mitmenschlichen Umfeld der Verwandten und Freunde gekommen war. Die Frage lautet: Auf welche Weise können wir auch bei diesen Menschen – gewissermaßen kompensatorisch – eine solche Anstoßwirkung erzielen? Für mich ist ebenso wie für viele Andere die entscheidende Antwort in der Schaffung eines flächendeckenden Netzes engagementfördernder Kontaktstellen, Börsen und Agenturen (oder, verallgemeinernd, einer engagementfördernden sozialen ‚Infrastruktur‘) zu suchen.

Letztlich zeigen unsere Ergebnisse aber *auch*, dass es vielfach noch ganz elementar an *Information* über das Ehrenamt fehlt. Schon bei unserem Survey 97 sagten sehr viele Menschen ‚Ich weiß zu wenig darüber‘ und sie enthüllten in der Tat Vorstellungen vom Ehrenamt, die an der Realität mehr oder weniger vorbeigingen, wobei typischerweise immer wieder veraltete Vorstellungen zum Vorschein kamen, in denen das ‚Ehrenamt‘ mit einer Negativ-Vision der Totalvereinnahmung und des Zwangs zur Erbringung einschneidender persönlicher Opfer gleichgesetzt wird. Ganz offensichtlich meinen die Nicht-Engagierten fälschlicherweise, dass eine Entscheidung für das Engagement ihre zeitlichen Möglichkeiten, die man als durchaus ‚engagementgerecht‘ einstufen kann, überfordern würde, da sie den für das Engagement erforderlichen Zeitaufwand aufgrund des unzutreffenden Bildes, das sie von ihm haben, bei weitem überschätzen.

Würden wir nur 10 Prozent der Mittel, die immer noch in die Zigarettenwerbung investiert werden, in eine aufklärende Ehrenamtswerbung investieren können, dann wäre mit Gewissheit schon sehr vieles gewonnen!

Helmut Klages ist emeritierter Professor an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer.

Anmerkungen

¹Bei dieser Erhebung, die von Infratest Burke durchgeführt und von der Robert Bosch Stiftung GmbH mitfinanziert wurde, wurden auf der Grundlage einer repräsentativen Auswahl in allen Bundesländern insgesamt ca. 15.000 in Deutschland wohnhafte Personen über 14 Jahre telefonisch befragt.

² Um die einigermaßen verwickelten Zahlenverhältnisse insgesamt überschaubarer werden zu lassen, nenne ich nachstehend eine Internet-Adresse, unter der man den Übersichtsband des Projektverbunds Ehrenamt mit einer auf S.18 befindlichen Graphik (‚Ehrenamtliches Engagement in der Bevölkerung insgesamt‘) anwählen kann, welche die Dinge verdeutlicht. Die Adresse lautet ><http://www.infratest-burke.com.<>

³Aufgrund unserer eigenen Studien können wir zu dieser Frage direkt nichts aussagen, da sie sich beide auf einen einzigen Zeitpunkt beziehen und mit einem nur 2-jährigen Abstand so nahe beieinander liegen, dass ein Vergleich auf der Zeitachse wenig sinnvoll erscheint. Ich will diesen wichtigen Punkt aber nicht auslassen und mache deshalb von der Möglichkeit Gebrauch, auf anderweitige Quellen zurückzugreifen.

⁴ Die vorliegenden empirischen Daten liefern ein hochdifferenziertes Röntgenbild, das ich in diesem Augenblick nicht komplett ausbreiten kann, zumal die Datenauswertungen noch nicht abgeschlossen sind.

⁵ Anmerkungen zur Methode: Die zahlenmäßigen Relationen zwischen den Ehrenamtlichen und den Aktiven in den Einzelbereichen, die im Schaubild erkennbar werden, bilden die Realität nicht vollständig ab. Wir können bei den Nur-Aktiven ohne ‚ehrenamtliches‘ Engagement nur die Zahl der Bereiche erfassen, in denen sie sich betätigen, nicht also die Zahl aller Einzeltätigkeiten, die jedoch bei den Ehrenämtlern zugrundegelegt sind, welche wir somit mit einer auflösungsfähigeren Optik erfassen und welche deshalb auch in der Graphik mit höheren Prozentsätzen erscheinen.

Rechnet man die Prozentsätze hoch, die in der Tabelle auftauchen, dann kann man feststellen, dass sie sich zu Gesamtzahlen addieren, die weit über die 34 Prozent hinausgehen, die oben ange-

geben sind, um den Anteil der ehrenamtlich Engagierten an der Gesamtbevölkerung zu kennzeichnen. Dies hängt natürlich damit zusammen, dass wir bei der Zählung der in den einzelnen Engagementbereichen tätigen Personen viele Personen doppelt oder mehrfach erfassen, weil sie in mehr als einem Bereich Tätigkeiten ausüben.

⁶ Ich möchte aber darauf hinweisen, dass es einen Tabellenband gibt, der die gesamten erhobenen Daten nach Bundesländern aufgliedert, den man beim Projektverbund abrufen kann.

⁷ Es ist bei alledem in Betracht zu ziehen, dass wir bei der Ehrenamtsstudie eigentlich sehr *restriktiv* gefragt hatten. Wir hatten nämlich beide Teilgruppen, also auch die überhaupt nicht Engagierten gefragt, ob sie sich einen Übergang ins Ehrenamt im engeren Sinne des Wortes vorstellen könnten. Wir hatten, mit anderen Worten, eine Hürde vor ihnen aufgebaut, die eigentlich insofern zu hoch war, als sie die Stufe des Engagements ohne Ehrenamt übersprang, die für viele ja die *Einstiegsstufe* in ein evtl. später nachfolgendes Ehrenamt darstellt. Bei unserem Speyerer Survey 97, bei der wir nicht nach einem ehrenamtlichen und nicht-ehrenamtlichen Engagement differenziert hatten, hatten wir aufschlussreicherweise bei den Nicht-Engagierten eine deutlich höhere Potentialquote von ca. 50 Prozent erzielt. Ich möchte zwar darauf verzichten, dieses Ergebnis an die Stelle des Ergebnisses der Projektverbundsstudie zu setzen. Immerhin lässt sich aus dem Vergleich der beiden Ergebnisse aber die Folgerung ableiten, dass die Zahlen der Projektverbundsstudie eher zu niedrig als zu hoch gegriffen sind.

⁸ Die einschlägigen Korrelationskoeffizienten liegen, für die Kenner gesagt, zwischen $r = .02$ und $r = .07$.

⁹ Man kann auch dies mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit in der Graphik ‚Erwartungen an die ehrenamtliche Tätigkeit von ehrenamtlich Aktiven und von Interessierten‘ im Übersichtsband des Projektverbands Ehrenamt erkennen, welche die Engagementmotive der Ehrenamtler und der Potentialträger unter den Nicht-Ehrenämtlern gegenüberstellt. Es wird hier sichtbar, dass letztere über die gesamte Breite des Motivationspektrums hinweg mehr Motivation als die Ehrenamtler deklarieren.

Gisela Notz

Ehre(n)Amt und Arbeit

Wer ist der Engagierteste im Land?

1 Einleitung

Ehrenamtliche Arbeit, ehrenamtliche Tätigkeit oder bürgerschaftliches Engagement sind keine eindeutigen Begriffe, sondern Ausdruck situativer Vieldeutigkeit. Das Ehrenamt hat eine lange Tradition. Ein Blick auf die historische Entwicklung (Notz 1989) zeigt, dass im Gefolge der sich ausbreitenden Industrialisierung ehrenamtliche Arbeit vor allem mit der Finanzierung und dem Vorsitz privater Wohlfahrtsorganisationen seitens des reichen Bürgertums assoziiert wird. Mit dem Entstehen der Wohlfahrtsverbände, der Entwicklung des Sozialstaates und beruflich organisierter personenbezogener Dienstleistungen wird das ‚soziale Ehrenamt‘ zum unverzichtbaren Bestandteil sozialer und gesundheitlicher Sicherung. Seither bezeichnet der Begriff ‚ehrenamtliche Arbeit‘ unbezahlte und scheinbar unbezahlbare Arbeit.

Die bekanntesten Organisationen und Institutionen, die ehrenamtliche Tätigkeit koordinieren und organisieren, existieren in Deutschland auf dem Gebiet des Sozial-, Gesundheits- und Bildungswesens (Wohlfahrts- und Jugendverbände), im Sport- und Freizeitbereich (Vereinswesen), im Natur- und Umweltschutz und anderen Vereinen und Verbänden. Sie arbeiten ohne Gewinn zu machen (Non-Profit-Sektor) und sind allesamt nicht neu: Wohlfahrtsverbände gibt es seit der Jahrhundertwende und Sportvereine noch länger.

Vor etlichen Jahren haftete der Beschäftigung mit diesem Thema noch ein Hauch von Exotik an. Es galt, ausführlich zu erklären, dass es sich bei ehrenamtlichem Engagement überhaupt um Arbeit handelt und dass diese Arbeit – besonders wenn sie aus frauenpolitischer Sicht betrachtet wird – von arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Interessen abhängig ist (Notz 1989).

2 Renaissance der ehrenamtlichen Arbeit

Ende der 80er Jahre begann das Thema aktuell zu werden. Kein Wunder: Die wirtschaftliche Krise der 80er Jahre wurde – wie schon früher in der Geschichte – zur Krise der professionellen Kultur-, Sozial- und Gesundheitsarbeit. Die seit 1982 durchgesetzten Kürzungen in diesen Bereichen treffen jene am härtesten, denen Hilfe am nötigsten tate: Erwerbslose, SozialrentnerInnen und SozialhilfeempfängerInnen. Soziale Dienste werden seither immer mehr eingeschränkt, Gebühren für soziale Dienstleistungen und solche im Gesundheitsbereich erhöht und Mittel für Träger der freien Wohlfahrtspflege und Jugendhilfe gekürzt. In der aktuellen sozialpolitischen Diskussion hat die ‚ehrenamtliche Arbeit‘ Konjunktur. Soziale Versorgung wird großflächig reprivatisiert, staatliche Kürzungen zum Opfer fallende soziale Einrichtungen werden der Wohlfahrt überantwortet bzw. der ehrenamtlichen Arbeit und Selbsthilfe übergeben – und all dies wird mit dem ideologischen Mäntelchen des Vorteils

menschlicher Wärme in kleinen sozialen Netzwerken im Vergleich zur Kälte der professionellen Hilfeexperten in den Betreuungseinrichtungen gnädig zugedeckt. Die Lage der ArbeitnehmerInnen ist durch zunehmende ökonomische und soziale Unsicherheit zu charakterisieren. Erwerbslosigkeit und Armut nehmen in erschreckendem Umfang zu, womit auch die Zahl der Hilfsbedürftigen wächst.

In der sozialpolitischen Diskussion wird wieder der Ruf nach mehr Familiensinn, Gemeinsinn, Nachbarschaftshilfe, ehrenamtlicher Arbeit und bürgerschaftlichem Engagement laut. PolitikerInnen (fast) aller Parteien setzen ihre Hoffnung auf ehrenamtliche Arbeit und bürgerschaftliches Engagement. Obwohl die gegenwärtige Propagierung scheinbar geschlechtsneutral geschieht, sich mitunter sogar ausdrücklich an Bürger richtet (Bürgerarbeit; bürgerschaftliches Engagement), sind es weiterhin primär Frauen, die für Gemeinsinn und Gemeinschaft zuständig sind. Ihnen wird vor allem unterstellt, dass sie sich nicht in erster Linie im Beruf verwirklichen wollen, sondern ihre Zufriedenheit in der Familie, beim bürgerschaftlichen Engagement und in der freiwilligen Nächstenhilfe finden würden (Notz 1999). Denn: „Die Familie ist den Frauen wichtigster Orientierungspunkt der Lebensführung und -planung“ (Kommission für Zukunftsfragen 1997, Teil II: 39). Sind die Frauen einmal in der Familie und in der Rolle der (evtl. teilweise oder zeitweilig berufstätigen) Mutter, so können sie die Pflege von Alten und Hilfsbedürftigen und die ‚freiwillige‘ Arbeit in Ehrenamt, Selbsthilfe und bürgerschaftlichem Engagement gleich mit erledigen.

In den letzten Jahren häufen sich die Klagen darüber, dass die in den Wohlfahrtsverbänden und anderen ‚klassischen Trägern‘, wie z. B. den beiden großen Kirchen, zusammengeschlossene Ehrenamtlichkeit rückläufig ist.

Neue, jüngere Mitglieder zu finden, sei kaum möglich, die Verbände neigten zur Überalterung. Angeprangert werden die verkrusteten Strukturen der Wohlfahrtsverbände und anderer Organisationen, die unbezahlte und scheinbar auch unbezahlbare Arbeit für zu wenige attraktiv machen. Wenn es endlich gelänge, weitere ehrenamtliche ‚Potentiale‘ – vor allem unter den jüngeren Menschen – zu gewinnen, könnte man zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Der Arbeitsmarkt würde entlastet und noch mehr Hilfsbedürftige würden zum Nulltarif versorgt.

3 Gründe für das große Interesse

In den letzten Jahren häufen sich auch die Forschungsprojekte und Veröffentlichungen zum Thema ‚Ehrenamt‘ oder ‚bürgerschaftliches Engagement‘ (zusammengefasst Behr et al. 1998). Nur selten wird jedoch berücksichtigt, dass das ‚Ehrenamt‘ für Frauen und Männer in unserer Gesellschaft oft Unterschiedliches bedeutet. Auch im Deutschen Bundestag fand das Thema ‚Ehrenamt‘ und ‚bürgerschaftliches Engagement‘ in letzter Zeit große Aufmerksamkeit (Haines 1998). Der Auslöser war eine umfangreiche Große Anfrage der CDU/CSU und der F.D.P.-Fraktionen des Deutschen Bundestages zur „Bedeutung ehrenamtlicher Tätigkeit für unsere Gesellschaft“.¹ In ihrer Antwort vom 1. Oktober 1996 hat die ‚alte‘ Bundesregierung den heutigen Wissensstand zum bürgerschaftlichen Engagement zusammengetragen² und herausgearbeitet, welche Handlungsmöglichkeiten sie zur Förderung und Unterstützung eines solchen Engagements sieht. Die Koalitionsfraktionen³, die Fraktion der SPD⁴ und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen⁵ haben in jeweils eigenen Entschließungsanträgen ihre Forderungen zur Schaffung von Ermöglichungsstrukturen für bürgerschaftliches Engagement dargelegt. Zum alljährlich zelebrierten ‚Tag des Ehrenamtes‘, am 5. Dezem-

ber 1996, gab es eine ausführliche Debatte zu diesem Thema im Deutschen Bundestag. Sie führte zu einer öffentlichen Anhörung des Bundestagsausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend am 4. Februar 1998 in Bonn. Vertreter (etablierter) Verbände und ausgewählte Sachverständige bekamen Gelegenheit ihre Positionen zum Ehrenamt und ihre Vorschläge zur Förderung dieses für sie wichtigen Politikbereiches vorzutragen (Haines 1998: 305). Die ‚alte‘ Bundesregierung wurde in ihrer hohen Wertschätzung des ehrenamtlichen Engagements bestätigt. Sie setzte sich das Ziel, mittels einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage zur Erhellung des tatsächlichen Umfangs bürgerschaftlichen Engagements beizutragen. Zunächst sollte als ‚Zwischenetappe‘ das bereits vorhandene Wissen zusammengetragen, gesichtet, sortiert und als Materialbasis für weitere Forschungsaktivitäten nutzbar gemacht werden. Hierfür wurde eine Sekundäranalyse von mehr als 85 im weitesten Sinne als empirisch ausgewiesene Studien zum Thema Ehrenamt erstellt (Beher et al. 1998). Auch die amtierende Bundesregierung zielt auf eine Förderung des Ehrenamts und auf eine „Stärkung der Werthaltungen und des dauerhaften Engagements der einzelnen“ (Haines 1998: 307).

4 Der Ruf nach Gemeinsinn

Anklagen gegen egoistische Individuen haben Konjunktur. Unsere Gesellschaft, so heißt es, leide unter Selbstsucht, jeder schiebt seine Kugel alleine. Natürlich sind das nicht *wir*, sondern stets die Anderen. Ihnen fehlt es an Gemeinsinn. Diese Diskussion bekam neuen Rückenwind durch eine Studie über ehrenamtliche Arbeit in Europa (Gaskin et al. 1996). Sie zeigt, dass die Bundesrepublik Deutschland keinesfalls an der Spitze liegt, wenn es um das unbezahlte bürgerschaftliche Engagement geht. Beim ‚Volunteering‘, so der englische Begriff für ehrenamtliche Arbeit, kommt ihr nur der

drittletzte Platz unter zehn untersuchten Ländern zu. Spitzenreiter sind die Niederlande, Schweden, Belgien, Dänemark, Großbritannien und Irland. Schweden und Dänemark sind Länder mit hohen Standards, wenn es um die sozialstaatlichen Leistungen geht. Dies macht deutlich: Bürgerschaftliches Engagement wird nicht durch einen Rückzug des Sozialstaates erleichtert, wie es konservative Politiker immer wieder diskutieren.

In der Bundesrepublik Deutschland, so die Studie, sind 18 Prozent der männlichen und nur 17 Prozent der weiblichen Bürger (davon 24 Prozent in Ost und 16 Prozent in West) mindestens einmal im Monat ehrenamtlich aktiv. Dies liegt deutlich unter dem internationalen Durchschnitt (27 Prozent). Aus der Studie geht ebenso hervor, dass diejenigen, die aktiv sind – entgegen anderen Meldungen, die besagen, dass der ‚neue Ehrenamtliche‘ sich eher sporadisch, kurzfristig und für bestimmte (vorübergehende) Belange engagieren will – offensichtlich viel regelmäßiger und verlässlicher dabei sind, als diejenigen in europäischen Nachbarländern; dass weitere 16 Prozent der Ehrenamtlichen unbezahlt tätig würden, wenn sie könnten. Diese 16 Prozent zu motivieren und zu aktivieren ist Hintergrund und Ziel sozialpolitischer Diskussion.

5 Die neue Studie

Eine noch unveröffentlichte Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Rosenblatt/Picot 1999) ergab, dass sich rund 22 Millionen Deutsche mehr oder weniger intensiv ehrenamtlich und bürgerschaftlich engagieren. Das sind immerhin 34 Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung und weit mehr als die Eurovol-Studie ausweist. Für die quantitative Studie wurden 14.922 Personen telefonisch befragt. Sie leisten durchschnittlich knapp 15 Stunden un-

bezahlte Arbeit im Monat. Jeder Dritte leistet mehr als 5 Stunden pro Woche; er oder sie wird als ‚hoch aktiv‘ bezeichnet. Die Studie stellt den Ehrenamtsbegriff auf ein breites Fundament. Erfasst werden Ehrenämter im Sport, in Kultur und Musik, in der Politik und politischen und beruflichen Interessenvertretung, bei den Rettungsdiensten und der Freiwilligen Feuerwehr, in Umwelt- und Naturschutz, Tierschutz, in der Justiz und bei Kriminalitätsproblemen ebenso wie in der Schule und im Kindergarten, in der außerschulischen Jugendarbeit und Bildungsarbeit für Erwachsene, am Wohnort im sozialen Bereich und im Gesundheitsbereich, in der Freizeit, im kirchlichen und religiösen Bereich. Wie bereits einige frühere Studien (z. B. Braun/Röhrig 1986: 4 - 116) kommt auch diese Untersuchungen zu dem Ergebnis, dass mehr Männer als Frauen ehrenamtlich tätig sind. 38 Prozent der befragten Männer und nur 30 Prozent der Frauen engagieren sich für das Gemeinwohl (Rosenblatt/Picot 1999: 20). Insgesamt wird der größte Teil ehrenamtlicher, freiwilliger Tätigkeit von Männern ausgeübt (55 Prozent). Das Ergebnis ist nicht verwunderlich. Es ergibt sich von selbst, wenn die Arbeit bei den Gewerkschaften, im Sport, bei Rettungsdiensten, Freiwilliger Feuerwehr etc. mitgezählt wird.

Es ist durchaus legitim, beliebige unbezahlte Tätigkeiten oder solche, die gegen geringe Aufwandsentschädigungen ausgeübt werden – in diesem Falle 14 Tätigkeitsfelder – unter dem Begriff ‚Ehrenamt‘ zu subsumieren, da es – wie bereits erwähnt – keine einheitliche Definition gibt. Dennoch tut Differenzierung Not. Wichtig erscheint vor allem eine Unterscheidung auch innerhalb der Bereiche zwischen dem politischen *EhrenAMT* in den Vorständen der Wohlfahrtsverbände, in den Aufsichtsräten, kulturellen, gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kirchlichen Gremien, und der *ehrenamtlichen AR-*

BEIT im sozialen und Gesundheitsbereich als unbezahlter, fürsorglicher Arbeit ohne Schutz und ohne Sicherung der Arbeitsbedingungen. Meist sind es helferische Funktionen im Sinne von sozialen und pflegerischen Dienstleistungen für Menschen, die sich nicht, noch nicht, nicht mehr oder vorübergehend nicht selbst helfen können. *Ohne ehrenamtliche Arbeit würde das System der sozialen Dienste zusammenbrechen. Damit blieben viele der Betreuung und Hilfe bedürftigen Menschen unverorgt.*

Sieht man sich die Zahlen der neuen Studie genauer an, so wird deutlich, was auch aus früheren Studien bekannt ist: Ehrenamtliches Engagement hat ein deutlich geschlechtsspezifisches Gesicht. In Feldern mit relativ hohen Anforderungen und Belastungen, wie im sozialen Bereich (67 Prozent), im Gesundheitsbereich (66 Prozent), im Bereich Schule/Kindergarten (65 Prozent) und im Bereich Kirche/Religion (65 Prozent) überwiegt der Frauenanteil. In diesen Bereichen gälte es ebenfalls herauszuarbeiten, wer in den Vorständen und Gremien Ehrenämter innehat, wer die unmittelbare Versorgungs- und Pflegearbeit leistet und in welchen Bereichen die Hochaktiven zu finden sind und wie deren geschlechterspezifische Verteilung ist.

Unschwer lässt auch die ‚neue Studie‘ erkennen, dass der Schwerpunkt des Interesses besonders auf diesen (Frauen)Bereichen freiwilligen Engagements liegt. Schließlich geht es um „die Zukunft des Sozialstaats“ und um die Hoffnung, „Potentiale für soziale Unterstützung und solidarisches Handeln in der Gesellschaft gewinnen und fördern zu können“ (Rosenblatt/Picot 1999: 7).

Eine zusätzliche Auswertung aus frauenspezifischer Sicht ist durch das Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung an der

Universität Hannover vorgesehen. Die Kriterien der Auswertung sind noch offen. Eine solche Differenzierung ist nicht deshalb notwendig, um zu beweisen, dass Frauen die (besseren) Helfenden und Sorgenden sind, sondern vielmehr, um einschätzen zu können, welche Auswirkungen Kampagnen zur Propagierung ehrenamtlicher Arbeit auf die Lebens- und Arbeitsplanung von Männern und Frauen haben. Die meisten Männer arbeiten in Rettungsdiensten und in der Freiwilligen Feuerwehr (Anteil Männer 84 Prozent). Sie leisten diese gesellschaftlich außerordentlich wichtige Arbeit *neben* ihrer bezahlte Berufsarbeit. Dies gilt ebenso für jene Männer, die ehrenamtlich im Bereich Politik/politische Interessenvertretung (Anteil 73 Prozent Männer) und im Bereich berufliche Interessenvertretung (69 Prozent) arbeiten. Die beiden letztgenannten Bereiche sind Gebiete, in denen Entscheidungen, die Arbeitsplatz, Gemeinwesen und Gesellschaft zum Gegenstand haben, getroffen werden. Für sie gilt zudem, was auch für die Bereiche Sport (Anteil Männer 66 Prozent), Kultur und Musik (63 Prozent), Freizeit und Geselligkeit (57 Prozent) außerschulische Jugendarbeit (63 Prozent), Justiz/Kriminalitätsprobleme (74 Prozent), gilt: Die dort Arbeitenden leisten diese Arbeit nicht anstelle von bezahlter Arbeit, sondern komplementär. Diese Bereiche bieten zudem attraktivere, mit mehr Ansehen und Einfluss versehene sowie mit besseren Ressourcen ausgestattete Ehrenämter, als solche, die nach „klassischem Sozialmief“ riechen (Olk 1998: 39) und in denen angeblich „Dilettantismus, Randständigkeit und aufgezwungene bzw. eingelebte Selbstbescheidung“ (ebenda) überwiegen. Im Sozial- und Gesundheitsbereich arbeiten allerdings auch diejenigen (Frauen), die sich nach der ‚neuen Studie‘ am ehesten überfordert fühlen. Immerhin 40 Prozent der in diesen Bereichen Tätigen geben an, dass sie von ihrer Arbeit ‚manchmal überfordert‘ sind. Die übrigen Ehrenamtlichen fühlen sich ganz

überwiegend ihren Aufgaben gewachsen und nur jeder Vierte fühlt sich – insgesamt gesehen – bisweilen überfordert (Rosenblatt/Picot 1999: 5). Bei der Analyse der Überforderung wäre wichtig zu wissen, ob sich die im Sozial- und Gesundheitsbereich in Leitungs- und Führungspositionen befindenden, ebenso überfordert fühlen, wie diejenigen, die die ehrenamtliche Arbeit leisten und wie die Verteilung auf Männer und Frauen ist. Wichtig wäre auch zu wissen, ob diejenigen, die die Pflege- und Sorgearbeiten neben ihrer Erwerbsarbeit machen, sich mehr oder weniger überfordert fühlen, als diejenigen, die ausschließlich ehrenamtliche Arbeit leisten. Aus solchen Ergebnissen ließen sich Konsequenzen für die Versorgung im Sozial- und Gesundheitsbereich ableiten. Denn, die Tatsache, daß viele Ehrenamtliche überfordert sind, hat auch negative Auswirkungen auf die durch ehrenamtliche Arbeit Betreuten.

Studien, die eine geschlechtsspezifische Auswertung innerhalb verschiedenener Bereiche ehrenamtlicher Arbeit vorgenommen haben, bringen deutlich abweichend Werte bei den ausgeübten Funktionen zu Tage. So hat die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) 1997 eine systematische Auswertung und Interpretation der Nachweise über ehrenamtliche, freiwillige und unentgeltliche Arbeit und der Nachweise über Teilnahme an Fort- und Weiterbildung vorgenommen und festgestellt, dass in der Rubrik ‚Mitarbeit/Durchführung‘ der Prozentwert bei Männern mit rund 68 Prozent um ca. 20 Prozent niedriger als bei den Frauen ausfällt. Umgekehrt dagegen sind Männer in Leitungs- bzw. Vorstandstätigkeiten viel eher – um 20 Prozent – als Frauen anzutreffen. Die Autorinnen sehen darin Ausdruck und Bestätigung einer ‚traditionellen‘ Arbeitsteilung, die sich in der ehrenamtlichen Arbeit hartnäckig behauptet, während sie in anderen Bereichen gesellschaftlicher Arbeit bereits ausführlich problematisiert wird.

6 Die Wünsche der Ehrenamtlichen

Von staatlicher Seite und Öffentlichkeit wünschen sich die ehrenamtlich und freiwillig Engagierten nach der ‚neuen Studie‘ mehr Unterstützung. Neben Information und Beratung zum ehrenamtlichen Engagement (56 Prozent der befragten Ehrenamtlichen) stehen die Wünsche steuerlicher Absetzbarkeit von Kosten (56 Prozent) und steuerlicher Freistellung von Aufwandsentschädigungen (51 Prozent) an der Spitze der Wunschliste. Unschwer ist auch auf der geschlechtsneutral erstellten Wunschliste ein geschlechtsspezifischer Bias zu erkennen: Kosten steuerlich absetzen können nur Menschen, die einer Erwerbsarbeit nachgehen und steuerliche Freistellung von Aufwandsentschädigungen werden sich nur diejenigen wünschen, die Aufwandsentschädigungen bekommen und die eine Steuererklärung ausfüllen, also ebenfalls berufstätig sind – und das sind überwiegend Männer. Der Wunsch nach Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeit für die Rentenversicherung (46 Prozent), nach Anerkennung als berufliches Praktikum oder berufliche Weiterbildung (46 Prozent) dürfte dagegen primär von denjenigen geäußert worden sein, die nicht (mehr) im beruflichen Leben stehen bzw. eine berufliche Wiedereingliederung beabsichtigen – und das sind im Wesentlichen Frauen.

Die Frage danach, in welchen Bereichen Frauen oder Männer *ausschließlich* ehrenamtlich arbeiten und in welchen Bereichen sie das *neben* ihrer (ganztägigen oder teilszeitigen) beruflichen Tätigkeit tun, kann nicht beantwortet werden, weil sie nicht gestellt wurde. Gerade das wäre aber – angesichts der aktuellen Propagierung ehrenamtlicher Arbeit als Ersatzarbeit für „Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger, Jugendliche vor, neben und nach der Berufsausbildung, Mütter nach der Erziehungsphase, ältere Menschen im Übergang in den Rentenstand, Teilzeiterwerbstätige, vorüberge-

hend aus der Erwerbsarbeit ausgestiegene“ (Kommission für Zukunftsfragen 1997, Teil III) außerordentlich wichtig. Nur wenn wir Aufschluß darüber hätten, wie bezahlt und unbezahlt geleistete Tätigkeiten individuell und kollektiv verteilt sind, und wie die jeweilige Existenz des Arbeitenden gesichert ist, könnten wir Vermutungen anstellen, wie und unter welchen Bedingungen ‚neue Potentiale‘ für unbezahlte Tätigkeiten überhaupt zu gewinnen sind.

Das Dilemma der Motivierung der ‚ungenutzten ehrenamtlichen Potentiale‘ wird kaum zu lösen sein, wenn die Verfestigung von geschlechterspezifischen Rollenverteilungen und finanziellen und ideologischen Abhängigkeiten von anderen Personen – meist vom (Ehe)Mann – durch die Aufnahme einer solchen Tätigkeit zu erwarten ist. Eine Studie, die Ausmaß der Tätigkeit und Konfliktfelder ehrenamtlicher Männer und Frauen in der Bayerischen Landeskirche untersucht hat, brachte zum Vorschein, dass 63,4 Prozent der Frauen, aber nur 34,7 Prozent der Männer nicht erwerbstätig waren. 98 Prozent der erwerbstätigen Männer waren vollzeitbeschäftigt, von den Frauen jedoch nur 37 Prozent (Reihs 1995: 89). Nicht verwunderlich ist es daher, dass nach dieser Studie der größte Teil der Frauen, nämlich 45,6 Prozent ein persönliches Einkommen von unter 1000,- DM hat, was nur auf 7,5 Prozent der Männer zutrifft (ebenda: 97). Ähnliche Ergebnisse zeigte eine in Thüringen durchgeführte Studie. Danach hatten 9,1 Prozent der Ehrenamtlichen kein eigenes Einkommen und dies waren mit einer Ausnahme alles Frauen; 13,7 Prozent mussten mit unter 1000,- DM netto auskommen, ebenfalls bis auf eine Ausnahme alles Frauen (Zander/Notz 1997). Das Diakonische Werk (1998: 17) teilte mit, dass etwa ein Drittel der ehrenamtlichen Frauen Rentnerinnen und nur 20 Prozent Vollzeitbeschäftigte seien. Bei den Männern könne man

davon ausgehen, dass 50 Prozent Vollzeitbeschäftigte und 20 Prozent Rentner seien. In Vorständen ist die überwiegende Mehrzahl (etwa 75 Prozent) vollzeitbeschäftigt. In der Arbeiterwohlfahrt-Untersuchung überwiegen „in der ehrenamtlich praktischen sozialen Arbeit“ ebenfalls Nichterwerbstätige, vom „Haupternährer“ abhängige Hausfrauen (Arbeiterwohlfahrt 1998: 21). Freilich sind es insbesondere solche ‚Ehrenämter‘, die schwer mit voller Erwerbstätigkeit zu vereinbaren sind, was den geschlechterspezifischen bias verstärkt. Obendrein – so reklamiert der Deutsche Frauenrat – praktizieren Männer überwiegend im politischen Ehrenamt und haben keine Zeit für ‚andere Tätigkeiten‘. Dies klingt resignativ – ebenso wie die Feststellung: „Männerarbeit wird höher bewertet (Deutscher Sportbund) als

Frauenehrenamt (Deutscher Frauenrat)“ (Deutscher Frauenrat 1998: 35). Durch die Nichterhebung der Erwerbssituation der befragten Frauen und Männer in dieser quantitativen Studie wurde die Möglichkeit vertan, bürgerschaftliches Engagement – auch in den Bereichen Soziales und Gesundheit – als mögliche zusätzliche Leistung ins Bewusstsein zu heben und nach Ermöglichungsstrukturen zu fragen, die notwendig sind, damit Männer und Frauen die Notwendigkeit sehen, sich umeinander zu kümmern – auch oder gerade weil ihre Existenz aus bezahlter Arbeit gesichert ist.

Ohne eine Problematisierung der geschlechterspezifischen Ungleichheiten und Abhängigkeiten wird die Vermutung, dass zukünftig weiterhin die Bürger für Amt und Ehre zuständig



bleiben sollen, während den Bürgerinnen die Arbeit bleibt (Notz 1999a: 24ff), erhärtet. (Auch) Frauen wollen ehrenamtliche Arbeit nicht mehr als Ersatz für Berufsarbeit leisten, sondern als zusätzliche Arbeit neben einer bezahlten Berufsarbeit (Notz 1989; Reihls 1995; Zander/Notz 1997). Wenn diesem Wunsch nicht Rechnung getragen wird, werden neue ‚Potentiale‘ nicht zu gewinnen sein.

7 Die Mehrzahl ist nicht engagiert

Die AutorInnen der ‚neuen Studie‘ fanden nämlich – ebenso wie früher die Eurovol-Studie – ein erhebliches Potential von nicht aktiven Bundesbürgern, die Interesse an einem Ehrenamt hätten, wenn Ermöglichungsstrukturen geschaffen würden. Immerhin 11 Prozent beantwortete diese Frage mit ‚Ja‘ und 16 Prozent mit ‚vielleicht‘. Ihnen gelten die vielfältigen Motivierungskampagnen für ehrenamtliches Engagement. Die Mehrzahl der Bundesbürger und -bürgerinnen (66 Prozent) sind nicht ehrenamtlich engagiert (Rosenblatt/Picot 1999: 44). Ihnen wird oft unterstellt, sie hätten kein Interesse am Gemeinwohl. Sie haben vielfältige Gründe für ihr Nicht-Engagement; nur nach sechs Gründen wurde gefragt. Den meisten Befragten fehlt es danach an der Zeit. Auch in dieser Hinsicht kann man auf eine geschlechterspezifische Auswertung neugierig sein. Für den sozialen und Gesundheitsbereich wissen wir bereits seit längerem, dass die Versorgung vor allem von den primären Bezugspersonen erwartet und von diesen auch im weiten Umfang geleistet wird (Badura 1981). Zugleich wurde Anfang der 80er Jahre folgendes festgestellt: Die primären sozialen Netzwerke (Familien und in den Familien besonders die Frauen) sind nicht in der Lage, flächendeckend Versorgung zu gewährleisten. Die ehrenamtliche Mitarbeit sollte daher für alte, kranke und behinderte Menschen und ihre Familien Chancen für bedürfnisgerechte, funktionale und effektivi-

ve soziale Dienstleistungen schaffen und/oder verbessern. Gleichzeitig wurde festgestellt, dass die Familien in der Regel nicht in der Lage sind, *zusätzliche* Versorgungsleistungen zu erbringen, weil sie damit zeitlich, emotional, physisch und psychisch total überfordert wären (Backes 1981). Damals wurde die Erhöhung des persönlichen Zeitbudgets durch Arbeitszeitverkürzung und -flexibilisierung als möglicher Ausweg angesehen. Die Motivierung von Arbeitslosen oder Hausfrauen erschien keine geeignete Lösung (Badura 1981). ‚Neue‘ Vorschläge wie das Konzept der ‚Bürgerarbeit‘, das vielfältig diskutiert und in Bayern im Rahmen von Modellversuchen erprobt wird, sehen dies jedoch ausdrücklich vor (Beck 1997). Auch im Zusammenhang mit den noch zu gewinnenden ‚Potentialen‘ und den Verhinderungsstrukturen wäre eine geschlechterspezifische Auswertung wichtig. Unter Umständen könnte so die unspezifische Hoffnung auf weiteres ‚Engagementpotential‘ spezifiziert werden (Rosenblatt/Picot 1999: 6).

8 Was soll eigentlich erreicht werden?

Bemerkenswert erscheint, dass einerseits der Ruf nach Gemeinsinn und Gemeinschaft immer stärker wird, andererseits viele Projekte, besonders seit der Zeit nach der Wende, durch Sozialabbau bedroht sind. So zum Beispiel Projekte, die Flüchtlingsarbeit leisten, Anti-Rassismus-Projekte, Frauenprojekte und solche im Bereich der Jugendarbeit. Sie erfordern allerdings politisches und finanzielles Engagement, gerade weil sie unter heutigen Bedingungen wichtiger sind denn je. In einer Zeit, in der immer mehr gesellschaftliche Gruppen aus Erwerbsarbeit und sozialstaatlicher Absicherung ausgegrenzt werden, dürfen nur solche ‚ehrenamtlichen‘ Projekte und Organisationen unterstützt werden, die gewährleisten, dass die Leistungen in den sozialen und gesundheitlichen

Diensten ebenso regulär bezahlt werden wie andere Arbeitstätigkeiten auch. In vielen Bereichen der in die ‚neue Studie‘ einbezogenen Arbeitsfelder müssten die nicht oder nur unzureichend geregelten Arbeitsbedingungen und geringfügige und ungeschützte Arbeitsverhältnisse tariflich ausgerichtet, humanisiert und demokratisiert werden. Das betrifft nicht nur den sozialen und Gesundheitsbereich, sondern auch die – in der ‚neuen Studie‘ untersuchten – Bereiche Schule/Kindergarten, den kirchlichen/religiösen Bereich, Kultur und Musik, die außerschulische Jugendarbeit und die Bildungsarbeit für Erwachsene. Freilich war das nicht der Auftrag der Studie. Und es heißt nicht, dass alle in diesen Bereichen jetzt unbezahlt geleisteten Arbeiten professionalisiert und damit den Kriterien der Lohnarbeit unterstellt werden sollen. Es spricht jedoch einiges dafür, dass ehrenamtliche Arbeit erst dann effektiv eingesetzt werden kann, wenn die professionelle Versorgung von Hilfe-, Versorgungs- und Betreuungsbedürftigen sichergestellt ist und wenn die Arbeiten wirklich freiwillig und aus Liebe verrichtet werden können, wenn also die eigenständige Existenzsicherung der Helfenden und Versorgenden gewährleistet ist. Danach hätte allerdings gefragt werden müssen.

Für die Zukunft wird es notwendig sein, bezahlte und unbezahlte gemeinwesenorientierte Arbeit im Zusammenhang zu sehen. Schließlich sind Kindergärten, Jugendwohngemeinschaften, Frauenprojekte, Alten-Service-Zentren auch dann Orte von Gemeinsinn und Gemeinschaft, wenn dort gut ausgebildete und nah dem geltenden Tarifrecht bezahlte Arbeitskräfte arbeiten. Anstatt solchen Projekten den Geldhahn zuzudrehen, könnten dort zusätzliche sinnvolle, gesellschaftlich nützliche und notwendige Arbeitsplätze geschaffen werden. Es wäre Aufgabe einer weiteren Studie, Abgrenzungen vorzunehmen, welche Arbeiten durch bezahlte Kräfte und welche ehrenamt-

lich geleistet werden sollen bzw. können. Daraus könnte dann auch der Schluss gezogen werden, welches Ehrenamt bzw. welche ehrenamtliche Arbeit für die Gesellschaft nützlich und notwendig ist, so dass es anerkannt und von der Gesellschaft gefördert werden sollte. Daraus würde sich auch die Frage ableiten, wie das in weiten Bereichen prekäre Verhältnis der Zusammenarbeit zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen zufriedenstellend gelöst werden kann und wie sicherzustellen wäre, dass zwischen beiden ein komplementärer und kein substitutiver Zusammenhang besteht. Man wird dabei schnell zu der Erkenntnis kommen, dass sich in verschiedenen Bereichen ehrenamtlicher Arbeit in dieser Hinsicht ganz unterschiedliche Anforderungen stellen und dass sie – wie bereits früher festgestellt – auch unterschiedliche Rahmenbedingungen benötigen (Notz 1989: 177ff). Daraus ließe sich dann differenzierter politischer Handlungsbedarf ableiten. Angesichts von Millionen erwerbsloser Menschen sind allerdings in diesem Zusammenhang auch Vorschläge zu entwickeln, wie die gesellschaftlich nützlichen (jetzt) bezahlt *und* (jetzt) unbezahlt geleisteten Arbeiten auf Menschen beiderlei Geschlechts verteilt werden können, damit die Übernahme gemeinwesenorientierter Tätigkeiten nicht auf Kosten der eigenständigen Existenzsicherung (hauptsächlich von Frauen) geht.

Gisela Notz ist Sozialwissenschaftlerin und arbeitet im Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn.

Anmerkungen

¹ Bundestags-Drucksache 13/2652

² Bundestags-Drucksache 13/5674

³ Bundestags-Drucksache 13/6386

⁴ Bundestags-Drucksache 13/6399

⁵ Bundestags-Drucksache 13/3232

Literatur

- Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V.* 1998: Schriftliche Stellungnahme, BT-Drucksache 13/924, 21-23.
- Backes, Gertrud* 1981: Familienbeziehungen älterer Menschen. Eine Vorstudie im Auftrag des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit. Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik e.V. Köln.
- Badura, Bernhard* (Hg.) 1981: Soziale Unterstützung und chronische Krankheit. Zum Stand epidemiologischer Forschung. Frankfurt/M.
- Beck, Ulrich* 1997: Was heißt Globalisierung? Frankfurt/M.
- Behr, Karin/Liebig, Reinhard/Rauschenbach Thomas* 1998: Das Ehrenamt in empirischen Studien - ein sekundäranalytischer Vergleich. Band 163 der Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren Frauen und Jugend. Stuttgart, Berlin, Köln.
- Braun, Joachim/Röhrig, Peter* 1986: Umfang und Unterstützung ehrenamtlicher Mitarbeit und Selbsthilfe im kommunalen Sozial- und Gesundheitsbereich. In: Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hg.), *Freiwilliges soziales Engagement und Weiterbildung*. Bonn.
- Deutscher Frauenrat* 1998: Schriftliche Stellungnahme BT-Drucksache 13/294, 35-37.
- Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Gesamtverband e.V.* 1998: Schriftliche Stellungnahme, BT-Drucksache 13/294, 28-32.
- Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e.V.* 1998: Schriftliche Stellungnahme, BT-Drucksache 13/294, 17-20.
- Gaskin, Katharine/Smith, Justin Davis/Paulwitz, Irma* 1996: Ein neues bürgerschaftliches Europa. Eine Untersuchung zur Verbreitung und Rolle von Volunteering in zehn Ländern. Freiburg i.Br.
- Haines, Elisabeth* 1998: Ehrenamt in der öffentlichen Diskussion. In: *Recht der Jugend und des Bildungswesens*, Heft 3, 303-311.
- Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands Bundesverband e.V.* 1998: Nachweis über ehrenamtlich, freiwillig und unentgeltliche Arbeit und Nachweis über Teilnahme an Fort- und Weiterbildung. Ergebnisbericht. Düsseldorf.
- Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen* 1997: *Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung Ursachen und Maßnahmen - Teil I, II + III*. Bonn.
- Notz, Gisela* 1989: *Frauen im sozialen Ehrenamt. Ausgewählte Handlungsfelder: Rahmenbedingungen und Optionen*. Freiburg i. Br.
- Notz, Gisela* 1999: *Die neuen Freiwilligen. Das Ehrenamt - Eine Antwort auf die Krise?*, 2. Aufl. Neu Ulm.
- Notz, Gisela* 1999a: *Den Bürgern Amt und Ehre, den Bürgerinnen die Arbeit?* In: *sozialmagazin*, Jg. 24, Heft 3, 24-29.
- Olk, Thomas* 1998: Schriftliche Stellungnahme. BT-Drucksache 13/294, 37-41.
- Reihs, Sigrid* 1995: *Im Schatten von Freiheit und Erfüllung. Ehrenamtliche Arbeit in Bayern*. Bochum.
- Rosenblatt, Bernhard/Picot, Sibylle* 1999: *Freiwilligenarbeit, ehrenamtliche Tätigkeit und bürgerschaftliches Engagement. Repräsentative Erhebung 1999 - Überblick über die Ergebnisse*. München.
- Zander, Margherita/Notz, Gisela* 1997: *Ehrenamtliche soziale Arbeit und bürgerschaftliches Engagement in Thüringen*. Erfurt.

Adrian Reinert

Bürgergesellschaft als Prozess

Wege der Engagementförderung

Der Begriff Bürgergesellschaft ist zu einer *coincidentia oppositorum* geworden. Ob neoliberal oder kommunitaristisch, ob links oder rechts, was immer wir denken und wählen, eine aktive Bürgergesellschaft wünschen wir uns alle.

Seine Popularität verdankt der Begriff nicht zuletzt seiner Unbestimmtheit und Unschärfe. „Die einzige allgemeingültige Definition ist die doppelte Verneinung, in der Kurzformel: Nicht Staat – nicht Markt“, schreibt Tilman Evers (1999: 13). Zugleich steckt, wie Evers weiter ausführt, darin aber auch bereits die „doppelte Affirmation, daß Bürgerinnen und Bürger sich nicht nur für den Eigennutz, sondern auch für das Gemeinwesen engagieren; und daß es eine gesellschaftliche Öffentlichkeit gibt, die nicht staatlich organisiert ist“.

1 Widersprüchliche Befunde

Fast ebenso vielfältig wie die Vorstellungen, theoretischen Begründungen und Konzepte von Bürgergesellschaft sind aber auch die Bewertungen und Einschätzungen, wie sich das nicht staatlich organisierte bürgerschaftliche Engagement während der letzten Jahrzehnte in der Bundesrepublik entwickelt hat. Während die einen dessen Stagnation oder sogar Rückläufigkeit beklagen, verweisen andere darauf, dass heute in der Bundesrepublik mehr Menschen gesellschaftlich aktiv seien als je zuvor. Sowohl die pessimistische als auch die optimistische Sicht können je nach Bedarf mit empirischen Daten untermauert werden. So landete Deutschland 1994 bei der so genannten Euro-

vol-Studie mit einem Anteil von 16 bzw. 18 Prozent der Bürgerinnen und Bürger ab 16 Jahren, die in irgendeiner Form freiwillig für andere tätig sind, im europäischen Vergleich auf einem der hinteren Plätze. In den Niederlanden war der Anteil mehr als doppelt so hoch. Klages/Gensicke (1999) kamen für die Bundesrepublik Deutschland dagegen in ihrem Wertesurvey 1997 auf den Wert von 38 Prozent Engagierten und zusätzlich noch einmal 32 Prozent Engagementbereiten.

Die Unterschiede in den Ergebnissen lassen sich teilweise leicht mit unterschiedlichen methodischen Ansätzen (sprich: Frageformulierungen und Bewertungen, was ‚Engagement‘ ist) erklären. Singuläre Momentaufnahmen sind aber ohnehin nur von geringer Aussagekraft, solange sie nicht in Relation zu anderen Zeitpunkten gesetzt werden können. Wie hat sich Engagement in den vergangenen Jahren verändert, und handelt es sich um eine kontinuierliche oder diskontinuierliche Entwicklung?

Derartige Daten sind nur durch regelmäßig wiederholte Querschnittsbefragungen identischen Inhaltes und durch Längsschnitterhebungen erhältlich. An beidem mangelt es aber in der Bundesrepublik.

2 Engagement diversifiziert sich

Angesichts dieser unzureichenden Datenlage sind alle pauschalen Aussagen zur Engagemententwicklung mit größter Vorsicht zu genießen. Die Realität ist vermutlich komplizier-

ter. Zum einen gibt es nach wie vor deutliche regionale (vor allem auch Stadt-Land), soziale und geschlechtsspezifische Unterschiede in der Art des Engagements. Zum anderen haben sich die Formen und Motive des Engagements spezialisiert und diversifiziert. Dies gilt gleichermaßen für die Formen wie für die Inhalte. Tatsächlich ist das Engagement in den klassischen Betätigungsformen in Parteien, Kirchen, Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbänden seit längerem rückläufig. Dafür gewinnen aber seit Jahren neue Formen der Selbstorganisation in Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen, Betroffenenorganisationen oder anderen Netzwerken Gleichgesinnter wachsenden Zulauf. Auslösendes Moment für dieses Engagement sind vielfach persönliche Betroffenheit oder erlebte Mängel und Missstände. Wesentliche Merkmale dieser neuen Engagementformen sind:

(a) die thematische Differenzierung: man will sich nicht für etwas Allgemeines, sondern für ein ganz konkretes Projekt engagieren,

(b) der temporäre Charakter der Engagementverpflichtung: man braucht sich nicht lebenslanglich zu verpflichten, sondern kann das Engagement jederzeit wieder beenden und

(c) die überschaubare Gruppengröße, die zum einen ein Gemeinschaftsgefühl ermöglicht und zum anderen im Unterschied zu einer Großorganisation die Erfahrung vermittelt, dass das eigene Engagement wertvoll ist und gebraucht wird, kurzum, dass man etwas bewirken kann.

Um einen Eindruck von seiner thematischen Breite zu vermitteln, sei hier nur auf die Übersicht ‚Handlungsfelder und Bereiche des Bürgerengagements‘ (siehe Abbildung 1) verwiesen. Sie wurde von der Stiftung MITARBEIT in den frühen achtziger Jahren entwickelt, um Initiativ- und Selbsthilfegruppen zu klassifizieren, und seither fortlaufend aktualisiert. Gerade auch innerhalb der einzelnen Unterkategorien hat in den letzten Jahren eine tief gehende Differenzierung und Spezialisierung

Handlungsfelder des Bürgerengagements

Kinder, Jugendliche, Eltern und Familie

- Spielplatzinitiativen
- Jugendzentren
- Elterninitiativen
- Adoptiv- und Pflegeeltern
- Alleinerziehende

Geschlechter, Sexualität und Lebensformen

- Fraueninitiativen
- Mädchenprojekte
- Männergruppen
- Homosexuelle
- Alleinleben

Wohnen, Wohnumfeld, Verkehr, Freizeit und Konsum

- Mieterinitiativen
- Nachbarschaftshilfe
- Stadtteilarbeit
- Verkehr und Tourismus
- Verbraucherschutz

Leben im Alter

- Senioren/innenvertretungen
- Altenbeiräte
- Hilfe für SeniorInnen
- Selbsthilfe von SeniorInnen
- Engagement im Alter

<p>Kultur und Medien</p> <ul style="list-style-type: none"> • Soziokulturelle Einrichtungen • Kunst, Literatur, Musik • Videogruppen • Lokalfunk • Religion und Spiritualität 	<ul style="list-style-type: none"> • Arbeitslosigkeit • kritische Berufs- und Branchenorganisationen • Kredit-, Finanz- und Versicherungsfragen
<p>Bildung, Wissenschaft und Technologie</p> <ul style="list-style-type: none"> • Weiterbildung • Selbstorganisierte Bildungsstätten und Tagungshäuser • Politische und kulturelle Bildung • Wissenschafts- und Technologiekritik • Zukunftswerkstätten 	<p>Soziale Problemlagen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ausländerfragen, Rassismus, Rechtsextremismus • Asyl und politische Verfolgung • Soziale Brennpunkte • Straffälligkeit • Sozialberatung
<p>Gesundheit, Leben, Tod, Trauer und Trennung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Lebenshilfe und Beratung • Prävention und Rehabilitation • Hilfe und Hilfe zur Selbsthilfe • Tod, Trauer und Trennung • Gentechnologie und Reproduktionsmedizin 	<p>Umwelt und Natur</p> <ul style="list-style-type: none"> • Landschafts-, Natur- und Tierschutz • Lärm • Müll und Altlasten • Energie • Ökologie und Landbau
<p>Ökonomie, Arbeit und Beruf</p> <ul style="list-style-type: none"> • Beschäftigungsinitiativen • Alternativbetriebe 	<p>Politik</p> <ul style="list-style-type: none"> • Demokratieentwicklung • Frieden und Abrüstung • Dritte Welt • Menschenrechte • Europa

stattgefunden. Zu speziellen und für Uninformierte oder Nichtbetroffene bisweilen exotisch anmutenden Themen, die vor 20 Jahren überhaupt noch nicht bekannt waren, gibt es heute flächendeckend hochaktive Gruppen mit oftmals überregionalen und bundesweiten Zusammenschlüssen. Die Entwicklung ist weiter fortschreitend.

3 Gleichzeitigkeit unterschiedlicher Entwicklungen

Der Prozess ist natürlich vielschichtiger, als dass die neuen Engagementformen die alten einfach ersetzen. Vielmehr haben wir es mit einer Gleichzeitigkeit höchst unterschiedlicher Engagementformen zu tun. Vieles spricht dafür, dass sich diese Unterschiedlichkeit und

Vielfältigkeit noch weiter verstärken wird. Die Veränderungen des Engagements entsprechen der Lebenswelt der Menschen in einer sich immer weiter ausdifferenzierenden Gesellschaft. Prozesse der Differenzierung sind von Soziologen ausführlich beschrieben worden. Die Menschen leben in zahllosen situativ-zweckspezifischen Umgebungen (fluid networks) und multiplen Identitäten. Zugleich erfolgt durch die modernen Informations- und Kommunikationsmittel eine enorme Ausweitung der Bezugs- und Einflussgruppen. Das Leben wird optionsreicher, aber bindungsärmer.

Dass sich Menschen in geringerer Zahl allthematisch und dauerhaft oder gar lebenslanglich organisieren wollen, mag man bedauern, ist aber vor den genannten Hintergründen durchaus rational im Sinne einer strength of weak ties (Granovetter 1973). Kleine situative Netzwerke sind flexibler und effizienter als Großorganisationen. Entsprechend lässt sich Bürgergesellschaft weder themenübergreifend verbandlich organisieren noch bloß normativ herbeireden. Bürgergesellschaft sollte vielmehr als ein Prozess verstanden werden, der durch bestimmte Rahmenbedingungen erleichtert und gefördert werden kann. Dazu gehören, (a) eine engagementfördernde Infrastruktur, (b) die Stärkung des Prinzips der Hilfe auf Gegenseitigkeit, (c) die Förderung der Mitverantwortlichkeit auf allen Ebenen sowie schließlich last but not least (d) eine gerechtere Verteilung von Arbeit in unserer Gesellschaft.

(a) Engagementfördernde Infrastruktur

Die Menschen in unserem Land sind nach wie vor in beachtlichem Maße bereit, sich für andere Menschen und gemeinsame Ziele zu engagieren, teilweise aber in anderen, ihrer Lebenswelt besser angepassten Formen als frü-

her (siehe oben). Unterschiedlichen Motivationsmustern muss durch differenzierte Angebotsformen entsprochen werden, wozu insbesondere auch die Ermöglichung zeitlich befristeten und disponiblen Engagements gehört.

Wichtige Bestandteile einer bedarfsgerecht ausgebauten Infrastruktur des Helfens sind Selbsthilfekontaktstellen, Freiwilligenagenturen und Seniorenbüros, die Interessierte beraten und ihnen praktische Hilfestellungen geben und Kontakte vermitteln. Bürokratische Vorschriften, die Engagement erschweren, müssen abgebaut werden, Unkosten und Aufwand, die aus dem Engagement entstehen, im Bedarfsfall unbürokratisch erstattet werden können.

(b) Prinzip der Gegenseitigkeit

Auch in Zukunft wird es bedingungslose Altruisten und Idealisten geben, die sich aus welchen Gründen auch immer für andere oder für eine Sache persönlich aufopfern. Ihre Zahl wird aber begrenzt bleiben. Die Mehrheit wird sich vornehmlich dann engagieren, wenn das Betätigungsfeld den eigenen persönlichen Neigungen und Interessen entspricht und sie auch persönlich vom Engagement etwas haben. Besondere Bedeutung wird deshalb in Zukunft der Hilfe auf Gegenseitigkeit zukommen. In ihrer unmittelbaren Form findet sie derzeit in Tauschringen und Wissensbörsen wachsenden Zuspruch. Aber auch der Kontakt zu anderen Menschen, bereichernde Engagementenerfahrungen sowie Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung, zur persönlichen Qualifizierung und Stuserhöhung können wertvolle Belohnungen sein.

Wo diese intrinsischen Anreize nicht ausreichen, müssen sie durch extrinsische ergänzt werden, die von besserer gesellschaftlicher Anerkennung, bis zur steuer- und rentenrecht-

lichen Berücksichtigung reichen können, wobei die Problematik des Nachweises hier nicht unerwähnt bleiben soll.

(c) Mitverantwortlichkeit fördern

Das Sozialkapital einer Gesellschaft – definiert als die Bereitschaft und Fähigkeit ihrer Mitglieder zur Zusammenarbeit (Putnam 1993) – entsteht selbstverständlich nicht allein aus organisierter sozialer Aktivität, sondern vielmehr gerade auch aus der Übernahme von sozialer Verantwortung und praktizierter Solidarität im Alltagsleben. Im Unterschied zur kleinen, überschaubaren, engen und stabilen Gemeinschaft, in der sich alle kennen, die Kontakte auf wenige, sich häufig begegnende Personen beschränkt sind und alle Beteiligten um die Wichtigkeit ihres Beitrages für die Gemeinschaft wissen, ist der Zusammenhang zwischen eigenem Handeln und seinen Wirkungen in der modernen Gesellschaft jedoch vielfach intransparent.

Zwar garantiert das Bewusstsein dieses Zusammenhangs bekanntlich noch nicht automatisch kollektiv rationales Handeln, aber es kann ein erster wichtiger Baustein dazu sein, wie zahlreiche Studien belegen (z.B. Ostrom 1990; Rothstein 1994). Es gilt daher Strukturen zu schaffen, die den Zusammenhang erfahrbar machen und die Entwicklung von Mitverantwortlichkeit und Solidarität erleichtern.

Entsprechendes learning by doing kann nicht früh genug ansetzen. Hinzuweisen ist etwa auf die erfolgreichen Beispiele, in denen Schulen über größere Teile ihres Budgets frei verfügen und selbst bestimmen können, ob sie diese für Renovierungen, Schulbücher, Klassenfahrten, Anschaffungen, Biotop etc. verwenden, oder in denen (Hoch-)Schulen Energiesparprogramme ausarbeiten, um über einen Teil des dadurch eingesparten Geldes für andere Zwecke

disponieren zu können. SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen werden mit den zur Verfügung gestellten Ressourcen wesentlich verantwortungsbewusster umgehen, als wenn ihr Verhalten für sie folgenlos bleibt.

Diese Beispiele sind auch auf andere Bereiche unserer Gesellschaft übertragbar. Wer von Bürgerinnen und Bürgern verantwortliches Handeln erwartet, muss ihnen auch Verantwortung übertragen und sie wirksam an allen wichtigen politischen Entscheidungen beteiligen. Menschen können Verantwortungsbewusstsein nur dann entwickeln, wenn sie auch Gelegenheit haben, Verantwortung auszuüben. In den letzten Jahren sind gerade im kommunalen Bereich eine Reihe von neuen Wegen zur Bürgerbeteiligung an Entscheidungsprozessen erprobt worden, denen gemeinsam ist, dass sie Bürgerbeteiligung nicht als formalen Akt, sondern als kommunikativen Prozess verstehen. (z.B. Stiftung MITARBEIT 1998). Je nach Akzentuierung zielen sie schwerpunktmäßig auf den Ausgleich divergierender Interessen (z.B. Runder Tisch, Foren, Zukunftskonferenz), die Entwicklung von Kreativität und Kompetenz (z.B. Zukunftswerkstatt, Open Space, Planungszelle), die Aktivierung im Stadtteil (z.B. Gemeinwesenarbeit, Planning for Real), oder die Ansprache besonderer Zielgruppen (z.B. Zielgruppenworkshops). Sie gilt es weiter zu entwickeln. Abgesehen von einer Verbesserung der Entscheidungsgrundlagen können sie ganz wesentlich dazu beitragen, dass Bürgerinnen und Bürger sich mit Fragen ihres Gemeinwesens befassen und untereinander vernetzen.

(d) Solidarische Verteilung von Arbeit

Solidarität kann sich auf Dauer nur in einer Gesellschaftsstruktur entwickeln, die als gerecht erlebt wird. Dazu gehört insbesondere auch eine gerechte Verteilung von Arbeit und Einkommen. Die traditionelle Arbeitsgesellschaft, in der

sich die Positionierung der/s Einzelnen im Wesentlichen nach seiner Erwerbsarbeit richtete, ist ein Auslaufmodell. Eine Vollbeschäftigung der klassischen Art wird es nicht mehr geben. Bei einer solidarischen Neuverteilung von Arbeit kann es daher auch nicht allein um eine Umverteilung der heutigen Erwerbsarbeit durch entsprechende Arbeitszeitverkürzung gehen. Sie erfordert vielmehr eine neue Bewertung des Verhältnisses von heute bezahlter Erwerbstätigkeit auf der einen und bisher unentgeltlich geleisteter, aber gesellschaftlich mindestens ebenso wertvoller Nicht-Erwerbsarbeit in Familien oder sozialen Einrichtungen auf der anderen Seite. Die Ideen und Konzepte hierfür, vom Dreischichtenmodell der Arbeit im Bericht an den Club of Rome (Giardini/Liedtke 1998) bis zum so genannten Münchner Modell von Gerd Mutz (1999), sind zahlreich.

Auch hier werden die Veränderungen nicht in Einheitslösungen für alle, sondern in einer Vielzahl unterschiedlicher und flexibel an die jeweilige Situation angepasster Arbeitsformen bestehen und eher von den vielen kleinen lokalen Projekten als von den großen Organisationen ausgehen. Mehr Anreize dafür zu schaffen, wäre vermutlich ein wesentlich wirksamerer Beitrag zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements, als es jeder moralische Appell je sein kann.

Adrian Reinert ist Geschäftsführer der Stiftung MITARBEIT in Bonn.

Literatur

- Evers, Tilman* 1999: Bürgergesellschaft – Ideengeschichtliche Irritationen eines Sympathiebegriffes. In: Rundbrief Bürgerbeteiligung Stiftung MITARBEIT, Jg. 2, Heft 1, 12-18.
- Gaskin, Katherine/Smith, Justin D./Paulwitz, Irma* 1996: Ein neues bürgerschaftliches Europa. Eine Untersuchung zur Verbreitung und Rolle von Volunteering in zehn Ländern. Freiburg i.Br.
- Giardini, Orion/Liedtke, Patrick M.* 1998: Wie wir arbeiten werden. Der neue Bericht an den Club of Rome. Hamburg.
- Granovetter, Mark* 1973: The Strength of Weak Ties. In: American Journal of Sociology, Vol 78, 1360-1380.
- Klages, Helmut/Gensicke, Thomas* 1999: Wertewandel und bürgerschaftliches Engagement an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Speyer.
- Mutz, Gerd* 1999: Strukturen einer Neuen Arbeitsgesellschaft. Der Zwang zur Gestaltung der Zeit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 9/99, 3-11.
- Ostrom, Elinor* 1990: Governing the Commons. The Evolution of Institutions for Collective Action. Cambridge.
- Putnam, Robert D.* 1993: Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy. Princeton.
- Rothstein, Bo* 1994: Vad bör staten göra? Om välfärdsstatens moraliska och politiska logik. Stockholm.
- Stiftung MITARBEIT* (Hg.) 1998: Wege zur Zukunftsfähigkeit, ein Methodenhandbuch. Bonn.
- Stiftung MITARBEIT* (Hg.) 1999: Wozu Freiwilligen-Agenturen? – Visionen und Leitbilder. Bonn.

Gisela Jakob/Heinz Janning

Freiwilligenagenturen

Eine erste Bilanz

Seit Mitte der 90er Jahre lässt sich ein wahrer Gründungsboom von Freiwilligenagenturen, Freiwilligenzentralen, Bürgerbüros u.ä. Einrichtungen¹ beobachten. Waren in unserem Land über Jahrzehnte solche Organisationsformen völlig unbekannt, gibt es inzwischen eine Vielzahl engagementfördernder Einrichtungen und Institutionen wie Selbsthilfekontakt- und Beratungsstellen, Seniorenbüros und neuerdings die Freiwilligenagenturen. Letztere unterscheiden sich von Selbsthilfe-Organisationen und Seniorenbüros dadurch, dass sie auf eine breite Engagementförderung im lokalen Gemeinwesen zielen. Mit ihren Tätigkeiten haben die Agenturen nicht nur eine spezifische Bevölkerungsgruppe im Blick, sondern sie bieten Dienstleistungen an für alle engagementinteressierten Bürgerinnen und Bürger sowie alle gemeinnützigen Organisationen, die mit Freiwilligen arbeiten. Im Zentrum des vorliegenden Beitrages stehen die Freiwilligenagenturen.

Die Gründungswelle von Freiwilligenagenturen ist in verschiedenen Entwicklungen begründet: Veränderungen des Engagements, wie sie unter dem Stichwort eines ‚Strukturwandels des Ehrenamts‘ gefasst werden (Heinze/Olk 1999), Untersuchungsergebnisse, die auf ein Potential engagementinteressierter Bürgerinnen und Bürger verweisen (z.B. Klages 1998), der Bedarf an freiwillig Engagierten in gemeinnützigen Organisationen, der mit den herkömmlichen Mitteln nicht mehr gedeckt werden kann sowie auch Einflüsse aus der internationalen Diskussion und insbesondere aus

den Niederlanden mit ihrem entfalteten Freiwilligensektor (ausführlicher dazu Jakob/Janning 2000). Nicht zuletzt dürften auch die Diskussionen um einen ‚Umbau des Sozialstaates‘ und die Stärkung der ‚Bürgergesellschaft‘ die Gründung von Freiwilligenagenturen vorantreiben. Dabei sind offensichtlich sehr unterschiedliche Zielsetzungen der beteiligten Akteure im Spiel, die von Erwartungen der Kosteneinsparung durch eine Ausweitung des Bürgerengagements bis hin zur Eröffnung von Partizipationsmöglichkeiten für die engagierten Bürger und der Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen reichen.

Die Stiftung ‚Bürger für Bürger‘ zählte im Herbst 1999 eine Zahl von 120 Freiwilligenagenturen, die sich allerdings in ganz unterschiedlichen Stadien der Entwicklung befinden (info@buenger-fuer-buenger.de).² Während ein kleiner Teil der Agenturen wie der Münchner Verein ‚Tatendrang‘ (früher: Münchener Helferinformation), der ‚Treffpunkt Hilfsbereitschaft‘ in Berlin und die ‚Freiwilligen-Agentur Bremen‘ auf eine längere Geschichte zurückblicken können und sich in dem jeweiligen lokalen Gemeinwesen etabliert haben, ist der Status vieler neu entstandener Freiwilligenagenturen nicht gesichert.³ Insgesamt lässt sich sagen, dass die ‚Szene‘ lokaler Einrichtungen zur Engagementförderung stark in Bewegung ist, neue Einrichtungen entstehen, während bereits tätige vor allem wegen mangelnder finanzieller Mittel ihre Arbeit einschränken oder gar beenden müssen.

Auch in der Konzeption, in der Arbeitsweise und in der Trägerschaft unterscheiden sich die bestehenden Freiwilligenagenturen und -zentralen erheblich.⁴ Ein gemeinsamer Arbeitsschwerpunkt aller Initiativen und Einrichtungen besteht in der *Information, Beratung und Vermittlung engagementinteressierter Bürgerinnen und Bürger* in gemeinnützige Organisationen. Ein Teil der Freiwilligenagenturen beschränkt sich dabei allerdings auf die Kooperation mit sozialen Einrichtungen, während andere Agenturen die gesamte Breite der Engagementfelder im Blick haben und mit Organisationen in den Bereichen Soziales, Kultur, Sport, Umweltschutz, Gesundheit und Politik zusammenarbeiten. Ein weiterer Unterschied in den Arbeitsschwerpunkten ergibt sich unseren Erkenntnissen nach daraus, dass sich der größte Teil der Einrichtungen faktisch auf die Beratung und Vermittlung Engagementinteressierter konzentriert. Demgegenüber haben andere ein breiteres Spektrum von Instrumenten zur Engagementförderung entwickelt. So zielt der Arbeitsbereich der Organisationsberatung auf die *Unterstützung gemeinnütziger Organisationen bei der Gewinnung und bei der qualifizierten Zusammenarbeit mit freiwillig Engagierten*. Dabei geht es um die Arbeit an einer engagementfreundlichen Organisationskultur, die neuen Engagierten den Weg in eine Organisation eröffnet und die Arbeitsbedingungen für die bereits Tätigen verbessert. Neben der Beratung bereits bestehender Organisationen zielt dieser Arbeitsbereich auch auf die Unterstützung und Begleitung neuer Initiativen, in denen sich Bürgerinnen und Bürger für das Gemeinwesen engagieren.⁵ Im Zentrum des dritten Arbeitsschwerpunkts, *Aktivitäten für eine entfaltete lokale Engagement-Kultur*, steht die Lobbyarbeit für das freiwillige Engagement. Instrumente wie eine offensive Öffentlichkeitsarbeit, Ausstellungen, Tagungen und ähnliche Veranstaltungen zielen auf die Imageverbes-

serung und gesellschaftliche Aufwertung des Engagements.

Auch bei der Trägerschaft unterscheiden sich die bestehenden Einrichtungen. So hat sich eine Heterogenität unterschiedlicher Modelle herausgebildet, die von der Trägerschaft durch einen einzelnen Wohlfahrtsverband über eine Trägerschaft in kommunaler Verantwortung bis hin zu Modellen reicht, in denen eine Freiwilligenagentur von mehreren Verbänden, verbandsunabhängigen Initiativen und der Kommune gemeinsam getragen wird.

In dieser Vielfältigkeit von Arbeitsschwerpunkten und Trägerstrukturen sowie auch in der Gründungsgeschichte sind spezifische Probleme von Freiwilligenagenturen angelegt, um die es in dem vorliegenden Beitrag gehen wird. In dem abschließenden Resümee werden dann Kriterien und Standards erarbeitet, die wir für eine fachliche Weiterentwicklung und politische Durchsetzung der Agenturen für notwendig halten.

1 Das Problem mit der öffentlichen Förderung

Betrachtet man die ‚Landschaft‘ von Freiwilligenagenturen und vergleichbaren Einrichtungen im Überblick, so wird der prekäre Status vieler Initiativen und Einrichtungen offensichtlich. Nur ein kleiner Teil der Freiwilligenagenturen verfügt über eine gesicherte Finanzierung durch öffentliche Mittel oder ist durch Zuschüsse eines Verbandes oder einer Kirche abgesichert.⁶ Der größte Teil der Agenturen arbeitet dagegen mit einer zeitlichen Befristung von zwei oder drei Jahren oder kann die Arbeit nur mit ABM-Stellen und Freiwilligen aufrechterhalten.

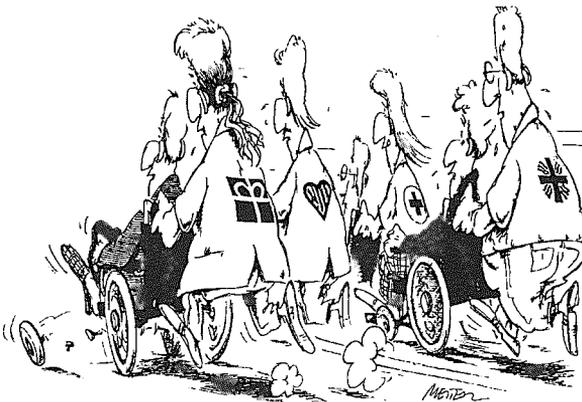
Im Unterschied zur Praxis in anderen europäischen Ländern wie Großbritannien, den Nie-

derlanden oder den skandinavischen Ländern ist die öffentliche Förderung und Unterstützung freiwilligen Engagements in der Bundesrepublik deutlich unterentwickelt.⁷ Zwar erhalten die etablierten Verbände des Sports, der Kultur und der Freien Wohlfahrtspflege öffentliche Mittel zur Engagementförderung. Verbandsunabhängige Infrastruktureinrichtungen wie Freiwilligenagenturen, die eine gezielte Engagementförderung im lokalen Gemeinwesen betreiben, werden dagegen kaum gefördert.

Für diesen Mangel an öffentlicher Unterstützung lassen sich verschiedene Gründe ausmachen: So wirkt sich die starke Position der tradierten Verbände der Wohlfahrtspflege, des Sports und der Kultur in der Bundesrepublik nicht gerade förderlich aus für die Entstehung und Etablierung verbandsunabhängiger Initiativen.⁸ Aus der Sicht der Wohlfahrtsverbände erscheinen verbandsunabhängige Freiwilligenagenturen nicht selten als Konkurrenz um die ‚begehrte‘ Ressource Freiwilliger (Backhaus-Maul/Jacobi 2000). Für einen Teil der öffentlichen Träger ist mit der Unterstützung der etablierten Verbände das Thema Engagementförderung ‚erledigt‘, und es wird kein weiterer Bedarf mehr gesehen. Diese Sichtweise dürfte durch die Finanzknappheit und Sparzwänge

der Kommunen, die Spielräume für die Finanzierung neuer Initiativen erheblich begrenzen, noch verstärkt werden. Und als letzter Aspekt sei an dieser Stelle noch darauf hingewiesen, dass Kommunen und Länder mit der Unterstützung des ausgebauten Netzes von Selbsthilfekontaktstellen bereits einen Beitrag zur Förderung von Selbstorganisation und zivilgesellschaftlichem Handeln leisten, so dass die Bereitschaft zur Bereitstellung von Mitteln für eine Förderung freiwilligen Engagements dadurch möglicherweise eingeschränkt wird. Die unzureichende und ständig ungesicherte öffentliche Förderung und der damit verbundene vorläufige Status vieler Freiwilligenagenturen ermöglichen keine kontinuierliche und professionelle Arbeit und erschweren so die Etablierung und Weiterentwicklung der Ideen einer entfalteten Infrastruktur für eine gemeinwesenbezogene Engagementförderung. Auch die damit verbundene ‚ABM-Kultur‘, mit der sich einige Agenturen über Jahre hinweg arrangieren, verhindert ein professionelles Freiwilligenmanagement und die Entwicklung von Qualitätsstandards für Freiwilligeneinrichtungen.

Die Zurückhaltung bei der Engagementförderung steht in einem krassen Gegensatz zu der öffentlichen Aufmerksamkeit und Unterstützung, die das Thema ‚Bürgerengagement‘ seit ca. zwei Jahren erfährt.⁹ Diese Differenz zwischen einer öffentlichen Rhetorik, in der die Bedeutung des Engagements für Demokratie und Gesellschaft beschworen wird, und der Mangel an konkreter Unterstützung beim Aufbau einer engagementförderlichen Infrastruktur lassen den Eindruck einer Instrumentalisierung und Vereinnahmung des freiwilligen Engagements aufkommen. Oder wie Warnfried Dettling im Zusammenhang mit der unerwarteten Konjunktur der ‚Bürgergesell-



schaft' kritisch anmerkt: „Die Bürgergesellschaft“ (und man könnte hinzufügen: das freiwillige Engagement, d.V.) wird „gesucht und gepredigt als Ausfallbürge und als Kompensation für alle möglichen Ausfallerscheinungen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft“ (Dettling 1998: 22; ebenso Jakob 1999).

2 Die ‚Entdeckung‘ der Freiwilligenagenturen durch die Wohlfahrtsverbände

Mit der Initiierung eines ‚Modellverbundes Freiwilligen-Zentren im Deutschen Caritasverband‘ 1996 (Baldas et al. 1999) setzte eine Entwicklung ein, in der die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtsverbände Idee und Konzeption der Freiwilligenagentur für sich ‚entdecken‘ und zum Bestandteil ihrer Verbandsentwicklung machten. Die Diakonischen Werke im Rheinland und in Westfalen haben mit finanzieller Unterstützung durch das Land Nordrhein-Westfalen ein Aufbau- und Weiterbildungsprogramm aufgelegt, in dem sechzehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Tätigkeit in Freiwilligenzentren ausgebildet werden. Zwei Landesverbände des Paritätischen, in Niedersachsen und in Sachsen-Anhalt, sind Träger von fast zwanzig Freiwilligen-Agenturen (Paritätischer Niedersachsen e.V. o.J.). Das Deutsche Rote Kreuz integriert die Idee der Gewinnung von Freiwilligen durch besondere Einrichtungen wie Freiwilligenagenturen in ihren neuen ‚ServiceCentern‘ (Fehlau 1999) und die Arbeiterwohlfahrt koordiniert auf Bundesebene sieben Freiwilligenagenturen in ihrer Trägerschaft.

Mit der gezielten Förderung freiwilligen Engagements in besonderen Einrichtungen übernehmen die Wohlfahrtsverbände ihre Aufgabe als ‚Agenturen gemeinwohlorientierten freiwilligen Engagements‘ (Olk 1999) auch angesichts veränderter gesellschaftlicher und verbandli-

cher Rahmenbedingungen. Ein konstitutiver Bestandteil der Wohlfahrtsverbände als intermediärer Organisationen besteht neben den Funktionen als Dienstleistungsunternehmen und als sozialpolitische Interessenvertretung auch in der Funktion als Agenturen freiwilligen Engagements. Die Wohlfahrtsverbände stellen eine Infrastruktur für freiwilliges Engagement und Selbsthilfeaktivitäten bereit und ermöglichen Bürgerinnen und Bürgern damit ein gemeinwohlorientiertes Engagement in den verbandlichen Strukturen. Angesichts gesellschaftlicher und verbandlicher Veränderungen ist es für die Verbände allerdings schwieriger geworden, Bürgerinnen und Bürger für ein Engagement in ihren Einrichtungen und Diensten zu gewinnen. Die Erosion tradierter Sozialmilieus und die Herausbildung neuer Haltungen und Sinnorientierungen haben die Zugänge und Erwartungen an ein Engagement verändert (Jakob 1993). Die Entwicklung der Verbände von einer ‚Wertgemeinschaft zum Dienstleistungsunternehmen‘ und die damit einhergehende Professionalisierung ihrer Dienste hat die Engagementförderung in den Hintergrund treten lassen (dazu v.a. die Beiträge in Rauschenbach et al. 1995). Diese Tendenz wird verstärkt durch aktuelle Trends einer Ökonomisierung und ‚Verbetrieblichung‘ der Dienste und Angebote in der Folge von Sparzwängen.

Die Gründung von Freiwilligenzentren und ähnlichen Einrichtungen stellt offenbar eine Reaktion der Wohlfahrtsverbände auf Veränderungen des Engagements dar. Mit der Schaffung solcher Einrichtungen erfährt das Engagement innerverbandlich eine neue Aufmerksamkeit, und es wird eine Infrastruktur geschaffen, die den veränderten Zugängen und Haltungen engagementinteressierter Bürgerinnen und Bürger entspricht. In der Schaffung von Freiwilligenagenturen und ähnlichen Einrichtungen wird eine Tendenz sichtbar, nach der

die Engagementförderung zumindest von einem Teil der lokalen verbandlichen Akteure als Managementaufgabe anerkannt und mit entsprechenden personellen und finanziellen Ressourcen ausgestattet wird.

Während sich aus der Perspektive von Wohlfahrtsverbänden die Gründung von derartigen verbandseigenen Einrichtungen zur Engagementförderung durchaus als innovative Neuerung deuten lässt, widerspricht die damit verbundene enge Anbindung an einen Spitzenverband allerdings einem zentralen Gedanken der Arbeit von Freiwilligenagenturen: Mit ihrem Anspruch einer verbandsunabhängigen und verbandsübergreifenden Tätigkeit geht es den Freiwilligenagenturen um eine breite Engagementförderung, die interessierten Bürgerinnen und Bürgern Zugänge zu einem Engagement in unterschiedlichen Bereichen (Soziales, Kultur, Umweltschutz, Sport, usw.) eröffnen will und damit zugleich auch Dienstleistungen für Verbände, Initiativen und andere Organisationen erbringt. Dabei wird von den Vorstellungen und Erwartungen der engagementbereiten Bürger ausgegangen und versucht, eine Passung zwischen den Interessen der Engagierten und den Anforderungen der Organisationen herbeizuführen.

Demgegenüber unterliegen verbandliche Freiwilligeneinrichtungen immer der Gefahr, auf die Position eines Dienstleisters für einen Verband festgelegt und auf die Aufgabe einer Beschaffung des innerverbandlich benötigten ehrenamtlichen Personals wahrgenommen zu werden. Die Einrichtungen würden dann in erster Linie Organisations- und Trägerinteressen bedienen, während die Erwartungen der engagementinteressierten Bürgerinnen und Bürger unterbelichtet blieben. Hinzu kommt, dass eine solche Einrichtung in der Trägerschaft eines Wohlfahrtsverbandes nur ein sehr eingeschränktes Spektrum an Organisationen, in er-

ster Linie Einrichtungen im sozialen und kirchlichen Bereich, im Blick hat. Dabei bleibt die Bandbreite unterschiedlicher Engagementmöglichkeiten in anderen Bereichen ausgespart, und für engagementinteressierte Bürger steht nur ein sehr begrenztes Spektrum an potenziellen Tätigkeiten zur Verfügung.

Die enge Anbindung einer Freiwilligenagentur an einen Wohlfahrtsverband erweist sich auch angesichts der beobachteten Veränderungen bei den Zugängen zu einem Engagement als Problem. Eine Agentur, die mit dem Label eines Wohlfahrtsverbandes auftritt und eventuell sogar noch in dessen Räumlichkeiten untergebracht ist, bedient möglicherweise das Klientel, das keine Berührungsängste gegenüber dem Verband hat. Für andere engagementinteressierte Bürgerinnen und Bürger, die dem Verband oder dem von ihm repräsentierten Milieu distanzierter gegenüber stehen, kann eine derartige Freiwilligeneinrichtung allerdings kein Ansprechpartner sein. Hinzu kommt, dass für einen nicht unerheblichen Teil der Engagementinteressierten die Themen ihres möglichen Engagements im Mittelpunkt stehen und nicht der Verband.

3 Fokussierung auf das Soziale und die Vermittlungstätigkeit

Wie bereits eingangs beschrieben, unterscheiden sich die bestehenden Freiwilligenagenturen in ihrer Konzeption und Arbeitsweise. Während ein Teil der Einrichtungen die Bandbreite unterschiedlicher Engagementbereiche im Blick hat und mit Organisationen aus den Bereichen Soziales, Kultur, Kirchen, Sport, Umweltschutz u.a. kooperiert, beschränken sich andere Agenturen auf den sozialen Sektor. Auch wenn in den Konzeptionen von einer breiten Engagementförderung die Rede ist, hat sich in der Praxis vieler Agenturen eine Fokussierung auf den sozialen und kirchlichen Bereich durch-

gesetzt. Dies gilt für die Freiwilligenzentren in der Trägerschaft konfessioneller Wohlfahrtsverbände, aber auch für andere Freiwilligenagenturen wie z.B. den Münchner ‚Tatendrang‘ (Prokop et al. o.J.). Eine weitere Schwerpunktsetzung wird erkennbar, wenn man die Arbeitsbereiche betrachtet. Auch wenn in der Konzeption noch vielfach von einer breiten Engagementförderung die Rede ist, lässt sich in der Praxis dann doch häufig eine starke Orientierung auf die *Vermittlung* engagamentbereiter Bürger in Organisationen beobachten. Demgegenüber bleiben die Organisationsberatung und Aktivitäten für eine lokale Engagement-Kultur randständig.

Die starke Orientierung auf den sozialen, wohlfahrtsverbandlichen und kirchlichen Bereich wird von verschiedenen Faktoren beeinflusst: der Gründungsgeschichte der jeweiligen Einrichtungen; der Trägerschaft durch einen Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege und nicht zuletzt auch der Qualifikationen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die zum großen Teil aus der sozialen oder pädagogischen Arbeit kommen. Darüber hinaus könnte die Fokussierung vieler Freiwilligenagenturen auf das Soziale auch durch fachliche Diskussionen und wissenschaftliche Forschungstätigkeiten beeinflusst sein, die für den sozialen Bereich am weitesten gediehen sind, während andere Engagementfelder unterbelichtet sind.¹⁰ Und als letzter Aspekt sei noch darauf hingewiesen, dass bei der Orientierung auf Soziales auch die Debatten um einen Umbau des Sozialstaates und einen Ausbau zivilgesellschaftlicher Institutionen eine Rolle spielen könnten. Die Förderung freiwilligen *sozialen* Engagements weckt möglicherweise Hoffnungen, damit Einschnitte im Bereich sozialer Dienstleistungen auffangen zu können.

Die ausgeprägte Orientierung auf den sozialen und wohlfahrtsverbandlichen Bereich ist inso-

fern problematisch, da damit die Vielfalt des freiwilligen Engagements in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen ausgeblendet bleibt und keine umfassende Engagementförderung betrieben wird.

Auch die Fokussierung vieler Freiwilligenagenturen auf die Vermittlung engagamentinteressierter Bürger erweist sich als Problem und stellt letztendlich eine ‚Falle‘ dar: Freiwilligenagenturen sind nicht in erster Linie Instanzen zur Vermittlung von Bürgern in Organisationen, sondern ihr Auftrag besteht in einer umfassenden Engagementförderung. Die Vermittlungstätigkeit ist dabei nur *eine* Aktivität unter anderen und kann keineswegs die Zusammenarbeit mit Organisationen und Aktivitäten für eine lokale Engagement-Kultur ersetzen. Hinzu kommt, dass sowohl die Erfahrungen länger bestehender deutscher Agenturen als auch die internationalen Erfahrungen¹¹ zeigen, dass sich mit den konkret erfassbaren Zahlen vermittelter Bürgerinnen und Bürger die öffentliche Förderung von Freiwilligenagenturen nicht legitimieren lässt (näheres dazu im folgenden Kapitel). Die Tätigkeit von Freiwilligenagenturen macht offensichtlich nur dann Sinn, wenn es vielfältige Aktivitäten für eine umfassende Engagementförderung gibt.

Fragt man nach den Hintergründen für eine derartige Schwerpunktsetzung vieler Freiwilligenagenturen in der Vermittlungstätigkeit, so dürfte dies in verschiedenen Entwicklungen gegründet sein. Die Beratung und Begleitung gemeinnütziger Organisationen bei der Gewinnung und der Arbeit mit Freiwilligen setzt eine Kooperationsbereitschaft der Organisationen voraus. Sie müssen bereit sein, gegenüber den von außen kommenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Freiwilligenagentur ihre Praxis der Arbeit mit Freiwilligen offen zu legen und Einblicke in innerorganisatorische Abläufe zu gewähren. Dies erweist sich dann als

Problem, wenn die Freiwilligenagentur von den Verbänden als Konkurrenz um ‚begehrte‘ Freiwillige gesehen wird.

Die Entfaltung von Aktivitäten für eine lokale Engagement-Kultur als drittem Arbeitsschwerpunkt setzt voraus, dass sich die Freiwilligenagenturen im lokalen Gemeinwesen etabliert haben, im Blickfeld der örtlichen Medien sind und in Kooperationsnetze mit anderen Organisationen eingebunden sind. Da der größte Teil der Freiwilligenagenturen erst seit wenigen Jahren arbeitet, sind solche Beziehungsnetze im lokalen Gemeinwesen erst im Entstehen. Hinzu kommt, dass eine derartige Netzwerkarbeit eine personelle Kontinuität voraussetzt, die es für viele Agenturen bisher nicht gibt.

Diese Schwierigkeiten bei der Organisationsberatung und dem Ausbau einer lokalen Engagement-Kultur entlasten die Freiwilligenagenturen allerdings nicht von der Anforderung einer Ausweitung ihres Aktivitätsspektrums, die sowohl aus der Perspektive einer umfassenden Engagementförderung als auch aus der fachlichen Perspektive der Freiwilligenagenturen selbst notwendig ist.

4 Das Problem mit den Vermittlungsquoten

Im Zusammenhang mit der Aufgabe der Information, Beratung und Vermittlung engagementinteressierter Bürgerinnen und Bürger sind die Freiwilligenagenturen hohen Erwartungen ausgesetzt. Viele Trägerorganisationen, Sozialplaner und Politiker gehen von einer nachweisbaren, hohen Vermittlungsquote aus und knüpfen daran die künftige Finanzierung der Agenturen. Nicht selten möchten sie dieses Kriterium als wichtigstes oder einziges für die Erfolgsmessung gelten lassen. Offensichtlich liegt hier in der Öffentlichkeit ein sehr eingeschränktes Bild des Aufgabenprofils von Freiwilligen-

agenturen vor, zu dem die Agenturen mit ihrer Fokussierung auf die Vermittlungstätigkeit sogar beigetragen haben bzw. weiterhin beitragen. Hinzu kommen ein ausgeprägter politischer Legitimationsdruck angesichts knapper Kassen und eine starke Orientierung von Politik und Verwaltung an messbaren, quantitativen Größen bei der Bewertung sozialer Dienstleistungen, die offensichtlich auch den Blick auf Vermittlungsquoten der Freiwilligeneinrichtungen bestimmen.

Freiwilligenagenturen sind aber nicht vorrangig Vermittlungsagenturen oder gar ‚Job-Börsen‘ für unentgeltliche Arbeitskräfte und Vermittlungszahlen allein stellen keine ausreichende Legitimitätsgrundlage für ihre Existenz dar. Sowohl die Erfahrungen der länger bestehenden bundesdeutschen Agenturen als auch die internationalen Erfahrungen zeigen, dass die Beratung und Vermittlung Engagierter nur *eine* Aufgabe im gesamten Spektrum einer lokalen Engagementförderung ist.

Die große Bedeutung von Vermittlungsquoten in der bundesdeutschen Öffentlichkeit hat zur Folge, dass die Freiwilligenagenturen beginnen, mehr oder weniger umfassende und aufwendige Systeme der statistischen Erfassung der beratenen und der vermittelten Bürgerinnen und Bürger zu entwickeln. Grundsätzlich spricht zwar nichts gegen eine Erfassung der Personen, die die Dienstleistungen der Freiwilligenagentur genutzt haben, und dies kann gleichzeitig auch ein Element der Selbstevaluation der Agentur-Mitarbeiter sein. Allerdings kollidiert eine derartige systematische Erfassung der ‚Nutzer‘ mit dem konzeptionellen Ansatz einer ‚niedrigschwiligen‘ und offenen Beratung in den Agenturen. Das durchaus legitime Interesse an Erfassung der interessierten und beratenen Bürger setzt allerdings die Entwicklung von Instrumenten voraus, die schnell als Kontrolle empfunden werden kön-

nen. Dies lässt sich nur durch einen angemessenen Umgang mit den jeweiligen Instrumenten wie Fragebögen oder Rückfragen bei Organisationen vermeiden.

Die starke und oftmals ausschließliche Bewertung der Arbeit von Freiwilligenagenturen anhand nachweisbarer und vor allem hoher Vermittlungsquoten erweist sich auch insofern als kurzfristig, da die Information und Beratung in den Räumlichkeiten der Freiwilligenagentur ja nur eine unter vielfältigen anderen Formen der Engagementgewinnung darstellt. So können Engagementinteressierte den Zugang zu einer Tätigkeit ebenso im Verlauf einer Ausstellung erhalten, in der sich gemeinnützige Organisationen vorstellen und um Freiwillige werben. Ebenso kann ein von der Freiwilligenagentur lancierter Beitrag in der lokalen Presse oder eine Radiosendung zum Ausgangspunkt für ein gemeinwohlbezogenes Engagement werden. In allen diesen Fällen kommt ein Engagement zwar durch die Anregung einer Freiwilligenagentur zustande, lässt sich aber nicht in Form von Vermittlungszahlen messen.

5 Der Mangel an übergreifenden, bundesweit tätigen Organisationen der Engagementförderung

Für die Freiwilligenagenturen erweist es sich als Problem, dass sie weder über eine starke Interessenvertretung auf Bundesebene verfügen noch auf eine bundesweit tätige Serviceeinrichtung vergleichbar etwa der ‚Nationalen Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen‘ (NAKOS) (Wohlfahrt/Breitkopf 1995: 110ff) oder in den Niederlanden der ‚Nederlandse Organisaties Vrijwilligerswerk‘ (NOV), der nationalen Dachorganisation der niederländischen Freiwilligenzentren, verfügen.¹² Die 1997 gegründete Stiftung ‚Bürger für Bürger‘, die die Aufgaben einer solchen Serviceeinrich-

tung hätte übernehmen können, stellt demnächst ihre Arbeit ein (Zorn 2000). Die der Einrichtung zugrundeliegende Stiftungsidee hat sich offensichtlich nicht umsetzen lassen. Hinzu kommen Faktoren wie die mangelnde Integration zentraler Akteure – Verbände, der Länder und Kommunen – bei der Gründung der Stiftung sowie auch Probleme in der Konzeption und beim Management der Einrichtung. Die Einstellung der Arbeit der Stiftung bedeutet allerdings, dass es damit keine, in diesem Sinne übergreifende, bundesweit tätige Einrichtung mehr gibt, die Aktivitäten für ein engagementfreundliches ‚Klima‘ und auch Serviceleistungen für die Freiwilligenagenturen erbringen könnte. Und es zeichnen sich derzeit in der Politik auch keine Bestrebungen eines Neuaufbaus einer derartigen Einrichtung ab, die jenseits des klassischen Verbandswesens tätig werden könnte.

Auch die Interessenvertretung der Freiwilligenagenturen auf Bundesebene erweist sich noch als unzureichend. Zwar gibt es seit 1998 die ‚Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen‘ (BAGFA), in der 40 Agenturen Mitglied sind (<http://www.bagfa.de/wichtig.htm>, Stand: 2.3.2000) und die mit jährlichen Tagungen die fachliche Diskussion anregt (Stiftung MITARBEIT et al. 1997; Stiftung MITARBEIT/Bundesarbeitsgemeinschaft Freiwilligenagenturen 1999). Die Bundesarbeitsgemeinschaft ist aber bisher keineswegs eine starke, politisch wirksame Interessenvertretung der Freiwilligenagenturen. Dafür gibt es verschiedene Gründe: So verfügt die Bundesarbeitsgemeinschaft kaum über gesicherte finanzielle und personelle Ressourcen, sondern wird von Akteuren aus den lokalen Freiwilligenagenturen und Wohlfahrtsverbänden getragen, die sich wenige Male im Jahr treffen. Der Mangel an einer starken Interessenvertretung beruht aber auch auf Problemen, die mit der Geschichte und atomisierten Struktur der ‚Freiwilligen-

Szene' in der Bundesrepublik zusammenhängen. Die Heterogenität in der Arbeitsweise, aber auch bei den Trägerkonstruktionen erschwert die Entwicklung einer gemeinsamen Strategie zur politischen Durchsetzung der Freiwilligenagenturen. Schon die begriffliche Vielfalt (Freiwilligenagenturen, Freiwilligenzentren, Ehrenamtsbörsen, ServiceCenter, u.a.) und die sehr unterschiedlichen Selbstverständnisse verweisen auf die bunte, und manchmal daher auch beliebige, Mischung unterschiedlicher Organisationen, die auch in der Außenwahrnehmung folglich sehr heterogen wirken.

Der Mangel an übergreifenden Organisationen auf Bundesebene hat zur Folge, dass es damit auch keinen Ansprechpartner gibt für Politik, Medien und internationale Organisationen.

6 Resümee

Im Rahmen einer ‚kommunitaristischen Sozialpolitik‘ (Roth 1995), die Prozesse der Selbstorganisation fördert und das freiwillige Engagement der Bürgerinnen und Bürger stärkt, kommt Freiwilligenagenturen eine zentrale Bedeutung zu. Als Instanzen einer lokalen Infrastruktur zur Engagementförderung tragen sie zum Aufbau einer sich entfaltenden Engagement-Kultur im Gemeinwesen bei. Anknüpfend an den skizzierten Problemen werden im Folgenden einige Schlussfolgerungen zum Dienstleistungsprofil von Freiwilligenagenturen entwickelt.

Eine wichtige Aufgabe von Freiwilligenagenturen besteht demnach in der Information, Beratung und Begleitung engagementinteressierter Bürgerinnen und Bürger. Der Bedarf an Information und Beratung kommt auch in der repräsentativen Befragung von Bundesbürgern zu ihrem Engagement zum Ausdruck, die unter Federführung von Infratest im vergangenen Jahr durchgeführt worden ist (Rosenblad/

Picot 1999). 30 Prozent der Befragten äußerten ihr Interesse, sich bei einer Informations- und Kontaktstelle, die Möglichkeiten des Engagements aufzeigt, zu informieren (ebenda: 6). Und auf die Frage, was der Staat und die Öffentlichkeit zur Förderung des Engagements tun könnten, antworteten 56 Prozent der ehrenamtlich engagierten, dass sie gerne bessere Informationen und Beratungsangebote über Gelegenheiten zum Engagement hätten (ebenda: 50).

Die Aufgabe von Freiwilligenagenturen beschränkt sich aber keineswegs auf die Beratungs- und Vermittlungstätigkeit, sondern umfasst ein vielfältiges Aufgabenspektrum, in dem die Unterstützung gemeinnütziger Organisationen und Aktivitäten für eine sich entfaltende lokale Engagement-Kultur einen breiten Raum einnehmen. Eine angemessene Engagementförderung zielt dabei auf die Vielfalt freiwilliger Tätigkeiten in den Bereichen Kultur, Soziales, Umwelt, Gesundheit, Sport, Politik u.a.

Um eine verbandsunabhängige und verbandsübergreifende Arbeit zu ermöglichen, sind Modelle der Trägerschaft durch einen Verein oder auch andere Konstruktionen am günstigsten, an denen verschiedene Organisationen (etablierte Verbände, aber auch verbandsunabhängige Vereine und Initiativen) und möglicherweise auch die jeweilige Kommune beteiligt sind. Unabhängig davon, wie das jeweilige Trägermodell aussieht, sind die lokalen Verbände der Freien Wohlfahrtspflege, des Sports, der Kultur, der Umwelt, der Jugendorganisationen sowie die Kirchengemeinden zentrale Kooperationspartner der Freiwilligenagenturen. Die Agenturen erbringen Dienstleistungen für die gemeinnützigen Organisationen und Einrichtungen.

Die internationalen Erfahrungen zeigen, dass es einer öffentlichen Unterstützung lokaler Infrastruktureinrichtungen zur Engagementförderung bedarf. Die Arbeit der niederländischen

„Vrijwilligerscentralen“ wird erst durch die kommunale Unterstützung der Einrichtungen ermöglicht (Loon 1997). Voraussetzung für die Ausweitung des freiwilligen Engagements in Großbritannien und den Aufbau von lokalen „Volunteer-Bureaus“ war die Transferierung von öffentlichen Geldern in den Freiwilligensektor (Olk 1991). Um unentgeltliches Engagement zu mobilisieren, bedarf es offensichtlich einer mit öffentlichen Mitteln finanzierten Infrastruktur von unabhängigen Freiwilligeneinrichtungen, die eine gezielte Engagementförderung betreiben.

Neben einer grundständigen finanziellen Absicherung durch öffentliche Mittel besteht die Aufgabe von Freiwilligenagenturen aber auch in der Erschließung zusätzlicher Finanzquellen. Solche zusätzlichen Finanzquellen eröffnen sich durch die Bereitstellung von Dienstleistungsangeboten wie z.B. die Beratung von gemeinnützigen Organisationen oder auch durch die Entwicklung einer Fundraising-Praxis, in der zusätzliche finanzielle Mittel, aber auch personelle Ressourcen erschlossen werden. Dabei geht es nicht nur um die Kompensation von Defiziten infolge der öffentlichen Sparpolitik, sondern mit solchen Fundraising-Strategien entstehen auch neue Formen der Kooperation zwischen dem Sektor Wirtschaft und Staat sowie den gemeinnützigen Organisationen und neue Formen freiwilligen Engagements können sich entwickeln.¹³

Für eine bundesweit tätige Serviceeinrichtung vergleichbar der niederländischen „Nederlandse Organisaties Vrijwilligerswerk“ (NOV) sprechen mehrere Gründe: So bedarf es einer zentralen, aber unabhängigen Organisation, die an der Schaffung von engagementförderlichen Rahmenbedingungen auf Bundesebene arbeitet. Dazu gehört eine offensive Öffentlichkeitsarbeit, die das freiwillige Engagement zum Gegenstand des öffentlichen Diskurses macht.

Dies lässt sich über die gezielte Arbeit mit Medien, durch wissenschaftliche und fachpolitische Tagungen und die Koordination bundesweiter Aktivitäten wie z.B. die Organisation eines Rahmenprogramms für das kommende „Internationale Jahr der Freiwilligen“ erreichen. Notwendig ist der Aufbau von Kooperations- und Koordinationsstrukturen zu politischen Parteien und politischen Gremien, um auf Behinderungen des Engagements durch bestehende gesetzliche Regelungen (z.B. im Arbeitsförderungsgesetz oder durch unklare Versicherungsregelungen) aufmerksam zu machen und Initiativen für engagementförderliche Regelungen in Gang zu setzen. Ein zweiter Arbeitsschwerpunkt einer solchen bundesweiten Freiwilligeneinrichtung bestünde in der Bereitstellung von Dienstleistungen für die lokalen Freiwilligenagenturen. Dies könnten Beratungsangebote für die lokalen Agenturen sein sowie die Organisation von Fortbildungsveranstaltungen für berufliche und freiwillig tätige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die die Arbeit von Freiwilligen in Agenturen, Verbänden und öffentlichen Einrichtungen koordinieren. Aufgabe einer übergreifenden Einrichtung wäre auch die Initiierung und Unterstützung neuer und innovativer Ansätze und Modellprojekte, die dann vor Ort erprobt werden. Als dritter Arbeitsschwerpunkt einer solchen bundesweiten Serviceeinrichtung stünde die Vernetzung der lokalen Freiwilligenagenturen sowie auch die Vernetzung mit internationalen Organisationen an. Im Vergleich mit anderen europäischen Ländern besteht auch hier ein erheblicher Nachholbedarf.

Gisela Jakob arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zur „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“.

Heinz Janning ist Initiator und Leiter der Freiwilligen-Agentur Bremen.

Anmerkungen

¹ Wir bevorzugen im Folgenden den Begriff der Freiwilligenagenturen, weil er den Charakter der Einrichtungen als Instanzen der Vermittlung zwischen engagamentinteressierten BürgerInnen und gemeinnützigen Organisationen am besten zum Ausdruck bringt.

² Grundlage dieser Zahlen ist die Meldung der Einrichtungen bei der Stiftung. Die Aufnahme in diese Liste erfolgte ohne besondere Kriterien. Dabei muss außerdem bedacht werden, dass Agenturen noch in der Statistik enthalten sind, die ihre Arbeit schon eingestellt haben, während neu entstandene noch gar nicht berücksichtigt wurden.

³ Der Münchner ‚Tatendrang‘ (zuvor ‚Münchner Helferinformation‘) ist seit 1979 aktiv (Prokop et al. o.J.), der ‚Treffpunkt Hilfsbereitschaft‘ arbeitet seit 1988 (Schaaf-Derichs 1999), und die ‚Freiwilligen-Agentur Bremen‘ begann 1992 mit ihrer Tätigkeit (Janning et al. 1998). Während sich diese Agenturen in dem jeweiligen lokalen Gemeinwesen etabliert haben, mussten Einrichtungen wie z.B. das vom Jugendring Dortmund getragene Freiwilligenzentrum seine Arbeit nach Auslaufen der Modellphase einstellen, weil keine Finanzierung gelang (Sass 1997).

⁴ Die folgenden Ausführungen lassen sich beim derzeitigen Stand der Forschung nicht anhand vorliegender Untersuchungen belegen, sondern basieren auf Beobachtungen und unserer Kenntnis der bundesdeutschen ‚Landschaft‘ von Freiwilligenagenturen und vergleichbaren Einrichtungen. Wenn uns Informationsmaterialien, so genannte graue Literatur u.ä. zur Verfügung stand, so haben wir sie zitiert.

Der Mangel an empirisch fundierten Kenntnissen verweist zugleich auf die Notwendigkeit von Untersuchungen, die einen Überblick über bestehende Einrichtungen geben und die Praxis der Freiwilligenagenturen einer Analyse unterziehen.

⁵ Dieser Werkstatt-Gedanke ist auch in der Konzeption der Freiwilligen-Zentren des Deutschen Caritasverbandes als ein Schwerpunkt angeführt, wobei die Praxis allerdings zeigt, wie schwer dieser Anspruch zu verwirklichen ist (Baldas et al. 1999).

⁶ Letzteres gilt für einen Teil der Freiwilligenzentren des Caritasverbandes, deren Finanzierung nach der Modellphase von Diözesan-Caritasverbänden und vereinzelt von der Katholischen Kirche übernommen wird. Die Stadt Bremen beteiligt sich ab dem Jahr 2000 – zunächst für die folgenden fünf Jahre – mit einem nennenswerten Betrag an der Finanzierung der Freiwilligen-Agentur.

⁷ Allein in Großbritannien gibt es seit Jahrzehnten ‚Volunteer-Bureaus‘ (1997 gab es 381) und ebenso verfügen die Niederlande – beginnend vor fast 30 Jahren – über 150 ‚Vrijwilligerscentralen‘ und Dänemark über 40 ‚Center for Frivilligt Social Arbejde‘ (Kinds 1997: 101).

⁸ Dies wurde bei der Selbsthilfebewegung und der Entstehung von Selbsthilfegruppen in den 80er Jahren offensichtlich.

⁹ Als Ausdruck mangelnder öffentlicher Unterstützung lässt sich auch die Schließung der Stiftung ‚Bürger für Bürger‘ deuten, deren Finanzierung vom Bundesministerium für Familie, Frauen, Jugend und Senioren nach zweijähriger Förderung nicht fortgeführt wird (Zorn 2000). Auch wenn in der Konstruktion der Stiftung Probleme angelegt waren und die Arbeit in den zwei Jahren nicht überzeugte, rechtfertigt dies keine ersatzlose Schließung. Die jetzige Bundesregierung hat bisher keine Alternative dazu vorgelegt (wir werden in Kap. 5 genauer darauf eingehen).

¹⁰ So lässt sich ein Schwerpunkt von vorgelegten Publikationen und durchgeführten Untersuchungen zum freiwilligen Engagement im Bereich Soziales ausmachen; auch zum Engagement im Sportbereich sind zahlreiche Veröffentlichungen erschienen (zum Überblick Beher et al. 1999). Als dritter Bereich, der in der bundesdeutschen Fachöffentlichkeit präsent ist, kann der Kulturbereich gelten (Deutscher Kulturrat 1996; Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V. 1999). Demgegenüber bleiben wichtige Engagementbereiche, die sich der Alltagskultur zurechnen lassen, in der wissenschaftlichen und fachlichen Diskussion weitgehend ausgeblendet. Sicht man von einer Studie zu den Jugendfeuerwehren (Homfeldt et al. 1995) ab, so ist das Engagement in Bereichen wie den Freiwilligen Feuerwehren, beim Technischen Hilfswerk oder auch in Schützenvereinen und Schrebergar-

tenvereinen eine Art Tabula Rasa und kommt in den fachlichen Debatten nicht vor. Es gilt, zumindest auch diese Form des Engagement zu untersuchen und zu diskutieren.

¹¹ In den Niederlanden sind drei Millionen Personen freiwillig engagiert. Nach einer Umfrage der ‚Nederlandse Organisaties Vrijwilligerswerk‘, der nationalen Dachorganisation der niederländischen Freiwilligenzentren, kann man von 25.000 bis 30.000 Fällen ausgehen, die jährlich durch die Zentren vermittelt werden (interessant dazu die Materialien über ein sog. ‚Sterk vrijwilligerswerk‘, zu beziehen über Nederlandse Vrijwilligers Organisaties (NOV) in Utrecht). Das ist ein Prozent aller aktiven Freiwilligen in den Niederlanden. Die Zahlen beruhen allerdings nicht auf einer systematischen statistischen Erfassung der Vermittlungen, sondern basieren auf einer Mischung von erhobenen Daten und Einschätzungen der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.

Die Frage nach konkreten Vermittlungszahlen ist offensichtlich ein spezifisch bundesdeutsches Phänomen, das bei unseren niederländischen Nachbarn auf weit gehendes Unverständnis stößt. Der bewusste Verzicht auf eine Erfassung der Nutzerinnen und Nutzer ist ein konzeptioneller Bestandteil eines Teils der niederländischen Freiwilligenzentren und soll einen möglichst unkomplizierten und ‚niedrigschwelligen‘ Zugang sicherstellen.

¹² Derartige übergreifende, nationale Organisationen existieren auch in anderen europäischen Ländern wie Großbritannien, Belgien, Frankreich, Italien, Spanien, Dänemark, Schweden und in Norwegen (Kinds 1997). Diese ‚nationalen Zentren‘ werden zum großen Teil öffentlich gefördert und unterscheiden sich in ihrer Mitgliederstruktur, ihrem Aufgabenprofil und ihrer Arbeitsweise.

¹³ Interessant sind hier wiederum die internationalen Erfahrungen einer ‚Corporate Citizenship‘ (Westebbe/Logan 1995), die Erfahrungen zum ‚Employee Community Involvement‘ in Großbritannien (Halley 1999) oder auch Modelle wie das Schweizer Projekt ‚Seitenwechsel‘ (zum Überblick Janning/Bartjes 1999), das erste Nachahmer auch in Deutschland findet (Mutz 1999).

Literatur

- Backhaus-Maul, Holger/Jacobi, Frauke* 2000: Über Bäckerinnen, Friseure, Tanzlehrerinnen und zeitgemäße Formen der Engagementförderung. In: Orientierung. Fachzeitschrift der Behindertenhilfe, Heft 1.
- Baldas, Eugen/Bock, Teresa/Gleich, Johann M./Helmbrecht, Michael/Roth, Rainer A.* 1999: Zwischenbericht über die wissenschaftliche Begleitforschung des Modellverbundes. Reihe: Materialien zum ‚Modellverbund Freiwilligen-Zentren im Deutschen Caritasverband Nr. 15. Freiburg i.Br.
- Behr, Karin/Liebig, Reinhard/Rauschenbach, Thomas* 1999: Das Ehrenamt in empirischen Studien – ein sekundäranalytischer Vergleich. Stuttgart, Berlin, Köln.
- Detling, Warnfried* 1998: Bürgergesellschaft. Möglichkeiten, Voraussetzungen und Grenzen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 38/98, 22-28.
- Deutscher Kulturrat* (Hg.) 1996: Ehrenamt in der Kultur. Stand und Perspektiven ehrenamtlicher Arbeit im Kulturbereich. Bonn.
- Fehlau, Eberhard* 1999: ServiceCenter – Motor zukunftsweisender Rotkreuz-Arbeit. In: Deutsches Rotes Kreuz e.V. – Generalsakretariat: Das Zukunfts-Magazin Nr. 2, 23-25 und Nr. 3/4, 42-45. Bonn.
- Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V.* 1999: Quantität und Struktur ehrenamtlicher Arbeit im Kulturbereich der Stadt Halle – Eine empirische Studie. In: Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt/Kulturpolitische Gesellschaft (Hg.), Bürgerschaftliches Engagement im Kulturbereich, 64-72.
- Halley, David* 1999: Employee Community Involvement – Gemeinnütziges Arbeitnehmerengagement. Hrsg. von Fundus – Netz für Bürgerengagement. Köln.
- Heinze, Rolf G./Olk, Thomas* 1999: Vom Ehrenamt zum bürgerschaftlichen Engagement. Trends des begrifflichen und gesellschaftlichen Strukturwandels. In: Kistler, E./Noll, H.-H./Priller, E. (Hg.): Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts. Berlin, 77-100.
- Homfeldt, Hans Günther/Schulze, Jörgen/Schenk, Manfred/Seyl, Stephan/Michels, Christoph* 1995:

- Jugendverbandsarbeit auf dem Prüfstand. Die Jugendfeuerwehr – Perspektiven für das verbandliche Prinzip der Jugendarbeit. Weinheim, München.
- Jakob, Gisela* 1993: Zwischen Dienst und Selbstbezug. Eine biographieanalytische Untersuchung ehrenamtlichen Engagements. Opladen.
- Jakob, Gisela* 1999: Veränderungen der Arbeitsgesellschaft und Perspektiven für freiwilliges Engagement. In: Stiftung MITARBEIT/Bundesarbeitsgemeinschaft Freiwilligenagenturen (Hg.), 51-71.
- Jakob, Gisela/Janning, Heinz* 2000: Freiwilliges Engagement als Teil einer lokalen Infrastruktur für Bürgerengagement. In: Heinze, R. G./Olk, T. (Hg.): Bürgerengagement in Deutschland. Opladen.
- Janning, Heinz/Bartjes, Heinz* 1999: Ehrenamt und Wirtschaft. Internationale Beispiele bürgerschaftlichen Engagements der Wirtschaft. Hrsg. von der Robert Bosch Stiftung. Stuttgart.
- Janning, Heinz/Luthe, Detlev/Rubart, Frauke* 1998: Freiwilligen-Agentur Bremen. Qualitätsentwicklung für das Ehrenamt. In: Forschungsjournal NSB, Jg. 11, Heft 2, 61-67.
- Kinds, Henk* 1997: Freiwilliges Engagement bekommt man nicht umsonst – die Förderung der Freiwilligenarbeit im europäischen Vergleich. In: Stiftung MITARBEIT et al. (Hg.), 95-105.
- Klages, Helmut* 1998: Engagement und Engagementpotential in Deutschland. Erkenntnisse der empirischen Forschung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 38/98, 29-38.
- Loon, Theo J. van* 1997: Ehrenamt im europäischen Kontext – Herausforderungen für die Bundesrepublik Deutschland. In: SPD Bundestagsfraktion (Hg.), Engagement stiftet Zusammenarbeit. Veranstaltungsdokumentation. Bonn.
- Mutz, Gerd* 1999: Strukturen einer Neuen Arbeitsgesellschaft. Der Zwang zur Gestaltung der Zeit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 9/99, 3-11.
- Olk, Thomas* 1991: Ehrenamtliche Arbeit in England. Freiburg i.Br.
- Olk, Thomas* 1999: Die Freie Wohlfahrtspflege auf dem Prüfstand (V). Gegenwart gestalten, um Zukunft zu gewinnen! – Verbandspolitische Strategien für die Freie Wohlfahrtspflege. In: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit, Jg. 50, Heft 4, 123-130.
- Paritätischer Niedersachsen e.V.* o.J.: Freiwilligenagenturen Positionen und Arbeitshilfe. o.O.
- Prokop, Ernst/Schroll-Decker, Irmgard/Hofer, Bettina* o.J.: Ehrenamtliche soziale Arbeit in der städtischen Gesellschaft. Hrsg. von Hildegard Kronawitter, Verein für Fraueninteressen e.V. München.
- Rauschenbach, Thomas/Sachße, Christoph/Olk, Thomas* (Hg.) 1995: Von der Wertgemeinschaft zum Dienstleistungsunternehmen. Jugend- und Wohlfahrtsverbände im Umbruch. Frankfurt/M.
- Rosenblatt, Bernhard von/Picot, Susanne* 1999: Freiwilligenarbeit, ehrenamtliche Tätigkeit und bürgerschaftliches Engagement. Repräsentative Erhebung 1999 – Überblick über die Ergebnisse. München.
- Roth, Roland* 1995: Kommunitaristische Sozialpolitik? Anmerkungen zur aktuellen Debatte über Professionalität und Ehrenamt in der Sozialpolitik. In: Forschungsjournal NSB, Jg. 8, Heft 3, 44-53.
- Sass, Erich* 1997: Das Freiwilligenzentrum Dortmund. Ein Modellprojekt der freiwilligen Mitarbeit in der Jugendarbeit. In: Stiftung MITARBEIT et al. (Hg.), 57-71.
- Schaaf-Derichs, Carola* 1999: Zehn Jahre ‚Neues Ehrenamt‘ – Ergebnisse und Erkenntnisse der Berliner Freiwilligenagentur Treffpunkt Hilfsbereitschaft. In: sozialmagazin, Jg. 24, Heft 3, 33-36.
- Stiftung MITARBEIT/Bundesarbeitsgemeinschaft Freiwilligenagenturen* (Hg.) 1999: Wozu Freiwilligen-Agenturen? Visionen und Leitbilder. Bonn.
- Stiftung MITARBEIT/Treffpunkt Hilfsbereitschaft Berlin/Freiwilligen-Agentur Bremen/Das Freiwilligen-Zentrum Dortmund* (Hg.) 1997: Solidarität inszenieren ... Freiwilligen-Agenturen in der Praxis. Bonn.
- Westebbe, Achim/Logan, David* 1995: Corporate Citizenship. Unternehmen im gesellschaftlichen Dialog. Wiesbaden
- Wohlfahrt, Norbert/Breitkopf, Helmut* 1995: Selbsthilfegruppen und Soziale Arbeit. Freiburg i.Br.
- Zorn, Thomas* 2000: Unfreiwilliges Aus. Familienministerin Christine Bergmann (SPD) dreht der Stiftung „Bürger für Bürger“ nach zwei Jahren den Geldhahn zu. In: Focus, Heft 5, 2000.

Gerd Mutz

Unternehmerisches Bürgerschaftliches Engagement: Corporate Social Responsibility¹

Unternehmerisches Bürgerschaftliches Engagement ist ein neues Konzept nachhaltiger Unternehmensentwicklung und innovativer Unternehmenskultur. Zu den wirtschaftlichen Zielen unternehmerischer Aktivitäten treten Aspekte der sozialen Verantwortung für das soziale, kulturelle und ökologische Umfeld. Fortschrittliche Unternehmen und ihre Mitarbeiter engagieren sich in diesen Bereichen. *Corporate Social Responsibility* lautet das Stichwort.

Bürgerschaftliches Engagement stärkt die Stellung des Unternehmens in der Region. Die sozialen Fähigkeiten der Mitarbeiter und deren Bindung an das Unternehmen (corporate identity) wachsen. Nicht zuletzt geht es auch um Public Relations: sich als ein Unternehmen in der Öffentlichkeit darzustellen, das ‚Gutes tut‘ und sich von anderen unterscheidet (‚We make a difference‘).

1 Unternehmen unterstützen ihre Mitarbeiter, verantwortliches Gestaltungshandeln zu erlernen

Tief greifende gesellschaftliche Wandlungsprozesse und Veränderungen in der Arbeitswelt verlangen von den Menschen, dass sie ihr Leben stärker selbst in die Hand nehmen. Dazu brauchen sie Fähigkeiten Selbstorganisation, Flexibilität und Kooperation mit anderen – Gestaltung ist das Schlüsselwort einer zukunfts-

fähigen Gesellschaft. Dies bedeutet nicht nur, dass Menschen ihre persönliche Lebens- und Arbeitswelt aktiv gestalten müssen, sondern auch die Gemeinschaft, in der sie leben.

Zu den radikalsten Veränderungen der letzten Jahre gehört, dass uns die globalisierte Welt einen Wertewandel beschert hat: Immer weniger dominiert die individualistische ‚Me-Generation‘ der 80er Jahre, es entfaltet sich eine ‚We-Generation‘, die gemeinschaftliches Handeln stärker in den Vordergrund stellt. Es scheint sich eine ‚Neue Bürgergesellschaft‘ zu entwickeln, die das Potential zu mehr Menschlichkeit und zugleich höherer Leistungsfähigkeit hat.

Dadurch entstehen auch in den Unternehmen neue Anforderungen. Sie sind zu einem komplexen Gefüge geworden und können nur dann leistungsfähig sein, wenn das soziale Miteinander funktioniert. Dies gilt ebenso für den Kontakt zwischen den Mitarbeitern, wie mit den Kunden und den Partnern in der ganzen Welt. Auf die richtige Mischung unterschiedlicher fachlicher, persönlicher und sozialer Qualifikationen kommt es an: Mitarbeiter müssen Unternehmensinteressen, Wünschen der Kollegen und Kundenerwartungen gleichermaßen gerecht werden können. Dazu gehört die Fähigkeit, sich in die Welt des jeweils anderen hineinzusetzen. Im Zeichen dezentralisierter Unternehmensor-

ganisation und flacher Hierarchien müssen sie eigenständig und rechtzeitig auf Marktveränderungen reagieren (Glißmann 1999).

Menschen werden sich zukünftig nicht nur und immer als abhängig Beschäftigte in der Arbeitswelt bewegen. Und sie werden auch nicht in monogamer Weise immer nur in einem Beruf und bei einer Arbeitsstelle tätig sein. Menschen werden zukünftig mal selbständige Mikrounternehmer, dann Mitglied eines autonomen Projektkonsortiums, später Werkvertragsnehmer, dann wieder für einige Jahre abhängig Beschäftigte sein. Dazwischen wird es unterschiedlich lange Phasen der Familien- und Eigenzeiten und vor allen Dingen Bildungszeiten geben. Sie werden für verschiedene Auftraggeber, zu denen nicht nur Unternehmen zählen, arbeiten – letztlich jedoch immer für sich selbst und ihre individuellen Lebensgemeinschaften. Somit ist die Leitfigur eines Berufes (oder die Idee der Abfolge mehrerer Berufe) kaum mehr zukunftsfähig. Menschen werden vielmehr in ihrem Leben die unterschiedlichsten Qualifikationen ansammeln, in verschiedener Weise kombinieren und Unwichtiges entlernen – um schließlich Neues zu erlernen. Diese Fähigkeiten sind das Kapital der Menschen, und sie werden es wie in einem virtuellen Wissensdepot im Hinblick auf die eigenen Lebensziele ordnen, umsichten und optimieren – und dabei die Marktsituation im Auge behalten.

Notwendig dazu ist ein verantwortliches Gestaltungshandeln, das sich erst in langen gesellschaftlichen Lernprozessen entwickeln wird. Einige innovative Unternehmen beginnen bereits jetzt damit: Sie bieten ihren Mitarbeitern vielfältige Gelegenheiten, Erfahrungen in unterschiedlichen Arbeitswelten – auch ausserhalb des eigenen Betriebs – zu sammeln und somit die wichtigen sozialen Kompetenzen zu erwerben.

2 Diskussionen um die Zukunft der Arbeit müssen den Non-Profit-Sektor berücksichtigen

Prognosen über die Entwicklung von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt versprechen auch für die Zukunft keine Entspannung: Auch wenn die Erwerbsbevölkerung aus demographischen Gründen abnehmen sollte, wird es (je nach Szenario) auch in den nächsten Jahrzehnten eine Unterbeschäftigung bzw. eine Arbeitslosenquote zwischen 4,0 Prozent und 12,6 Prozent im Jahr geben (Deutscher Bundestag 1998). In vielen wirtschafts- und sozialpolitischen Debatten wird bezweifelt, ob es der Arbeitsgesellschaft heutiger Prägung nochmals gelingt, die durchaus vorhandene gesellschaftliche Arbeit in Erwerbsarbeit zu transformieren. Hier setzen seit Mitte der 90er Jahre Diskussionen ein, die von andauernden Ungleichgewichten in der Erwerbsgesellschaft ausgehen. Vor diesem Hintergrund ist eine der zentralen Überlegungen, dass die vorherrschende Organisation gesellschaftlicher Arbeit dysfunktional geworden sein könnte und dass schon längst ein Paradigmenwechsel von der regulierten Arbeitsgesellschaft (in Form der Erwerbsgesellschaft) zu einer gestalteten Arbeitsgesellschaft stattgefunden habe (Mutz 1999a).

Es ist deshalb wichtig, die erwerbsarbeitszentrierten Ansätze zu überwinden. Noch bleiben allzu viele Debatten um die ‚Zukunft der Arbeit‘ den traditionellen Sichtweisen verhaftet. Man glaubt, die ‚Krise der Arbeitsgesellschaft‘ auf ‚konventionelle‘ Weise überwinden zu können (Berthold/ Schmid 1997). Aus diesen Perspektiven bleiben Markt (Erster Sektor) und Staat (Zweiter Sektor) die zentralen Bezugsgrößen, Potentiale jenseits dieser beiden Bereiche bleiben ausgeblendet (siehe z.B. die Kritik von Priller et al. 1999).

Dabei gibt es (insbesondere in Deutschland) seit den 90er Jahren vielfältige Debatten um die unterschiedlichen Facetten von *Arbeit* und eine Neubegründung bzw. – definition des Arbeitsbegriffs. So wird (wieder) das Konzept der Tätigkeitsgesellschaft (Arendt 1992) diskutiert, das traditionelle Ehrenamt modernisiert sich (Jakob 1993) und verspricht in Form der Bürgerarbeit (Beck 1997) oder des Bürgerschaftlichen Engagements (Mutz 1998) neue Akzente zu setzen, Eigenarbeit (Kühnlein 1997) erfährt als nicht-fremdbestimmte Tätigkeit eine Aufwertung, ein Mehrschichtenmodell (Club of Rome 1998), das Erwerbsarbeit und andere Arbeitsformen integriert, wird zur Lösung von Beschäftigungsproblemen entworfen, oder es werden philosophisch inspirierte Leitideen einer ‚Neuen Arbeit‘ (‚New Work‘) (Bergmann 1997) formuliert. Insgesamt zielen diese Überlegungen auf eine gesellschaftliche Neu- und Aufwertung von Tätigkeitsfeldern jenseits der Erwerbsarbeit, also von Bereichen, die weder eindeutig dem Markt noch dem Staat zuzuordnen sind (Mutz/Kühnlein 2000; Mutz 1999b). In diesem so genannten Dritten Sektor bzw. Non-Profit- oder Non-for-Profit-Sektor werden bislang unentdeckte Potentiale vermutet (siehe die Beiträge in Kistler et al. 1999).

3 Corporate Social Responsibility will Synergieeffekte nutzen

In den vergangenen 10-15 Jahren haben sich im Ersten Sektor – zuerst in den USA und in Kanada, später auch in einigen Ländern Europas – in beachtlichem Umfang innovative Unternehmenskonzepte durchgesetzt, die Synergieeffekte zwischen dem Ersten und Dritten Sektor nutzen wollen. Die entsprechenden Stichworte lauten *Corporate Social Responsibility*, *Corporate Volunteering* und *Corporate Citizenship*. Dabei geht es nicht nur um eine einseitige Unterstützung bzw. Alimentierung des Non-Profit-Bereichs durch Überschüsse,

die im Ersten Sektor erwirtschaftet werden (z.B. durch Spenden). In erster Linie sollen vielmehr die Denk- und Arbeitsweisen in den Tätigkeitsfeldern des Non-Profit-Bereichs sowie deren spezifisches Qualifikations- und Gestaltungspotential für die Arbeitsfelder des Ersten Sektors nutzbar gemacht werden (Janning/Bartjes 1999; Notz 1999; Westebbe/Logan 1995). Innovative Projekte dieser Art wollen die bislang strikte Trennung zwischen dem Ersten und Dritten Sektor – praktisch – aufbrechen und zeigen, dass die durchaus konträren Unternehmensziele, Wirtschaftsweisen und Organisationsstrukturen dieser beiden Sektoren positiv aufeinander bezogen werden können und in einem fruchtbaren Ergänzungsverhältnis zueinander stehen (Doll 1992).

Beim *Corporate Volunteering* geht es um den Austausch zwischen dem Ersten und Dritten Sektor – es entspricht in etwa dem deutschen Ehrenamt in einer modernen Variante: Das Unternehmen engagiert sich selbst im Dritten Sektor und/oder es unterstützt seine Mitarbeiter beim freiwilligen Engagement. Soziale, kulturelle oder ökologische Ziele werden Bestandteil einer neuen Unternehmenskultur. *Corporate Citizenship* ist umfassender als *Corporate Volunteering*, denn hierbei geht es um die Verantwortung für das Gemeinwesen, in der das Unternehmen tätig ist. Auch hierbei findet ein Austausch zwischen dem Ersten und Dritten Sektor statt, aber zusätzlich bringen beide Gruppen ihre Aktivitäten in die kommunale Planung und Gestaltung des Gemeinwesens (in den Zweiten Sektor) mit ein. Die Verantwortung für eine aktive Bürgerschaft geht in die neue Unternehmenskultur ein. *Corporate Social Responsibility* kann als ein Oberbegriff bezeichnet werden, der beide Formen oder Elemente aus den beiden Bereichen umfasst.

Das Zusammenwirken des Ersten und Dritten Sektors ist sehr fruchtbar. Dies kann durch die

Erfahrungen in den USA und Kanada bereits empirisch belegt werden: Soziale und kommunikative Kompetenzen, Teamfähigkeit, selbständiges und verantwortungsvolles Handeln, Perspektivenverschränkung und Kreativität (das so genannte Humankapital) können entstehen und im Ersten Sektor nutzbar gemacht werden, wenn Mitarbeiter offen sind für die Arbeitswelt im Dritten Sektor (und sich für eine begrenzte² Zeit in diese Bereiche begeben und dort tätig sind). Erfahrungen des Dritten Sektors dienen der Bildung, Erweiterung und Verstetigung von Humankapital (Hauser 1998; Spindler 1996; Wickel 1998). Die persönliche Auseinandersetzung mit sozialen, kulturellen und ökologischen Spannungsfeldern erhöht auf Seiten des Ersten Sektors das Verständnis für die ‚Welt draußen‘, also für Handlungsfelder außerhalb des eigenen betrieblichen Zusammenhangs. Gesellschaftliche Problemlagen sowie andere Organisations- und Arbeitsprinzipien können in das Blickfeld des unternehmerischen Handelns gelangen, wenn Mitarbeiter des Ersten Sektors in Handlungsfeldern des Dritten Sektors involviert sind (Heinze/Keupp 1997; Simonis 1998).

Darüber hinaus zeigen eigene Studien deutlich, dass Relevanzen und Sichtweisen betriebswirtschaftlichen Handelns des Ersten Sektors Impulse geben können für die Arbeitsweise im Dritten Sektor (Mutz/Korfmacher 2000). Den sozialen, kulturellen und ökologischen Einrichtungen (oder Initiativen) stehen zeitweise fachkompetente Mitarbeiter (aus einer anderen Lebenswelt) zur Verfügung. Sie können von den privatwirtschaftlichen Kompetenzen, die Mitarbeiter aus Unternehmen einbringen, profitieren, und sie gewinnen durch die Begegnung mit anderen Sichtweisen und Perspektiven zahlreiche ungewohnte Erfahrungen, die für die eigene Arbeit fruchtbar sein können. Neben diesen eher ökonomisch geprägten Impulsen kann erwartet werden, dass sich auch andere

Personen des Unternehmens für ein Engagement in dieser oder anderen Einrichtungen entscheiden. Mitarbeiter von Unternehmen, die sich an einem Programm des unternehmerischen Bürgerschaftlichen Engagements beteiligen, können als Multiplikatoren wirken, wenn sie im Betrieb und an ihrem Arbeitsplatz von den Erfahrungen in den Einrichtungen berichten. So könnten sie Kollegen auf die Bedeutung dieser Tätigkeitsfelder aufmerksam machen, dadurch Berührungspunkte abbauen und neue Denkprozesse anregen.

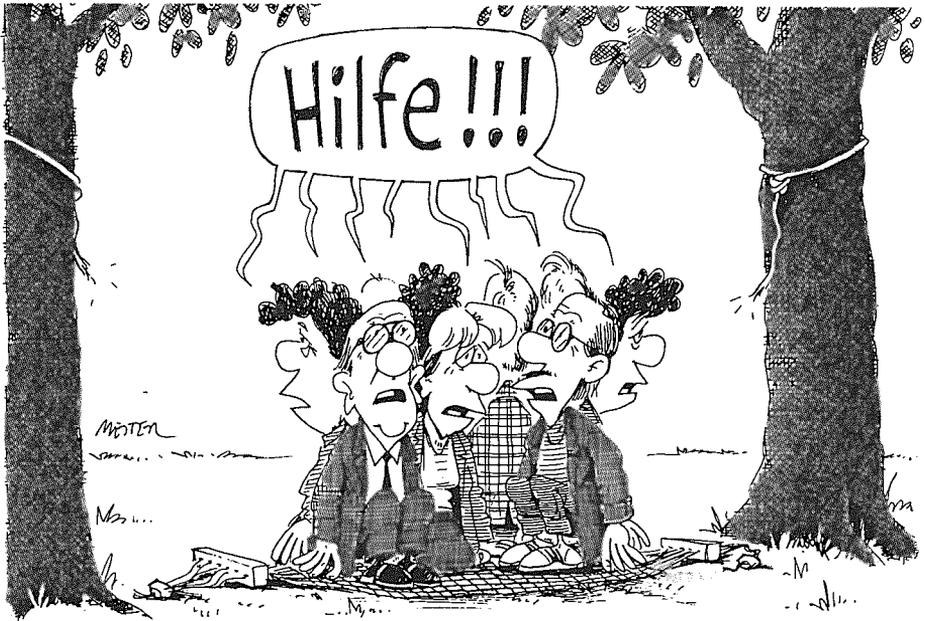
All diese möglichen Effekte des Zusammenwirkens des Ersten und Dritten Sektors bilden eine wichtige Grundlage für die Entwicklung von sozialem Kapital in der Gesellschaft. Es können neue soziale Netzwerke entstehen, die die Leistungsfähigkeit und Lebensqualität im Gemeinwesen einer Kommune erhöhen. Und es können jene Aufgaben bewältigt werden, die durch die zukünftigen Entwicklungen im Bereich der Unternehmensführung und der Beschäftigung erforderlich werden. Vor dem Hintergrund eigener Forschungsaufenthalte in den USA (Mutz/Kühnlein 1999; 2000) und der Begleitforschung des Pilotprojekts ‚Switch‘ im Rahmen des Münchner Modells in Deutschland (Mutz/Korfmacher 2000) können wir als Hypothese formulieren: Unternehmen und Mitarbeiter des Ersten Sektors ‚brauchen‘ die Erfahrungen des Dritten Sektors und deren Sozio-Logik, um eine innovative Unternehmenskultur und neue Formen des Corporate Identity zu entwickeln – der Dritte Sektor ‚braucht‘ die Kapital-Logik des Ersten Sektors, um betriebswirtschaftlich effizient zu handeln und gemeinwirtschaftliche Ziele erfolgreich anzugehen. *Beide* haben eine wechselseitige *volkswirtschaftliche* Bedeutung als Produktivfaktor gesellschaftlicher Entwicklung.

Der Erste und der Dritte Sektor sind – in Bezug auf ihre Zielsetzung, ihre Unternehmens-

und Arbeitsorganisation und die konkrete Arbeitsplatzgestaltung – keine naturwüchsigen Partner. Sie finden sich nicht von alleine. Ein Zusammenwirken ergibt sich nur dann, wenn ein gemeinsames Interesse berührt wird und wenn es Institutionen gibt, die diese auf den ersten Blick unterschiedlichen Interessenslagen aufeinander beziehen können. Der dafür erforderliche Vermittlungsprozess zwischen beiden Sektoren wird in den USA häufig von unabhängigen privaten Agenturen übernommen, die die ‚Pflege‘ der Beziehung übernehmen und die Kooperation begleiten (z.B. ‚New York Cares‘).

In den vergangenen Jahren sind im Ersten Sektor weltumspannende Netzwerke von Unternehmen entstanden (bspw. das ‚Social Venture Network‘), die den Kontakt zum Dritten Sektor systematisch aufbauen. Zwischen diesen

Unternehmen gibt es einen intensiven Austausch und einen Wettbewerb um die fruchtbarsten Konzepte und erfolgreichsten Synergien. Auch in Deutschland sind seit wenigen Jahren erste Versuche zu beobachten, verschiedene Varianten eines unternehmerischen Bürgerschaftlichen Engagements zu implementieren (z.B. das genannte Münchner Modell). Einige deutsche Unternehmen bemühen sich darum, innovative Arbeits- und Unternehmenskonzepte dadurch zu entwickeln, dass sie einen engen Kontakt zum Dritten Sektor herstellen. Dies kann auf vielfältige Art geschehen: Die aktuell populärste ist, Firmenmitarbeiter für eine begrenzte Zeit gleichsam als Bildungsmaßnahme und Anstoß zu Bürgerschaftlichem Engagement in den Dritten Sektor zu ‚schicken‘, um dann von deren Erfahrungen aus einem ‚Gestalt-Switch‘ zu profitieren (vgl. das Münchner Pilotprojekt ‚Switch‘).



Unruhe im sozialen Netz

Einige Freiwilligen-Agenturen in Deutschland versuchen, den Kontakt zwischen dem Ersten und Dritten Sektor herzustellen und entsprechende Kooperationen zu organisieren. Sie arbeiten vergleichbar zu den Agenturen in den USA – allerdings meist in öffentlicher Regie, so dass sich hier eine weitere Verknüpfung zum Zweiten Sektor ergibt. (siehe die verschiedenen Artikel in Stiftung Mitarbeit et al. 1997). Ihnen ist es jedoch bislang noch nicht gelungen, ein nachhaltiges unternehmerisches Bürgerschaftliches Engagement zu initiieren und auf die Unternehmenskultur einzuwirken – die wechselseitigen Vorbehalte zwischen Unternehmen und Freiwilligen-Agenturen sind noch zu groß.

4 Formen des unternehmerischen Bürgerschaftlichen Engagements

In den USA und Kanada hat das Bürgerschaftliche Engagement von Unternehmen und seinen Mitarbeitern eine lange Tradition. Aus diesem Grunde haben sich sehr unterschiedliche Formen des freiwilligen Engagements entwickelt, die je nach Firmenphilosophie, Region, Tätigkeitsfeldern usw. variieren. Da sich sowohl die Unternehmens- als auch die Gemeinwesenskultur in den USA und Kanada von der Situation in Deutschland unterscheiden, seien hier nur einige Formen exemplarisch genannt (Mutz/Kühnlein 1999):

Unterstützung des Spendenverhaltens und des Engagements der Mitarbeiter durch das Unternehmen (z.B. Chase Manhattan Bank)

- Bei Vorlage einer Spendenquittung wird jede Spende eines Mitarbeiters für eine gemeinnützige Einrichtung oder Initiative seitens des Unternehmens verdoppelt. Es überweist einen Betrag in gleicher Höhe – ohne Auflagen – an die gleiche Institution.

- Wenn sich ein Team von mindestens drei Mitarbeitern bildet, um sich für eine begrenzte Zeit außerhalb der Erwerbsarbeit zu engagieren, so kann die betreffende Einrichtung oder Initiative für ihren Aufgabenbereich vom Unternehmen bis zu 1000 US-Dollar erhalten.

Individuelles projektbezogenes Engagement (z.B. organisiert von ‚New York Cares‘):

- An bestimmten Projekttagen (‚Days of Service‘) im Jahr werden von einzelnen Teams oder der gesamten Belegschaft einer Firma – einmalig – konkrete Projekte durchgeführt (Renovierung von Schulen, Bau von Kindergarteneinrichtungen, Mitarbeit in sozialen, kulturellen und ökologischen Einrichtungen oder Initiativen). Die Firmen übernehmen die Materialkosten und/oder die Verpflegung, oder sie unterstützen die Organisation und Logistik; in wenigen Fällen wird dieser Tag als Arbeitstag anerkannt (z.B. auch als Alternative zum herkömmlichen Betriebsausflug).
- Mitarbeiter übernehmen die Mentorenschaft für begabte, aber finanziell schlecht gestellte Jugendliche, die von ihrer Firma ein Stipendium erhalten (das Unternehmen finanziert das Stipendium und das Mentoring).
- Teams einer Firma suchen sich ein konkretes Projekt (z.B. Organisation eines Workshops, besondere Veranstaltung in einem Kinderheim), um sich als Gruppe in einer anderen Umgebung und in anderen Rollen neu zu erleben.

Freiwilliges Engagement im Rahmen der Weiterbildung und Anstoß zu Bürgerschaftlichem Engagement:

- Das Schweizer Projekt ‚SeitenWechsel‘ vermittelt Managern ausgewählter Unterneh-

men zum Erwerb sozialer Kompetenzen eine mehrtägige Mitarbeit in sozialen Einrichtungen (Hauser 1998).

- Im Rahmen des ‚Münchner Modells‘ (Mutz 1998) bietet das Projekt ‚Switch‘ Mitarbeitern des Siemens-Unternehmens eine einwöchige Mitarbeit in sozialen Einrichtungen an. Die Vor- und Nachbereitung sowie die Qualitätssicherung wird von der Stadt München übernommen. Siemens will damit die sozialen Kompetenzen ausbauen und die Mitarbeiter zu Bürgerschaftlichem Engagement anregen (Mutz/Korfmacher 2000).

5 Leitlinien des unternehmerischen Bürgerschaftlichen Engagements

In Deutschland entwickeln sich Formen des *Corporate Social Responsibility* nur zögerlich (weitere konkrete Beispiele siehe Halley 1999 sowie Janning/Bartjes 1999). Erfreulicherweise gab es jedoch in den vergangenen Jahren eine Reihe von öffentlichen Symposien, Tagungen und Workshops zu diesem Themenfeld, und es hat den Anschein, dass die Resonanz wächst. Auch die Freiwilligen-Agenturen entwickeln sich sehr positiv, auch wenn deren Unternehmenskontakte noch eher spärlich sind. Hier ist die Situation und der Entwicklungsstand vor Ort und je nach Bundesland sehr unterschiedlich. Insgesamt ist abzusehen, dass nicht nur Bürgerschaftliches Engagement allgemein, sondern insbesondere in der unternehmensgestützten Form zu einem öffentlichen Thema wird, das die Debatten um die Zukunft der Arbeit und des Sozialstaats prägen wird. Wir sehen auch die Gefahr, dass viele Unternehmen, Einrichtungen, Initiativen und Kommunen in unreflektierter Weise und übereilt auf dieses Thema ‚aufspringen‘, weil es öffentliches Ansehen verspricht. Insofern sollte man sich über Leitlinien Gedanken ma-

chen, die das Verhältnis zwischen dem Ersten und Dritten Sektor (sowie in manchen Fällen zum Zweiten Sektor) bestimmen. Vor dem Hintergrund unserer Erfahrungen in den USA, Kanada und einigen Ländern Europas sind im folgenden Leitideen formuliert, die das Selbstverständnis des unternehmerischen Bürgerschaftlichen Engagements prägen sollten (Mutz/Kühnlein 1999).

Eignung und Freiwilligkeit der Teilnahme: Unternehmerisches Bürgerschaftliches Engagement ist keine ‚Maßnahme‘, die für jede Firma und jeden Mitarbeiter sowie jede Einrichtung oder Initiative geeignet ist. Die Bereitschaft zur Perspektivenverschränkung und die Offenheit, sich auf neue und ungewohnte Situationen einzustellen, sind zentrale Voraussetzungen für ein Gelingen dieser neuartigen Kooperation. Hinter *Corporate Social Responsibility* verbirgt sich eine grundsätzliche ‚Haltung‘ des Unternehmens, eine neue Unternehmenskultur zu entwickeln, die über den unmittelbaren wirtschaftlichen Einflussbereich hinaus wirksam ist. Es versteht sich von selbst, dass weder Firmenangehörige noch soziale Einrichtungen oder Initiativen zu einem Corporate Volunteering gezwungen werden.

Gleichberechtigung aller beteiligten Partner: Die beteiligten Institutionen und deren Mitarbeiter müssen einander achten. Überlegenheitsgehab oder Besserwisserei sind bei diesen Kooperationen fehl am Platze. So müssen alle Beteiligten beispielsweise das Firmenengagement und das Bemühen ernst nehmen, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Unternehmerisches Bürgerschaftliches Engagement ist keine verdeckte Form der Finanzierung des Sozialbereichs. Es ist ebenso notwendig, dass die sozialen, kulturellen und ökologischen Tätigkeiten anerkannt werden. So ist bspw. die Leistung von Vereinen und ihren

Mitarbeitern für unsere demokratische Infrastruktur enorm, und sie soll durch die Arbeit der Unternehmen und deren Mitarbeiter unterstützt werden. Beim unternehmerischen Bürgerschaftlichen Engagement begegnen sich Menschen aus unterschiedlichen Arbeitswelten, die bereit sind, für eine begrenzte Zeit den Blickwinkel zu wechseln und neue Erfahrungen zuzulassen. Dies gilt für *alle* Beteiligten und alle sollten einen Nutzen aus dem Corporate Volunteering und Corporate Citizenship ziehen können.

Organisation des unternehmerischen Bürgerschaftlichen Engagements durch eine unabhängige Stelle: Die Organisation des unternehmerischen Bürgerschaftlichen Engagements ist eine umfangreiche Tätigkeit. Typischerweise tritt ein Unternehmen, das sich selbst bürgerschaftlich engagieren oder seine Mitarbeiter zum Engagement anregen will, an eine Agentur heran, und formuliert das Interesse für ein Projekt aus dem Bereich des Corporate Volunteering oder ein Programm des Corporate Citizenship. Dieses Beratungsbüro erarbeitet nach Maßgabe der unternehmerischen Zielvorstellungen konkrete Vorschläge für einmalige oder mehrere Aktivitäten. Je nach Aufgabenstellung wird dieses Maßnahmenbündel in die bestehende Unternehmenskultur eingefügt. Es werden erste Kontakte zu den (sozialen, kulturellen oder ökologischen) Einrichtungen oder Initiativen aufgenommen (oder es wird auf bestehende Kooperationen zurückgegriffen). Unterschiedliche Projektdesigns werden dem Unternehmen unterbreitet, das daraus eine Auswahl trifft (oder es wird an einem Design gemeinsam weitergearbeitet). Erst dann wird das Projekt im Detail umfassend geplant (Welche Aktivität? Welche Voraussetzungen müssen gegeben sein? Welches sind die Partner des Dritten Sektors? Wo treffen sich die Ziele? Welche Absprachen sind zwischen den Part-

nern notwendig? Gruppengröße, Zeitrahmen, Arbeitsmittel, Transportmittel? etc.) und praktisch vorbereitet (Welche Erwartungen haben die Teilnehmer? Welche Informationen brauchen sie? etc.). Sofern gewünscht kann das jeweilige Projekt auch durch das Beratungsbüro begleitet (z.B. als Ansprechpartner bei Konflikten oder Schwierigkeiten, Supervision) und evaluiert werden (Was hat uns das Projekt gebracht?).

Die bisherigen Erfahrungen in den USA, Kanada und Europa haben gezeigt, dass sich für dieses komplexe und verantwortungsvolle Aufgabenfeld in erster Linie Organisationen eignen, die herausragende Kontakte zum Ersten und Dritten Sektor (sowie gegebenenfalls zum Zweiten Sektor) haben und in der Lage sind, die unterschiedlichen Interessen aufeinander abzustimmen. Die Agenturen/Beratungs- und Vermittlungsbüros sollten weder von den Entscheidungsträgern des Ersten noch des Dritten Sektors abhängig oder weisungsgebunden (oder zuschussgebunden) sein. Es hat sich herausgestellt, dass unabhängige kommerzielle Agenturen, wie beispielsweise ‚New York Cares‘ (Kathleen Behrends) in den USA oder ‚Community Partnership‘ (Henk Kinds) in den Niederlanden, diese Tätigkeiten am besten durchführen können, weil über deren Qualität allein der Markt entscheidet. Qualität wird letztendlich das zentrale Kriterium sein, das in Deutschland über Erfolg oder Misserfolg des Konzepts *Corporate Social Responsibility* bestimmen wird.

Gerd Mutz ist Leiter des Munich Institute for Social Research (MISS) in München.

Anmerkungen

¹ Überarbeitete Fassung eines Beitrags zur Diskussion in der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen

Bundestages (Gerd Mutz, Irene Kühnlein, Cedric Janowicz, Carmen Klement: „Innovative Unternehmenskultur: Corporate Social Responsibility. Synergieeffekte zwischen Erstem und Drittem Sektor“).² Die genannten Synergieeffekte, die nachweisbar durch unternehmerisches Bürgerschaftliches Engagement entstehen, waren der Hintergrund für die Formulierung des Münchner Modells (siehe z.B. Mutz 1998; 1999b), das den Übergang zwischen Tätigkeitsbereichen jenseits der Erwerbsarbeit entwickelt. Dazu wurden ein Konzept unternehmensgestützten Bürgerschaftlichen Engagements („Switch“) sowie ein Organisations- und Stiftungsmodell entwickelt. Das Projekt „Switch“ startete in einer Kooperation zwischen dem Siemens-Unternehmen und der Stadt München in einer Pilotphase Ende 1999 mit einer Begleitforschung durch das Munich Institute for Social Science (MISS). Der Endbericht war bei Redaktionsschluss noch nicht der Öffentlichkeit zugänglich; die empirischen Erfahrungen aus dem Pilotprojekt sind teilweise in diesen Beitrag eingeflossen (Mutz/Korfmacher 2000).

Literatur

- Arendt, Hannah* 1992: *Vita activa oder Vom tätigen Leben*. München.
- Beck, Ulrich* 1997: *Bürgerarbeit*. Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen: *Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland*. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen. Teil III – Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungslage. Bonn.
- Bergmann, Frithjoff* 1997: *Die Neue Arbeit*: Skizze mit Vorschlag. In: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 48, 524-534.
- Berthold, Norbert/Schmid, Cornelia* 1997: *Krise der Arbeitsgesellschaft und Privatisierung der Sozialpolitik*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 48-49/97, 3-11.
- Bonß, Wolfgang* 1998: *Arbeitsmarktbezogene Zukunftsszenarien*. In: *Kommission: Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland*. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen, Anlageband 3: *Zukunft der Arbeit sowie Entkopplung von Erwerbsarbeit und sozialer Sicherung*. Bonn, 49-106.
- Club of Rome* 1998: *Wie wir arbeiten werden*. Der neue Bericht an den Club of Rome. Hrsg. von Giarini, O./Liedtke, M.P., Hamburg.
- Deutscher Bundestag* (Hg.) 1998: *Demographischer Wandel: Zweiter Zwischenbericht der Enquete-Kommission ‚Demographischer Wandel‘ - Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den einzelnen und die Politik*. Bonn.
- Doll, Christine* 1992: *Freiwilligenarbeit als Lernfeld*. In: *Schweizer Gemeinnützige Gesellschaft* (Hg.). Zürich.
- Glßmann, Wilfried* 1999: *Betriebliche Interessenvertretung und Neue Selbstständigkeit in der Arbeit*. In: *Jahrbuch Arbeit und Technik 1999/2000*. Bonn, 54-70.
- Halley, David* 1999: *Employee Community Involvement – Gemeinnütziges Arbeitnehmerengagement*. In: *Fundus – Netz für Bürgerengagement* (Hg.). Köln.
- Hauser, Lucie* 1998: *Das Projekt ‚SeitenWechsel‘*. In: *Civitas (Monatszeitschrift für Politik und Kultur)*, 7/8, 151-154.
- Heinze, Rolf G./Keupp, Heiner* 1997: *Gesellschaftliche Bedeutung von Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit*. Gutachten für die Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen. Bonn.
- Jakob, Gisela* 1993: *Zwischen Dienst und Selbstbezug*. Eine biographieanalytische Untersuchung ehrenamtlichen Engagements. Opladen.
- Janning, Heinz/Bartjes, Heinz* 1999: *Ehrenamt und Wirtschaft*. Internationale Beispiele bürgerschaftlichen Engagements in der Wirtschaft. Hrsg. von der Robert Bosch Stiftung. Stuttgart.
- Kistler, Ernst / Noll, Heinz-Herbert/ Priller, Eckhard* (Hg.) 1999: *Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts*. Berlin.
- Kühnlein, Irene* 1997: *Motivlagen, Sinnquellen und Identitätsrelevanz erwerbsarbeitsunabhängiger sozialer Tätigkeiten*. Erschienen als Teil der Expertise von Heinze, R.G./Keupp, H. 1997: *Gesellschaftliche Bedeutung von Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit*. In: *Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen: Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland – Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen*. Gutachten im Auftrag der Kommission für Zukunftsfragen. Anlageband 3. Bonn, 107-241.

- Mutz, Gerd* 1998. Von der Erwerbsgesellschaft zur Tätigkeitsgesellschaft. Das Münchner Modell. In: Walter Eichendorf (Hg.), we can work it out. Beiträge zur Zukunft der Arbeit. Wiesbaden, 87-98.
- Mutz, Gerd* 1999a: Die Organisation gesellschaftlicher Arbeit in der Neuen Arbeitsgesellschaft. In: Jahrbuch Arbeit und Technik 1999/2000. Bonn, 71-90.
- Mutz, Gerd* 1999b: Strukturen einer Neuen Arbeitsgesellschaft. Der Zwang zur Gestaltung der Zeit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 9/99, 3-11.
- Mutz, Gerd/Kühnlein, Irene* 1999: Forschungsaufenthalt USA. Interner Bericht der Münchner Projektgruppe für Sozialforschung e.V.
- Mutz, Gerd/Kühnlein, Irene* 2000: Erwerbsarbeit, Bürgerschaftliches Engagement und Eigenarbeit. Auf dem Weg in eine Neue Arbeitsgesellschaft. Erscheint in: Beck, U./Bonß, W. (Hg.), Dokumentation des Münchner Sonderforschungsbereichs 536 ‚Reflexive Modernisierung‘. Frankfurt/M.
- Mutz, Gerd/Korfmacher, Susanne* 2000: Das Pilotprojekt Switch: Voraussetzungen, Erfahrungen, Empfehlungen. Abschlußbericht. München.
- Notz, Gisela* 1999: Die neuen Freiwilligen. Das Ehrenamt – Eine Antwort auf die Krise? Neu-Ulm.
- Priller, Eckhard/ Zimmer, Annettel Anheier Helmut K.* 1999: Der Dritte Sektor in Deutschland. Entwicklungen, Potentiale, Erwartungen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 9/99, 12-21.
- Simonis, Heide* 1998: Leitbild Soziale Bürgerschaft. Die Entwicklung des Dritten Sektors als Aufgabe der Politik. In: Strachwitz, R. Graf (Hg.), Dritter Sektor – Dritte Kraft. Stuttgart.
- Spindler, Charlotte* 1996: Sozialkompetenz durch Gemüserüsten. In: Tages-Anzeiger vom 21.08.1996, 6.
- Stiftung MITARBEIT/Treffpunkt Hilfsbereitschaft Berlin/Freiwilligen-Agentur Bremen/Das Freiwilligen-Zentrum Dortmund* (Hg.) 1997: Solidarität inszenieren – Freiwilligen-Agenturen in der Praxis. Bonn.
- Westebbe, Achim/Logan, David* 1995: Corporate Citizenship. Unternehmen im gesellschaftlichen Dialog. Wiesbaden.
- Wickel, Horst Peter* 1998: Wenn Manager weinen. In: Süddeutsche Zeitung vom 21./22.11.1998, VI/1.

Soziale Bewegungen e.V.

Verein der Freunde und Förderer politikwissenschaftlicher Publizistik und demokratischer Partizipation e.V.

1995 wurde der Verein Soziale Bewegungen e.V. – Verein der Freunde und Förderer politikwissenschaftlicher Publizistik und demokratischer Partizipation gegründet. Die Gründungsmitglieder waren damals Herausgeber und Redakteure des Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen. Sie haben sich die Förderung politik- und sozialwissenschaftlicher Forschung und Publizistik im Bereich demokratischer Bürgerbeteiligung zum Ziel gesetzt.

Der Verein unterstützt: die Forschungsgruppe Neue Soziale Bewegungen als Herausgeber des Forschungsjournal, sozialwissenschaftliche Publikationen im oben genannten Themenspektrum, Veranstaltungen von wissenschaftlichen Tagungen, Seminaren oder Studienreisen.

Wir möchten Sie herzlich einladen, Mitglied in diesem Verein zu werden. Unterstützen Sie das ehrenamtliche Projekt Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen. Für einen Mitgliedsbeitrag von jährlich 120,- DM erhalten Sie gleichzeitig ein Jahresabonnement des Journals.

Auch Spenden helfen dem Journal, das über keine institutionelle Anbindung verfügt. Da der Verein seit 1998 als gemeinnützig anerkannt ist, können Sie Spenden und Mitgliedsbeiträge von der Steuer absetzen.

Kontakt: Ludger Klein, Im Erlengrund 1, 53757 St. Augustin, fon: 02241/330583, e-mail: lepus.lk@t-online.de

Spendenkonto: Soziale Bewegungen e.V., Konto-Nr.: 7514607; BLZ: 380 500 00 Sparkasse Bonn.

Henk Kinds

Allianzen zwischen Wirtschaftsunternehmen und dem gemeinnützigen Sektor

Als ich Mitte der 90er Jahre einen Artikel über neue Allianzen zwischen Wirtschaftsunternehmen und Organisationen aus dem gemeinnützigen Sektor – mit Beispielen aus England – veröffentlichen wollte, wählte ich folgende Überschrift: „Englische Unternehmer suchen Partner bei Freiwilligenorganisationen?“. Mein Redakteur änderte dies und sagte: „Das soll man doch wohl umdrehen? Die Organisation suchen Partner beim Unternehmen, oder?“. Letzteres ist ohne Zweifel richtig, doch beinahe ein ‚alter thematischer Hut‘. Neu ist, dass die Unternehmer ihre eigenen Gründe haben, Allianzen zu schaffen.

Ich bin davon überzeugt, dass Sozialpolitik neue und vielleicht unerwartete Möglichkeiten bekommen wird, wenn sie sich, erstens, für Initiativen der Bürger öffnet und, zweitens, neue Partnerschaften mit der Wirtschaft aufbaut und eingeht. In diesem Miteinander kann der 3. Sektor eine starke Tragfähigkeit bzw. größere Stabilität bekommen und ein größeres Innovationspotential für die Gesellschaft insgesamt darstellen. Dynamische Kooperationen zwischen dem 1.(Wirtschaft), 2. (Staat) und 3. Sektor (Non-Profit-Bereich) sind eine notwendige Antwort auf die wachsenden Probleme in der globalen Welt und bei uns vor Ort. In diesem Artikel konzentriere ich mich vor allem auf die Praxis von Unternehmen.

1 Fördert die globale Wirtschaft ‚bürgerschaftliche‘ Firmen?

Im Dezember 1999 skizzierte der ehemalige Generaldirektor der Brent Spar Epoq, Cor Herkströter, folgende drei Ausgangspunkte für verantwortliche Unternehmen: (1) wirtschaftlichen Ertrag, (2) gesellschaftliche Akzeptanz, (3) dauerhaftes, nachhaltiges Handeln (*sustainability*). Er sieht „diese drei Elemente als unlösbar miteinander verbunden innerhalb eines dreidimensionalen Wertebegriffs“ (Herkströter 1999).

Ich habe zahlreiche Interviews mit Firmen in den Niederlanden geführt. Man erfährt, wie die globale Welt sich vor allem ‚zu Hause auswirkt‘. Insbesondere dienstleistungsorientierte Firmen halten es für wichtig, ihren Mitarbeitern ein gutes soziales Umfeld anzubieten. Hier zu zählen nicht nur Wohnungen, sondern auch Vereine, in denen man vor Ort aktiv sein kann. Bis weilen treffen Firmen dazu Verabredungen mit Freiwilligenagenturen vor Ort:

- Nike macht das in ihrer europäischen Hauptgeschäftsstelle in Hilversum;
- KPMG hat eine interne Freiwilligendatenbank aufgebaut;
- IBM-Grossbritannien hat zur Vermittlung der Arbeitnehmer ein eigenes Software-Pro-

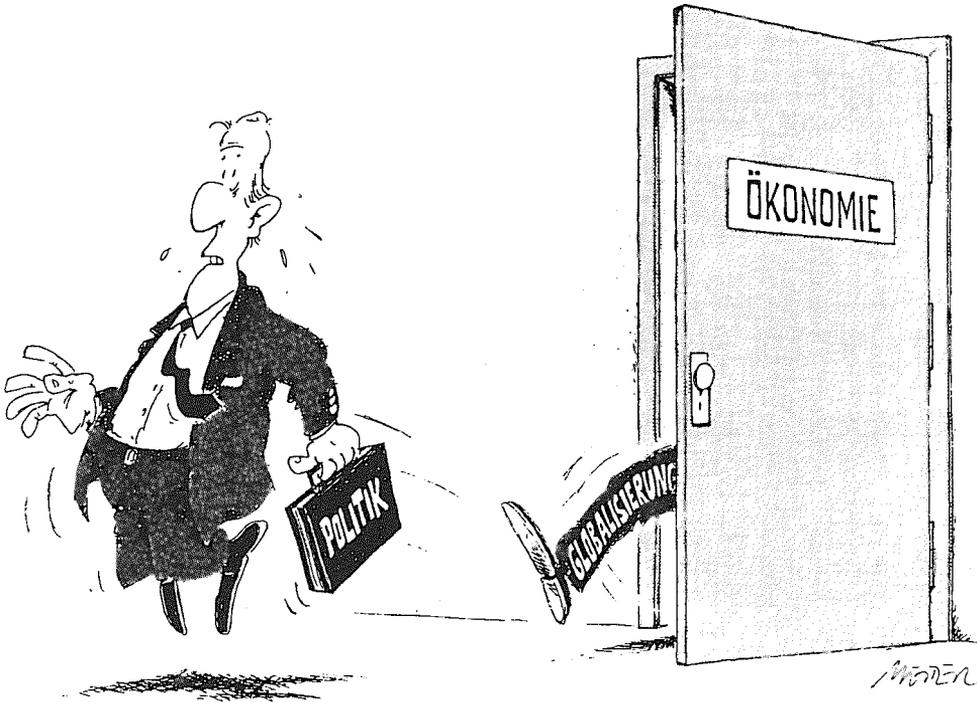
gramm entwickelt und kooperiert mit englischen Agenturen.

Vielfältiges Engagement kann das Soziale und das Wirtschaftliche, Gewinn- und Nicht-Gewinnorientierung („non-profit“) integrieren. Doch dazu braucht man innovative Modelle.

In Großbritannien, zum Beispiel, unterstützen Firmen junge Arbeitslose, Existenzgründer, Grundschulen etc. Der Hintergrund: In Großbritannien wurden bis zum Regierungswechsel zu Tony Blair keine öffentlichen Gelder für derartige Entwicklungsprogramme bereitgestellt. Inzwischen finden diese Unternehmensinitiativen finanzielle Unterstützung durch die Blair-Verwaltung. So sollen in diesem Jahr tausende von Führungskräften aus der Wirtschaft

tausenden von Schulleitern als ‚Partner in Leadership‘ behilflich sein; eine Art von Mentoring mit dem Ziel, gegenseitig voneinander zu lernen.

In den Niederlanden baue ich seit anderthalb Jahren mit einer Wirtschaftsstiftung die so genannte ‚Zeit+Bank‘ auf: Eine Methode und eine Datenbank, mit der Antragsstellern aus dem Sozialbereich geholfen werden soll, ihren Bedarf nicht nur über Geld, sondern auch über ‚Zeitqualitäten‘ und ‚Sachmittel‘ zu formulieren und nicht nur den eigenen Bedarf, sondern auch den eigenen Mehrwert zu sehen und zu verstehen. So kann z.B. eine nationale Zeitung für geistig Behinderte einer Werbeagentur Eingänge zu ihrem Netzwerk von Einrichtungen bieten und erhält dafür im Gegenzug eine Medienkampagne.¹



1.1 Deutschland

Konkrete Beispiele sozial verantwortlichen Handelns zeigen, dass der Begriff ‚Corporate Citizenship‘⁹² in Deutschland noch sehr diffus und vielfältig besetzt ist (Kinds/Schöffmann 1999). Es gibt jedoch keinen Grund zur Annahme, dass Deutschland ‚Entwicklungsland‘ auf diesem Gebiet ist. Drei Beispiele:

- (1) Die Lufthansa AG entsendet jene Mitarbeiterinnen, die während ihrer Schwangerschaft nicht fliegen dürfen, an die Familienservice GmbH. Ziel dieses ‚Secondments‘ ist es, unterstützende Maßnahmen für die Integration von Beruf und Familie zu schaffen.
- (2) Siemens-Nixdorf entwickelt unter dem Motto ‚Computer helfen heil‘ eine behindertengerechte Computer-Hard- und Software und stellt Behinderteneinrichtungen kostenlos PCs zur Verfügung.
- (3) Quelle hat ein Teilzeitarbeitsprogramm eingeführt. Dies soll dem einzelnen Arbeitnehmer ermöglichen, mehr Eigenverantwortung über seine Arbeitszeit auszuüben und zugleich 20 Prozent neue Arbeitsplätze schaffen.

Die Auflistung von weiteren deutschen Beispielen könnte zwar fortgeführt werden, doch: ein *generelles* Umdenken hat bisher (noch) nicht eingesetzt. „Deutsche Unternehmen verhalten sich sehr reserviert bis ablehnend zum Konzept des ‚corporate citizenship‘ (...). Für unsere bundesdeutsche Debatte müssten wir (...) einen Perspektivenwechsel (...) vornehmen“ (Janning/Bartjes 1999).

Eine Ursache für die schleppende Entwicklung kann sein, dass das gemeinnützige Handlungsfeld von Unternehmen in den letzten Jahrzehnten aufgrund der an den Sozialstaat adressierten Erwartungen, der Professionalisierung

der Sozialarbeit sowie der bestehenden Tätigkeiten engagierter und kritischer Bürger eingeschränkt worden ist.³ Dies gilt freilich für alle nordwesteuropäischen Länder. In Deutschland haben allerdings die wirtschaftlichen und sozialen Reformen später als z.B. in den Niederlanden eingesetzt; zudem haben deutsche Unternehmen ihre ‚Wohltätigkeit‘ gerne in Stiftungen untergebracht (z.B. Bosch und Bertelsmann). Das Problem dabei: Es kann sich *kein integriertes* wirtschaftliches und gemeinnütziges Handeln der Firmen entwickeln. Dabei zeigt eine aktuelle europäische Untersuchung, dass vor allem die deutsche Öffentlichkeit hierauf Wert legt. Ein Beispiel: 87 Prozent der Befragten vertraten die Auffassung, dass „wenn eine Firma Produkte in ihrem Land verkauft, dies dazu beitragen solle, soziale Probleme im Land zu lösen“ (Community Affairs Briefing 1999). Es gibt zudem bestimmte Signale, dass das gesellschaftliche Profil der Firmen auch bei Bewerbungen und allgemein für die Motivation der Arbeitnehmer eine Rolle spielt (Tuffrey 1995). Sprich: Mitarbeiter und ‚moderne‘ Kunden würdigen Firmen, die Sozialverantwortung übernehmen.

2 Partnerschaften

Obwohl die Interessen gegenseitig sein können, finden Firmen und gesellschaftliche Organisationen es schwierig, aufeinander zuzugehen und konkrete Zusammenarbeit umzusetzen. Es sind immer noch sehr unterschiedliche Welten und jeder sucht nach seiner neuen Rolle und dem eigenen Mehrwert in Kooperationen. Auch in den Verwaltungen findet nur sehr langsam ein Umdenken statt. Sie erwarten von den Firmen mehr Investitionen, z.B. in die Stadtentwicklung oder bei der Übernahme von Verantwortung für Beschäftigungsprogramme. Doch gibt es (noch) keinen Prozess der Mitbestimmung. Um diese Hindernisse abzubauen, sind in den letzten Jahren eine Reihe

von Vermittlungsstrukturen innerhalb und zwischen den Sektoren aufgebaut worden. Eine bemerkenswerte Entwicklung in dieser Hinsicht gibt es in den Niederlanden. Hier hat sich eine Gruppe von Firmen, OPS⁴, mit dem Ziel zusammengeschlossen, ein ‚richtiger‘ Partner der kommunalen Verwaltung zu werden. OPS will, dass die Politik Firmen bei städtischen Planungen (schneller) einbezieht. Dies soll den Firmen ermöglichen, sich mit eigenen Investitionen zu beteiligen und integrierte Maßnahmen zu treffen, etwa Werbung oder Schulung von Mitarbeitern aus den Stadtvierteln. In Enschede wurde 1999 dazu das erste Abkommen unterschrieben.

Kinds Community Partnership ist beim Aufbau der niederländischen Netzwerke und des europäischen Netzwerks ‚Cecile‘ beteiligt. Letzteres kümmert sich im besonderen um Arbeitnehmerengagement (‚employee community involvement‘)⁵. Die Netzwerke vermitteln und beraten Firmen, gemeinnützige Projekte und Verwaltungen. Wir beraten u.a. die niederländische und die dänische Regierung, um ein europäisches Netzwerk von Pionieren innerhalb der Regierungen aufzubauen.

In Dänemark sehen wir eindrucksvoll, wie die Dialogbereitschaft zwischen Sozialpartnern (Regierung, Arbeitgeber und Gewerkschaften) wächst: Aufgaben wie die Verbesserung der Gesundheit der Arbeitnehmer im Betrieb und in ihrem Umfeld oder die Verringerung der Arbeitslosigkeit in spezifischen Zielgruppen oder einzelnen Kommunen gehen die Partner gemeinsam an: ‚Wir wollen zusammen Eingliederung fördern. Das betrifft uns alle!‘ (‚Our common concern‘), lautet hier das Motto. Im Vorwort zur Studie ‚Partnership Alchemy‘ formuliert die Sozialministerin Karen Jespersen den gemeinsamen Bezugspunkt des Handelns wie folgt: „Der Mehrwert von Partnerschaften geht weiter als die konkreten Ziele und Ergeb-

nisse. Partnerschaften lehren uns, soziale Herausforderungen zu steuern (Übersetzung von: ‚to master‘, H.K.) – in Übereinstimmung mit der Wirklichkeit einer modernen Gesellschaft“.

3 Weiterentwicklung von Allianzen und ihre Perspektiven

Inzwischen gibt es zwar viele Ansätze für eine Allianzenbildung zwischen den drei Sektoren, insbesondere zwischen dem 1. und 3. Sektor, aber nur wenige Firmen, die einen Teil ihrer dauerhaften Geschäftspolitik auf Allianzen mit dem gemeinnützigen Sektor ausgerichtet haben. Ende der neunziger Jahre hat sich in Europa – vor allem in Großbritannien – ein Modell herausgebildet, das die Elemente für Qualitätsmanagement von Organisationen umschreibt. Ein wesentlicher Teil dieses Modells ist die Bedeutung von Firmen für die Gesellschaft.

Dies ist ein erster Schritt zu einer Anerkennung von ‚Corporate Citizenship‘ als Teil der Geschäftsführung. Einen zweiten Schritt hat der englische Arbeitgeberverband ‚Business in the Community‘ zusammen mit der British Telecom gemacht. Sie haben das ganze Qualitätsmodell auf das Thema ‚Corporate Community Investment‘ angewandt und danach ein Selbstevaluierungsmodell für Firmen konzipiert. In einem dritten Schritt sollen Elemente und Ergebnisse mit anderen Firmen (‚benchmarking‘) verglichen werden, um sie danach auch messen zu können. Dieser Schritt hat bereits eine Gruppe von achtzehn weltweit tätigen Firmen, die ihren europäischen Sitz in London haben, unternommen. Die so genannte ‚London Benchmarking Gruppe‘ (LBG), mit Firmen wie Diageo, American Express, IBM, Levi Strauss, British Telecom und Unilever, hat einen neuen Zugang von Unternehmen zum 3. Sektor eröffnet. Er liegt zwischen der Grundebene von geschäftlichem Handeln (‚business

basics⁴, d.h. Steuern bezahlen, Stellen schaffen, Gesetze befolgen) und der Philantropie (Spenden, Stiftungen). Das LBG-Modell fügt zwei weitere Ebenen hinzu: (1) die kommerzielle Initiative im Gemeinwesen, zumeist bezogen auf die profitorientierten Abteilungen (z.B. ‚cause related marketing‘); (2) die Investitionen im Gemeinwesen, meistens hergestellt durch langfristige Partnerschaften in spezifisch beschränkten Themen- und Politikbereichen.

Die Rollen und gegenseitigen Abhängigkeiten des 1. und 3. Sektors sind im Wandel begriffen. Dies bietet neue Chancen, soziale Entwicklung wesentlich und mit großen Ambitionen zu fördern. Ein solcher Prozess verlangt freilich neue, kritische Grundhaltungen und Einstellungen. Ich sehe diese Entwicklung als Ergebnis des Handelns emanzipierter Bürger – in ihrer Rolle als Kunde, Arbeitnehmer und (!) als Unternehmer.

Henk Kinds ist Geschäftsführer der internationalen Beratungsfirma ‚Community Partnership Consultants‘ in Amsterdam, Köln, London.

Anmerkungen

¹ Auch und vor allem britische Firmen haben gelernt, wie wichtig das ‚Zeitelement‘ sein kann. 1998 förderten die 100 grössten Firmen gemeinnützige Projekte bereits mehrheitlich mit Zeit (37 Prozent) statt mit Geld (28 Prozent) oder mit Sachmittel (28 Prozent).

² ‚Corporate Citizenship‘ umfasst die Verantwortung für das Gemeinwesen, in dem ein Unternehmen tätig ist. Es ist die Verantwortung für eine

aktive Bürgerschaft, die in eine neue Unternehmenskultur eingehen soll (vertiefende Ausführungen zu diesem Thema bietet der Beitrag von Gerd Mutz in diesem Heft).

³ In einer vergleichenden Analyse dreier Unternehmen aus Deutschland (Bayer) und den Niederlanden (Phillips und Hoogovens) Anfang der 90er Jahre konnte festgestellt werden, dass es diesen Unternehmen bis Mitte der achtziger Jahre nicht zugestanden wurde, soziale und gemeinnützige Aktivitäten auszuüben.

⁴ Die Gruppe nennt sich ‚Overlegplatform Stedelijke Vernieuwing – OPS‘. Partner sind u.a. Ahold, McDonalds, Rabobank.

⁵ Im Mai 2000 wird die erste Cecile Konferenz veranstaltet werden. Firmen werden dort ihre Gemeinwesenprogramme präsentieren. In Deutschland sind wir Partner in ‚Fundus – Netz für Bürgerengagement‘. Dahinter verbirgt sich bereits der Einbezug des Engagements von Betrieben im Gemeinwesen.

Literatur

Herkströter, Cor 1999: Interview mit der Zeitschrift ‚Samen‘ (Amsterdam), Heft 2.

Janning, Heinz/Bartjes, Heinz 1999: Ehrenamt und Wirtschaft. Internationale Beispiele bürgerschaftlichen Engagements der Wirtschaft. Hrsg. von der Robert Bosch Stiftung. Stuttgart.

Kinds, Henk/Schöffmann, Dieter 1999: ‚Best Practices on Corporate Social Responsibility‘, country profile Germany. In: ‚European Business Network for Social Cohesion‘, www.ebnsc.org.

Tuffrey, Michael 1995: Employee and the community: how succesful companies meet human resource needs through community involvement. London.

Adalbert Evers

Bürgerschaftliches Engagement

Thesen zur zukünftigen Arbeit der Enquete-Kommission¹

(1) Das Thema bürgerschaftliches Engagement hat bei uns in der Bundesrepublik – wie überall – eine eigene Geschichte; sie mit einzubeziehen und dabei insbesondere auch die Unterschiede zwischen ehemals zwei verschiedenen deutschen Staaten nicht zu vergessen, sollte selbstverständlich sein.

Viele heutige Debatten zum bürgerschaftlichen Engagement sind immobil, insofern sie nicht sehen, dass ihr Gegenstand auch schon einmal anders betrachtet wurde; dabei ist die heutige Diskussion mitgeprägt durch Debatten aus den letzten Jahrzehnten, in denen das Thema ‚bürgerschaftliches Engagement‘ andere und ähnliche Überschriften hatte: Bürgerinitiativen, Selbsthilfe, mehr Demokratie wagen, Basisdemokratie etc. Es sollte reflektiert und bewertend diskutiert werden, warum sich die Akzente so und nicht anders verschoben haben; was z.B. dafür und dagegen spricht, heute die Gemeinwohlorientierung von bürgerschaftlichem Engagement als viel wesentlicher anzusehen als zuvor.

Außerdem stellen sich in den neuen Bundesländern die Formen und Probleme von Engagement z.T. anders dar; man denke nur daran, dass eine Organisation wie die Volkssolidarität heute Zehntausende vergleichsweise aktiver Mitglieder aufweist, während der einzige Wohlfahrtsverband mit individuellen Mitgliedern im Westen, die Arbeiterwohlfahrt, eher darum bemüht ist, die Bedeutung von Mitgliedschaft so gering wie möglich zu halten. Aber auch umgekehrt: Offenbar ist es in weiten Landstrichen der neuen Bundesländer schwierig, ir-

gend jemanden zu finden, der sich in der lokalen Selbstverwaltung engagiert. Soweit zur Illustration von Besonderheiten in den neuen Bundesländern.

Fazit: Bei der Arbeit und dem Bericht der Kommission sollte darauf geachtet werden, dass die Verbindung der gerade angesprochenen Geschichte des Themas ‚bürgerschaftliches Engagement‘ mit seinen heutigen Ausprägungen nicht unbeachtet bleibt.

(2) Bürgerschaftliches Engagement als Thema der Enquete-Kommission ist ein weites Feld, bei dem es einerseits um die Zukunft der Mit-Arbeit von Bürgern in öffentlichen Einrichtungen und Institutionen geht, andererseits aber auch um Bürger-Initiative zum Finden neuer Antworten sowie zum Aufdecken von Blindstellen und Machtstrukturen. Gerade letzteres, bürgerschaftliches Engagement als gesellschaftspolitisches Engagement im weiteren Sinne, darf in der Kommission nicht in den Schattten von Bürger-Mit-Arbeit geraten.

Im heutigen Diskurs um bürgerschaftliches Engagement droht eine doppelte Verkürzung: Es werden (a) eher die Formen des Engagements beleuchtet, wo praktisch geholfen und kooperiert wird und dies (b) vor allem dort, wo der Rahmen der gegebenen Verhältnisse nicht in Frage gestellt wird und der Rückenwind einer von vornherein offensichtlichen Gemeinwohlorientierung weht (z.B. Hilfe für behinderte Menschen in Form von Spenden und praktischer Mitarbeit; freiwillige Mitar-

beit in einer städtischen Bibliothek). Vernachlässigt zu werden drohen dabei solche Formen des bürgerschaftlichen Engagements, die (a) etwas mit Fürsprache, Protest, Forderungen, Klagen oder auch Widerstand zu tun haben, wo also das Kooperieren, Herstellen etc. im Hintergrund steht (und der Begriff ‚Arbeit‘ überhaupt nicht greift); darüber hinaus drohen (b) Anliegen und Initiativen ins Abseits zu geraten, die nicht unmittelbar geltend machen können, dass sie am Status Quo des Gemeinwohls orientiert sind (z.B. Schwulengruppen, Bürgerinitiativen gegen ein Straßenprojekt – Initiativen, wo die Verbindung zwischen den Anliegen der Gruppen und dem jeweils vorherrschenden Gemeinwohlkonzept erst einmal ausgetritten werden muss).

Fazit: Die Kommission sollte sich mit ihrer Arbeit nicht eingrenzen lassen auf das engere Terrain der Bürgerstiftungen und Gemeinwohliskurse à la Bertelsmann; es geht nicht darum, sie abzuwerten, sondern sie werden dann problematisch, wenn sie – als eine Form bürgerschaftlichen Engagements neben anderen – bereits als das Ganze ausgegeben werden. Es wird darum gehen, unter bürgerschaftlichem Engagement auch auf die Probleme von Initiativen, Gruppen und Verbänden aufmerksam zu machen, die für mehr Aufmerksamkeit und Berücksichtigung ihrer Anliegen mit Zivilcourage und z.T. unkonventionellen Mitteln eintreten; hier geht es um Fragen der politischen Kultur und Konfliktkultur, um Freiheitsrechte, Beteiligungsrechte und -formen (nicht so sehr um materielle Unterstützung), um die Initiativen wie AIDS-Hilfen, Ökogruppen etc. – ein großes Spektrum von Handlungsformen eigener Art, wo Mut und Engagementbereitschaft gefragt, aber oft auch nicht gern gesehen werden.

(3) Bürgerschaftliches Engagement ist eine Wirklichkeitsdimension der Gesellschaft und der Demokratie, die sich nicht als Summe der

Verhaltensweisen Einzelner beschreiben und auch nicht in Form geleisteter Arbeitszeit errechnen lässt. Bürgerschaftliches Engagement kennt viele Formen und wird nicht nur von Einzelnen getragen – es lebt auch von der Art, wie sich Gruppen, Institutionen und Organisationen zueinander verhalten.

Vielorts wird der Diskurs zum bürgerschaftlichen Engagement so geführt, als sei dies gleichzusetzen mit beschreibbaren Tätigkeiten (noch enger: Arbeits-Leistungen) Einzelner, die man dann zu einer bestimmten Größe aufsummieren kann. Tatsächlich geht es aber um so verschiedene Elemente wie: Mitglied sein, spenden, stiften, beteiligt sein – speziell auch in Vertretungs- und Beteiligungsorganen aller Art (z.B. im gesellschaftspolitischen Bereich bis hin zu Bezirksvertretungen etc.). Außerdem geht es um ein beteiligungs(un)freundliches Verhalten von Organisationen und Institutionen – indem z.B. Verbände nicht nur als harte Lobbyisten auftreten, sondern einen zur Einmischung ermunternden dialogischen Politikstil verfolgen. Die üblichen von Ministerien in Auftrag gegebenen ‚Vermessungen‘ haben hier Blindstellen.

Aus diesem Zusammenhang ergibt sich auch etwas zum Thema Wohlfahrtsverbände und Ehrenamt. Ehrenamtliches Engagement bei wohlfahrtsverbandlich getragenen Einrichtungen ist damit einerseits lediglich ein Thema, eine Form bürgerschaftlichen Engagements unter anderen; und die dortigen Fragen und Spannungen, die von manchen auf das gesamte Feld von Engagement ausgedehnt werden, sind in Wahrheit dementsprechend begrenzte Themen – z.B. die Schwierigkeit, ‚alte‘ Vorstellungen von ehrenamtlichem Engagement zugunsten ‚neuer‘ aufzugeben (jüngere Vereine und Initiativen haben alte Formen des Engagements ohnehin nie gekannt, in anderen Bereichen geht es darum, sich dem Engage-

ment überhaupt (wieder) zu öffnen). Auf der anderen Seite ist das viel diskutierte Thema ‚Wohlfahrtsverbände und Ehrenamt‘ eines, wo wenigstens an einer Stelle anerkannt wird, dass das Verhalten von Verbänden und Organisationen, deren Routinen und Milieus, für Engagement mindestens so wichtig sind wie individuelle Motive. Allerdings sollten nicht nur Träger wie die Wohlfahrtsverbände, sondern auch öffentliche und staatliche Träger und Einrichtungen – Gemeinden, Schulen etc. – ebenso kritisch betrachtet werden (aber dazu mehr im letzten Punkt). Eine solche Blickrichtung hilft auch, das Thema der ‚civic infrastructure‘, wie man in den USA sagt, herauszuheben aus den üblichen Verengungen hierzulande, die darauf hinauslaufen, die ‚institutionelle Infrastruktur bürgerschaftlichen Engagements‘ zu verkürzen auf soziale Sicherungen, Freistellungsregeln u.ä.

Fazit: Aufmerksamkeit finden sollten die verschiedensten Formen von Engagement jenseits der Indifferenz – einerseits vielfältige Formen eines persönlichen Engagements im engeren Sinne, andererseits aber auch die Profile und Verhaltensweisen aller Einrichtungen, Organisationen und Verbände, die immer noch von Beteiligung leben und von deren Verhalten es mit abhängt, ob wir in der Bundesrepublik eine beteiligungsfreundliche Alltagskultur entwickeln und pflegen können.

(4) Die Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements und Konzepte zur Zukunft von Arbeit und Erwerbsgesellschaft sind zwei verschiedene Dinge, auch wenn sie miteinander zu tun haben.

In den landläufigen Diskussionen ist immer wieder zu beobachten, dass von Reformern und Wissenschaftlern das Thema der Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements gewissermaßen schleichend durch das Thema der Zukunft der Arbeit substituiert wird. Das führt zunächst dazu, dass gesellschaftspolitisches Engagement und

‚Zivilcourage‘ als eine wesentliche Dimension in eine Randstellung geraten (sie sind in keinem Arbeitsbegriff unterzubringen). Hannah Arendt hat hinreichend deutlich gemacht, dass Engagement im Gemeinwesen und Arbeit als materieller Lebenserhalt zweierlei sind. Und insofern Engagement an den öffentlichen Raum gebunden ist, ist auch ‚Arbeit‘ in der Familie Bezugspunkt, aber nicht Teil von bürgerschaftlichem Engagement. Sicherlich, manche Formen des Engagements sind auch eine Form der Tätigkeit, die durch bezahlte Arbeit substituiert werden könnte und umgekehrt; hier, bei (a) Fragen der Austauschbarkeit von ehrenamtlichen und erwerbsbezogenen Beiträgen zu Diensten und Einrichtungen gibt es Berührungspunkte. Außerdem gibt es sie dort, wo (b) Engagement von Betroffenen eng mit eigenen Berufs- und Karriereplanungen verknüpft wird und (c) schließlich im Zeichen der Arbeitslosigkeit vor allem dort, wo – wie in den neuen Bundesländern – Angebote zum Engagement ganz besonders von Arbeitslosen als ‚zweitbeste Lösung‘ ergriffen werden. Ansonsten ist gegenüber Schreibtischutopien der ‚sachgerechten‘ Neu-Aufteilung gesellschaftlicher Arbeit jedoch am besten von der Beobachtung auszugehen, dass Tätigsein in seinen verschiedenen Formen überwiegend ein kumulatives Phänomen ist: Verpflichtungen und Einbindungen verschiedener Art bekräftigen einander oft; beruflich engagierte Personen aus Familien mit der ‚objektiv‘ wenigsten Zeit sind in der Regel besonders engagiert.

Während also einerseits mit der Einführung des Begriffs der Arbeit ins Feld des Engagements vieles verloren geht, ist fraglich, was damit gewonnen wird: Eine erhöhte Bereitschaft (der Gesellschaft) zur Anerkennung und Gegenleistung für die nun als Arbeit anerkannte Tätigkeit – so die häufige Antwort. Stimmt das eigentlich? Und als Gegenfrage: Sind die Gegenleistungen und Anerkennungen, um die es hier geht und die von den Betroffenen gewünscht

werden, nicht oft ganz anderer Art als in der Erwerbsarbeit, so dass Vergleiche mit Gegenleistungsbeziehungen und Unterstützungsformen in der Erwerbsarbeit unter dem gemeinsamen Dach des Arbeitsbegriffs oft in die Irre führen?

Fazit: Die Thematisierung von Engagement als Arbeit birgt mindestens so viele Verluste und Gefahren in sich wie Potentiale. Es gibt verschiedene Vorstellungen über die Zukunft der Arbeit, speziell auch der Erwerbsarbeit. In der Kommission sollten Fragen der Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements mit diesem Thema verknüpft, aber nicht die Zukunft der Arbeit als weiterer Rahmen für die Zukunft des Engagements betrachtet werden.

(5) Dass man Personen, die sich engagieren wollen, dabei unterstützt, ist sicherlich wichtig, aber nicht der Kern der Sache, wenn es um öffentliche Politik zugunsten einer Zukunft für bürgerschaftliches Engagement geht. Viel wesentlicher ist, dass mit Blick auf die zentralen Institutionen der sozialen Demokratie und die Angebote des Sozialstaates Leitbilder erarbeitet werden, die dem bürgerschaftlichen Engagement tatsächlich einen klaren und festen Platz geben. Mit-Trägerschaft der Bürger in den wesentlichen Einrichtungen der Bildung, Kultur, Gesundheit und sozialen Versorgung – diese Art der Anerkennung von Engagement ist die eigentlich entscheidende.

Bislang kann man oft den Eindruck bekommen, als sei bürgerschaftliches Engagement eine Diskussion fürs freie Feld oder für Lücken. Ein freies Feld wird vorausgesetzt, wo man sich allein darauf konzentriert, wie Engagierte gewonnen werden können, darauf vertrauend, dass es ohnehin eine große Nachfrage nach ihnen gibt und dass es reicht, diese richtig zu bedienen (z.B. über Vermittlungsstellen). Auf Lücken wird verwiesen, wenn man (ähnlich wie bei Ulrich Becks' Konzept der ‚Bürgerarbeit‘) Engagierte da ein-

setzen will, wo es noch an sozialen Angeboten fehlt. Tatsächlich sind die Ergebnisse von Politiken, die sich vor allem auf Gewinnung und Vermittlung von Engagierten (z.B. über Vermittlungsstellen) konzentriert haben, u.a. dort interessant, wo man feststellen musste, dass in weiten Bereichen lokaler Organisationen kein Bedarf an Engagement angemeldet wird und man deshalb nur in Randbereichen Gelegenheiten anbieten konnte. Genau das Faktum eines weit verbreiteten Desinteresses an Engagement in weiten Bereichen der öffentlichen Institutionen, Einrichtungen und Angebote, die Tatsache, dass Engagement dort nie recht Fuß fassen konnte bzw. verloren gegangen ist, sollten politische Konzepte aber nicht hinnehmen, wenn sie tatsächlich bürgerschaftliches Engagement aufwerten und auch als Ressource für eine Erneuerung des Sozialstaats Ernst nehmen wollen.

Im Sozialstaat Bundesrepublik wird vieles mit sozialstaatlichen Angeboten, z.T. in freier Trägerschaft, ‚abgedeckt‘, deren Angemessenheit in Frage steht. Von Seiten aller Parteien wird heute betont, wie erneuerungsbedürftig diese Einrichtungen und Angebote sind und dass bürgerschaftliches Engagement in vielen verschiedenen Formen für diese Erneuerung eine Schlüsselgröße ist – beim Konzipieren und Betreiben. Bürgermitarbeit im Kulturbereich, mehr Verantwortung für Eltern und Kinder an Schulen, mehr Rechte für den aktiven Patienten und für Selbsthilfe im Gesundheitsbereich und soziale Dienste, die ihre Adressaten nicht nur als Kunden behandeln, sondern als Ko-Produzenten – hier gibt es Perspektiven für Engagement. Die vorherrschende Wirklichkeit steht aber dagegen. Zum einen scheinen weite Bereiche der Sozialstaatskultur geradezu stolz darauf zu sein, eine Art Professionalisierung durchlaufen zu haben, die die Bürger nur noch als Klienten und Kunden braucht (siehe z.B. den Gesundheitsbereich). Und die jeweiligen Modernisierungskonzepte sehen in Sachen En-

agement nur wenig Bewegung vor. In der Regel wird versucht, die traditionelle professionelle Versorgungsperspektive fortzuschreiben – wenn es geht staatlich finanziert, wenn nicht, dann eben im Rahmen von Privatisierungsstrategien (vgl. den Bereich Schule oder einen Bereich wie den der Hilfen und Dienste für Alte und pflegebedürftige Menschen). Gleichzeitig gibt es jedoch in all diesen Lebens- und Politikbereichen Bewegungen, die darauf hinauslaufen, dass Betroffene versuchen, sich mit Engagement einer Erneuerung zu widmen, bei der sie Mitverantwortung tragen, sei es um die jeweiligen Einrichtungen attraktiver zu machen, oder um sie zunächst überhaupt als öffentliche Angebote erhalten zu können – gegen Schliessung und Privatisierung.

In Zeiten knapper Kassen hat das natürlich einen Haken. Es kann weniger verteilt werden und Bürgerengagement erscheint damit auch der Politik und Verwaltung als eine Ressource, die man im Rahmen des Umgangs mit knapperen Mitteln zu instrumentalisieren können glaubt. Genau solche Absichten und Versuche werden nun aber (unabhängig von einer Klärung der Frage, wie realistisch sie sind) oft von Interessierten verschiedenster Couleur zu einem Argument der Modernisierungsverweigerung gemacht, nach dem Motto: „Beteiligungsorientierte Erneuerung wäre ja schön, aber solange wir nicht mehr Geld bekommen, besteht die Gefahr, dass..., und deshalb eher nicht“. Demgegenüber sollte betont werden, dass z.B. im Schulbereich eine grundlegende Modernisierung bei knappen Mitteln so oder so kommt. Die einzig realistischen Alternativen zu mehr Engagement als ‚Lebenselexier‘ öffentlicher Einrichtungen sind Angebotsreduzierung und/oder Privatisierung. Nur mit dem Einsatz der Ressource ‚Bürgerengagement‘ kann man z.B. einem öffentlichen, vor Ort verankerten Schulsystem wieder Zukunft geben – und für viele andere öffentliche Einrichtungen unserer Gesellschaft gilt dasselbe. Inwieweit dabei z.B. bei entsprechenden Schulreformen Eltern und Schüler in-

strumentalisiert und inwieweit sie aufgewertet werden, ist eine nicht vorentscheidene Frage, die nur praktisch beeinflusst werden kann.

Fazit: Die Agenda ‚engagierte Bürgergesellschaft‘, von der heute bei Stoiber, Koch, Schröder, Westerwelle und – last not least – bei den Grünen die Rede ist, wird vermutlich zu einer Wortblase, wenn es nicht gelingt, zu zeigen, dass zukunftsfähige Leitbilder für Institutionen, Angebote und Dienste in zentralen Bereichen des öffentlichen Lebens und des Sozialstaates nur solche sind, die Formen der Kooperation und Mitverantwortung von Bürgern und Adressaten einschließen – Formen und Niveaus, um die dann trefflich gestritten werden kann. Es gibt keine Alternative dazu, diese Institutionen und Organisationen dafür zu öffnen – es sei denn, den allgemeinen Qualitäts- und Bedeutungsverlust der öffentlichen Einrichtungen. Das Risiko einer Funktionalisierung der Ressource Bürgerengagement läßt sich nur möglichst gut vorbereitet *eingehen*, vermeiden aber lässt es sich nicht.

Adalbert Evers lehrt Sozialpolitik an der Justus Liebig Universität in Gießen und gehört zum Leitungsgremium des Frankfurter Instituts für Sozialforschung. In der Enquete-Kommission zur „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ ist er als Sachverständiger für Bündnis 90/Die Grünen tätig.

Anmerkung

¹ Die folgenden Ausführungen basieren auf von mir an anderer Stelle angestellten Überlegungen: Evers, Adalbert 1998: Soziales Engagement. Zwischen Selbstverwirklichung und Bürgerpflicht. In: TRANSIT 15, 186-200; Evers, Adalbert/Rauch, Ulrich/Stitz, Uta 2000: Bürgerengagement – ein wesentlicher Bestandteil von Konzepten für die Zukunftssicherung öffentlicher Dienstleistungen. In: Heinze, R.G./Olk, T. (Hg.), Bürgerengagement in Deutschland. Bestandsaufnahme und Perspektiven. Opladen (im Erscheinen).

BERICHT

Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“

Am 14. Dezember 1999 wurde auf Antrag der Bundestagsfraktionen von SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und F.D.P. die Einsetzung einer Enquete-Kommission ‚Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements‘ beschlossen. Die Enquete ist mit 11 Sachverständigen und 11 Abgeordneten besetzt.¹

Der Einsetzungsbeschluss formuliert die Ziele der Enquete wie folgt: Unter bürgerschaftlichem Engagement werden die Formen von Ehrenamt, Selbsthilfe und Freiwilligenarbeit verstanden. Als Bestimmungskriterien des bürgerschaftlichen Engagements nennt der Einsetzungsbeschluss dessen Freiwilligkeit, seine Gemeinwohlorientierung und das Fehlen materieller Gewinnorientierung.

Geplant ist zunächst die systematische Bestandsaufnahme des bürgerschaftlichen Engagements. Eine *typologische* Systematisierung des bürgerschaftlichen Engagements soll für die gesellschaftlichen Bereiche von Kultur und Sport, Soziales, Kirche, Jugend- und Altenarbeit, Bildung und Erziehung, Katastrophenschutz, Rettungswesen, Rechtswesen, Arbeit und Wirtschaft, Umwelt/Ökologie bis zur Politik (die im Einsetzungsbeschluss freilich ein eigentümliches Mauerblümchendasein fristet) erfolgen. Die Berücksichtigung verschiedener Organisationsformen – Verbände, Vereine, Institutionen unter Einbezug von Freiwilligenagenturen und Selbsthilfeorganisationen – bietet eine wesentliche Voraussetzung dafür, politisch relevante Handlungsempfehlungen anzu-

streben und umzusetzen. Geklärt werden sollen die sozialen Bedingungsfaktoren (geschlechtsspezifisch, familial und hinsichtlich von Bildung und Ausbildung), die wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Rahmenbedingungen (Freistellungsregelung), Fragen der Fortbildung, Qualifizierung und Förderung sowie der materiellen wie immateriellen Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements. Ein internationaler Vergleich soll Anregungen einer Kultur und Infrastruktur des bürgerschaftlichen Engagements aufgreifen und für die deutsche Situation prüfen.

Die Bestandsaufnahme von Rahmenbedingungen und Bedingungsfaktoren des bürgerschaftlichen Engagements (in deren Verortung bereits eine wesentliche Leistung politischer Beratung besteht) soll in politischen Handlungsempfehlungen münden. Dies gilt insbesondere für die Berücksichtigung rechtlicher und finanzieller Rahmenbedingungen (Steuerrecht, Gemeinnützigkeitsrecht, Arbeitsrecht, Recht der sozialen Absicherung, Haftungsrecht, Versicherungsschutz, Stiftungs- und Vereinsrecht). Aber auch die Arbeitsmarktpolitik, die Sozialpolitik oder die Bildungspolitik sind durch die Bestandsaufnahme unmittelbar angesprochen.

Drei Themenkomplexe des bürgerschaftlichen Engagements werden zunächst, so die ersten Diskussionen der Enquete-Kommission, in so genannten Berichterstattergruppen bearbeitet: Erwerbsarbeit, Sozialstaat und Zivilgesellschaft. Fragen nach institutionellen Rahmenbedingungen und individuellen Voraussetzungen für bürgerschaftliches Engagement sowie der internationale Vergleich sollen als Querschnittsthemen in die Diskussionen der drei Berichterstattergruppen aufgenommen werden.

Bewertung des Einsetzungsbeschlusses

Die Gleichsetzung von bürgerschaftlichem Engagement mit freiwilligem und unentgeltlichem

PULSSCHLAG

Engagement betont die sozialen Aspekte, übersieht dabei freilich den engen Zusammenhang von bürgerschaftlichem Engagement und Bürgersinn. Dieser stellt sich erst dann her, wenn die Bürger an den politischen Belangen des Gemeinwesens in gemeinwohlorientierter Einstellung teilnehmen, ohne dass dafür professionelle Kenntnisse im Sinne einer speziellen Ausbildung die Voraussetzung bilden. Wie der Name ‚Bürgerschaftliches Engagement‘ schon sagt, fließen hier bürgerschaftliche, auf das Gemeinwohl bezogene Motive ein. Daher liegt es auf der Hand, ein weiter gefasstes Verständnis bürgerschaftlichen Handelns aufzurufen und die Diskussionen über Partizipation und die Demokratisierung politischer wie sozialer Institutionen mit der des bürgerschaftlichen Engagements zusammenzuführen.

Neuen Formen eines bürgerschaftlichen Engagements liegt ein ausgeweitetes Verständnis des Politischen zugrunde. Während unter ‚Zivilgesellschaft‘ v.a. die politischen Formen des bürgerschaftlichen Engagements im Vordergrund stehen, akzentuieren Diskussionen zum ‚Dritten Sektor‘ die ökonomischen, sozialen und kulturellen Aspekte des bürgerschaftlichen Engagements. Denkanstöße kamen hier von der ‚Alternativökonomie‘ im Umfeld der neuen sozialen Bewegungen. Doch lassen sich unschwer Bezüge bis zu den Genossenschafts- und Gemeinwirtschaftskonzepten herstellen. Ein breiter gefasster Zugriff auf das Thema des bürgerschaftlichen Engagements sollte diesen Zusammenhang sichtbar machen. Er vermag an Ehrenamt, Selbsthilfe und Freiwilligenarbeit zudem den Zusammenhang von Handlungsmotiven sowie politischen und gesellschaftlichen Bedingungen in den Blick zu nehmen.

Ob die Diskussion um Freiwilligendienste als Alternative und Nachfolgemodell zum Zivildienst in der Kommission eine Rolle spielen

wird, bleibt abzuwarten. Jedoch bietet die Betonung der Freiwilligkeit des bürgerschaftlichen Engagements einen wichtigen Ausgangspunkt der Kritik an Vorschlägen, die auf eine Neuaufgabe von Pflichtdienstmodellen abzielen.

Die Bundestagsdebatte zur Einsetzung der Enquete

Am 15. Dezember 1999 debattierte der Bundestag den Antrag zur Einsetzung der Enquete-Kommission. Bemerkenswert ist zunächst der große Konsens über die Bedeutung des Themas. Er ermöglicht mit Blick auf den Einsetzungsbeschluss einen Kernbereich von Einigungsmöglichkeiten. Es findet sich nahezu übergreifend ein kommunitaristisches Motiv: die Ressourcen des Gemeinnsinns sollen angesichts von Individualisierung und Enttraditionalisierung gestärkt werden.

Trotz der weithin geteilten Einschätzung der Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements setzen die Parteien jedoch eigene Schwerpunkte. Im Folgenden sollen die parteipolitischen Akzente nur knapp skizziert und kommentiert werden:

SPD: Für die SPD hat die Enquete eine durchaus strategische Bedeutung. Vermag sie dadurch doch anzuknüpfen an das Motto von Willy Brandt ‚Mehr Demokratie wagen‘, ohne erneut in die Engpässe einer etatistisch orientierten Reformpolitik zu geraten. Mit der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements wird eine Diskussion seit den späten 70er Jahren nachvollzogen, derzufolge der moderierende Staat auf die gesellschaftlichen Akteure setzt und ihnen einen Möglichkeitsraum schafft. Gegen neoliberale Minimalstaatskonzepte wie auch gegen konservative Gemeinwohllappelle wird die Verantwortung des Staats bei der Schaffung von Möglichkeiten des bürgerschaftlichen Engagements unterstrichen. Der Abge-

ordnete Michael Bürsch verwendet hier den Begriff des ‚neuen Gesellschaftsvertrags‘. Das Demokratiethema kann so für die SPD angeeignet und fortentwickelt werden. Allerdings muss, worauf in der Debatte für die SPD die Abgeordnete Karin Kortmann hinwies, der enge Bezug zur Demokratiethematik gezielt gesucht und aufgegriffen werden. Er scheint im Einsetzungsbeschluss nicht hinreichend berücksichtigt. Kortmann wies zudem auf Gegenläufigkeiten von Gesichtspunkten der Effizienz und Effektivität (Verwaltungsreform/schlanker Staat) oder auch von Zielen der Kostenersparnis (Organisationen) zu den Motiven und Anforderungen des bürgerschaftlichen Engagements hin.

Die SPD betont zudem den oftmals fließenden Übergang des bürgerschaftlichen Engagements zur Erwerbsarbeit und unterstreicht damit die arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitischen Anknüpfungen des Themas. Zu verhindern sei, dass bürgerschaftliches Engagement ökonomisch als Lückenbüsser instrumentalisiert werde. Ganz bewusst wird gegen die CDU/CSU, die weiterhin den Begriff des Ehrenamtes verwenden wollte, der weiter gefasste Begriff des bürgerschaftlichen Engagements in Anschlag gebracht – eine wichtige Voraussetzung für eine auch die politische Dimension aufnehmende Bestandsaufnahme.

CDU: Die CDU knüpft an das Leitbild der Subsidiarität an und stellt Kontinuitäten zum klassischen Ehrenamt her. Mit Recht werden die Spannungen zwischen Professionalisierung und den Formen des bürgerschaftlichen Engagements angesprochen. Diagnostiziert wird ein Wandel der alten Ehrenamtlichkeit, die in den Verbänden durch steigende Professionalisierung zunehmend rückläufig ist (von 1:4 zu 1:1 hat sich das Verhältnis von Hauptamtlichen zu Ehrenamtlichen mittlerweile angeglichen). Betont werden die qualifikatorischen Dimensio-

nen des bürgerschaftlichen Engagements (‚Teamfähigkeit‘, ‚Zuverlässigkeit‘). Eine Entbürokratisierung wird gefordert.

Insgesamt überwiegt eine starke Orientierung am Ehrenamt unter Ausblendung neuerer zivilgesellschaftlicher Entwicklungen. Der Bezug des bürgerschaftlichen Engagements zur politischen Bürgerbeteiligung wird nicht aufgegriffen. Mit dem Leitbild der Subsidiarität wird eine parteiprogrammatische Integration des verkürzt thematisierten Gegenstands angestrebt. Überdies wird eine kommunitaristische Grundmelodie (Werte) angestimmt, die vor allem in Familie und Schule zur Geltung zu bringen sei.

Grüne: Der Abgeordnete Christian Simmert greift das Leitbild der Zivilgesellschaft auf und sucht nach einem neuen Verhältnis zwischen staatlichem Handeln und Zivilgesellschaft – eine Idee, die durchaus anschlussfähig ist an die Suche nach einem ‚neuen Gesellschaftsvertrag‘. Während die SPD die ökonomische Instrumentalisierung des bürgerschaftlichen Engagements als Gefahr betont, wird seitens der Grünen vor der Rolle der Zivilgesellschaft als Ausfallbürge für die sozialen Aufgaben des Staates gewarnt. Die Grünen akzentuieren die Rolle von Freiwilligenagenturen und Tauschringen, doch decken sie damit nicht die mögliche Breite des Themenfeldes ab. Einen weiteren Akzent legt Simmert auf die Verzahnung von Gesellschafts-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik (‚Langzeitarbeitslose‘, ‚Junge Erwerbslose‘) unter kritischem Verweis auf die sozial selektive Dimension des bürgerschaftlichen Engagements (‚höherer Schulabschluss‘ als Voraussetzung). Eine derartige Verzahnung würde sich allerdings unter dem von den Grünen in den Vordergrund gestellten Gesichtspunkt der Freiwilligendienste erst dann ergeben, wenn diese auf eine breitere Basis gestellt werden können und bspw. auch Nachfolgeop-

PULSSCHLAG

tionen für den Zivildienst als Pflichtdienst einbezogen würden. – Über die Bedeutung der rechtlichen Regulierung und Anpassung von Stiftungsrecht, Steuer-, Vereins-, Sozial- und Gemeinnützigkeitsrecht besteht hier kein Zweifel.

FDP: Hier wird die Leitmelodie der liberalen Bürgergesellschaft angestimmt, die sich eher am Muster marktförmiger Vermittlung orientiert und staatliches Handeln ersetzen soll. Der Bürger werde vom Staat entmündigt, eine Rolle des Staates als Moderator wird abgelehnt. Entbürokratisierung und Staatsentlastung, Deregulierung und Privatisierung sind die entsprechenden Stichworte.

PDS: Innerhalb der PDS werden gleichermaßen staatliche wie wirtschaftliche Instrumentalisierungen des bürgerschaftlichen Engagements abgelehnt. Hervorgehoben wird vielmehr der enge Zusammenhang von zivilen, politischen und sozialen Bürgerrechten als Voraussetzung für eine politische Kultur des bürgerschaftlichen Engagements. Ausdrücklich wird der Zusammenhang des bürgerschaftlichen Engagements auch mit Formen von Widerspruch und Protest betont und eine Ausgrenzung der politischen Dimension des bürgerschaftlichen Engagements abgelehnt. Hingewiesen wird auf den Reformbedarf von Renten- und Steuergesetzen, Gemeinnützigkeitsregeln und des SGB (§ 27, III), der umfangreiche ehrenamtliche Tätigkeiten verbietet).

Ansgar Klein, Berlin

Anmerkung

¹ Für die SPD sind als Sachverständige Adelheid Biesecker, Gerd Mutz, Ludwig Pott, Manfred Spangenberg und Olaf Zimmermann benannt; die Fraktion wird durch die Abgeordneten Michael Bürsch (Kommissionsvorsitz), Renate Gradistanac, Karin Kortmann (Obfrau),

Ute Kumpf und Karsten Schönfeld vertreten. Die CDU/CSU hat André Habisch, Peter Maser und Thomas Olk als Sachverständige benannt und ist durch die Abgeordneten Ilse Aigner (Obfrau), Marie-Luise Dött und Gert Willner repräsentiert. Für die Grünen sind Adalbert Evers als Sachverständiger und Christian Simmert als Obmann, für die F.D.P. Rupert Graf Strachwitz als Sachverständiger und Gerhard Schüßler als Obmann und für die PDS Roland Roth als Sachverständiger und Klaus Grehn als Obmann der Fraktion Mitglied der Kommission.

Kommentar

WTO-Proteste in Seattle: Jenseits der Euphorie

So manche Kommentare zum ‚Battle of Seattle‘ ließen an den Spruch des alten Goethe nach der Kanonade von Valmy denken: „Heute beginnt ein neues Zeitalter, und ihr könnt sagen ihr seid dabei gewesen!“ Von Aufbruch und Ende der Ratlosigkeit der Linken schrieb die Süddeutsche Zeitung, die FAZ stellte respektvoll eine neue Protestkultur fest, und erst recht die Einschätzungen mancher Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) waren voller Euphorie.

In der Tat signalisieren die Proteste gegen die WTO (World Trade Organization) die wachsende Akzeptanzkrise des neoliberalen Globalisierungsprozesses. Und dies sowohl in den Gesellschaften der Industrieländer als auch bei den Entwicklungsländern. Damit ist dieser Prozess selbst noch nicht in der Krise, und seine Dynamik sollte keinesfalls unterschätzt werden. Mit Seattle aber kam Sand ins Getriebe, und zweifellos sind die Dezemberereignisse des letzten Jahres eine Ermutigung für alle, die Alternativen zu einem ungezügelt wuchernenden, globalisierten Kapitalismus anstreben.

Es schmälert die Verdienste der Protestbewegung aber keineswegs, wenn vorab festgestellt wird, dass sie nicht die entscheidende Ursache für das Scheitern der Konferenz war. Die Widersprüche zwischen den Haupthandelsblöcken EU und USA sowie zwischen Industrie- und Entwicklungsländern gaben letztlich den Ausschlag. Allerdings stehen die Aktionen auf der Straße mit diesen Ursachen in Wechselwirkung. So kann die amtierende amerikanische Regierung die Gewerkschaften nicht einfach ignorieren – zumal im beginnenden Präsidentschaftswahlkampf –, und für die Entwicklungsländer waren die Straßenaktionen und die durchweg verständnisvollen Reaktionen in den Medien und bei führenden Politikern der Industrieländer eine Ermütigung, nach zwei Jahrzehnten Defensive in den Nord-Süd-Beziehungen wieder etwas selbstbewusster aufzutreten.

Nun aber zu den Akteuren auf Nicht-Regierungsseite, die sich in drei Kategorien einordnen lassen:

- Gewerkschaften und Bauernverbände,
- Gruppen, die an den Traditionen des zivilen Ungehorsams der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung anknüpften, insbes. das Direct Action Network,
- Nicht-Regierungsorganisationen.

Eine wesentliche Erfolgsbedingung für die Proteste bestand darin, dass zwar jede der Kategorien eigenständig auftrat, aber damit quasi arbeitsteilig eine unterschiedliche politische Funktion ausübte. Die Gewerkschaften sorgten für Akzeptanz im gesellschaftlichen Mainstream, die Blockierer des Direct Action Network für – auch fernsehgerechte – Dramatik und die NGOs für die inhaltlich qualifizierte Unterfütterung der Aktionen. Dies führte fast ideal zu Synergieeffekten. Konkurrierende Momente oder gar politische Widersprüche, die durchaus auch vorhanden waren, konnten erfolgreich in den Hintergrund verlegt werden.

Eine Überraschung für jene, die mit dem amerikanischen Gewerkschaftsdachverband AFL/CIO Vorstellungen aus den siebziger Jahren oder früher verbanden, war die Demonstration. Mit ihren ca. 50.000 Teilnehmern und Teilnehmerinnen hatte sie weder durch ihre kulturelle Ausstrahlung noch durch ihre politischen Parolen das bierbäuchige Image einer traditionsverhafteten Organisation. Sehr bunt, mit karnevalesken Mitteln und Musikbands wurden unterschiedliche Aspekte von Globalisierung (Privatisierung öffentlicher Dienste) bis hin zu Umwelt und allgemeinpolitischen Fragen („Teamsters and Turtels United“) thematisiert. Zwar war auch die Losung „Save American Jobs“ nicht zu übersehen, sie beherrschte aber keineswegs die Szene. Auch ethnisch bot die Demonstration ein bunteres Bild als die Blockadeaktionen, die fast ausschließlich von weißen Jugendlichen organisiert wurden.

Zur Akzeptanz in der Bevölkerung trugen auch Organisationen wie die „Small Family Farmers Association“, der Interessenverband der bäuerlichen Familienbetriebe bei. Das aus zahllosen Hollywoodfilmen bekannte Klischee des wetergebräunten Farmers im groß karierten Flanellhemd ist nicht nur in den Trivialmythen des US-Alltags verankert, im Mittleren Westen sind die Bauernverbände auch eine ernst zu nehmende Lobby-Gruppe. Der Protest gegen die Globalisierung war damit in der „amerikanischen Seele“ angekommen.

Für die spektakulären Fernsehbilder sorgte vor allem die Blockade des Konferenzgebäudes, mit der die Eröffnungsveranstaltung der WTO verhindert wurde. Als die schlecht vorbereitete und taktisch falsch eingestellte Polizei dann die Blockade mit Tränengas und Schlagstöcken aufbrach, entstand jene Situation, die zur Verhängung des Ausnahmezustandes führte.

Die Blockade wurde von Gruppen, die im „Di-

PULSSCHLAG

rect Action Network‘ zusammengeschlossen waren, angeführt. Generalstabsmäßig geplant, zum Teil auch trainiert, wurde die Blockade höchst diszipliniert und professionell durchgeführt. So wurde z.B. die Kommunikation zwischen den einzelnen Blocks nicht per Handy, sondern aus Sicherheitsgründen (Abhörgefahr!) mit Fahrradmeldern bewerkstelligt. Ein Team von Rechtsanwälten beobachtete die Aktionen, für Verhaftete war Rechtsschutz vorbereitet. Die gesamte Aktion wurde von mehreren Video- und Phototrups genauestens dokumentiert, um Material nicht nur für die Öffentlichkeitsarbeit sondern ggf. auch für juristische Auseinandersetzungen zu haben. Über Internet wurden Texte und Bilder sofort in die ganze Welt verbreitet. Zu Spitzenzeiten nahmen bis zu 10.000 Menschen an der Blockade teil.

Gleichzeitig sorgte das Netzwerk immer wieder dafür, dass von der Blockade keine Gewalt gegen die Polizei ausging. Mit Sprechchören ‚No violence!‘ wurden entsprechende Versuche aus den eigenen Reihen immer wieder eingehegt. So fand die Zertrümmerung von einigen Dutzend Scheiben durch eine den Autonomen vergleichbare Gruppe – es waren weniger als hundert Personen – auch außerhalb der Blockade, quasi in deren Windschatten statt.

Die dritte Komponente der Proteste, die NGOs, hatten bereits in den vergangenen Jahren mit wachsendem Medienerfolg Kritik an der WTO artikuliert. Sie hatten mit seriöser Alternativexpertise die Protestbewegung mit Argumenten munitioniert. Im Vorfeld von Seattle gab es eine breite Informationskampagne mit einer Vielzahl von Veranstaltungen in zahlreichen US-Großstädten. Bereits am Wochenende vor der WTO-Konferenz fand eine mit 6.000 Teilnehmern völlig überfüllte, zweitägige Auftaktveranstaltung statt, an der auch viele der ca. 800 aus dem Ausland angereisten NGOs teilnahmen. Das Publikum setzte sich überwie-

gend aus jugendlichen US-Amerikanern zusammen. Während der Konferenz fanden dezentral in mehreren Kirchengemeinden permanent Informationsveranstaltungen und praktische Aktionsberatungen statt.

Allerdings zeigt Seattle auch die Komplexität und Ambivalenz des Verhältnisses zwischen Regierungen und Nichtregierungskräften. So überholte US-Präsident Clinton mit seiner überraschenden Forderung nach Sanktionen für jene Länder, die Sozialstandards nicht einhalten, die Gewerkschaften und die NGOs scheinbar weit links. Hinzu kam die positive Stellungnahme des Präsidenten zu den Protesten: „Ich rate den Leuten von der WTO, auf die Proteste zu hören.“ Selbstverständlich waren dies taktische Manöver, die auf die Entwicklungsländer zielten. Deutlich wird hier, wie selbst radikaler Protest instrumentalisiert werden kann.

Die Protestereignisse werden Auswirkungen auf das Verhältnis der unterschiedlichen Sektoren zivilgesellschaftlicher Akteure untereinander haben. Waren in den neunziger Jahren die alternativen Kräfte vor allem durch den Aufstieg der NGOs im Rio-Prozess und durch deren Kultur des Dialogs, durch Lobby und professionalisierte Politik gekennzeichnet, so wurden mit Seattle die Basisbewegungen und ihre Aktionsformen rehabilitiert. Mit ATTAC (Bewegung für die Tobin Tax) in Frankreich könnte sich auch in Europa ein solcher Trend andeuten. Viele NGOs haben dies bemerkt und sind in ihrer Kritik radikaler geworden.

Auch die Regierungsseite(n) ziehen aus Seattle ihre Lehren. Dabei dürften unterschiedliche Ansätze – z.T. miteinander kombiniert – eine Rolle spielen:

- zum einen wird die demokratische Legitimität von NGOs zusehends in Frage gestellt. Da NGOs in der Tat meist nur sich selbst

gegenüber rechenschaftspflichtig sind, liegt in ihrem Demokratiedefizit ein Moment zu der Delegitimierung;

- zweitens wird eine Aufspaltung in protest- und bewegungsorientierte Strukturen einerseits sowie in ‚seriöse‘, auf Expertise, Dialog und Lobby setzende gemäßigte NGOs andererseits versucht werden;
- drittens wird auch eine Ausdifferenzierung entlang inhaltlicher/politischer Unterschiede versucht werden. So markiert die unglaubliche Unterstützung von Sozial- und Umweltstandards im Welthandel durch die USA und die EU eine solche Spaltungslinie;
- und viertens wird, anknüpfend an diese Ausdifferenzierung, eine Integration der ‚gemäßigten‘ NGOs versucht, um die Regierungspolitik mit zivilgesellschaftlicher Legitimierung zu versehen.

Ob Seattle ein Einzelfall bleibt oder ob es zwei, drei, viele Seattle gibt, wird auch und vor allem davon abhängen, ob Bewegungen, NGOs, traditionelle Verbände und Gewerkschaften etc. für sich die richtigen Schlussfolgerungen aus Seattle ziehen.

Peter Wahl ist Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der Bonner NGO Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung – WEED

FORSCHUNGSPROJEKT

Die EU als elektronische Demokratie?

Konzepte, Initiativen, Hindernisse

Demokratiedefizit

Das Demokratiedefizit der Europäischen Union ist seit langem nicht nur ein wichtiger Gegenstand der politikwissenschaftlichen Integrationsforschung (Abromeit 1998; Ullmann

1999). Auch in den betroffenen Institutionen gab und gibt es immer wieder Bemühungen, ‚Legitimationslücken‘ zu schließen und dem demokratischen Element im europäischen Einigungsprozess zu größerer Geltung zu verhelfen. In der jüngsten Vergangenheit hat insbesondere die Auseinandersetzung zwischen dem Europäischen Parlament und der Kommission im Zusammenhang mit Korruptionsfällen und mangelhaften Kontrollmechanismen in einzelnen Generaldirektionen die Debatte um die Reichweite demokratischer Kontrolle im Institutionengefüge der EU neu belebt. Parallel zu aktuellen Entwicklungen deuten *langfristige* Initiativen darauf hin, Leitbilder für eine demokratischere Entwicklung des europäischen Integrationsprozesses beachtlich aufzuwerten. Beispiele für dieses Anliegen sind das Konzept eines ‚Europas der Bürger‘ oder die Vorstellung einer ausgeprägten ‚sozialen Dimension‘ der Europäischen Union. Die Wahlen zum Europäischen Parlament in der Jahresmitte 1999 werden ebenfalls als Ausdruck der ‚demokratischen Wertegemeinschaft‘ interpretiert, der sich die EU-Mitgliedsländer zugehörig fühlen.

Die Legitimation politischen Handelns im supranationalen Kontext wird seit dem Beginn der neunziger Jahre zunehmend von Entwicklungen auf dem Informations- und Telekommunikationssektor berührt. In Staaten wie beispielsweise den USA zieht dieser Prozess bereits bedeutsame Konsequenzen für die Gestaltung praktischer Politik nach sich (Dreyer et al. 1998; Kleinstauber/Hagen 1998; Kamps 1999). Die Rede ist von der Entwicklung der EU und ihrer Einzelstaaten zu einem Bestandteil der ‚globalen Informationsgesellschaft‘. Obgleich diese Bezeichnung genauso umstritten ist wie die Vor- und Nachteile, die mit diesem Phänomen verbunden werden (Webster 1995), lässt sich festhalten, dass die supranationalen Institutionen große Anstrengungen

PULSSCHLAG

unternehmen, um den Anschluss an diese Modernisierungsoption nicht zu verlieren. Ausschlaggebend hierfür sind sowohl wirtschaftliche und politische als auch sozio-kulturelle Überlegungen. Hinter den entsprechenden Maßnahmen stehen Konzepte, die die Europäische Union langfristig zu einem Akteur werden lassen sollen, der auf vielfältigste Art und Weise von den neuen Möglichkeiten im Umgang mit Information profitiert. Gleichzeitig sind mit dieser Entwicklung weit reichende demokratie- und legitimierungstheoretische Fragen des europäischen Einigungsprozesses verbunden. Vor diesem Hintergrund wird im Folgenden der Versuch unternommen, die bisherigen Stationen der EU in ihrer Entwicklung zur ‚Informationsgesellschaft‘ darzustellen und der Frage nachzugehen, inwieweit Überlegungen vorhanden sind, das Projekt der europäischen ‚information society‘ mit der Stärkung legitimierungstheoretischer Grundlagen des Einigungsprozesses und seiner demokratischen Ausgestaltung zu verknüpfen.

Effizienz, Wirtschaftskraft und Bürgernähe

In der Europäischen Union haben Entwicklungen zur ‚Informationsgesellschaft‘ im Verlauf der letzten Jahre nicht nur auf nationalstaatlicher Ebene an Bedeutung gewonnen. Auch supranationale Institutionen bemühen sich seit geraumer Zeit darum, diese Entwicklung durch Analysen voranzubringen und für ihre Aufgaben nutzbar zu machen. Sehr deutlich werden diese Anstrengungen durch eine Reihe von Expertenberichten und Initiativen, die auf der Grundlage von Studien interner und externer Fachleute konzipiert wurden. Einige der daraus entstandenen Programme werden bei Neuauflagen veränderten Rahmenbedingungen angepasst und modifiziert in den Politikprozess eingespeist. Bisher haben die Anstrengungen dazu geführt, dass in der Europäischen Kommission davon ausgegangen wird, die EU be-

finde sich trotz des weiterhin beachtlichen Handlungsbedarfs auf einem viel versprechenden Weg in die ‚information society‘ (Information Society News, Juni 1999: 3).

Untersucht man die Vielzahl der supranationalen Aktivitäten genauer, wird die *enorme Komplexität* deutlich, die sich hinter dem Schlagwort von der ‚europäischen Informationsgesellschaft‘ verbirgt. Wesentlich erscheint in diesem Zusammenhang, dass sich die Konzepte für dieses Politikfeld *sehr heterogen* darstellen und ihre Finalität nur mit Schwierigkeiten auf wenige Punkte reduziert werden kann. Vereinfacht lässt sich dennoch Folgendes festhalten: Vor allem die Europäische Kommission ist darum bemüht, die neuen Möglichkeiten der Informationsgewinnung, -verarbeitung und -verbreitung (ähnlich ihrer Umweltpolitik) als *Querschnittsaufgabe* zu begreifen. Möglichst viele Politikbereiche sollen nach ihrer Auffassung vom antizipierten Potential einer ‚europäischen Informationsgesellschaft‘ profitieren. Nach innen erwarten sich die Akteure eine gesteigerte institutionelle *Effizienz und Transparenz*. Darüber hinaus verspricht man sich vor allem zusätzliche ökonomische Wachstumspotentiale und eine stärkere Verknüpfung der verschiedenen ‚policy levels‘ im Mehrebenensystem der EU. Die Überlegungen zu einer ‚europäischen Informationsgesellschaft‘ weisen aber auch auf ein *technologisches Modernisierungsvorhaben* hin, von dessen Gestaltung eine Vielzahl von Einzelpolitiken wie Umwelt, Verkehr, Soziales, Bildung, Gesundheit oder Regionalentwicklung profitieren sollen.

Nicht zuletzt visieren die Akteure durch die Mitgestaltung der informationstechnischen Revolution *mehr Bürgernähe* an. Dadurch soll die Legitimation des europäischen Einigungsprozesses gestärkt und das Demokratiedefizit in der Europäischen Union vermindert werden. Zwischen dem Leitbild eines ‚Europas

der Bürger‘ und der Entwicklung der EU zu einem Teil der globalen virtuellen Informationsstruktur besteht dabei der momentan deutlichste Berührungspunkt: Im Jahre 1998 hat die Kommission durch die Fusion der Initiativen ‚Europa direkt‘ und ‚Bürger Europas‘ versucht, den Dialog zu intensivieren und ein breites Angebot an Serviceleistungen anzubieten. Es enthält unter anderem Informationen zu den Themen ‚Euro‘, ‚EU-Recht‘, ‚Bürgerrechte im Binnenmarkt‘ und eine Fülle praktischer Hinweise für eine erfolgreiche Arbeitssuche. Im Vordergrund steht dabei nicht nur die Informationsvermittlung, sondern auch eine Steigerung der Dialogfähigkeit supranationaler Organe und somit deren Transparenz.

Offene Fragen

Dieses Beispiel kann verdeutlichen, dass die Europäische Kommission als Politikinitiator und Kontrollinstanz gegenüber den Mitgliedsländern durchaus für die Möglichkeiten sensibilisiert ist, die sich aus der Verknüpfung von technologischem Fortschritt und der Verminderung des Demokratiedefizits im supranationalen Kontext ergeben können. Dennoch sind mit dieser Entwicklung eine Reihe von Problemen verbunden, für die bislang noch keine befriedigenden Lösungen gefunden wurden. Einige seien an dieser Stelle genannt:

Als Erstes gilt es zu klären, ob überhaupt und inwieweit die Bürger der EU durch die Nutzung der modernen Informationstechnologie zur Beeinflussung politischer Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen der Europäischen Union befähigt werden können und sollen. Bislang ist eine Betonung der *ökonomischen* Vorteile für den Einzelnen und dessen Rolle als Wirtschaftssubjekt feststellbar. Sollte in Zukunft das *demokratisch-partizipatorische* Element gestärkt werden, sind mit dieser Entscheidung vielfache Konsequenzen verbunden. Zum einen wäre die direkt-demokratische Verfahrensweise eine Herausforderung für etablier-

te supranationale Institutionen wie das Europäische Parlament und letztendlich für das *Selbstverständnis aller supranationalen Organe*. Funktionsverlagerungen oder gar -verluste könnten in diesem Fall mit dem Selbsterhaltungstreiben von Institutionen in Konflikt geraten. Auch Kompetenzabgrenzungen müssten unter diesen Bedingungen möglicherweise einer spannungsreichen Redefinition unterzogen werden. Notwendig wäre darüber hinaus die tiefere Auseinandersetzung mit dem Schlagwort ‚supranationale Demokratie‘. Eine umfassende Reflexion sollte dabei über den rein wissenschaftlichen Diskurs hinausgehen und die öffentliche Meinung stärker als bisher einbeziehen.

Als Zweites ist zu berücksichtigen, dass das Prinzip der *Subsidiarität* vor neue Herausforderungen gestellt werden könnte. Eine fortschreitende Auflösung traditioneller Ebenen für politisches Handeln wie Regionen (Sturm/Weinmann 2000) oder Nationalstaaten hätte zur Folge, dass Fragen der Souveränitätsabgrenzung für das Mehrebenensystem der EU an Bedeutung gewinnen könnten. Das Subsidiaritätsprinzip als wichtiges Element supranationaler Politik wäre unter diesen Bedingungen nicht mehr in erster Linie territorial definiert. Eine stärkere Ausrichtung an thematischen Leitlinien, funktionalen Kategorien, einzelnen Politikbereichen, relevanten Akteursnetzen oder Problemkonstellationen erscheint unter den beschriebenen Umständen realistischer.

Drittens: Der umfassende Einsatz von elektronischen Medien zur politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung könnte mit neuartigen *Mechanismen der Interessenaggregation* einhergehen. Diese sind in den politischen Kulturen der EU-Mitgliedstaaten unterschiedlich stark entwickelt und bis heute nur ansatzweise kompatibel. In der Verbändeforschung ist darüber hinaus seit langem bekannt, dass die Ag-

PULSSCHLAG

gregationsfähigkeit von Interessen gesellschaftlicher Gruppen erheblich variiert. Ob die Möglichkeiten der Informations- und Kommunikationstechnologie in absehbarer Zeit zu signifikanten Veränderungen in diesem Bereich führen, werden die Entwicklungen der nächsten Jahre zeigen. Nicht wenige Beobachter sind in dieser Hinsicht eher skeptisch.

Ein neues Leitbild?

Der bisherige Verlauf der internen und öffentlichen Debatte zum Thema ‚Informationsgesellschaft und Demokratie in der EU‘ macht deutlich, dass Fragen einer ‚elektronischen Partizipation und Legitimation‘ im europäischen Kontext erst mit Verzögerung und zaghaft an Bedeutung gewonnen haben. Aspekte einer ‚electronic‘ oder ‚push button democracy‘, wie sie in den USA schon seit den sechziger Jahren erörtert werden, ergänzen erst nach und nach die vorwiegend ökonomischen Prämissen, die die Entwicklungsszenarien auf der supranationalen Ebene bestimmen. Die bisherigen Stationen der EU auf ihrem Weg in die ‚Informationsgesellschaft‘ sind eine wichtige Erklärung für die Tatsache, dass die Verknüpfung des Projektes ‚european information society‘ mit der Stärkung legitimatorischer Grundlagen des Einigungsprozesses und seiner demokratischen Ausgestaltung auch in neueren Konzepten der Europäischen Kommission eher in den Hintergrund tritt (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 1999).

Es kann somit auch vor dem Hintergrund neuerer Entwicklungen festgehalten werden, dass die Vorstellungen zur Entwicklung einer ‚elektronischen Demokratie‘ in der Europäischen Union bislang nur ansatzweise gediehen sind. Dieser Befund wird durch den Umstand gestützt, dass ein um die ‚elektronische Dimension‘ erweitertes Verständnis der – ohnehin sehr fragmentierten – supranationalen politischen Kultur bislang noch keine nennenswerte Sog-

wirkung für deutlichere Konturen einer ‚supranationalen Demokratie‘ entwickeln konnte.

Der eher schleppende Entwurf neuer Koordinaten für eine Diskussion über die Legitimation des europäischen Einigungsprozesses mittels verstärkter Demokratisierung durch moderne Informations- und Kommunikationstechnologien erklärt sich auch aus den unterschiedlichen Bedingungen im Telekommunikationssektor der einzelnen Mitgliedstaaten: Oft beschränken knappe finanzielle Ressourcen und divergente institutionelle Arrangements die Spielräume nationaler Regierungen. Sie können dazu führen, dass Defizite auf diesem Gebiet bestehen bleiben oder sogar verstärkt werden. Im Zusammenhang mit der Osterweiterung der Union ist die kommunikationstechnologische Diskrepanz zwischen den EU-Mitgliedern und den Beitrittskandidaten besonders deutlich.

Trotz ihres bislang rudimentären Charakters werden Fragen nach dem Zusammenhang von ‚elektronischer Demokratie‘ und einer umfassenderen Legitimation und Demokratisierung des europäischen Einigungsprozesses aller Voraussicht nach an Bedeutung gewinnen und einen erheblichen Diskussionsbedarf hervorrufen. Zurückzuführen ist dies hauptsächlich auf die weit reichenden Herausforderungen, die die ‚elektronische Revolution‘ auf lange Sicht für Gesellschaften, Staaten und staatenähnliche Akteure mit sich bringen kann. Die Europäische Union als ‚Gebilde sui generis‘ ist davon nicht ausgenommen.

Georg Weinmann ist Politologin und Lehrbeauftragte am Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen.

Literatur

Abromeit, Heidrun 1998: Ein Vorschlag zur Demokratisierung des europäischen Entschei-

dungssystems. In: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 39, Heft 1, 80-90.

Dreyer, Michael/Lang, Markus/Lembcke, Oliver 1998: Das Internet und der Senat der Vereinigten Staaten. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 29, Heft 1, 143-158.

Kamps, Klaus (Hg.) 1999: Elektronische Demokratie? Perspektiven politischer Partizipation. Opladen/Wiesbaden.

Kleinsteuber, Hans J./Hagen, Martin 1998: Was bedeutet „elektronische Demokratie“? Zur Diskussion und Praxis in den USA und Deutschland. In: Zeitschrift Parlamentsfragen, Jg. 29, Heft 1, 128-143.

Kommission der Europäischen Gemeinschaften 1999: Constructing the European Information Society. Luxemburg.

Sturm, Roland/Weinmann, Georg (Hg.) 2000: The Information Society and the Regions in Europe. A British-German Comparison. Baden-Baden (im Erscheinen).

Ullmann, Wolfgang 1999: Die europäische Dimension der demokratischen Frage. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 44, Heft 9, 1067-1073.

Webster, Frank 1995: Theories of the Information Society. London, New York.

Einbindung der Ressourcen von Akteuren aus der Gesellschaftswelt und der Wirtschaftswelt zur Rückgewinnung von Steuerungsfähigkeit geführt. Steuerungserfolge werden dabei durch eine Enthierarchisierung der Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft erkaufte. Vor dem Hintergrund der Annahme, dass der zu Grunde liegende Problemdruck global wirkt, scheint uns die These untersuchenswert, dass sich eine damit begründete Enthierarchisierung von politischen Steuerungsformen auch außerhalb der OECD-Welt beobachten lassen müsste. Die Herausbildung der hier als transnationale Allianzen bezeichneten Kooperationsformen zwischen internationalen, staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren aus Entwicklungs- bzw. Industrieländern scheint ein aufschlussreicher Gegenstand zur Identifikation einer möglichen globalisierungsinduzierten Angleichung von politischen Steuerungsmustern zu sein. Als Untersuchungsbereich wird die internationale Umweltpolitik gewählt, weil die im Rahmen der UNCED (United Nations Conference on Environment and Development) verabschiedete Agenda 21 neue Formen der nicht-hierarchischen Steuerung in allen Staaten ausdrücklich propagiert und zugleich auf einem gemeinsamen Leitbild fußt („sustainable development“). In der Herausbildung des Leitbildes kann sich nun ein weiterer, nicht auf Steuerungsmuster, sondern auf Steuerungsziele bezogener globalisierungsinduzierter Homogenisierungstrend ausdrücken. Ländervergleichende Untersuchungen der Mechanismen der Leitbildverarbeitung können darüber Aufschluss geben. Das Ziel des Forschungsvorhabens besteht darin, den von uns vermuteten Homogenisierungstrend anhand einiger als markant anzusehender Pilotfälle in einem ausgewählten Politikfeld zu untersuchen. Als Fallstudien wurden die Philippinen und Brasilien, sowie die Bundesrepublik Deutschland, die Niederlande und die Vereinigten Staaten von Amerika ausgewählt.

FORSCHUNGSPROJEKT

Die Angleichung politischer Steuerungsziele und -muster als Anpassung an die Globalisierung

Der Ausgangspunkt des Forschungsprojektes ist der aus der Globalisierung resultierende und die Steuerungsfähigkeit der Staatenwelt überfordernde Problemdruck. Dieser hat in der OECD-Welt unbestritten zu einer verstärkten

PULSSCHLAG

Die Umsetzung des Leitbildes Nachhaltige Entwicklung

Das Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung impliziert eine Umsteuerung im Zielkatalog der Staaten und eine Reorganisation der politischen Problemlösungsprozesse. Das Projekt legt hier eine These zugrunde, die im Diskurs über die Folgen der Globalisierung bislang zu kurz kommt: Durch die Homogenisierung der Formen politischer Steuerung im Zuge der Umsetzung des Leitbildes Nachhaltige Entwicklung kommt es im Prozess der Globalisierung – zumindest im Untersuchungsfeld Umweltpolitik – eher zu einer Aufwertung als zu einer Zurückdrängung zivilgesellschaftlicher Akteure. Das Projekt fragt nach, welche Faktoren die Umsetzung des Leitbildes und in der Folge die Enthierarchisierung begünstigen bzw. erschweren. Der Diskurs über eine Nachhaltige Entwicklung hat trotz seiner Interpretationsspanne verschiedene konsensfähige Eckpunkte: Eine Nachhaltige Entwicklung zeichnet sich dadurch aus, (1) dass sie die Deckung gesellschaftlicher Bedürfnisse nicht dadurch erkauft, dass folgende Generationen ihre Bedürfnisse nicht mehr befriedigen können (inter-generational-justice); und (2) dass wirtschaftliche Entwicklung in einem Teil der Erde nicht auf Kosten der Entwicklung in anderen Teilen der Erde geht (intra-generational-justice). Das Leitbild hat neben diesen grundsätzlichen ethischen Vorbedingungen drei Dimensionen, die sich gegenseitig bedingen: Die langfristige Sicherung der Lebensgrundlagen, die Verbesserung der ökonomischen Bedingungen und die Verbesserung der sozialen Lebensbedingungen.

In der Auslegung des Leitbildes durch die Agenda 21 wird auffällig wenig von den Staaten gesprochen, immer stärker rücken hier gesellschaftliche Akteure in den Mittelpunkt des Problemlösungsprozesses. Eine nachhaltige Entwicklung innerhalb der Staaten kann nur in Kooperation mit wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Akteuren gemeistert werden. Hierbei wer-

den den NGOs zahlreiche Rechte der Beteiligung eingeräumt, um den Preis von Autonomieverlusten der Regierungen. Welches sind die kausalen Mechanismen der Umsetzung des Leitbildes? Wie hoch sind die Chancen der Umsetzung des Leitbildes? Das Projekt baut auf dem vorhandenen Fundus von theoretischen Überlegungen auf, die sich mit möglichen Bedingungen der Durchsetzung von Leitbildern und Ideen in der Disziplin der Internationalen Beziehungen auseinandersetzen.

Zwischen der Präsenz eines Leitbildes und der unterstellten Wirkung muss jedoch noch ein kausales Argument der Leitbilddurchsetzung eingeführt werden. Warum wirken Leitbilder? Die Liberale Schule der Internationalen Beziehungen argumentiert, dass Normen, Ideen und Leitbilder deswegen ihre Wirkung entfalten, weil sie die Anreize, also die ‚incentives‘ für die gesellschaftlichen und politischen Akteure verändern; Leitbilder führen dann zu einem bestimmten Verhalten. Normative Faktoren können als Bewertungsmaßstab dienen und politische Akteure bloßstellen und somit dazu führen, dass sich die Akteure ‚gezwungenermaßen‘ normkonform verhalten werden. Die konstruktivistische Schule der Internationalen Beziehungen geht davon aus, dass Normen und Leitbilder ihre Wirkung viel tiefer erzielen, da sie die Interessen und Identitäten von Akteuren konstituieren. Akteure halten sich also nicht gezwungenermaßen an ein bestimmtes Leitbild, vielmehr lernen und internalisieren sie die Leitbilder und Normen. Je nach den verschiedenen Auffassungen wird auch die Logik der Infizierung politischer Entscheidungseliten durch das Leitbild unterschiedlich aufgefasst.

Logik 1: NGOs oder andere Trägergruppen des Leitbildes schließen sich in Netzwerken zusammen, wenn sie gemeinsam für eine Norm eintreten, und erhöhen so ihre Verhandlungsmacht beim *bargaining* gegenüber staatlichen Akteuren. Sie mobilisieren Entscheidungsträger und üben öffentlichen Druck aus. Wenn

der so entstandene Problemdruck hoch genug ist, sehen sich politische Entscheidungsträger genötigt, die Norm oder das Leitbild zu instrumentalisieren und zu übernehmen.

Logik 2: NGOs oder andere Akteure bringen das Leitbild in einem diskursiven Verfahren in politische Entscheidungsnetzwerke ein. Durch den Verhandlungsmodus des *arguing* erlangt das Leitbild einen Geltungsanspruch, der sich darin ausdrückt, dass das Leitbild als geteiltes intersubjektives Verständnis zwischen den öffentlichen und privaten Akteuren akzeptiert wird. Politische Entscheidungsträger lernen sich auch ohne direkte ‚incentives‘ normgerecht zu verhalten.

Wir erwarten, dass diese Modi der Normdurchsetzung je nach den gesellschaftlichen Strukturen und je nach der Phase des politischen Prozesses variieren können.

Als weitere Frage stellt sich die nach den Chancen der Durchsetzung des Leitbildes. Wir greifen hier in einem ersten Schritt auf die Ergebnisse der Forschungsgruppe Menschenrechte zurück. Deren zentrale Hypothese baut auf dem Ansatz der Opportunitätsstruktur von Kitschelt auf (Kitschelt 1986). Die Chance der Durchsetzung von Ideen beruht hier auf der Chance der Trägergruppen der Idee, Zugangspunkte zum politischen System zu bekommen, und den Möglichkeiten dieser Trägergruppen, ‚winning coalitions‘ zu bilden (Kitschelt 1986; Risse-Kapen 1994). An diese Hypothese schließt sich das beantragte Arbeitsvorhaben an. Die Chance der Durchsetzung einer Idee (abhängige Variable) wird davon abhängig gemacht, welche Strukturen das Verhältnis zwischen staatlichen Akteuren und gesellschaftlichen Akteuren bestimmen (unabhängige Variable). Zum einen beeinflusst dieses Verhältnis die Chancen der Trägergruppen, sich im politischen Prozess durchzusetzen, zum anderen die Möglichkeiten des Staates, die Idee auch gegen den Wider-

stand bestimmter Interessengruppen durchzusetzen. Als zentrale Faktoren, die eine Durchsetzung erleichtern, gelten hierbei gut organisierte zivilgesellschaftliche Akteure, ein starker Staat, ein konsensualer Politikstil zwischen den großen gesellschaftlichen Interessengruppen und die Kompatibilität der gesellschaftlichen Normen- und Wertestruktur mit dem Leitbild.

Eine besondere Schwerpunktsetzung, die auch die empirische Herausforderung mit sich bringt, ist der Nachweis der Leitbilddurchsetzung in den beiden Ländern außerhalb der OECD-Welt.

Enthierarchisierung durch transnationale Allianzen

Die Notwendigkeit der Steuerung globaler Prozesse stellt an die Staaten – als traditionelle Akteure politischer Steuerung – zunehmende Komplexitätsanforderungen, denen sie allein immer weniger gewachsen sind. Parallel zu diesem Trend entstehen sowohl auf supranationaler (Internationale Organisationen der Vereinten Nationen, Weltbank, IWF etc.) als auch auf subnationaler (regionale und lokale Institutionen) sowie auf gesellschaftlicher Ebene (NGOs, lokale Gruppierungen, privatwirtschaftliche Akteure) zusätzliche Steuerungskompetenzen. Vor diesem Hintergrund stellt, so unsere Ausgangsthese, die Einbindung von nichtstaatlichen Akteuren eine notwendige Bedingung dar, um in stark ausdifferenzierten Gesellschaften hoch komplexe Probleme überhaupt noch einer Lösung zuführen zu können. Gemäß der Scharpf'schen These werden dabei Steuerungserfolge durch die Enthierarchisierung der Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft erkaufte (Scharpf 1991: 622). Der Nationalstaat leistet auch im Verständnis dieser These weiterhin einen bedeutenden Beitrag zur politischen Steuerung. Dieser wird jedoch durch eine wachsende Zahl von Akteuren ergänzt, die ebenfalls über steuerungsrelevante Ressourcen verfügen (vgl. das Konzept der Forschungsgruppe Weltgesellschaft

PULSSCHLAG

1996). Damit scheinen unter den Bedingungen einer zunehmend interdependenten Welt hierarchische Formen der Steuerung an Bedeutung zu verlieren. Dass diese Enthierarchisierung zumindest in den OECD-Ländern stattfindet, dürfte unbestritten sein und rechtfertigt u.E. die Rede von einer Angleichung politischer Steuerungsmuster. Diese Homogenisierungstendenz meinen wir jedoch auch in Ländern nachweisen zu können, in denen eine ausreichende gesellschaftliche Grundlage dafür voraussichtlich fehlt – wie z.B. in den Entwicklungsländern. Hier vermuten wir die zusätzliche Beförderung von Enthierarchisierungstendenzen durch Kooperationsformen zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren in diesen Ländern mit transnationalen NGOs und internationalen Institutionen. Bei diesen transnationalen Kooperationsformen handelt es sich meist um strategisch motivierte themenspezifische Allianzen, in denen die Akteure vorübergehend ihre unterschiedlichen Ressourcen bündeln, um ein bestimmtes Politikergebnis zu erzielen. Dabei kann sowohl die Lösung von Problemen (wie dies bei Netzwerken vorausgesetzt wird) als auch das Eigeninteresse der einzelnen Akteure an Selbstbehauptung das zugrundeliegende Handlungsmotiv darstellen. Dieser neue Steuerungsmodus gibt den beteiligten Akteuren einerseits zusätzliche Ressourcen an die Hand, lässt aber andererseits die klare Trennung zwischen Staat und Gesellschaft diffundieren.

Entwicklungsländer, die aufgrund mangelnder Ressourcenausstattung weit weniger als Industrieländer in der Lage sind, die an sie herangebrachten Aufgaben zu bewältigen, sind auf Hilfe von außen angewiesen. Dabei sind sie jedoch neuerdings mit dem Dilemma konfrontiert, dass die hilfeleistenden internationalen Institutionen ihre Mittel zunehmend in lokale Projekte investieren, bei deren Ausgestaltung den gesellschaftlichen Gruppierungen vor Ort wachsende Mitspracherechte eingeräumt werden. Wollen die

Entwicklungsländer also Hilfe von außen, müssen sie sich gesellschaftlichen Gruppierungen im Innern öffnen. Diese Gruppen erhalten so Zugang zu den politischen Entscheidungsprozessen. Darüber hinaus werden sie noch mit Ressourcen transnationaler NGOs ausgestattet.

Um das Phänomen transnationaler Allianzen analytisch handhabbar zu machen, sollen im Rahmen des Projekts allgemeine Beschreibungsmerkmale aus den unterschiedlichen Allianzen abgeleitet und generalisierbar gemacht werden. Mit Hilfe der so gewonnenen Alliantypen wollen wir den Einfluss der transnationalen Allianzen auf die Enthierarchisierung politischer Steuerungsmuster offen legen. Dabei muss berücksichtigt werden, dass sich die verschiedenen Alliantypen hinsichtlich ihrer Implikationen zwischen den Polen einer Enthierarchisierung der Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft einerseits und deren Rehierarchisierung andererseits ansiedeln lassen können. In einem weiteren Schritt gilt es deshalb Hypothesen für die unterschiedlichen Formen der Enthierarchisierung durch transnationale Allianzen zu generieren. Zur Überprüfung dieser Hypothesen sind wir wiederum auf Indikatoren angewiesen, anhand derer sich eine Enthierarchisierung (bzw. eine Rehierarchisierung) messen lässt. Wir unterscheiden hier zwischen prozeduralen Indikatoren (Beteiligungsformen, -prozeduren und -rechte) und politischen Indikatoren (relationaler Zuwachs an Machtressourcen).

Dabei geht es jeweils um relative Zuwächse von Beteiligungschancen und Ressourcen gegenüber den staatlichen Akteuren. Enthierarchisierung in diesem Sinne meint also nicht die Gleichstellung von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren, sondern lediglich eine Aufwertung letzterer gegenüber ersteren. Anhand materieller Politikergebnisse (inhaltliche Indikatoren wie Veränderung der Agenda, der Positionen bzw. der Politik bestimmter Akteure, der Politikformulierung, der Gesetzgebung sowie

des staatlichen Verhaltens) sollte sich am Ende ablesen lassen, ob es sich bei den konstatierten Enthierarchisierungsschritten lediglich um symbolische Politik oder tatsächlich um eine Enthierarchisierung der Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft handelt.

Klaus Dieter Wolf (Projektleiter), *Hilmar Schmidt* und *Ingo Take* arbeiten am Institut für Politikwissenschaft der Technischen Universität Darmstadt und sind Mitglieder der Forschungsgruppe Weltgesellschaft.

Literatur

Forschungsgruppe Weltgesellschaft 1996: Weltgesellschaft. Identifikation eines Phantoms. In: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 37, Heft 1, 5-37.

Kitschelt, Herbert 1986: Political Opportunity Structures and Political Protest: Anti-Nuclear Movements in Four Democracies, in: British Journal of Political Science 16, 57-85.

Risse-Kappen, Thomas 1994: Ideas do not float freely: transnational coalitions, domestic structures, and the end of the cold war. In: International Organization, 48, No 2, 185-214.

Scharpf, Fritz W. 1991: Die Handlungsfähigkeit des Staates am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts, in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 32, Heft 4, 621-634.

extremismus zurückgemeldet. Die Partei, die in den sechziger Jahren Honoratioren mit NS-Vergangenheit in ihren Reihen versammelte, hat sich verjüngt und strategisch neu positioniert. Ihre wiedergewonnene Präsenz basiert nicht auf kurzfristigen Wahlerfolgen, sondern auf der kontinuierlichen Entwicklung zur Bewegungspartei.¹ Unter ihrem seit 1995 amtierenden Vorsitzenden Udo Voigt ist sie auf Tuchfühlung zu autonomen neonazistischen Gruppen gegangen, bindet Teile des Skinhead-Kults ein, sieht sich als Speerspitze eines heterogenen ‚Nationalen Widerstands‘ und will die Straße als politisches Aktionsfeld gewinnen.² Großveranstaltungen sollen ihr zur Öffentlichkeit verhelfen – jener zentralen Ressource, der jede Bewegung bedarf, will sie nicht als Sekte enden (Rucht 1994: 339). Programmatisch liegt der Schwerpunkt der Partei heute weniger – als noch unter Voigts Amtsvorgänger Günter Deckert – auf dem Reinwaschen Deutschlands vom Nationalsozialismus (Deckert wurde u.a. wegen Leugnen des Holocausts zu einer Haftstrafe verurteilt). Zentrales Thema ist inzwischen die soziale Frage, die ethnisiert und auf die Formel ‚Arbeit zuerst für Deutsche‘ gebracht wird. Die seit vier Jahren jährlich vorgesehene Zentralveranstaltung zum ‚Tag der Nationalen Arbeit‘ (1. Mai) zählt zu den wichtigsten Aktionen.

Dieser Beitrag³ protokolliert die aufwendige Mobilisierung der NPD zur Maikundgebung 1998 am Leipziger Völkerschlachtdenkmal. Die Veranstaltung, die bereits für 1997 angemeldet, seinerzeit aber letztinstanzlich verboten worden war, konnte im Folgejahr in modifizierter Form stattfinden. Zwar hatte die Stadt Leipzig die geplante Demonstration erneut untersagt, am 30. April 1998 ermöglichte das Oberverwaltungsgericht Bautzen jedoch eine Kundgebung am Völkerschlachtdenkmal ohne anschließenden Marsch. Im Folgenden werden drei Mobilisierungsrichtungen sowie drei Wellen einer lang-, mittel- und kurzfristigen Mobilisierung unterschieden.

BERICHT

Eine rechte Bewegungspartei macht mobil

Zur NPD-Kundgebung am 1. Mai 1998

Die NPD als Bewegungspartei

Nach langer Bedeutungslosigkeit hat sich die ‚Nationaldemokratische Partei Deutschlands‘ (NPD) als tragende Kraft des deutschen Rechts-

PULSSCHLAG

Folgende Zielgruppen sollen durch die Agitation im Vorfeld der Maiveranstaltung erreicht werden:

- die 1998 rund 6000köpfige Mitgliederschaft der Partei (1997: 4.300). Innerhalb der Mutterpartei wahrt die Jugendorganisation ‚Junge Nationaldemokraten‘ (JN) zu diesem Zeitpunkt noch eine gewisse Eigenständigkeit. Dies zeigt sich auch bei der Mobilisierung zur Maiveranstaltung, bei der die traditionell aggressiver und stärker aktionistisch ausgerichteten JN eine führende Rolle spielen.
- autonome neonazistische Gruppen, so genannte ‚Freie Kameradschaften‘. Diese Gruppen haben sich im Laufe der 90er Jahre herausgebildet. Damit reagierte der Neonazismus auf die staatlichen Verbote zahlreicher Organisationen, überwiegend in der ersten Jahrzehnthälfte. Das Konzept, durch solche informell organisierten Gruppen staatliche Eingriffe zu erschweren, wurde in mehreren Strategiepapieren niedergelegt, von denen der Text „Schafft befreite Zonen!“ aus dem ‚Nationaldemokratischen Hochschulbund‘ (NHB) den höchsten Bekanntheitsgrad erlangte. Die Kameradschaften stehen zu diesem Zeitpunkt in einem gespannten Kooperationsverhältnis zur NPD, die als einzige rechtsextremistische Partei eine Zusammenarbeit mit ihnen offen begrüßt. Einflussreich ist insbesondere der lose Personenkreis um die Hamburger Neonazis Christian Worch und Thomas Wulff.
- die nicht über informationelle Anbindung an die Partei oder an autonome Gruppen verfügende Öffentlichkeit. Auch in dieser Gruppe erwartet die NPD einen Anteil Mobilisierungsbereiter. Dies gilt insbesondere für den Großraum des Veranstaltungsortes, einerseits wegen der räumlichen Nähe, andererseits wegen der öffentlichen Akzeptanz rechtsextremistischer Positionen in Teilen der neuen Bundesländer. In Sachsen zeigt

die NPD besondere Präsenz. Der Landesverband ist der mitgliedstärkste der Partei, das südöstliche Bundesland zu diesem Zeitpunkt ihr Aktionsschwerpunkt.

Langfristige Mobilisierung

Die langfristige Mobilisierung schließt unmittelbar an den 1. Mai des Vorjahres an. In dieser Phase findet eine eher unsystematische und allgemeine Unterrichtung der Anhängerschaft darüber statt, dass die Parteileitung bereits am 2. Mai 1997 einen Marsch für das Folgejahr angemeldet hat. Ort soll erneut das Leipziger Völkerschlachtdenkmal sein. Informelle Kontakte sowie parteiinterne Medien (Rundschreiben, Parteiorgan) sind zu diesem Zeitpunkt die bedeutendsten Informationsträger. So gibt die Zentrale etwa eine Woche nach Anmeldung der Demonstration diesen Schritt in einem Rundschreiben parteiintern bekannt. In der Mitte des Monats erscheinenden Mai-Ausgabe 1997 berichtet das NPD-Organ ‚Deutsche Stimme‘ (DS) ausführlich über die verhinderte Großdemonstration und kurzfristig abgehaltene kleine Alternatiververanstaltungen. Die Zeitung geht zwar auf die neuerliche Anmeldung für das kommende Jahr noch nicht ein, doch durch Rundschreiben und informelle Kontakte hat die Information die Mitgliederschaft zu diesem Zeitpunkt bereits nahezu vollständig erreicht. In der DS bleibt der 1. Mai zwei weitere Ausgaben lang ein Thema der Leserbriefseite. Kaum zufällig berichtet das Blatt im Oktober ausführlich über die Völkerschlacht und das Leipziger Denkmal. Über Knotenpersonen mit informeller Anbindung sowohl an die Partei als auch an rechtsautonome Gruppen wird die Mitteilung über die Anmeldung der Demonstration nun zu den freien Kameradschaften transportiert.

Mittelfristige Mobilisierung

Die maßgebliche und systematische Mobilisierung setzt ab Februar 1998, also etwa drei Monate vor der Veranstaltung, in zwei Wellen

ein und intensiviert sich im März. Zunächst ruft die DS zur Kundgebung auf und bedient die Mitgliederschaft mit Service-Informationen. Die März-Ausgabe enthält ein formatfüllendes Plakat (DIN A3), das die stark vergrößerte Reproduktion eines für den 1. Mai mobilisierenden Aufklebers mit dem Veranstaltungsmotto „Wir schaffen Arbeit – Bonn schafft nichts“ zeigt sowie detailliert über Busmitfahrgelegenheiten (einschließlich Kontakttelefonnummern) informiert. Im April erscheint die vierseitige Ausgabe ‚DS EXTRA 4/98‘, die der NPDeigene Deutsche Stimme Verlag unabhängig vom Hauptblatt an die Anhängerschaft verschickt und die im Aufmacher und zwei weiteren Beiträgen zur Maidemonstration aufruft. Ihr liegt ein Schreiben des verantwortlichen Redakteurs bei, dem Vorsitzenden des Landesverbands NRW und Bundesvorstandsmitglied Udo Holtmann, in dem dieser den Aufruf zur Demonstration unterstützt.

Etwa zeitgleich mit der DS erinnern die Landesverbände ihre bereits informierten örtlichen Gliederungen an die Maidemonstration und teilen ebenfalls Service-Informationen mit. Im März gibt die Parteileitung ein Plakat, ein Flugblatt und einen Aufkleber heraus, die für den Leipziger Marsch mobilisieren. Für diese Medien – sie werden im Folgenden als nicht-periodische Mobilisierungsmedien zusammengefasst – ist das zentrale ‚Amt für Öffentlichkeitsarbeit‘ der NPD verantwortlich. Die Bundesgeschäftsstelle in Stuttgart verschickt sie an alle Mitglieder und sonstige Parteianhänger sowie in höherer Stückzahl an die 15 Landes- und alle Kreisverbände, die sie vor Ort verbreiten. Diese Medien erreichen die ebenfalls vorinformierte Anhängerschaft, haben aber eine – wenngleich begrenzte – Wirkung über sie hinaus. So wird das Flugblatt auch auf Veranstaltungen verbreitet, die sich nicht ausschließlich an die NPD-Klientel richten (z.B. Skinhead-Konzerte). Vereinzelt soll es, so NPD-Pressesprecher Klaus Beier, durch Parteianhän-

ger als Hauswurfsendung verteilt worden sein; Plakate und Aufkleber werden an öffentlich sichtbarer Stelle – überwiegend im Großraum Leipzig – verklebt. Beier zufolge hat die NPD 500.000 Flugblätter und 20.000 Plakate drucken lassen; beide Zahlen erscheinen dem Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen überhöht. Die nicht-periodischen Mobilisierungsmedien zählen zu den breitenwirksamen Mobilisierungsinstrumenten des Organisationsstabes. Dass eine massive Plakatierung sowie eine flächendeckende Streuung von Flugblättern und Aufklebern durch ein parteiexternes Vertriebsunternehmen (wie etwa bei Wahlkämpfen der DVU üblich) nicht erfolgt ist, ist den knappen Finanzen der NPD geschuldet, andererseits der realistischen Erwartung, dass sich die Teilnehmer der Demonstration überwiegend aus dem Umfeld von Partei und rechtsautonomen Gruppen rekrutieren würden.

Auffällig ist, dass Plakat, Flugblatt und Aufkleber mit weiteren Medien vernetzt sind. Sie fungieren als Einstiegshilfen, um aktuellere Mobilisierungsmedien zu nutzen: So weisen sie auf die Rufnummer des Info-Telefons der JN hin und werben für die NPD-Internet-Homepage. Das Flugblatt gibt darüber hinaus die Rufnummer des ‚Nationalen Info-Telefons‘ (NIT) Rheinland in Düsseldorf an, das den freien Kameradschaften nahe steht, sowie eine Kontaktnummer, bei der Busmitfahrgelegenheiten erfragt werden können. Auch Empfänger der weniger aktuellen, da nicht-periodischen Mobilisierungsmedien Plakat, Flugblatt und Aufkleber erhalten so die Möglichkeit, sich kurzfristig über eine veränderte Sach- und Planungslage zu unterrichten. Dies zu tun, legt das Flugblatt ausdrücklich nahe („Unbedingt an den Vortagen die Ansagen der nationalen Infotelefone abhören“). Info-Telefone sind handelsübliche Anrufbeantworter, deren regelmäßig oder unregelmäßig aktualisierte Ansagetexte Nachrichten verbreiten und auf Veranstaltungen hinweisen. Anschließend kann je-

PULSSCHLAG

der Anrufer Mitteilungen hinterlassen; sie sind somit semi-interaktive Medien. 13 rechtsextremistische Info-Telefone beteiligen sich an einem Informationsaustausch und bezeichnen sich als ‚Nationale Info-Telefone‘. Ungeachtet dieser Vernetzung stehen sie in einem Konkurrenzverhältnis und repräsentieren unterschiedliche Flügel des Rechtsextremismus. Das erwähnte NIT Rheinland beispielsweise ist eng mit neonazistischen Gruppen verbunden. Info-Telefone zählen insbesondere für das autonome Spektrum des Rechtsextremismus zu den bedeutendsten aktuellen Informationsträgern. In der zweiten Märzhälfte beginnt die NPD externe Medien mit Informationen über die Maiveranstaltung zu bedienen. Hierzu zählen die rechtsextremistische Medienlandschaft und die wichtigsten Redaktionen demokratischer Publikationen. Pressesprecher Beier spricht von etwa 40 bis 50 rechten Redaktionen und 90 sonstigen Medien, die über seinen Presseverteiler erreicht würden. Auf diese Weise findet der Hinweis auf die Demonstration mehrere Wochen vor dem 1. Mai starke Verbreitung in unterschiedlichen Strömungen des Rechtsextremismus – wenngleich die Organe unmittelbar mit der NPD konkurrierender Parteien (‚Deutsche National-Zeitung‘ (DVU), ‚Der Neue Republikaner‘ (REP)) den Marsch vollständig ignorieren. Auch Medien, die dem Rechtsextremismus ausdrücklich kritisch gegenüberstehen, ziehen die Veranstalter ins Mobilisierungskalkül, obschon sie von negativer Berichterstattung ausgehen müssen. Über solche Medien gelangen Hinweise an die eher kleine Gruppe (potentieller) Teilnehmer, die nicht über unmittelbare Anbindung an Partei oder Kameradschaften verfügt. Folglich trägt die demokratische Presse, die die geplante Demonstration thematisiert (somit ihre Aufklärungs- und Chronistenpflicht erfüllt), ungewollt zur Vorbereitung der Veranstaltung bei. Diese Berichterstattung ist aus Sicht der Organisatoren jedoch ambivalent: Sie birgt auch die Ge-

fahr, dass die öffentliche Auseinandersetzung mit einem möglichen Verbot des Marsches die Mobilisierung der Anhängerschaft mindert. Starkes Interesse an der Demonstration zeigen nicht-rechtsextremistische Medien erst in der letzten Phase vor dem 1. Mai.

Auch diejenigen Medien, die sich vorrangig an rechtsautonome Kameradschaften wenden, beginnen im März systematisch zu mobilisieren: Dies gilt insbesondere für die oben erwähnten NIT, die am 1. März (NIT Preußen in Berlin) zum ersten Mal auf die Veranstaltung hinweisen, dann Berichterstattungstakt und -umfang kontinuierlich steigern. Die übrigen, bundesweit verstreuten NIT ziehen im Laufe des Monats nach. Sie weisen ab Ende März auf zusätzliche Info-Telefone und Mobiltelefonverbindungen hin, die gezielt zur Vorbereitung der Veranstaltung eingerichtet wurden. Auch auf Internet-Seiten, die den NIT verbunden sind, tauchen solche Informationen nun auf. Dies gilt insbesondere für die umfangreiche World-Wide-Web-Domain des Hamburger Neonazis André Goertz, der vier NIT in Hamburg, Stavenhagen (Mecklenburg-Vorpommern), Düsseldorf und Halstenbek (Schleswig-Holstein) betreibt.

Gleichzeitig mobilisieren Printmedien aus dem rechtsautonomen Spektrum für den 1. Mai. So ruft die neonazistische Zeitschrift ‚Zentralorgan‘, die ein informeller Personenkreis um den Hamburger Thomas Wulff erstellt und bundesweit vertreibt, ganzseitig zu der Demonstration auf (‚Deutsche Männer und Frauen hinaus auf die Straße‘).

In Kameradschaftskreisen kursiert in dieser Phase ein NPD-kritisches Papier, das zwar die Maiveranstaltung begrüßt und zur Mobilisierung der autonomen Kräfte beiträgt, jedoch deren stärkere Repräsentation einfordert. Als Verfasser firmiert das ‚Nationale und Soziale Aktionsbündnis Norddeutschland‘ um Worch und Wulff. Das Papier beansprucht insbesondere Rederecht für einen der beiden Neonazis

auf dem Leipziger Podium. Am 1. Mai selbst werden in einer spontanen Aktion zwei Flugblätter mit derselben Zielsetzung verbreitet. Die Maikundgebung setzt allerdings einen Schlusspunkt hinter solches Kräfteressen von Bewegungspartei und autonomen Gruppen: Zwar kommt in Leipzig kein Kameradschaftsvertreter zu Wort, doch bereits viereinhalb Monate später, bei einer NPD-Großkundgebung in Rostock, darf auch Worch sprechen. Offenbar will die Partei ihr strategisches Bündnis mit neonazistischen Kräften nicht gefährden und ist nach den Spannungen im Vorfeld des 1. Mai bereit, sich weiter auf diese zuzubewegen.

Im Internet erscheinen in dieser Phase zahlreiche Aufrufe. So berichtet das neonazistische Online-Periodikum ‚Berlin Brandenburger-Zeitung‘ am 9. März zum Ersten Mal („Vormerken: Nationale Maifeier findet in Leipzig statt“) und in der Folge regelmäßig. Ferner mobilisieren unter anderem die Homepages des ‚Thule-Netzes‘⁴, des ‚Nationalen Informations-Zentrums‘ (André Goertz), die neonazistische Internet-Zeitschrift ‚Perspektive‘ sowie die Domain von NPD und JN. Gleichwohl ist das Internet zurzeit eher ein ergänzendes Mobilisierungsinstrument. Es erreicht überwiegend jüngere Einzelaktivisten, insbesondere aus der Skinhead-Szene, und informationelle Knotenpersonen, die diese Hinweise weitertragen. Allerdings verfügen bis heute nicht einmal alle NPD-Kreisbüros über einen Zugang zu dem weltweiten Datennetz.

Zusammenfassend stellt sich diese mittelfristige Phase als tragende Säule der Mobilisierungsbemühungen zur Mai-Kundgebung dar. In ihr machen die Veranstalter den Marsch systematisch in allen Zielgruppen bekannt oder rufen ihn in Erinnerung. Der im Vorjahr gestreute, eher vage Hinweis wird etwa acht bis zwölf Wochen vor der Veranstaltung mit politischer Agitation und genaueren Service-Informationen unterfüttert, so dass die Motivation potentieller Teilnehmer geweckt wird und diese den

Termin einplanen. Der besonders breite Einsatz unterschiedlicher Medientypen unterstreicht die Bedeutung dieser Phase.

Kurzfristige Mobilisierung

In der dritten, kurzfristigen Mobilisierungswelle rücken sehr aktuelle, insbesondere interaktive und semi-interaktive Medien – (Funk-)Telefon, NIT, Internet – neben informellen Kontakten in den Vordergrund. Zudem intensiviert die NPD ihre Pressearbeit, um mit Hilfe nichtrechtsextremistischer Massenmedien Mobilisierungsbereite zu erreichen. Der Beginn dieser letzten Welle lässt sich am 17. April ansetzen, an dem die Stadt Leipzig die Maidemonstration untersagt. In den folgenden zwei Wochen ändert sich die Sachlage häufig; in diesen Tagen ist offen, ob und in welcher Weise die Maikundgebung stattfinden kann; mehrere Entwicklungen sind denkbar: etwa Aufhebung oder Bestätigung des Verbots durch übergeordnete Instanzen, Erwägungen zu Spontandemonstrationen in anderen Städten. Die NPD setzt ihre Mobilisierung für die Veranstaltung in Leipzig auch nach dem Verbot uneingeschränkt fort („Auf keinem Fall den Pressemeldungen glauben! Alle Vorbereitungen weiter laufen lassen (...), auf jedem (sic) Fall nach Leipzig anreisen!“), da sie mit gutem Grund davon ausgeht, auf dem Weg durch die juristischen Instanzen erfolgreich zu sein.⁵

Allein vier NPD-Pressemittelungen datieren vom 30. April, an dem das Oberverwaltungsgericht eine Kundgebung in Leipzig genehmigt, den Demonstrationszug aber untersagt. Die Partei hofft über Hörfunk und Fernsehen noch sehr kurzfristig potentielle Teilnehmer unterrichten zu können. Dies gilt insbesondere für die kleine Gruppe, die nicht über informationelle Anbindung an Partei oder Kameradschaften verfügt. Auch NIT und einschlägige Internet-Seiten – insbesondere die NPD-Domain – geben die Nachricht umgehend weiter. Darüber hinaus informiert die NPD ihre An-

PULSSCHLAG

hängerschaft per Telefon und Fax. Unmittelbar nach Genehmigung der Kundgebung sendet die ‚Organisationsleitung 1. Mai‘ ein Fax an alle Gliederungen, in dem sie diese auffordert: „Macht diese Information bekannt! Ruft alle Euch bekannten Kameraden an und mobilisiert weiter! In Leipzig darf keiner fehlen!“ Nach dem Schneeballprinzip erreicht die Nachricht innerhalb weniger Stunden nahezu vollständig alle angemeldeten Teilnehmer sowie weitere Mitglieder. Im Falle eines gerichtlichen Verbotes hätte die Partei auf diese Weise die sofortige Demobilisierung einleiten können. Über Mobiltelefone wäre auch eine kurzfristige Umleitung der nach Leipzig anfahren den Busse möglich gewesen, da in jedem Bus mindestens eine Leitungsperson per Handy erreichbar ist. Ähnlich verläuft der Informationsfluss innerhalb der freien Kameradschaften: Deren Anhänger versammeln sich am Morgen des 1. Mai an vereinbarten Treffpunkten. Von lokalen oder regionalen Führungspersonen, die dort präsent sind, erfahren sie – falls sie sich nicht zuvor über NIT oder Internet kundig gemacht haben –, dass die Veranstaltung wie geplant in Leipzig stattfindet. Auch diese Führungspersonen sind jederzeit über Mobiltelefone erreichbar.

Am Tag der Veranstaltung sind die Internet-Seiten der NPD ihr wichtigstes Informationsinstrument. Die Domain wird stündlich aktualisiert; zudem werden bereits erste, vermutlich mit einer Digitalkamera aufgenommene und qualitativ eher schlechte Fotos eingespielt. Zielgruppe sind zu diesem Zeitpunkt nicht mehr mobilisierungsbe-reite, sondern nicht-teilnehmende Parteianhänger sowie die Massenmedien, die sicherlich auf Informationen der Homepage zurückgreifen. So tragen die Internet-Seiten nun bereits zur langfristigen Mobilisierung für folgende Demonstrationen, insbesondere jene am 1. Mai 1999 in Bremen, bei. Zudem gibt der Parteivorstand unmittelbar nach der Veranstaltung eine Pressemitteilung heraus („Erfolgreiche 1. Mai Kundgebung

der NPD durchgeführt“); gegen Abend berichtet das NIT Hamburg als erstes Medium der rechtsautonomen Kräfte.

An der Maikundgebung nehmen rund 5.000 Personen teil; damit liegt die Zahl deutlich unter den ursprünglichen Erwartungen der Veranstalter (die NPD hatte 10.000 bis 15.000 Teilnehmer angekündigt); gleichwohl handelt es sich um eine der größten Versammlungen, die Rechtsextremisten in der Bundesrepublik abgehalten haben.

Fazit

Der Mobilisierungsprozess für die 1.-Mai-Kundgebung ist langfristig angelegt, variantenreich und im Ganzen systematisch. Er verläuft mehrgleisig, um Gruppen mit unterschiedlichen Profilen in die Aktion einzubinden. So erreichen die Veranstalter sowohl die parteiinterne Öffentlichkeit und rechtsautonome Kameradschaften – Bewegungsunternehmer, Basisaktivisten und Unterstützer (Rucht 1994a: 83ff.) – als auch ein Publikum am Rande (Sympathisanten) und außerhalb der Bewegung. Das breit gefächerte Mediensystem des deutschen Rechtsextremismus vom Flugblatt bis zur Internet-Homepage ist eine unverzichtbare Stütze dieses Prozesses und transportiert Hinweise zur Veranstaltung in die Verästelungen der rechten Netzwerke. Im Mobilisierungsprozess zur Leipziger Großveranstaltung kommen nahezu alle für den Rechtsextremismus verfügbaren Medientypen zum Einsatz; dies geschieht zeitlich gestaffelt, vernetzt und der spezifischen Leistungsfähigkeit dieser Medien entsprechend. Persönliche Beziehungen überspannen die Mobilisierung und sichern sie informationell ab. An diesem Beispiel wird deutlich, dass es längst keine Floskel mehr ist, wenn Rechtsextremisten von ‚Gegenöffentlichkeit‘ sprechen.

Thomas Pfeiffer ist Dipl.-Journalist und promoviert an der Ruhr-Universität Bochum über ‚Medien einer neuen sozialen Bewegung von rechts‘.

Anmerkungen

¹ Die NPD wird als Partei verstanden, die in eine neue soziale Bewegung von rechts eingebettet ist. Ich schließe mich somit der These von Hans-Gerd Jaschke (z.B. 1992: 1437) an, dass der deutsche Rechtsextremismus in den 80er und insbesondere den 90er Jahren von seiner Struktur her bewegungsförmigen Charakter angenommen hat (so z.B. auch Gessenharter 1998; Pfeiffer 1998). Verwiesen sei ferner auf die lebhafteste, kontroverse Debatte zu dieser Frage, die maßgeblich im Forschungsjournal NSB stattgefunden hat.

² Die hohe Bedeutung, die Partei und Umfeld direkter Aktion beimessen, ist ein wesentlicher Hinweis auf die Bewegungsförmigkeit. Bei Wahlen tritt die NPD zwar an – unerfüllte Hoffnungen hatte sie sich insbesondere in Bezug auf die sächsische Landtagswahl im September 1999 gemacht –, die Priorität liegt jedoch auf außerparlamentarischer Aktion. So sagt der Neonazi Frank Schwerdt, 1998 Mitglied des NPD-Wahlkampfstabes, im Interview mit dem Parteiorgan ‚Deutsche Stimme‘: „Die Wichtigkeit des außerparlamentarischen Kampfes und der konzeptionellen logistischen Stärkung des nationalen Widerstandes stehen selbstverständlich außer Frage“. Die Betonung direkter Aktion zählt Joachim Raschke (1988: 412) zu den zentralen Merkmalen neuer sozialer Bewegungen.

³ Der Text basiert auf Interviews mit dem Pressesprecher der NPD, Klaus Beier, Mitarbeitern der Landesämter für Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen und Sachsen sowie auf der Auswertung von Plakaten, Flugblättern, Aufklebern, Periodika wie dem Parteiorgan ‚Deutsche Stimme‘, der NPD-Homepage sowie den Ansagen der ‚Nationalen Info-Telefone‘.

⁴ Das ‚Thule-Netz‘ ist 1993 als neonazistischer Mailbox-Verband entstanden (Steinmetz 1996: 60-66; Pfeiffer 1996: 14-28). Nachdem sich 1997 das ‚Nordland-Netz‘ abgespalten hat, ist nur noch eine Box in dem Netz verblieben und dieses faktisch bedeutungslos geworden. Al-

erdings ist aus dem ‚Thule-Netz‘ eine umfangreiche Internet-Domain hervorgegangen, die nach wie vor als Informationsträger wichtig ist.

⁵ Die Begründung des Verbots durch die Stadt Leipzig war juristisch dünn gestrickt. Die Stadt hatte argumentiert, ihr ständen nicht genügend Sicherheitskräfte zur Verfügung, um gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen NPD-Anhängern und linksautonomen Gruppen zu verhindern. Das OVG Bautzen hielt den frühen Zeitpunkt der Anmeldung entgegen, der eine langfristige Planung des Polizeieinsatzes ermöglicht hätte.

Literatur

Gessenharter, Wolfgang 1998: Neue radikale Rechte, intellektuelle Neue Rechte und Rechtsextremismus: Zur theoretischen und empirischen Neuvermessung eines politisch-ideologischen Raumes. In: ders./Fröschling, H. (Hg.), *Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland*. Opladen, 25-66.

Jaschke, Hans-Gerd 1992: Formiert sich eine neue soziale Bewegung von rechts? In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Jg. 37, Heft 12, 1437-1447.

Pfeiffer, Thomas 1996: *Rechtsextremisten auf dem Daten-Highway*. Dortmund.

Pfeiffer, Thomas 1998: Und die Rechte bewegt sich doch. In: *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Jg. 45, Heft 7, 581-583.

Raschke, Joachim 1988: *Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß*. Frankfurt/M., New York.

Rucht, Dieter 1994: *Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich*. Frankfurt/M., New York.

Rucht, Dieter 1994a: Öffentlichkeit als Mobilisierungsfaktor für soziale Bewegungen. In: Neidhardt, F. (Hg.), *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*. Opladen, 337-358.

Steinmetz, Linda 1996: Verbreitung rechter Ideologien in Computernetzwerken. In: *Forschungsjournal NSB*, Jg. 9, Heft 1, 59-69.

TREIBGUT

Bürgerorientierte Kommune

Die Städte Nürtingen, Bremen und Leipzig sind Sieger des Wettbewerbes 1999 ‚Bürgerorientierte Kommune‘ des Vereins Aktive Bürgerschaft und der Bertelsmannstiftung. Ausgezeichnet wurden Städte, die sich durch besonders innovative Zusammenarbeit zwischen Kommunalpolitik, lokaler Verwaltung und Bürgerschaft hervorgetan haben.

Unkonventionelle Literatur

Seit 1972 besteht die ‚Dokumentationsstelle für unkonventionelle Literatur der Bibliothek für Zeitgeschichte‘. Gesammelt wird sogenannte ‚graue Literatur,‘ also solche, die nicht über den Buchhandel oder Verlage zu erhalten ist. Schwerpunkt der Sammlung sind politische Stellungnahmen von Bürgerinitiativen, Friedensgruppen, Dritte Welt-Gruppen, Ausländer- und Exilgruppen, kleinen politischen Gruppen sowie Einzelpersonen, die sich mit internationalen und innerstaatlichen Konflikten wie auch zwischenstaatlichen Beziehungen auseinandersetzen und sich mittels Flugblättern, Broschüren, Zeitungen, Zeitschriften und Plakaten an die Öffentlichkeit wenden. Die Dokumentationsstelle nimmt gerne Sammlungen aus den 1960er Jahren bis heute entgegen.

Kontakt: Dokumentationsstelle für unkonventionelle Literatur der Bibliothek für Zeitgeschichte, Aussenstelle, Gaiburgstrasse 4a, 70182 Stuttgart, Tel.: (0711) 2-124480, Fax: -364450, eMail: bfzdoku@mailserver.wlb-stuttgart.de, URL: <http://www.wlb.stuttgart.de/-bfz>.

Frauen Netzwerk

Unter dem Namen ‚Wide‘ (Women in Development in Europe) hat sich seit 1985 ein Netzwerk von 1300 Organisationen und Initiativen zusammengefunden, welches die Frauenförderung und die Solidarität der Frauen in der Entwicklungsarbeit zum Ziel hat.

Kontakt: Tel.: (0032) 25-459070, Fax: -127342, eMail: wide@gn.apc.org.

Straßenkinder-Archiv

Seit Oktober letzten Jahres gibt es in Berlin ein internationales Archiv, in dem Forschungsarbeiten zum Thema ‚Straßenkinder‘ dokumentiert, ein Erfahrungsaustausch für alle mit diesem Bereich befassten ermöglicht und Fortbildungskurse angeboten werden.

Kontakt: Internationales Straßenkinder-Archiv, Weinbergsweg 23, 10119 Berlin, Tel.: (030) 4402465-2, Fax: -4, eMail: dolly.conto@strasenkinder-archiv.de.

Fachveranstaltungen

Das Ost-West-Wissenschaftszentrum hat einen Kalender zusammengestellt, der die geplanten Kongresse und sonstige Veranstaltungen aller deutschen Fachgesellschaften dokumentiert. Mit Hilfe des Kalenders soll es insbesondere osteuropäischen Wissenschaftlern erleichtert werden, Informationen über die deutsche ‚scientific community‘ zu erhalten.

Kontakt: URL: <http://www.uni-kassel.de/owwz/WestInfo3/gus.ghk>.

Jugend macht Demokratie

Anlässlich seines 50. Geburtstages gab der Deutsche Bundesjugendring bekannt, die Stiftung ‚Jugend macht Demokratie‘ zu gründen. Die Grundlage des Stiftungsvermögens bildet dabei der Nachlass des ehemaligen Vorsitzenden und Geschäftsführers Heinz Westphal. Zweck der Stiftung wird die Förderung der Jugendarbeit sein, wobei das ehrenamtliche Engagement im Mittelpunkt steht.

Kontakt: Deutscher Bundesjugendring, Haager Weg 44, 53127 Bonn, Tel.: (0228) 91021-0, Fax: -22.

Akademie für Ehrenamtlichkeit

In Berlin gibt es seit rund 10 Jahren eine Akademie, die Ausbildungsgänge, Workshops und Seminare für soziale Engagierte, vor allem in der Kinder- und Jugendhilfe Tätige, haupt- und

ehrenamtlich Aktive anbietet. Dazu zählt u.a. der in Deutschland einzigartige Ausbildungsgang ‚Freiwilligenmanagement‘. Zudem gibt es eine Bibliothek mit Fachliteratur und ein Internet-Magazin.

Kontakt: Akademie für Ehrenamtlichkeit in der Jugendhilfe im Förderverein für Jugend- und Sozialarbeit e. V., Rungestrasse 20, 10179 Berlin, Tel.: (030) 27-54938, Fax.: -90126, eMail: akademie@ehrenamt.de, URL: <http://www.ehrenamt.de>, sowie für die Internetzeitschrift: URL: <http://www.freiwilligen-kultur.de>.

Netzwerk gegen Kleinwaffen

Anlässlich der Friedenskonferenz in Den Haag haben sich zirka 200 NGOs aus 50 Staaten zu dem ‚Internationalen Aktions-Netzwerk gegen Kleinwaffen‘ (IANSA) zusammengefunden. Dargestellt und diskutiert wird neben den Forderungen nach Verboten auch die Kontrolle des Zugangs zu Kleinwaffen, der legale zwischenstaatliche Transfer, Bestand und Lagerung innerhalb der Staaten und der illegale Handel. Kontakt: ISNAS, Box 422, 37 Store Street, London, WC1E 7BS, Großbritannien.

Living-Planet-Index

Die Börsen sind auf Rekordkurs. Der Dow-Jones-Index stieg in den vergangenen 30 Jahren von 100 auf 10500 Punkte. Doch der Living-Planet-Index, ein von der UN-Naturschutzorganisation IUCN und der Welternährungsorganisation FAO des World Wide Fund for Nature (WWF) erarbeitetes Messinstrument zum ökologischen Zustand der Erde, ist keineswegs auf Wachstumskurs, sondern zeigt an, dass in dem gleichen Zeitraum die biologische Vielfalt auf 55% ihrer Ursprungsdiversität schrumpfte.

Demokratie und Internet

Die Frage, welche Chancen und Risiken mit den neuen Informationstechnologien für die Entwicklung von Demokratie und Partizipation verbun-

den sind, kann man in einem offenen Diskussionsforum der Medienwissenschaftler Michael Macpherson und John Gotze debattieren.

Kontakt: URL: <http://www.democracyforum.net>.

Jugendserver

Themen und Belange von Jugend und Jugendarbeit, wie beispielsweise ehrenamtliches Engagement, Grundlagen der bundesdeutschen Kinder- und Jugendpolitik, internationaler Jugendaustausch, außerschulische Bildung, Medienpädagogik, Arbeiten im Ausland, bietet die Internetseite des Deutschen Bundesjugendrings und des Internationalen Jugendaustausch- und Besucherdienstes der Bundesrepublik Deutschland.

Kontakt: URL: <http://www.jugendserver.de>.

Bürgerstiftungen

Bürgerstiftungen fördern das Gemeinwohl auf lokaler Ebene. Diese Form der Stiftung hat in der anglo-amerikanischen Welt eine lange Tradition. In Deutschland wurde hingegen erst in diesem Jahr die erste Bürgerstiftung ‚Stadt Stiftung Gütersloh‘ von Reinhard Mohn gegründet. Die Bertelsmann Stiftung und die amerikanische Charles Stewart Mott Foundation haben nun ein ‚Transatlantisches Netzwerk Bürgerstiftungen‘ gegründet. Damit soll der Erfahrungsaustausch zwischen europäischen und nordamerikanischen Bürgerstiftungen organisiert und die Verbreitung dieses Stiftungstyps gefördert werden.

Kontakt: Peter Walkenhorst, Tel.: (05241) 817172, eMail: peter.walkenhorst@bertelsmann.de.

Regionale Familienpolitik

Die Dokumentation eines Fachgesprächs über die Partizipation von Kindern, Jugendlichen und Familien ist bei der Universität Hannover erhältlich.

Kontakt: Institut für Entwicklungsplanung und

TREIBGUT

Strukturforschung GmbH an der Universität Hannover, Lister Str. 15, 30163 Hannover, Tel.: (0511) 3997-0, Fax: -229.

Ehrenamtliche Jugendarbeit

Nach Angaben des Deutschen Bundesjugendrings ist das Engagement junger Menschen für die ehrenamtliche Jugendarbeit weiterhin ungebrochen. Im Jahr 1999 haben demnach etwa eine Millionen Ehrenamtliche rund 200 Millionen Stunden in der Jugendarbeit geleistet. Bedauerlich sei die geringe Würdigung des Engagements; die Einführung der Jugendleiter-card, die ausgebildete Jugendleiter seit dem vergangenen Jahr bekommen und durch die sie Vergünstigungen, wie beispielsweise in Jugendherbergen, bei der Bahn, in Theatern und Schwimmbädern, erhalten, sei ein erster Schritt zur Verbesserung der Situation. Nähere Informationen zu der Jugendleiter-card sind in der Broschüre ‚Für mich und andere. Ehrenamtlich in der Jugendarbeit. Unterstützungsmöglichkeiten für Jugendleiter/innen‘ nachzulesen.

Kontakt: Deutscher Bundesjugendring, Haager Weg 44, 53127 Bonn, Fax.: (0228) 9102122, eMail: info@dbjr.de.

Soziale Sicherung

Das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung hat eine Broschüre über das Recht auf soziale Sicherheit neu aufgelegt. Sie kann kostenlos bestellt werden.

Kontakt: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Referat Öffentlichkeitsarbeit, Postfach 500, 53105 Bonn, Tel.: (0180) 515151-0, Fax: -1, eMail: info@bma.bund400.de.

Tagungen I

Mit dem Thema ‚Menschenrechtspolitik‘ beschäftigt sich die Tagung der Gustav-Heinemann-Akademie in Freudenberg in Zusammenarbeit mit Amnesty International vom 8.-10. 9.2000.

Kontakt: Gustav-Heinemann-Akademie, Krot-

torferstraße 27, 57258 Freudenberg, Tel.: (02734) 498-0, Fax: -100, eMail: freudemb@fes.de.

Tagungen II

Die Stiftung MITARBEIT veranstaltet in Zusammenarbeit mit der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (BAGFA) vom 5.-7. Oktober 2000 in Meinhard-Grebdorf bei Eschwege eine Tagung, die sich mit zahlreichen Fragestellungen um das Thema Freiwilligenagenturen beschäftigt.

Kontakt: Stiftung MITARBEIT, Bundesgeschäftsstelle, Ansprechpartnerin: Irene Michels, Bornheimer Str. 37, 53111 Bonn, Tel.: (0228) 60424-0, Fax: -22, eMail: info@mitarbeit.de.

Stiftung MITARBEIT

Noch zwei weitere Meldungen zur Stiftung MITARBEIT. Erstens: In der zweiten Jahreshälfte übernimmt die Stiftung turnusmäßig die Trägerschaft für das ICC-Sekretariat. Das ICC, InterCitizensConferences, ist ein Netzwerk von Organisationen aus zwölf europäischen Ländern, welches sich mit der Förderung der europäischen Zusammenarbeit von Bürgerbewegungen und Demokratieorganisationen beschäftigt. Zweitens: Die Stiftung MITARBEIT hat eine Broschüre über Frauen in ehrenamtlicher Arbeit herausgegeben.

Kontakt: siehe unter Tagungen II; für beide Projekte ist Adrian Reinert der Ansprechpartner.

Tor des Monats

Der Trendforscher Matthias Horx ist der Ansicht, dass Männer im 21. Jahrhundert immer überflüssiger werden, denn die am schnellsten aufstrebenden Berufe seien sogenannte ‚weibliche‘ Berufe, wie beispielsweise die psychologische Betreuung und die Altenpflege. Traditionelle Männerberufe wie Lkw-Fahrer und Facharbeiter dagegen würden an Bedeutung verlieren, so Horx. Dies scheint allerdings ein weiterer Einsatzbereich für Psychologen...

LESERBRIEF

Krise politischer Planung oder Krise sozialwissenschaftlicher Politikberatung?

Die Krise der politischen Planung oder die Krise der Politikberatung durch Sozialwissenschaftler sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. Die Betrachtung ist eine Frage des Standpunktes. Wer ‚von außen‘ Politik beraten möchte und feststellt, dass diese sich sperrt, spricht – vielleicht mit einer Spur Selbstmitleid – von einer Krise politischer Planung. Wer ‚von innen‘ die Beratungsangebote auch solcher Sozialwissenschaftler bewertet, die dem politischen Prozess recht nahe stehen, spricht – vielleicht mit einer Spur unangemessener Überheblichkeit – von einer Krise der Politikberatung durch Sozialwissenschaftler. In letzterer Betrachtungsweise erscheint Gerd Mielkes¹ Aussage, „Sozialwissenschaften [lieferten] Jahr um Jahr imposante Mengen von politikrelevanten Einsichten und Befunden, die eine höchst brauchbare Grundlage für Beratungs- und Planungsprozesse im Bereich politischer Entscheidungen und ihrer Implementation abgeben können“ (Mielke 1999: 40), doch sehr zweifelhaft.

Als Politikwissenschaftler, den es auf das Gebiet der politischen Beratung einer Fraktion vorschlagen hat, behaupte ich von mir, die Betrachtung von innen zu haben. Zwar verstehe ich die Sicht von außen, sage aber zugleich: Sie ist falsch. Ich will an dieser Stelle die mir zweifelhafte Verortung des Problems und die unklare Begrifflichkeit bei Mielke nicht weiter diskutieren. Vielmehr möchte ich einige Hinweise geben, was den Zugriff der Politik auf politische Planung und damit verbundene Bera-

tung verhindert und an die Sozialwissenschaftler appellieren, das Lamentieren einzustellen, den Gegenstand der Beratung zu akzeptieren wie er ist und daraus folgend ‚passende‘ Beratungsangebote zu unterbreiten.

Langfristige Planung vs. kurzfristige Polit-Show

Mielke konstatiert einen Bedeutungszuwachs von Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und macht dies für den Bedeutungsverlust politischer Planung mit verantwortlich. Ich halte diese Diagnose für richtig. Bedauerlich und unverständlich ist jedoch, daß Mielke in seinen ohnehin recht knapp geratenen Ausführungen zur Frage, wie denn die Position politischer Planung verbessert werden kann, dazu schlicht gar nichts sagt. Kann man den Bedeutungszuwachs wieder zurückschrauben? Kann politische Planung ihn sich eventuell nutzbar machen, indem sie Wege zu den Medien findet? Oder muß sie akzeptieren, dass Politik sich zusehends nach den Notwendigkeiten der Mediendemokratie zu richten hat, und versuchen, dies als Rahmenbedingung in ihre Beratung mit einzubeziehen? Letzteres ist der richtige Weg. Wer glaubt, die über Medien vorangetriebene Trivialisierung von Politik und ihr notwendiges Schielen auf den kurzfristigen medialen Effekt sei umkehrbar, irrt. Politische Planung und die Beratung des politischen Personals kann nur dann erfolgreich sein und Sinn machen, wenn sie ihre Vorschläge zum Ersten vom Ausgangspunkt ihrer ‚öffentlichen Implementation‘ her denkt: Wie kommt ein Vorschlag bei der eigenen Klientel an? Wie wirkt er auf die politische Konkurrenz? Wie werden sich wichtige Interessengruppen positionieren? Kann man eventuell entstehende politische Konflikte gewinnen? Ist es möglicherweise sogar sinnvoll, einen Konflikt mit einer Gruppe zu führen, oder sind die politischen Kosten zu hoch? Passt ein Vorschlag zum eigenen und/oder zum gewünschten Image, und wie verändert sich dieses? Und vor allem:

TREIBGUT

Mit welchem Vokabular muss man ein Thema plazieren? Wie inszeniert man es erfolgreich? Ein Beispiel, wie man an diesen Fragen orientiert alles falsch machen kann, war sicher die Art der jetzigen Bundesregierung, die Änderung des Ausländerrechts zu inszenieren. Über die Folgen wissen wir Hessen besonders schmerzlich zu berichten.

Zum Zweiten muss politische Planung und Beratung den Aspekt der politischen Implementation bedenken. Politische Planung ist um so erfolgreicher, je mehr sie ihre Vorschläge von den zu ihrer Umsetzung einsetzbaren Instrumenten her denkt. Je einfacher diese Instrumente mit den zentralen administrativen Steuerungsressourcen Recht und Geld handhabbar sind, desto größer die Chancen der Umsetzung. Je größer der Aufwand in dieser Hinsicht, insbesondere wenn es sich um weiteren wissenschaftlichen Vorlauf handelt, desto sicherer sein Scheitern.

Anforderungen an die Sozialwissenschaften

Orientiert an diesen Überlegungen will ich drei Beispiele aus der eigenen Praxis geben, anhand deren die für die Politik defizitären Orientierungsleistungen der Sozialwissenschaften – ohne Anspruch auf Vollständigkeit oder Systematik – deutlich gemacht werden können.

Die bündnisgrüne Landtagsfraktion Hessen hat im Februar 1996 einen Kongress ‚Forum Verkehrswende‘ durchgeführt. Dieser richtete sich sowohl an die Partei als auch an Gruppen und Personen in Hessen, die das Ziel einer anderen Verkehrspolitik im Sinne der Verkehrsvermeidung und -verlagerung auf den Umweltverbund (öffentlicher Personennahverkehr, Radverkehr, zu Fuß gehen) verfolgen. Ziel war die Zusammenführung solcher Kräfte für eine erfolgreichere Politik. Über den gemeinsamen Willen zu einer anderen Verkehrspolitik hinaus ist bei dem skizzierten Personenkreis erfahrungsgemäß wenig bis kein politisches Verständnis anzutreffen. Damit meine ich eine Vorstellung von den

im Politikfeld relevanten Akteuren, ihren Zielvorstellungen und ihren Ressourcen. Kurz: Es existiert keine Vorstellung von der Struktur des Politikfeldes. So wird aber die Bildung einer eigenen politischen Strategie für erfolgreiches Handeln in diesem Feld erschwert oder sogar ausgeschlossen. Es war daher Ziel, einen Politikwissenschaftler zu finden, der genau dieses leistet. Dieses Problem war aber nicht lösbar.

Von der Politikwissenschaft ist zu fordern, dass sie uns zumindest für alle relevanten Politikfelder erst einmal die Struktur darlegt, um Anhaltspunkte für das eigene Agieren zu erhalten.

Als ich Mitte 1995 zu genannter Landtagsfraktion kam, war die Legislaturperiode nach der von SPD und Bündnisgrünen gewonnenen Wahl im Februar 1995 noch frisch. Trotzdem wurde recht bald eine gewisse Unzufriedenheit in der Fraktion mit der eigenen Situation in der Koalition erkennbar. Diese bezog sich darauf, dass die SPD als weitaus größerer Koalitionspartner in oft recht selbstgewisser und selbstsicherer Manier den Geist und auch die Buchstaben des Koalitionsvertrages in ihre Richtung dehnte, ohne dass die Bündnisgrünen dem viel entgegen setzen konnten. Dass dem nicht viel entgegen zu setzen ist, liegt daran, dass die Position des substantiell kleineren Koalitionspartners immer so lange stark ist, wie dieser für die Mehrheit zur Etablierung der Regierung wichtig ist. Danach sinkt sein Einfluss vor allem in den Politikbereichen, in denen die relevante Ministerialverwaltung nicht die ‚eigene Beute‘ ist. Vieles dessen, was den Geist der Vereinbarung strapaziert, kommt als Tagesgeschäft der vermeintlich sachlogisch und neutral arbeitenden Administration daher. Welche Richtung dieses Tagesgeschäft nimmt, ist aber keinesfalls losgelöst von den politischen Vorgaben der jeweiligen Hausspitze.

Exit und Voice

In einer solchen Situation bleiben einer Partei die Optionen ‚Exit‘ und ‚Voice‘. Gerade für eine

kleine Partei ist Exit jedoch immer mit der Gefahr einer möglicherweise existenzbedrohenden Krise verbunden. Vor allem bedeutet der Rückzug aus der Regierung einen erheblich sinkenden Einfluss auf die Politik und zwar nicht nur in den Politikbereichen, in denen man MinisterInnen stellt; der Koalitionspartner verhält sich ja nicht nur vertragsbrüchig. Die Exit-Option beschwört darüber hinaus die Gefahr einer substantiell anderen Politik herauf, da die Grünen im Gegensatz zur FDP beim augenblicklichen Stand der Dinge mit der CDU nicht kompatibel sind.

Auch die Voice-Option ist nur bedingt anwendbar, da man in einer Regierung nicht gleichzeitig Opposition sein kann. Dieses Modell ist in Hessen für die Grünen bereits Mitte der 80er Jahre gescheitert und scheitert aktuell in NRW erneut, wenn auch weniger spektakulär.

Gesucht wurde somit eine politische Strategie, die Nachteile der Exit- und Voice-Option zu vermeiden und trotzdem dafür zu sorgen, dass sich der Koalitionspartner stärker an die Vereinbarung hält, als das damals der Fall war.

Forschung zur Politikverflechtung

Ertragreich war der Versuch, Ergebnisse der Politikverflechtungsforschung heranzuziehen. Tatsächlich unterscheiden sich auch Koalitionen vom konventionellen praktischen und theoretischen Verständnis von Politik insofern, als sie nicht unitarisch, majoritär und hierarchisch betrachtet und gesteuert werden können. Tatsächlich gibt es auch hier keine Identität von an Entscheidungen Beteiligten und innerparteilich oder auch nur in der Fraktion Betroffenen. Diese können keinesfalls hierarchisch eingebunden werden. Auch hier muss also ein konsensueller Modus von Politik gefunden werden. Die Akteure verfolgen egoistisch-rational den eigenen Nutzen, kompetitive oder gar feindselige Handlungsorientierungen bleiben ausgeschlossen. Sie kennzeichnen allenfalls die Agoniestadium von Koalitionen. Sie sind ebenso ineffizient, weil

ungelöste Konflikte nicht dauerhaft unbehandelt bleiben können, es aber ungewiss ist, ob sie durch Behandlung Lösungen zugeführt werden können. Im Extremfall kann dies bis zur Selbstblockade reichen.

Verhandlungsergebnisse ziehen höchst unterschiedliche Verteilungsfolgen im innerparteilichen Kräfteverhältnis oder gegenüber der Wählerschaft nach sich. Ausgleichszahlungen oder Koppelgeschäfte zum Lindern der Schmerzen des jeweils ‚unterlegenen‘ Partners sind daher an der Tagesordnung. Um dabei erfolgreich zu sein, sind strategisches Handeln, Drohgebärden und Bluff durchaus hilfreich und werden angewendet. Die Probleme sind auch nicht dadurch lösbar, dass man simultane und multilaterale Verhandlungen institutionalisiert, weil dies in diversen Koalitionsrunden und Arbeitskontakten selbstverständlich der Fall ist. Das heißt: Die Instrumente zur Analyse von Koalitionen liegen sehr wohl bereit. Vorarbeiten auch zur Befassung mit dem von mir geschilderten Problem sind geleistet. Einzig: Es geschieht nichts.

Der diskussionsweise eingebrachte Vorschlag, ersatzweise auf Provokationen des Partners mit einer Fülle von eigenen Vorschlägen zu reagieren, um dem Partner so fortwährend die Kosten solchen Tuns vor Augen zu führen, ist nicht praktikabel. Dieser Vorschlag verkennt die gerade in Regierungszeiten notorisch knappen Ressourcen einer kleinen Partei, in der viele Akteure bis zur Erschöpfung agieren, und in der es für eine solche Strategie schlicht keine Ressourcen gibt.

Es mag sein, dass das Problem sowohl theoretisch als auch praktisch nicht lösbar ist. Es mag sein, dass wir Grüne aufgrund unserer Herkunft, einer immer noch nicht völlig abgelegten Scheu gegenüber der Regierungsmacht oder schlicht daher, dass uns die Koalitionsoptionen nicht offen stehen, in Koalitionen nicht auftreten wie die FDP. All dies ist plausibel. Fatal ist aber, dass sich die Politikwissenschaft augenscheinlich gar nicht um die Bearbeitung

TREIBGUT

des Problems bemüht. Ist dieses bei nüchterner Betrachtung politischer Prozesse so abwegig, dass man es schlicht nicht sieht?

Politik als Handelsware

Das letzte Beispiel ist das aktuellste. Nach der verlorenen Landtagswahl 1999 hat die Fraktion beschlossen, sich professioneller Hilfe bei der Betrachtung und Entwicklung des eigenen Images zu bedienen. Dafür sind Marketingagenturen eingeladen worden. Diese haben je verschieden versucht, Parameter für die Wahlentscheidung zu identifizieren. Diesen Parametern sah man an, dass sie alle irgendwie handgestrickt waren. Auf die Erkenntnisse der Politikwissenschaft zu diesem Thema – und da gibt es ja nun wirklich viele – hatte niemand zurückgegriffen. Dies ist zunächst ein Fehler der Agenturen. Ich bin mir jedoch sicher, dass auch in der Politikwissenschaft noch kaum jemand auf den Gedanken gekommen ist, die Beratung der Politik über Marketingagenturen zu versuchen. Bei genauem Zusehen ist dies aber kein überraschender Weg, denn wir haben unsere Ware zu verkaufen, wie andere Händler auf anderen Märkten auch.

Wenn die Kommunikation zwischen Politik und ihrer Beratung nicht funktioniert, wo ist dann der Fehler zu suchen? Bei der Politik oder bei der Beratung? Ich meine, wenn dies so ist, dann hat sich nicht die Politik auf die Beratung, sondern die Beratung auf die Politik einzustellen. Das heißt: Dass bei vielen Beratern der Politik deutliche Lamento darüber, die Politik sei beratungsresistent, ist nur eine Seite der Medaille. Die andere ist, dass viele Politikberater sich allenfalls widerwillig auf die skizzierte politische Wirklichkeit einstellen und diese als Rahmenbedingungen ihrer Arbeit akzeptieren wollen. Wo wir Angebote und Hilfen sozialwissenschaftlicher Politikberatung gebrauchen könnten, bekommen wir sie nicht. So ist der Verdruß beidseitig: von außen über die beratungsresistente Politik, und von innen über die

mangelnden Möglichkeiten, Beratungsangebote und -ergebnisse in Politik übersetzen zu können. Politik wird zur Anpassung an ihre Beratung unfähig sein; Beratung muss ihre Anpassung an die politische Wirklichkeit schaffen.

Carsten Kamphausen ist Politikwissenschaftler und Parlamentarischer Referent für Umwelt, Energie, Verkehr und Wohnen der hessischen Bündnisgrünen.

Anmerkung

¹ *Mielke, Gerd* 1999: Sozialwissenschaftliche Beratung in den Staatskanzleien. Ein Werkstattbericht. In: *Forschungsjournal NSB*, Jg. 12, Heft 3, 40-48.

TAGUNGSBERICHT

Sprechblasen und Inszenierungen – Politische Kommunikation in Deutschland

Bis heute suchen Journalisten und Wissenschaftler nach der ‚Neuen Mitte‘; wollen sie nicht wahr haben, dass dies eine pfiffige Begriffsschöpfung war, um die SPD im 98er-Wahlkampf erst gar nicht in den Verdacht der PDS-Nähe zu bringen.

Politische Kommunikation und ‚Neue Mitte‘: ein klassischer Fall, wie in der heutigen Zeit Politik ohne Inhalt vermittelt werden kann. Unverbindlichkeit, den Adressaten der Botschaften im Nebel stochern lassen und dennoch den Eindruck des Konkreten vermitteln. Um diesen Spagat gezielt in den Medien unterzubringen, haben spätestens seit dem Clinton-Wahlkampf 1992 Politiker, die etwas auf

sich halten, ‚Spin Doctoren‘. Motto: Wenn man sie denn hat, wäre es nützlich. Bereits ein Übersetzungsversuch macht klar, um was für einen Gummibegriff es sich hierbei handelt. ‚Strippenzieher‘ mag dem Ganzen nahe kommen. Doch gab es die nicht schon immer? Einzig an Hand der glamourösen Kandidaten-Inszenierung und gezielten Mediensteuerung in den USA vermag man die Rolle und Funktion der ‚Doctoren‘ erkennen. Doch Amerika ist nicht Deutschland. Die politischen und die Mediensysteme unterscheiden sich zu sehr, als das Phänomene aus den USA auf Deutschland eins zu eins übertragbar wären.

Als die Friedrich-Ebert-Stiftung Ende März diesen Jahres, gemeinsam mit der Forschungsgruppe Neue Soziale Bewegungen, in Freudenberg bei Siegen eine Tagung über Politische Kommunikation in Deutschland veranstaltete, war die Entzauberung der ‚Spin Doctor‘ genereller Konsens. Das zentrale Problem, so die Beteiligten, bleibe jedoch die Positionierung von Botschaften – vor allem durch die PR-Instanzen – über die Medien. Professionelle Öffentlichkeitsarbeit nicht nur in den Wahlkämpfen, sondern permanent (‚permanent campaign‘) ist offenbar mehr denn je gefragt. Mithin hat die Kunstfertigkeit erfolgreicher Politikvermittlung, die politische Kommunikation an sich, erhebliches Gewicht bekommen.

Indes korrespondiert mit steigender Bedeutung politischer PR die große Gefahr eines politischen Substanzverlustes. Verkürzte Darstellung von politischen Sachthemen mit Hilfe gewiefter Marketingstrategien sind für viele politische Akteure zur angemessenen Reaktion auf eigene Defizite geworden. Die Inszenierung und Show, das Produzieren von Sprechblasen, mediengerecht verpackt, sollen Inkompetenzen kaschieren. „Inszenierungen müssen jedoch glaubhaft sein. Sie sind von ungewissen Konjunkturen abhängig“, so der Frankfurter PR-Experte Michael Behrent.

Will sagen: Eine unglaubliche Inszenierung zur falschen Zeit kann in der Öffentlichkeit verpuffen oder schlimmstenfalls großen Flurschaden anrichten. ‚Bestes‘ Beispiel dafür, wobei man ihm Inkompetenz nicht unterstellen mag, war die sogenannte Ruck-Rede des ehemaligen Bundespräsidenten Roman Herzog. Einer, der es wissen muss, ist der Redenschreiber des Bundeskanzlers, Reinhard Hesse: „Die Rede hat nichts bewirkt. Alle, die er ansprechen wollte, haben mit den Achseln gezuckt. Es ist eine Rede für die Medien gewesen. Damit hat Herzog das Gegenteil dessen erreicht, was er eigentlich wollte.“

Ursprünglich wollte Herzog sich an die politisch Verantwortlichen und alle Bürger dieses Landes wenden. Beides hat er nicht erreicht. Inwieweit er von seinen Beratern zu dieser Rede überredet wurde oder nicht, sei dahingestellt. In jedem Falle war er schlecht oder gar nicht beraten.

Die Chemie, so Hesse, zwischen „Politiker und Beratern muss stimmen“. Dennoch sollte sich ein Politiker nicht in die Fänge seiner Berater geben oder von Ja-Sagern umgeben sein. Es ist interessant zu beobachten, wie Gerhard Schröder dies handhabt. Das von Helmut Kohl bekannte Küchenkabinett gebe es, so Hesse, bei Schröder nicht. Er setze vielmehr auf multiplurale Gesprächsrunden, zu denen dann Leute wie Ulrich Beck, Oskar Negt, aber auch Erhard Eppler zählen. Der Vorteil: In der Verschiedenartigkeit der Zusammensetzungen und auch Ratschläge hat schliesslich einer das letzte Wort: der Kanzler selbst. Er behält quasi die Lufthoheit über seine Beratertische.

Offizielle Politikvermittler beklagen häufig das Desinteresse, den Verdruss der Bürger an Politik. Tatsächlich bemühen sie sich nicht um eine wirkliche Kommunikation. Diese würde bekanntlich auch Kritik mit einschließen. Auch hier ein gutes Beispiel: Die Reak-

LITERATUR

tionen auf Herzogs Rede. Politisch Handelnde fühlten sich nicht angesprochen, warfen aber den Bürgern gleichzeitig vor, dass diese sich nicht als Adressaten verstanden. Die Bürger wiederum drehen nach solchen Reaktionen der etablierten Politik noch mehr den Rücken zu als es bereits der Fall ist. Gefordert sind also langfristige Konzepte und Strategien, die den Bürgern vermitteln, mit ihren Vertretern auf gleicher Augenhöhe zu kommunizieren. Denn: „Politische PR kann“, so die ehemalige Pressesprecherin der SPD, Dagmar Wiebusch, „dazu beitragen, Legitimation zu gewinnen. Vertrauen bildet sich jedoch nur langfristig“. Heisse Luft und Halbwahrheiten reichen also nicht aus. Den Bürger aktivieren, anstatt ihn professionell zu manipulieren; ausloten, wo der Bürger aktiviert werden kann. Dies sind nur zwei Aspekte, die im Spannungsfeld von seriöser Politik und ausgefeilten Verkaufsstrategien eine Antwort finden müssen.

Inwieweit die zunehmende Zentralisierung von Kommunikation, die Kontrolle, Beeinflussung und Beobachtung der Medien durch die Parteien diesen Ansprüchen entsprechen, ist fragwürdig. Ironisch ist bei dieser Entwicklung freilich, dass die Parteien von ihren (einstigen?) Gegnern lernen können: „Was die Parteien wollen“, so der Leiter Medien- und Öffentlichkeitsarbeit von Greenpeace Deutschland, Fouad Hamdan, „Stringenz, Disziplin etc., das hat Greenpeace längst erreicht“.

Peter Kuleβα, Berlin

Die Tagung „Politische Kommunikation in Deutschland“ wird in Heft 3/2000 des Forschungsjournal NSB dokumentiert.

REZENSIONEN

Bürgerengagement auf dem Vormarsch

Bürgerschaftliches Engagement ist gegenwärtig in aller Munde. In Politik und Wissenschaft hat das Thema (Hoch)Konjunktur. Dies zeigt sich an der Flut von Symposien und Tagungen, aber auch an der Vielzahl von Publikationen, wobei es sich in der Regel um Sammelbände handelt, die die Thematik aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchten, während systematische Studien zu Entstehung, Eigenschaften und Wirkungen bürgerschaftlichen Engagements eher selten sind. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass der Terminus ‚bürgerschaftliches Engagement‘ oder ‚Bürgerengagement‘ semantisch noch nicht klar bestimmt ist und in der öffentlichen Diskussion zunehmend als Oberbegriff für ein weites Spektrum von mitgliederschaftlichen, gemeinwohlorientierten sowie unkonventionellen politischen Aktivitäten verwendet wird, die jenseits der individuellen Privatsphäre und des im engeren Sinn staatlichen Entscheidungs- und Verwaltungshandelns angesiedelt sind. Die Spannweite des Begriffs reicht von der einfachen Mitgliedschaft und der ehrenamtlichen Tätigkeit, etwa in Parteien, Verbänden, Gewerkschaften, politischen Gremien und Vereinen, über die freiwillige unbezahlte Mitarbeit in karitativen oder gemeinwohlorientierten Einrichtungen wie Krankenhäusern, Schulen, Museen, Sportvereinen und Bibliotheken, bis hin zu den verschiedenen Formen direktdemokratischer Bürgerbeteiligung (Volksbegehren, Volksentscheid) sowie der Beteiligung an Protestaktionen im Rahmen von Bürgerinitiativbewegungen oder auch den neuen sozialen Bewegungen, wie etwa der Ökologie-, Anti-Atomkraft- oder Frauenbewegung.

Auffällig ist das breitgestreute Interesse am bürgerschaftlichen Engagement. Der Begriff ist en vogue und parteipolitisch noch nicht festgelegt. Für die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements sprechen sich VertreterInnen aller Parteien aus. Die Popularität des Begriffs kann als Indiz dafür herangezogen werden, dass die Bundesrepublik sich derzeit in einer gesellschaftlich-politischen Umbruchsituation befindet. Die Aufgaben- und Verantwortungsverteilung zwischen Staat und Gesellschaft, wie sie sich in der repräsentativen Demokratie sowie im Laufe der Entwicklung des modernen Wohlfahrtsstaates herausgebildet hat, steht auf dem Prüfstand. Positiv besetzt wird der Begriff in engem Bezug zur Wiederentdeckung der Zivilgesellschaft als öffentliche Sphäre gemeinwohlorientierter Tätigkeiten gesehen. Hierbei wird dem bürgerschaftlichen Engagement in Hinblick auf den politischen Entscheidungsprozess und damit hinsichtlich der Input-Seite des Staates eine Mitwirkungs- sowie auch Korrektivfunktion, und zwar jenseits von Wahlen, Parteiarbeit und korporatistischen Arrangements, zugesprochen. Hinsichtlich der Output-Dimension staatlichen Handelns wird der Begriff mit der Modernisierung und Entbürokratisierung des Wohlfahrtsstaates in Verbindung gebracht. Demnach befinden wir uns momentan in einem Übergang vom Wohlfahrtsstaat, der durch bürokratisch-administrative Dienstleistungserstellung gekennzeichnet ist, hin zu einer Wohlfahrtsgesellschaft, die sich durch die direkte Einbindung von BürgerInnen bei der Erstellung öffentlicher Leistungen auszeichnet. Schließlich wird auf den Begriff auch im Rahmen der Debatte über die Modernisierung von Staat und Verwaltung, wie sie unter dem Leitmotiv des New Public Management geführt wird, Bezug genommen. Während traditionell Staat und Verwaltung sowohl die Gewährleistungs-, als auch die Finanzierungs- und Vollzugsverantwortung zukamen, geht man heute bei der Erstellung öffentlicher Leistungen von Konzepten öffent-

lich-privater Partnerschaften aus. Dabei verbleibt die Gewährleistungsfunktion bei Staat und Verwaltung; die Vollzugs- wie auch Finanzierungsverantwortung übernehmen jedoch ganz oder teilweise private Akteure, darunter Vereine, Initiativen, Förderkreise und -gruppen wie auch Einzelpersonlichkeiten.

Zusammenfassend betrachtet wird bürgerschaftliches Engagement gegenwärtig zur Lösung verschiedenster Probleme herangezogen. Nach Keupp et al. (2000) kommt bürgerschaftlichem Engagement inzwischen ein zentraler Stellenwert zu sowohl im Rahmen des *Gemeinwohldiskurses*, der die Sorge um den Verlust von Gemeinsinn und sozialem Kapital umfasst, des *Demokratiediskurses*, der die Zivilgesellschaft als den zentralen demokratischen Kern der Gesellschaft begreift, des *Diskurses sozialer Sicherung*, der um die Absicherung der Gesellschaft vor existentiellen Bedrohungen kreist, und schließlich des *Tätigkeitsdiskurses*, der sinnvolle gesellschaftliche Aktivitätsfelder aufzeigt, die sich nicht allein auf Erwerbsarbeit reduzieren lassen.

Empirische Studien

Noch 1996 lag keine systematische, alle Bereiche der ehrenamtlichen Tätigkeit abdeckende Untersuchung vor – zu diesem Ergebnis kam die damalige Bundesregierung aufgrund einer großen Anfrage der CDU/CSU- und der FDP-Bundestagsfraktionen zur ‚Bedeutung ehrenamtlicher Tätigkeit‘. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat daraufhin im Vorfeld der Initiierung größerer Forschungsprojekte das ISEP-Institut beauftragt, eine Vorstudie anzufertigen, in der relevante empirische Studien zum Themengebiet ‚Ehrenamtlichkeit‘ zusammengetragen und systematisch ausgewertet werden. Die dazu von Beher et al. (1998) vorgelegte Studie hat aus einer 750 Quellen umfassenden Literaturrecherche 85 empirische Untersuchungen ermittelt, die sich seit 1980 mit ehrenamtlichen Engagement be-

LITERATUR

schäftigten. 43 dieser Arbeiten wurden nach Umfang, gesellschaftlichen Bereichen und soziodemographischen Merkmalen ausgewertet (37). Bereits die Auswertung des Umfangs ehrenamtlichen Engagements zeigt erhebliche Unterschiede: So schwankt je nach Studie der Umfang von ehrenamtlichen Engagement in Westdeutschland zwischen 16 Prozent und 41 Prozent sowie in Ostdeutschland zwischen 9 Prozent und 37 Prozent; nur die ausgewertete Eurovol-Studie weist als einzige Untersuchung in Ostdeutschland ein höheres Bürgerengagement als in den alten Bundesländern aus (26f.).

Die als europäischer Vergleich angelegte Eurovol-Studie von Gaskin et al. (1996) zeigt u.a. ein in den alten Bundesländern mit 16 Prozent sehr niedriges Engagement, das nicht nur deutlich unter dem europäischen Durchschnitt (27 Prozent) liegt, sondern noch hinter ehemaligen Ostblockstaaten wie Bulgarien (19 Prozent) zurückbleibt. Angesichts dieser geringen Zahlen richtet sich der Blick der Studie auf die noch zu mobilisierenden Potentiale und ermittelt eine Engagementbereitschaft von 44 Prozent der ‚Nicht-Volunteers‘ (252). Als Gründe für die Nicht-Beteiligung werden Zeitmangel (47 Prozent), fehlende Mobilisierung („Wurde nie gefragt“ 30 Prozent) und unzureichende Information („Habe nie daran gedacht“ 22 Prozent) ermittelt. Ein noch größeres Engagementpotential haben Ulzhöffer/Ascheberg (1997) in Fortsetzung der Geislingen-Studie für das Land Baden-Württemberg ermittelt. Hier zeigen 69 Prozent der BürgerInnen grundsätzliches Interesse für bürgerschaftliches Engagement (48). 55 Prozent der Baden-Württemberger sehen sich in der Verantwortung für die lokale Kultur des Sozialen, für Glück und Wohlergehen (20). Diese außerordentlich hohen Werte gehen allerdings deutlich (auf 34 Prozent) zurück, wenn man fragt, ob die Befragten glauben, mit dem Engagement etwas bewegen zu können und insofern dafür auch Zeit aufwenden würden (48). Einige Hinweise, warum lediglich ein Drittel Engagementbereite übrig bleiben, geben die Erkenntnisse zu den Barrieren bürgerschaftlichen

Engagements und zu den Erwartungen der Engagierten an die Politik. Während die Nichtengagierten mit 48 Prozent in der Machtlosigkeit des Einzelnen und den verkrusteten gesellschaftlichen und politischen Strukturen (54) die Haupt Hindernisse bürgerschaftlichen Engagements sehen, erwarten die anderen von der Politik bessere Qualifizierung für ihr Engagement. Sie wollen vor allem lernen ‚welche Rechte ich als Bürger/Behörden gegenüber habe‘ (46 Prozent) und ‚verhindern, dass meine Engagementbereitschaft missbraucht wird‘ (43 Prozent) (59).

Auch die vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 1999 in Auftrag gegebene Studie zur ‚Freiwilligenarbeit, ehrenamtlichen Tätigkeit und bürgerschaftlichen Engagement‘ fragt nach Engagementpotentialen. Einen Überblick über erste Ergebnisse der noch weiter auszuwertenden umfangreichen Studie haben Rosenblatt/Picot (1999) für die im ‚Projektverbund Ehrenamt‘ beteiligten Institute vorgelegt. Demnach engagieren sich 34 Prozent der Wohnbevölkerung Deutschlands im Alter über 14 Jahren; Engagementpotentiale macht die Studie bei 40 Prozent der Nichtengagierten aus, was ca. 25 Prozent aller Bundesbürger entspricht. Die Studie befragt ehrenamtlich Tätige nach Verbesserungsmöglichkeiten der Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement (6). Als Maßnahmen, mit denen gemeinnützige Organisationen ehrenamtliches Engagement fördern und unterstützen können, wurde von den Ehrenamtlichen mit 63 Prozent die Bereitstellung von Finanzmitteln für bestimmte Projekte sowie die Bereitstellung von Räumlichkeiten (46 Prozent) genannt. Von Staat und Öffentlichkeit werden bessere Information über Engagementmöglichkeiten (56 Prozent) sowie steuerliche Begünstigungen in verschiedenen Bereichen (51 Prozent) verlangt. Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen förderten die Autoren also wenig Neues zu Tage. Dass der Umfang des Engagements größer wird, wenn man die Definition des Engagements weiter

fasst, hat bereits die 1997 durchgeführte Untersuchung von Klages/Gensicke (1999) im Speyerer Wertesurvey gezeigt, die den Umfang bürgerschaftlichen Engagements bei 38 Prozent ausgemacht hat (56). Im Unterschied zu den anderen Arbeiten thematisieren die Autoren aber auch die Frage nach dem gesellschaftlichen Zusammenhalt und argumentieren mit ihren Daten gegen die (inzwischen verstummten) Befürchtungen einer entstehenden Ego-Gesellschaft. Sie begründen das vergleichsweise geringe Engagement „nicht mit fehlendem Bürgergeist der Deutschen, sondern mit dessen zu geringer Ausschöpfung und Realisierung“ (90).

Konzeptionelle Zugänge

Einen umfassenden Überblick über den Stand der Diskussion und über unterschiedliche konzeptionelle wie auch empirische Zugänge zur Thematik bietet der Band von Kistler et al. (1999). Zwar herrscht in der Bundesrepublik Konsens über die Wichtigkeit von Ehrenamt und bürgerschaftlichem Engagement, doch fehlt es an Klarheit über den Gegenstand selbst. Der umfangreiche Reader bietet eine erste Orientierungshilfe. Es werden empirische Ergebnisse und Praxisberichte zum ehrenamtlichen Engagement präsentiert, Stand und Perspektiven der Forschung skizziert (Anheier, 145-170; Dekker, 171-190) sowie Motive und Hemmnisse, Voraussetzungen und Wirkungen bürgerschaftlichen Engagements diskutiert. Ferner wird auf den begrifflichen Wandel von Ehrenamt zu bürgerschaftlichem Engagement eingegangen (Heinze/Olk, 77-100) sowie das relativ neue Konzept des ‚Sozialkapitals‘ (Offe, 113-120; Immerfall, 121-128) vorgestellt und analysiert. Außerdem thematisiert der Band die Problematik der unterschiedlichen Messkonzepte bürgerschaftlicher Tätigkeit und ehrenamtlichen Engagements – die nicht zuletzt der Grund sind für die derart abweichenden Ergebnisse vieler empirischer Studien über den Umfang des Engagements sowie über die vorhandenen Engagementpotentiale. Für

NeueinsteigerInnen in die Thematik ist der Band allerdings nicht ganz einfach, was vorrangig an der wenig gelungenen Einleitung liegt.

Ausschließlich mit dem Konzept des ‚Sozialkapitals‘ beschäftigt sich ein von Graf et al. (1999) herausgegebener Tagungsband, der die Ergebnisse eines gemeinsamen Symposiums der Evangelischen Akademie Tutzing und der Bertelsmann-Stiftung dokumentiert. Im Mittelpunkt steht die Lage in Deutschland. Ausgegangen wird vom Phänomen des ‚bowling alone‘, das Robert D. Putnam für Amerika festgestellt und daraus die These vom Niedergang des Gemeinschaftssinns entwickelt hat. Die Beiträge untersuchen mit durchaus kontroversen Positionen die Stimmigkeit dieser These in Hinblick auf deutsche Verhältnisse. ‚Soziales Kapital‘, so das Resümee, kann nicht politisch erzeugt werden, sondern basiert auf den moralischen Ressourcen des Gemeinwesens bzw. der Bürgergesellschaft. Allerdings kommen die AutorInnen nicht zu einem übereinstimmenden Urteil, wie es um das soziale Kapital in Deutschland bestellt ist. Offen bleibt, ob eine Verbindung zwischen dem deutschen Sozialstaatsmodell und der Ausbildung von Sozialkapital besteht. Der kompakte Sammelband bereichert aber ohne Zweifel die Kontroverse um den Stellenwert sozialen Kapitals.

Die historische Dimension von Bürgerengagement thematisieren Zimmer/Nährlich (2000) in ihrem Sammelband. Der in vier Unterkapitel gegliederte Reader gibt einen Überblick über die aktuelle Debatte, zeigt Traditionslinien bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland auf, geht auf unterschiedliche Organisationsformen bürgerschaftlichen Engagements ein – wobei neben der Genossenschaft schwerpunktmäßig das Stiftungswesen und speziell Bürgerstiftungen behandelt werden – und diskutiert das Verhältnis zwischen aktiver Bürgerschaft und Staat. Vor dem Hintergrund der obrigkeitsstaatlichen Tradition Deutschlands bewerten Zimmer/Nährlich die aktuelle Popularität bür-

LITERATUR

gerschaftlichen Engagements positiv und sehen in ihr eine Chance, BürgerInnen aus der klassischen Funktions- und Rollenzuweisung als loyale Untertanen zu emanzipieren.

Demokratiediskurs

Auf die klassisch-politische Funktion bürgerschaftlichen Engagements geht der Band von Willems/Winter (2000) ein, der die Ergebnisse einer Tagung des Arbeitskreises Verbände der Deutschen Vereinigung für politische Wissenschaft zum Thema ‚Politische Repräsentation schwacher Interessen‘ dokumentiert – und in keinem Seminar über Verbände und Interessenvermittlung fehlen sollte. Ausgangspunkt ist die in jüngster Zeit deutliche Zunahme von Interessenvertretern solcher Anliegen, die bis dato als schwach repräsentierbar und organisierbar galten. Die Autoren behandeln einerseits die Bedingungen der Selbstorganisation dieser ‚schwachen‘ Interessen und andererseits ihre mittelbare Repräsentation durch etablierte Institutionen wie Wohlfahrtsverbände und Parteien. Obwohl sich in den vergangenen Jahren die Bedingungen der politischen Repräsentation der ‚schwächeren‘ Interessen verbessert haben, so wenig ist umgekehrt zu bestreiten, dass im Verbandsgefüge nach wie vor deutliche Asymmetrien in Bezug auf Artikulations-, Organisations-, Mobilisierungs- und Durchsetzungsfähigkeit der verschiedenen Interessen bestehen. Die Aufarbeitung der Thematik erfolgt in vier Kapiteln, wodurch Überschaubarkeit und eine gelungene Strukturierung gewährleistet sind. Das erste Kapitel widmet sich der ‚Theorie schwacher Interessen‘; das zweite berichtet über ‚Direkte und mittelbare Interessenrepräsentation randständiger Gruppierungen‘ anhand von Beispielen pflegebedürftiger älterer Menschen, Arbeitsloser und Menschen am Rande der Armutsgrenze. Um die ‚verbandliche Organisation allgemeiner Interessen‘ geht es im dritten Kapitel, während im vierten mit Blick auf Frankreich und die USA ‚internationale Perspektiven‘ beleuchtet werden.

Welche Rahmenbedingungen sind gut für eine Vertiefung und Weiterentwicklung der Demokratie? Diese Frage steht im Zentrum des von v. Arnim 1999 herausgegebenen Readers, der die Beiträge des 2. Speyerer Demokratie-Forums der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften dokumentiert. Der Band behandelt das dialektische Verhältnis zwischen ‚Polity‘ und Bürgerengagement. Vertreter aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Medien diskutieren, inwieweit die Polity-Dimension von Politik – d.h. die Ausgestaltung der Institutionen – die Handlungsfähigkeit und Bürgernähe fördert oder hemmt. In den Beiträgen werden u.a. die ‚Kartellvernetzung des Berufspolitikerturns‘ kritisiert, über ‚Zukunftsschwächen der Wettbewerbsdemokratie‘ debattiert sowie Probleme des Föderalismus und der Europäischen Union kommentiert. Zur Steigerung der Leistungsfähigkeit öffentlichen Handelns wird auf direktdemokratische Elemente Bezug genommen und werden Erfahrungen aus den USA und der Schweiz ausgewertet.

Das parteipolitische Interesse an bürgerschaftlichem Engagement spiegelt der Band von v. Alemann et al. (1999) wider. Ihnen geht es um eine aktuelle Standortbestimmung der europäischen Sozialdemokratie sowie um ihr Verhältnis zum Kommunitarismus. Der erste Teil des Bandes, ‚Bürgergesellschaft und Gemeinwohl – eine Debatte‘, versucht, diese Bestimmung zu leisten, bevor es im zweiten Teil ‚Praktische Beispiele für bürgerschaftliches Engagement in NRW‘ um die Umsetzung des neuen Gemeinwohl-Gedankens in der Praxis geht. Der Band zeigt den Nexus zwischen Bürgerengagement und politischem Handeln auf. Aus Sicht der Herausgeber ist der Staat für die Qualität der ‚Bürgergesellschaft‘ in nicht unwesentlichem Maße mitverantwortlich, und zwar im positiven wie im negativen Sinn: Er kann unterstützend wirken, aber durchaus auch bürgerschaftliches Engagement verhindern. Als Beispiele eines im positiven Sinne ‚aktivierenden Staates‘ betrach-

ten die Herausgeber die ‚neuen‘ sozialdemokratischen Regierungen in Europa – wobei die parteipolitische Ausrichtung des Bandes (leider) etwas zu stark ins Gewicht fällt. Der Reader umfasst aber interessante Praxisbeispiele, die jedoch zum theoretischen Teil nicht in Bezug gesetzt werden.

Förderinstrumente

An der Schnittstelle von Verwaltungsmodernisierung und bürgerschaftlichem Engagement ist das im Auftrag der Stadt Herne erstellte Gutachten von Andersen et al. (1998) ‚Erfahrungen und Potenziale eines verstärkten bürgerschaftlichen Engagements zur Entlastung der Kommunen‘ zu verorten. Das Gutachten wurde auf der Basis von 15 Fallstudien ausgewählter Projekte im Ruhrgebiet erarbeitet. Die vergleichende Projektanalyse untersucht sehr differenziert die verschiedenen Organisations-, Finanzierungs- und Kooperationsformen der Projekte sowie Relationsmuster bürgerschaftlichen Engagements, das Verhältnis Projektträger – Kommune und die Konfliktverläufe im Prozess der Übernahme von kommunalen Aufgaben durch Projekte. Detailliert wird ferner auf die Unterscheidung von Ehrenamt und freiem Engagement eingegangen. Insgesamt bietet das Gutachten eine anspruchsvolle Bestandsaufnahme der Projekte und trägt insofern zur Diskussion über die Förderung von Bürgerengagement bei. Allerdings sind viele Empfehlungen derart allgemein formuliert und vage gehalten, dass sie kaum als konkrete Handlungsanweisungen dienen können. Diese bietet dagegen der von Bogumil/Vogel (1999) herausgegebene Band, in dem Bürgerengagement auf der kommunalen Ebene im Zentrum steht. Dokumentiert wird ein spezieller Aspekt des Anfang 1998 von der Bertelsmann Stiftung, der Hans-Böckler-Stiftung und der KGSt ins Leben gerufenen Netzwerkes ‚Kommunen der Zukunft‘. Konkret geht es um die Verbesserung der Chancenpotentiale der BürgerInnen als Mitgestalter auf der kom-

munalen Ebene. So wurde im Rahmen des Netzwerkes im Austausch zwischen kommunalen Praktikern, BürgerInnen und Vertretern der Wissenschaft ein innovativer Ansatz zur Stärkung bürgerschaftlichen Engagements erarbeitet, der wie ein ‚Instrumentenkoffer‘ zu handhaben und insofern in der kommunalen Praxis auch effektiv einzusetzen ist. Der schmale Band dokumentiert gut nachvollziehbar die Genesis des Ansatzes als innovatives Förderinstrument bürgerschaftlichen Engagements. Sehr anschaulich werden Beispiele für die ‚Best Practice‘ behandelt, so dass sich eine optimistische Einschätzung der Zukunftsaussichten für die BürgerInnen als Mitgestalter in den Kommunen einstellt. In diesen Kontext ist auch der Bericht der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (1999) einzuordnen, der Potentiale und Risiken bürgerschaftlichen Engagements auf lokaler Ebene behandelt und den Kommunen konkrete Handlungsempfehlungen an die Hand gibt, wie sie nachhaltig Bürgerengagement fördern und erfolgreich gestalten können. Den Kommunen wird mittels ‚Best Practice‘-Beispielen Mut gemacht, diesen zu folgen. Der KGSt-Bericht thematisiert aber auch ‚Stoppersteine‘ und zeigt auf, dass der Weg zu mehr Partizipation zum Teil konfliktträchtig und langwierig sein kann. Demzufolge sind die Leitsätze zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements relativ offen formuliert und (mal wieder) nicht direkt umsetzbar. In puncto Unterstützung von Bürgerengagement gibt es eben keinen ‚Königsweg‘, sondern jede Kommune muss ihre ‚Form der Weiterentwicklung von Bürgerengagement finden‘.

Daniela Crede/Stefan Nährlich/Katrin Wiedenhöft/Annette Zimmer, Münster

Literatur

Alemann, Ulrich von/Heinze, Rolf G./Wehrhöfer, Ulrich (Hg.) 1999: Bürgergesellschaft und Allgemeinwohl. Analyse, Diskussion, Praxis. Opladen: Leske+Budrich.

LITERATUR

- Andersen, Uwe/Neuendorff, Hartmut/Pankoke, Eckart/Schatz, Heribert/Strohmeier, Klaus Peter* 1998: Erfahrungen und Potenziale eines verstärkten bürgerschaftlichen Engagements zur Entlastung der Kommunen. Herne (Gutachten im Auftrag der Stadt Herne).
- Arnim, Hans Herbert von* (Hg.) 1999: Adäquate Institutionen. Voraussetzungen für ‚gute‘ und bürgernahe Politik? Vorträge auf dem 2. Speyerer Demokratie-Forum vom 14. bis 16. Oktober 1998 an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften. Berlin: Duncker&Humblot.
- Beher, Karin/Liebig, Reinhard/Rauschenbach, Thomas* 1998: Das Ehrenamt in empirischen Studien – ein sekundäranalytischer Vergleich. Stuttgart: Kohlhammer.
- Bogumil, Jörg/Vogel, Hans Josef* (Hg.) 1999: Bürgerschaftliches Engagement in der kommunalen Praxis. Initiatoren, Erfolgsfaktoren und Instrumente. Köln (Netzwerk Kommunen der Zukunft).
- Gaskin, Katharine/Smith, Justin Davis/Paulwitz, Irmtraud u.a.* 1996: Ein neues bürgerschaftliches Europa. Eine Untersuchung zur Verbreitung und Rolle von Volunteering in zehn Ländern. Freiburg i.B.: Lambertus.
- Graf, Friedrich Wilhelm/Platthaus, Andreas/Schleissing, Stephan* (Hg.) 1999: Soziales Kapital in der Bürgergesellschaft. Stuttgart: Kohlhammer.
- Keupp, Heinz/Kraus, Wolfgang/Straus, Florian* 2000: Civic Matters: Motive, Hemmnisse und Fördermöglichkeiten bürgerschaftlichen Engagements. In: Beck, U. (Hg.), Die Zukunft von Arbeit und Demokratie. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Kistler, Ernst/Noll, Heinz-Herbert/Priller, Eckhard* (Hg.) 1999: Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts. Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Meßkonzepte. Berlin: edition sigma.
- Klages, Helmut/Gensicke, Thomas* 1999: Wertewandel und bürgerschaftliches Engagement an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Speyerer Forschungsberichte Band 193. Speyer: Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung.
- Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung* 1999: Bürgerengagement – Chancen für die Kommunen. Köln (KGSt Bericht Nr. 6).
- Rosenblatt, Bernhard von/Picot, Sybille* 1999: Freiwilligenarbeit, ehrenamtliche Tätigkeit und bürgerschaftliches Engagement. Bonn: Infra-test Burke Sozialforschung.
- Ulzhöffer, Jörg/Ascheberg, Carsten* 1997: Bürgerschaftliches Engagement in Baden-Württemberg. Landesstudie 1997. Stuttgart: Sozialministerium Baden-Württemberg.
- Willems, Ulrich/Winter, Thomas von* (Hg.) 2000: Politische Repräsentation schwacher Interessen. Opladen: Leske+Budrich.
- Zimmer, Annette/Nährlich, Stefan* (Hg.) 2000: Engagierte Bürgerschaft. Traditionen und Perspektiven. Opladen: Leske+Budrich.
- Zukunftskommission Gesellschaft 2000* 1999: Solidarität und Selbstverantwortung. Von der Risikogesellschaft zur Chancengesellschaft. Bericht und Empfehlungen der Zukunftskommission Gesellschaft 2000 der Landesregierung Baden-Württemberg. Stuttgart.



Bilanz der Bewegungsforschung

„Neue soziale Bewegungen“ werden oftmals als Phänomen der 1970er und 1980er Jahre gesehen, das im Prozess der Globalisierung erheblich an politischer Wirkungsmacht eingebüßt hätte. Man trifft auch auf die Einschätzung, sie seien von der NGOisierung der Weltpolitik abgelöst worden, einem Prozess, mit dem die neuen sozialen Bewegungen nicht Schritt zu halten vermocht hätten. Gegen diese und andere Meinungen, die dem Bedeutungsverlust der neuen sozialen Bewegungen das Wort reden,

wendet sich der Sammelband, der anlässlich des 10jährigen Bestehens des Forschungsjournals *Neue Soziale Bewegungen* herausgegeben worden ist. Um es gleich vorweg zu nehmen: Die AutorInnen haben einen differenzierteren und zeitdiagnostisch weiter reichenden Blick auf die Wirkungsgeschichte der neuen sozialen Bewegungen geworfen. Der Band gibt Auskunft über die anhaltende gesellschaftliche und politische Bedeutung, aber auch über Formwandel und geänderte Problemstellungen, mit denen neue soziale Bewegungen seit den 1990er Jahren konfrontiert sind. Zugleich wird die eigene Zunft, sprich die Neue Soziale Bewegungen-Forschung, zum Gegenstand der Analyse. Der Überblick über die Bewegungsforschung, ihre Paradigmen, das Zusammenspiel europäischer und US-amerikanischer Diskussionen oder die methatheoretischen Überlegungen zum Konzept der Gelegenheitsstrukturen verdeutlichen die analytischen Leistungen, die die Bewegungsforschung auf der 'Habenseite' verbuchen kann. Gleichwohl ist die Bewegungsforschung dem Globalisierungsdruck ausgesetzt, der erhebliche Defizite deutlich werden lässt. Dazu gleich mehr.

Der Band, der insgesamt 18 Aufsätze teils in ergänzender Form, teils in durchaus produktiver Widersprüchlichkeit vereint, ist in fünf Teile gegliedert: Im ersten Teil werden die Impulse thematisiert, die von den neuen sozialen Bewegungen auf Gesellschaft und Politik wirkten. Die gesellschaftliche Rolle der protestorientierten neuen sozialen Bewegungen, ihre Zähmung, ihre innovativen und paradoxen Beiträge für die Demokratie sowie der Zusammenhang von etabliertem politischen (Parteien-)System und neuen sozialen Bewegungen werden hier besprochen. Die Aufsätze geben einen profunden Einblick vorrangig in die neuen sozialen Bewegungen der Bundesrepublik (vier Aufsätze: Dieter Rucht, Klaus Eder, Roland Roth und Joachim Raschke). Das Forschungsfach selbst wird im zweiten Teil einer

kritischen Überprüfung unterzogen sowie die Perspektiven der Bewegungsforschung aufgezeigt. Die Frage, inwiefern sich die Fachdisziplin auf dem Weg zur ‚normalen‘ Wissenschaft befindet, sowie nach den politischen Gelegenheitsstrukturen wird hier von Theorien über neue soziale Bewegungen aus europäischer und amerikanischer Perspektive ergänzt (vier Aufsätze: Kai-Uwe Hellmann, Alberto Melucci, Myra Marx Ferree/ Silke Roth und Herbert Kitschelt). Soziale Bewegungen im Transformationsprozess sind der Schwerpunkt des dritten Teils, wobei hier (leider!) nur die Bürgerbewegungen der ehemaligen DDR und nicht noch anderer osteuropäischer Länder zum Gegenstand der Betrachtungen gemacht wurden. Es wird danach gefragt, wie alternativ die alternativen Gruppen der DDR waren sowie die Entwicklung der Bürgerbewegung vorgestellt und diskutiert (zwei Aufsätze: Detlef Pollack und Dieter Rink). Ausgewählte Bewegungen werden im vierten Teil bilanziert bzw. deren Perspektiven aufgezeigt. Neben Aufsätzen über die Frauen-, Friedens- und Ökologiebewegung finden sich hier noch zwei weitere über städtische soziale Bewegungen und über entwicklungspolitische Solidaritätsbewegungen (fünf Aufsätze: Regina Dackweiler/ Reinhild Schäfer, Andreas Buro, Karl-Werner Brand, Margit Mayer und Peter Wahl). Im fünften und letzten Teil wird der Blick auf aktuelle Tendenzen geworfen. Regionalismus, Transnationale Nicht-Regierungs-Organisationen und Vernetzung mit ungleichen Partnern sind Stichworte, die einen Zusammenhang mit der Globalisierung vermuten lassen (drei Aufsätze: Dirk Gerdes, Marianne Beisheim/ Michael Zürn, Elmar Altvater).

Damit sind wir bei der Frage angelangt, wo das ‚Soll‘ in der Bilanz der Bewegungsforschung ausgewiesen wird. Der Band schließt mit dem Teil über ‚Globalisierung und multinationale Bewegungsorganisationen‘. Zumindest in den letzten beiden Aufsätzen wird der Begriff der

LITERATUR

transnationalen NGOs (TNGOs) verwendet. Was nebensächlich daherkommt, drückt aber wohl vielmehr ein Unbehagen der Bewegungs- und NGO-Forschung aus. Schon in der Einleitung des Bandes wird darauf hingewiesen, dass in der Bewegungsforschung – nach der Zäsur des Jahres 1989 – mittlerweile den transnationalen Zusammenhängen mehr Beachtung geschenkt werden müsste. Dort heißt es: „Ohne die Berücksichtigung transnationaler Themenstellungen und Vernetzungen [lassen sich] auch einzelne Bewegungen aus dem Spektrum der neuen sozialen Bewegungen nicht mehr angemessen analysieren.“ Was aber, wenn sich gesellschaftspolitische Prozesse im Kontext der Globalisierung gar nicht mit dem (nicht sehr schönen!) Begriff der ‚multinationalen Bewegungsorganisationen‘ (MBOs) erfassen lassen? Dafür spricht, dass die NGOisierung der Weltpolitik, die Kooperation ungleicher Partner, das Lobbying innerhalb supranationaler Instanzen wie der Weltbank, den Vereinten Nationen oder der Welthandelsorganisation nicht problemlos durch das analytische Instrumentarium der Bewegungsforschung bearbeitet werden können. Ebenso wenig entspricht das Handlungsrepertoire vieler NGOs bekannten Bewegungsformen.

Nicht zufällig bildet sich der Nukleus einer NGO-Forschung heraus, die allerdings selbst noch am Anfang steht und der Intensivierung sowie der analytischen wie theoretischen Schärfe bedarf. Die Zerteilung in Bewegungs- und NGO-Forschung ist keinesfalls der Königsweg der Erkenntnis. Jüngere Entwicklungen im Prozess der Globalisierung deuten vielmehr darauf hin, dass sich globaler Protest durchaus bewegungsförmig organisieren und artikulieren kann. Die breitenwirksamen Protestkampagnen gegen die Welthandelsrunde der Welthandelsorganisation Ende 1999 in Seattle/ USA und gegen das Weltwirtschaftsforum Anfang 2000 im Schweizer Davos sind hierfür ein deutlicher Beleg.

Solche Ereignisse im Weltmaßstab müssten stärker in den Blick der Bewegungsforschung genommen werden. Es ist ein Verdienst des Bandes, dieses Defizit offen anzusprechen. Neben dem guten Überblick über den Stand der Neue Soziale Bewegung-Forschung wurde aber nicht zuletzt auch eine gute und notwendige Grundlage geschaffen, um aus den Entwicklungen, Transformationen und Bilanzen der neuen sozialen Bewegungen zu lernen. In vielen Bereichen dürfte sich die Geschichte zumindest in Ansätzen auf globaler Ebene wiederholen: Mobilisierung und Vernetzung geht in Latenz über und führt zur Transformation, sprich zur Anpassung an die gegebenen Bedingungen, um der Auflösung zu entgehen.

Die Analyse solcher Prozesse ist aufgrund der geringen Ressourcenausstattung ein schwieriges Unterfangen. Denn die Bewegungsforschung konnte in der deutschen Universitäts- und Forschungslandschaft – anders als etwa in den USA – bislang nur wenig Terrain gewinnen. Hinzu kommt die veränderte Priorität der politischen Agenda, in der Massenarbeitslosigkeit, soziale Ausgrenzung und neue Armut wieder in den Vordergrund gerückt sind. Die gesellschaftliche Gesamtlage wirkt sich also gegen eine wissenschaftlich-systematische Entwicklung und Vertiefung der Bewegungsforschung aus. Um so wichtiger der vorliegende Band, der die wissenschaftlichen Leistungen und Möglichkeiten der Bewegungsforschung auf hohem Niveau dokumentiert, ohne schönreden zu wollen.

Achim Brunnengräber, Berlin

Klein, Ansgar/Legrand, Hans-Josef/Leif, Thomas (Hg.) 1999: Neue soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen und Perspektiven. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Atempause für die Frauenbewegung

Seit über 100 Jahren währt der Kampf der Frauen um Gleichberechtigung, und doch ist in puncto Rechtsfreiheit/ Autonomie, Gleichberechtigung im öffentlichen und privaten Bereich, Schutz vor Gewalt gegen Frauen und Geschlechtsdifferenz noch viel zu erreichen. Aber es stellt sich die Frage: Wo sind die Akteurinnen? Gibt es sie (noch), die Frauenbewegung? Wer ist und wer war die Frauenbewegung eigentlich?

Auf Geschichte und Aktualität der Frauenbewegung in Deutschland geht Ute Gerhard, Professorin für Soziologie, in ‚Atempause. Feminismus als demokratisches Projekt‘ ein, einem Taschenbuch mit gesammelten Aufsätzen von ihr, die in den vergangenen Jahren im Rahmen von Projekten, Konferenzen oder Beiträgen entstanden sind. Dabei untersucht Ute Gerhard die wichtigsten Themen und Streitpunkte der Frauenbewegung: Die Debatte um den Paragraphen 218, ‚Frauenrechte als Menschenrechte‘, ‚Frauenbewegung und Demokratie‘, die internationalen Beziehungen der alten Frauenbewegung und die Frauenpolitik nach 1945. Umrahmt werden diese Essays von bewegungsanalytischen Betrachtungen sowie dem Generationenproblem, das für die derzeitige Flaute in der Frauenbewegung mitverantwortlich ist. Denn ‚wo sind die Töchter der Emanzipation‘, die das Erbe vorheriger Frauengenerationen antreten, fragt die Autorin. Haben sie sich in Individualisierungstendenzen und Pluralisierung der Lebensstile verloren? Die Frauenbewegung in Form einer autonomen Bewegung ist in der Öffentlichkeit nicht mehr präsent. Zwar besteht nach wie vor ein Netzwerk von Fraueninteressen, sind diese teilweise durch Institutionalisierung verankert. Aber der ‚Feminismus ist out‘, so die Meinung junger Frauen (192). Die dritte Generation der neuen Frauenbewegung als ‚Konsu-

mentinnen‘? Ute Gerhard entschärft derartige Vorwürfe mit dem Zugeständnis der Abgrenzung zwecks Identitätsfindung (193). Nachwuchsprobleme gab es schon früher in der Frauenbewegung, und nicht nur dort. Unter Berücksichtigung des generationspezifischen Zugangs zum Feminismus bewertet die Autorin den derzeitigen Zustand als weniger alarmierend. Allerdings bleibt sie in Sorge, ob und wie die jungen Frauen ihre skeptische und abwartende Haltung in politische Kraft ummünzen werden (ebenda).

Entwarnung gibt Gerhard auch mit ihrem theoretischen Konstrukt der ‚langen Wellen‘, mit dem sie ‚Traditions- und Verbindungslinien [...] zwischen den verschiedenen Phasen und Richtungen [der Frauenbewegung herstellt], ohne jedoch der Einheitlichkeit der Frauenbewegung das Wort zu reden.‘ (10) Damit werden alte und neue Frauenbewegung zu Wellen einer ganzheitlichen Bewegung, während die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg und der neuen Frauenbewegung als Brücke zwischen beiden fungiert (85).¹ Die gegenwärtige Situation gleicht einer ‚Windstille‘. Durch die Vereinigung Deutschlands haben sich die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen verändert. Neue Netzwerke müssen von ost- und westdeutschen Frauen aufgebaut werden, um Raum für kollektive Lernprozesse zu schaffen. Denn es bleibt nach wie vor das ‚Ziel der Bewegung der Frauen [...], Vorherrschaft und Vorteile in den Geschlechterverhältnissen aufzubrechen, für den Prozess wechselseitiger Anerkennung zu mobilisieren und in politischen Auseinandersetzungen und Kämpfen immer wieder um neue Maßstäbe für Gleichheit und unaufgebbare Differenzen im Verhältnis der Geschlechter zu ringen, diese aber auch zu Lasten bzw. gegen die Interessen der Bevorrechteten durchzusetzen.‘ (37) Zur Realisierung dieses Ziels, zur Verwirklichung des zivilgesellschaftlichen Projekts, demokratische Verhältnisse für Männer und Frauen zu schaffen, bedarf es jedoch der Mithil-

LITERATUR

fe aller Beteiligten. Das bedeutet, dass auch die Männer als Verbündete gewonnen werden müssen, ohne jedoch die „eigenen Erfahrungen und Zielsetzungen und die Notwendigkeit autonomer Frauenpolitik zu verleugnen.“ (178) Ute Gerhard sieht den momentanen Schwebestand der Frauenbewegung als Chance, als Atempause zur Mobilisierung der eigenen Kräfte und zum Gewinnen von Verbündeten. Allerdings muss diese Chance auch genutzt werden!

Die Aufsätze in ‚Atempause‘ sind wissenschaftlich und einzeln betrachtet spannend geschrieben. ‚Entspannend‘ wirken dagegen viele Wiederholungen. Die Essays hätten in ihrer Abfolge thematisch besser aufeinander abgestimmt sein können. Nichtsdestotrotz bietet Ute Gerhard einen guten Überblick über wichtige Themen der Frauenbewegung, zeigt Forschungsdefizite auf und gibt Mut zu der Zuversicht, dass eine neue Etappe bevorsteht.

Irina Klave, Berlin

Gerhard, Ute/Mues, Ingeborg (Hg.) 1999: Atempause. Feminismus als demokratisches Projekt. Frankfurt/M.: Fischer.

Anmerkung

¹ Für die neue Frauenbewegung stehen lediglich westdeutsche Erfahrungen. Daher kann sie auch schon wieder als historische betrachtet werden.

ANNOTATIONEN

JULIAN NIDA-RÜMELIN

Demokratie als Kooperation

Frankfurt/M.: Suhrkamp 1999

Demokratie, so die zentrale These des Autors, sollte man als eine besondere Form der Kooperation verstehen. Diese These steht im Gegen-

satz zu einer Rhetorik, die in der ‚Selbstbestimmung des Volkes‘ die Essenz einer demokratischen Ordnung sieht. Demokratie, so die hier entwickelte Gegenposition, bedarf keines kollektiven Akteurs. Die Idee einer Repräsentation des Volkswillens ist das späte Relikt feudalistischen Gottesgnadentums; sie erschwert die Entwicklung lebensfähiger föderaler Strukturen unterhalb der nationalstaatlichen Ebene und den Aufbau supranationaler demokratischer Institutionen.

Demokratie als Kooperation steht jedoch auch in einem Gegensatz zur ökonomistischen Spielart des Pluralismus, dem zufolge Demokratie sich darauf beschränkt, bestimmte Spielregeln festzulegen, innerhalb derer Menschen ihre privaten Interessen optimieren. Die Auflösung der Bürgerschaft in konkurrierende Interessenmaximierer unterminiere die demokratische Verfassung eines Gemeinwesens. Die Suprematie des Marktes bedrohe die Demokratie ebenso wie die Suprematie einzelner kollektiver Identitäten.

Der Band versammelt bereits verstreut erschiene Aufsätze des Autors. Nach einer Einführung in die politische Ethik als einer Ethik der politischen Institutionen und der Bürgerschaft finden sich in Teil 1 Aufsätze zur kontraktualistischen Philosophie der Politik sowie zur Gerechtigkeitstheorie von Rawls und Höffe. Teil 2 enthält Aufsätze zu ‚Arrow-Theorem, Liberalität und strukturelle Normen‘, zum zivilen Staat, zu Staatsbürgerschaft, zu sozialer Demokratie und Kommunitarismus und zu Demokratie als Kooperation. Teil 3 diskutiert den Kantschen ‚Ewigen Frieden‘ zwischen Moralismus und Hobbesianismus, erläutert eine Philosophie der globalen Zivilgesellschaft und fragt nach der Vereinbarkeit von Universalismus und Pluralismus in der Ethik.

ak



ANSGAR KLEIN/FRANK NULLMEIER (HG.)
IN ZUSAMMENARBEIT MIT OLIVER VON WERSCH

Masse – Macht – Emotionen

Zu einer politischen Soziologie der Emotionen

Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 1999

Wer im Schnittfeld von Soziologie, Politikwissenschaft und Psychologie Erkundungen zum Thema Emotionen und Macht vornehmen will, kommt an einer Auseinandersetzung mit dem Begriff der Masse nicht vorbei. Gegen die dichotomisierenden Erklärungsmuster des Massediskurses – hier die irrationale, aufwieglerische, ‚dunkle‘, ‚weibliche‘ Masse, dort die rationalen politischen Eliten als Garanten rationaler Herrschaft – hat sich in den vergangenen Jahrzehnten die Bewegungsforschung gewendet mit Blick vor allem auf linkslibertäre soziale Bewegungen.

Doch das Bemühen, die Rationalität sozialer Bewegungen in den Vordergrund zu rücken, hat auch dazu beigetragen, dass die emotionalen und motivationalen Aspekte sozialer Bewegungen ausgeblendet wurden. Andererseits gewinnt das Bild von den irrationalen, ‚gefährlichen‘ und diktaturanfälligen Massen – denen man mit höchstem Misstrauen begegnen muss, angesichts zahlreicher neuerer Beispiele ‚massenhafter‘ Barbarisierung und fundamentalistischer Massenaktivierung – wieder starken Auftrieb. Der Band, hervorgegangen aus einer gemeinsamen Tagung der Zeitschrift *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* mit den Arbeitskreisen Soziale Bewegungen der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, versucht den Blick freizulegen für die Erfordernisse, Fragestellungen und Aufgaben einer politischen Soziologie der Emotionen.

Abschnitt 1 ‚Masse, Barbarei, Fundamentalismus‘ sondiert theoretische Reichweite und ak-

tuelle Bezüge des Massediskurses. Hier finden sich Beiträge von H. König (Wiederkehr des Massethemas?), F. R. Rüb (Die Rückkehr der Barbarei: Nationalismus, ethnische Konflikte und Genozid im ehemaligen Jugoslawien) und T. Meyer (Fundamentalismus. Kehrseite der Moderne).

Abschnitt 2 enthält Beiträge zur Geschichte von ‚Masse‘ und ‚Emotionen‘ in den Sozialwissenschaften. Behandelt werden Max Weber (V. Heins; T. Noetzel), Robert Michels (T. Genett), Georg Simmel (T. Wobbe/D. Trüller), die Totalitarismustheorie von Carl J. Friedrich (H. Lietzmann) und die Rolle des Massenbegriffs in der Kritischen Theorie (A. Demirovic).

Abschnitt 3 bietet eine sozialwissenschaftliche Analytik der Emotionen. H. Flam zeichnet den Diskussionsstand der neueren Soziologie der Emotionen nach, B. Sauer plädiert aus Sicht der Frauenforschung für eine geschlechtersensible Politologie der Gefühle und C. Ritter fragt nach der Rationalität von Emotionen in Prozessen politischer Identitätsbildung.

Abschnitt 4 diskutiert das Verhältnis von Massediskurs und Bewegungsforschung mit Beiträgen von R. Roth (Der Massediskurs aus der Sicht der Bewegungsforschung), B. Klandermans (Identität und Protest) und H. Geiling (Mentalitätsanalyse der neuen sozialen Bewegungen).

Abschnitt 5 ‚Kulturen der Massenemotionalität‘ analysiert das Verhältnis von Nation und Emotion (R. Speth), von Medien und Mythen in der populären Massenkultur (A. Dörner) und Masseneignisse, Festivals und Paraden in Pop- und Gegenkulturen (D. Diederichsen).

In einem Ausblick skizzieren A. Klein/F. Nullmeier und O. v. Wersch den künftigen Umgang der Politikwissenschaft mit ‚Emotionen‘.

nb



LITERATUR

RALF VANDAMME

Basisdemokratie als zivile Intervention

Der Partizipationsanspruch der neuen sozialen Bewegungen

Opladen: Leske+Budrich 2000

Die Frankfurter Dissertation versteht Basisdemokratie als aus der Praxis der neuen sozialen Bewegungen generiertes demokratietheoretisches Leitbild und politisches Organisationsprinzip. Anders als rätendemokratische Vorstellungen, die direktdemokratische Vorstellungen mit dem Ziel eines Systemwandels verbinden, anerkennt – so der Autor – der basisdemokratische Gestaltungsanspruch politischer Entscheidungsprozesse den institutionellen Rahmen der repräsentativen Demokratie. Basisdemokratie trägt zu deren Revitalisierung bei.

Reklamiert wird ein Vetorecht aufgrund eigener Betroffenheit. In Formen ziviler Intervention, die der Autor als Weiterentwicklungen des zivilen Ungehorsams seitens der neuen sozialen Bewegungen versteht, da hier nicht Bürgerrechte eingeklagt, sondern verallgemeinerungsfähige Interessen artikuliert werden, erfolgt aufgrund des fundamentalen Öffentlichkeitsbezugs des Bewegungshandelns auch eine Selbstqualifizierung der Akteure. Eine auf Prinzipien der Basisdemokratie rekurrierende ‚zivile Intervention‘ unterliegt den Anforderungen der Öffentlichkeit, der Gewaltfreiheit und des Einsatzes für ein verallgemeinerungsfähiges Interesse. Auffällig ist, dass der Autor die Diskussionen über die Zivilgesellschaft, die auch in den neuen sozialen Bewegungen geführt wurden und in denen das politische Ordnungskonzept einer radikalreformerischen Demokratisierung der liberalen Demokratie entfaltet wird, nicht aufgreift.

Die Gestaltungsansprüche der Basisdemokratie scheinen, was der Autor selber einräumt, unter Gesichtspunkten der Europäisierung und Glo-

balisierung politischer Entscheidungsprozesse begrenzt. Über eine Auseinandersetzung mit den Kampagnen von Greenpeace, die den basisdemokratischen Ansprüchen nicht entsprechen, aber gleichwohl Einfluss auf Öffentlichkeit und politische Entscheidungen nehmen, entsteht das Bild der Komplementarität von spontanen Bürgerinitiativen bzw. Bewegungen und professionalisierten NGOs, deren interne Demokratisierung jedoch auf der Tagesordnung bleibt. Laypanels (Laienberatung oder Konsens-Konferenzen nach dem Zufallsprinzip ausgewählter Laien) und die Einrichtung von Dritten Kammern sollen den Gruppen, die in der politischen Öffentlichkeit verallgemeinerungsfähige Interessen verhandeln, einen Zugang zum politischen Entscheidungsprozess ermöglichen. Derartige institutionelle Innovationen sollen basisdemokratischen Gestaltungsansprüchen auch unter Bedingungen globaler Handlungszusammenhänge einen Anschluss an das repräsentativ-demokratische Entscheidungssystem ermöglichen.

Nach einer Einleitung in die Fragestellung und Vorgehensweise werden exemplarisch die Konflikte um Why!, Gorleben und die Volkszählung 1987 als Entfaltungsräume basisdemokratischer Ansätze und des zivilen Ungehorsams behandelt. Anschließend wird die Unterscheidung von zivilem Ungehorsam und ziviler Intervention entwickelt. Am Beispiel der Brent-Spar-Kampagne von Greenpeace diskutiert der Autor die Politik des kalkulierten Regelverstößes seitens einer professionalisierten NGO und zeigt die Unterschiede des kalkulierten Regelverstößes zur zivilen Intervention auf. Nachfolgendes Kapitel gilt der Basisdemokratie in globalen Problemzusammenhängen. Es wird die Fallanalyse von Greenpeace auf eine allgemeine Diskussion über NGOs ausgeweitet und die Möglichkeit einer Kooperation von NGOs und neuen sozialen Bewegungen in neuen institutionellen Arrangements – eben den lay panels und Dritten Kammern – in den Blick genommen.

ak

AKTUELLE BIBLIOGRAPHIE

- Anderson, Jeffrey* 1999: German Unification and the Union of Europe. The Domestic Politics of Integration Policy. Cambridge: University Press.
- Baer, Susanne* 1999: Ist Ruhe erste Bürgerpflicht? oder Zur Konstruktion des Bürgers durch Verfassungsrecht. In: Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft. Vol. 82, No. 1, 5-26.
- Baker, Gideon* 1999: The Taming of the Idea of Civil Society. In: Democratization. Vol. 6, No. 3, 1-29.
- Benthin, Rainer* 1999: Rechtsradikalismus im Spiegel der neueren Forschung. In: Vorgänge 147, Jg. 38., Nr. 3, 125-131.
- Berg, Manfred* 1999: Politische Reform und soziale Bewegung. Die afro-amerikanische Bürgerrechtsbewegung des 20. Jahrhunderts. In: Neue Politische Literatur, Jg. 44, Nr. 1, 40-58.
- Beyer, Anke/Knigge, Johann/Koch, Lasse/Kocher, Robert/Krebs, Felix/Meyer-Boockhoff, Ines* 2000: „... und er muss deutsch sein ...“. Geschichte und Gegenwart der studentischen Verbindung in Hamburg. Hamburg: VSA.
- Blaser, Jeremias* 1999: Die Totalrevisionsversuche der Volksrechte im Lichte ihrer Demokratiekonzeptionen. In: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, Vol. 25, No. 2, 283-316.
- Buhr, Petra* 1999: Vorbild Schweden? Armut und Sozialhilfe in unterschiedlichen Wohlfahrtsstaaten. In: Leviathan, Jg. 27, Nr. 2, 218-237.
- Bukow, Wolf-Dietrich/Nikodem, Claudia/Schulze, Erika/Yildiz, Erol* 2000: Die multikulturelle Stadt. Von der Selbstverständlichkeit im städtischen Alltag. Opladen: Leske+Budrich.
- Bukow, Wolf-Dietrich/Spindler, Susanne* 2000: Die Demokratie entdeckt ihre Kinder. Studien zu Kinder- und Jugendforen. Opladen: Leske+Budrich.
- Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun* 2000: Flucht, Migration und Zuwanderungspolitik im Zeichen der Globalisierung. Opladen: Leske+Budrich.
- Charney, Craig* 1999: Civil Society, Political Violence, and Democratic Transitions. Business and the Peace Process in South Africa, 1990 to 1994. In: Comparative Studies in Society and History, Vol. 41, No. 1, 182-206.
- Chwe, Michael S.-Y.* 1999: Structure and Strategy in Collective Action. In: American Journal of Sociology, Vol. 105, No. 1, 128-156.
- Collier, Ruth B.* 1999: Path Toward Democracy. The Working Class and Elites in Western Europe and South America. Cambridge: University Press.
- Cyba, Eva* 2000: Geschlecht und soziale Ungleichheit. Konstellationen der Frauenbenachteiligung. Opladen: Leske+Budrich.
- Czerwick, Edwin* 1999: Verhandlungsdemokratie – ein Politikstil zur Überwindung von Politikblockaden. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 9, Nr. 2, 415-439.
- Dahrendorf, Ralf* 1999: The Third Way and Liberty. In: Foreign Affairs, Vol. 78, No. 5, 13-18.

LITERATUR

- Drüssel, D.* 1999/2000: Entschuldungspolitik und die NGO. In: Widerspruch. Beiträge zur sozialistischen Politik. Jg. 19, Heft. 38.
- Duncan, Lauren E.* 1999: Motivation for Collective Action: Group Consciousness as Mediator of Personality, Life Experiences, and Women's Rights Activism. In: Political Psychology, Vol. 20, No. 3, 611-637.
- Ferree, Myra M./Rismann, Barbara/Sperling, Valerie/Gurikova, Tatiana/Hyde, Katherine* 1999: The Russian Womens' Movements: Activists' Strategies and Identities. In: Women & Politics, Vol. 20, No. 3, 83-111.
- Geißel, Brigitte* 1999: Wege von Frauen in die Politik. Von der Parteimitgliedschaft zum politischen Mandat. In: Zeitschrift für Frauenforschung, Jg. 17, Nr. 3, 5-18.
- Greve, Carten/Flinders, Matthew/ van Thiel, Sandra* 1999: Quangos – What's in a Name? Defining Quangos from Comparative Perspective. In: Governance, Vol. 12, No. 2, 129-147
- Hampton, Greg* 1999: Environmental equity and public participation. In: Policy Sciences, Vol. 32, No. 2, 163-174.
- Hansen, R.* 1999: Migration, citizenship and race in Europe. Between incorporation and exclusion. In: European Journal of Political Research, Vol. 35, No. 4, 415-444.
- Henke, Klaus-Dieter/Steinbach, Peter/Tuchel, Johannes* 1999: Widerstand und Opposition in der DDR. Köln. Böhlau-Verlag.
- HKs 13 (Hg.)* 1999: Hoch der Kampf. 20 Jahre Plakate autonomer Bewegungen. Hamburg: Libertäre Assoziation.
- Horn, Hans-Detlef* 1999: Mehrheit im Plebiszit. Zur Voraussetzung eines Zustimmungsquorums bei Volks- und Bürgerentscheiden. In: Der Staat, Jg. 38, Nr. 3, 399-423.
- Hüchtker, Dietlind* 1999: Gendered Nations. Geschlecht und Nationalismus. Ein Bericht über zwei Tagungen zur Nationalismusforschung in der Geschlechtergeschichte. In: Historische Anthropologie, Jg. 7, Nr. 2, 328.
- Joppke, Christian* 1999: Immigration and the Nation-State. The United States, Germany, and Great Britain. Oxford: University Press.
- Jung, Otmar* 1999: Das Quorenproblem beim Volksentscheid. Legitimität und Effizienz beim Abschluss des Verfahrens der Volksgesetzgebung. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 9, Nr. 3, 863-898.
- Kaase, Max* 1999: Interpersonal Trust, Political Trust and Non-institutionalised Political Participation in Western Europe. In: West European Politics, Vol 22, No. 3, 1-21.
- Kaufmann, Karen/Petrocik, John* 1999: The Changing politics of American Men. Understanding the Sources of the Gender Gap. In: American Journal of Political Science, Vol. 43, No. 3, 864-888.
- Klein, Markus/Arzheimer, Kai* 1999: Ranking- und Rating-Verfahren zur Messung von Wertorientierungen, untersucht am Beispiel des Inglehart-Index. Empirische Befunde eines Methodenexperiments. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 51, Nr. 3, 550-565.

- Klingemann, Hans-Dieter/Fuchs, Dieter* 1998: Citizens and the State. Oxford: University Press.
- Kymlicka, Will/Norman, Wayne* 1999: Citizenship in Diverse Societies. Oxford: University Press.
- Landman, Todd* 1999: Economic Development and Democracy. The View from Latin America. In: Political Studies, Vol. 47, No. 4, 607-627.
- Lefort, Claude* 1999: Menschenrechte und politisches Handeln. In: Universitas, Jg. 54, Nr. 638, 732-742.
- Maier, Jürgen* 2000: Politikverdrossenheit in der Bundesrepublik. Dimensionen – Determinanten – Konsequenzen. Opladen: Leske + Budrich.
- Mambrey, Peter/Neumann, Hans-Peter/Sieverdingbeck, Kerstin* 1999: Bridging the gap between Parliament and Citizen – The Internet Service of the German Bundestag. In: Parliamentary Affairs, Vol. 52, No. 3, 480-493.
- Miller, Robert/Wilford, Rick/Donoghue, Freda* 1999: Personal Dynamics as Political Participation. In: Political Research Quarterly, Vol. 52, No. 2, 269-292.
- Milner, Helen* 1999: The New Wave of Regionalism. In: International Organisation, Vol. 53, No. 3, 589-629.
- Morrell, Michael* 1999: Citizens' Evaluations of Participatory Democratic Procedures. Normative Theory Meets Empirical Science. In: Political Research Quarterly, Vol. 52, No. 2, 293-323.
- Mudde, Cas* 1999: The Single-Issue Party Thesis: Extreme Right Parties and the Immigration Issue. In: West European Politics, Vol. 22, No. 3, 182-198.
- Myers, Robert H.* 1999: Self-Governance and Cooperation. Oxford: University Press.
- Notz, Gisela* 1999: Die neuen Freiwilligen. Ulm: AG SPAK.
- Otto, Ulrich/Müller, Siegfried* 2000: Engagementförderung als multiple Netzwerkitervention. Opladen: Leske+Budrich.
- Padgett, Stephen* 1999: Organizing Democracy in Eastern Germany. Interest Groups in Post Communist Society. Cambridge: University Press.
- Peters, Jürgen* 2000: Dienstleistungsarbeit in der Industrie. Ein gewerkschaftliches Gestaltungsfeld. Hamburg: VSA.
- Pierre, Jon* 1999: Debating Governance. Authority, Steering, and Democracy. Oxford: University Press.
- Reinsdorf, Clara/Reinsdorf, Paul* 2000: Drahtzieher Gottes. Die Kirchen auf dem Marsch ins 21. Jahrhundert. Aschaffenburg: Alibri-Verlag.
- Rodenberg, Birte* 1999: Lokale Selbstorganisation und globale Vernetzung. Handlungsfelder von Frauen in der Ökologiebewegung Mexikos. Bielefeld: trascript.
- Roni, Karsten/Schneider, Volker* 1999: Global Governance through Private Organizations. In: Governance, Vol. 12, No. 3, 243-267.
- Sanderson, Ian* 1999: Participation and Democratic Renewal. From instrumental to communicative rationality. In: Policy and Politics, Vol. 27, No. 3, 325-343.
- Schäfer, Claus* 2000: Der Niedriglohn-Sektor. Hamburg: VSA.

LITERATUR

Schmidt-Salomon, Michael 2000: Erkenntnis aus Engagement. Grundlagen zu einer Theorie der Neomoderne. Aschaffenburg: Alibri-Verlag.

Smith, Elizabeth S. 1999: The Effects of Investments in the Social Capital of Youth on Political and Civic Behavior in Young Adulthood. A Longitudinal Analysis. In: *Political Psychology*, Vol. 20, No. 3, 553-611.

Soeffner, Hans-Georg/Tänzler, Dirk 2000: Figurative Politik. Zur Performanz der Macht in der modernen Gesellschaft. Opladen: Leske+Budrich.

Steffen, Johannes 2000: Zukunft der Renten. Ende des Generationenvertrages? Hamburg: VSA.

Timmermann, Martina 2000: Die Macht kollektiver Denkmuster. Werte, Wandel und politische Kultur in den USA und Japan. Opladen: Leske+Budrich.

Van Nijntzen, Debora L. 1999: Participation and Environmental Policy in Canada and the United States. Trends over Time. In: *PSJ*, Vol. 27, No. 2, 267-288.

Weber, Edward P. 1999: The Question of Accountability in Historical Perspective. From Jackson to Contemporary Grassroots. In: *Administration&Society*, Vol. 31, No. 4, 451-495.

Weisbrod, Burton A. 1998: To Profit or Not to Profit. The Commercial Transformation of the Non-Profit Sector. Cambridge: University Press.

Wiener, Antje 1999: The Constructive potential of citizenship. Building European Union. In: *Policy and Politics*, Vol. 27, No. 3, 271-295.

Windfuhr, Michael 1999: 'Track Two' – Intervention. Die Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure in der Konfliktprävention. In: *Universitas*, Jg. 54, Nr. 638, 755-766.

Witt, Dieter 1999: Ehrenamt und Modernisierungsdruck in Nonprofit-Organisationen. Wiesbaden: DUV.

Wollmann, Hellmut 1999: Politik- und Verwaltungsmodernisierung in den Kommunen. Zwischen Managementlehre und Demokratiegebot. In: *Die Verwaltung*, Bd. 32, Nr. 3, 345-377.

THEMENHEFTE/SCHWERPUNKTE

Civil Society: *The Annals*, Vol. 565, Sept. 99.

Generationen: Die Neue Gesellschaft, Frankfurter Hefte, Jg. 46, Nr. 10, 1999.

Party Democracy and Direct Democracy: *Party Politics*, Vol. 5, No.3, 1999.

Politikverdrossenheit und Politisches Engagement: Moser, Helmut (Hg.). *Zeitschrift für Politische Psychologie*, Jg. 7, SH, 1999.

Protest Event Analysis (Special Issue) 1999: Mobilization, Vol. 4, No. 2.

Warnfried Dettling: Die Bürgergesellschaft als Reformperspektive – Neue Chancen für das Ehrenamt, FJ NSB 2/00, S. 8-14

In diesem Essay schlägt Warnfried Dettling eine Präzisierung des Begriffes der Bürgergesellschaft vor. In der ersten Dimension versteht er Bürgergesellschaft als eine Bezeichnung für das Große und Ganze. Ihr liegt in diesem Kontext eine Auffassung bürgerschaftlicher Aktivitäten zugrunde, die sich z.B. nicht nur auf die Partizipation über Wahlen beschränkt. In der zweiten Dimension hat Dettling das Besondere, einen Teilbereich menschlicher Aktivitäten innerhalb der Gesellschaft, beschränkt im Visier. In den sozialen Räumen dieser, wie er es bezeichnet ‚civil society‘ schlummern jene Motive gemeinsamen Engagements, auf die wiederum die Bürgergesellschaft im ganzen angewiesen ist (private Freiwilligentätigkeiten in Vereinen, Initiativen oder im Ehrenamt). Bürgergesellschaft ist ohne ökonomische und staatliche Rahmenmaßnahmen für Dettling unvorstellbar. Sie darf jedoch nicht als Ersatz für ureigene staatliche (Sozialstaat) oder ökonomische Aufgaben verstanden werden.

Warnfried Dettling: Bürgergesellschaft (citizen society) as a reform perspective – New opportunities for volunteering, FJ NSB 2/00, pp. 8-14

In his essay Warnfried Dettling proposes a precision of the term *Bürgergesellschaft*. In a first step, he understands this term in a generic way. In this context *Bürgergesellschaft* is constituted by civil activities, i.e. not just confined in participation through elections. In a second step, Dettling looks at a particular sphere of human activities in society. In these social spheres of civil society, as he calls it, lie dormant those motives of commitment that are necessary for the *Bürgergesellschaft* as a whole (private volunteer activities in associations or initiatives). *Bürgergesellschaft* without economic and governmental framing measures is not imaginable for Dettling. However, it must not be seen as a substitute for the very own governmental (welfare state) and economic tasks.

Kurt Beck: Bürgerschaftliches Engagement zwischen Tradition und Aufbruch, FJ NSB 2/00, S. 15-21

Um eine Bürgergesellschaft als eine Gesellschaft mit mehr demokratischer Teilhabe und Eigenverantwortung herauszubilden, sollten vor allem zwei Fragen, so Kurt Beck, geklärt werden: Zum einen, wie das Potential bürgerschaftlichen Engagements, seine Beweggründe sowie seine Gestaltungs- und Leistungsfähigkeit realistisch einzuschätzen ist und, zum zweiten, welche Rolle die Politik vor diesem Hintergrund spielen kann. Eine Bürgergesellschaft muss die Unternehmen als aktive Partner einschließen; sie sollte berücksichtigen, dass bürgerschaftliches Engagement primär von denen erbracht wird, die ein festes Arbeitsverhältnis haben; schließlich gilt es, auf veränderte Motivationslagen (Spaß, Selbstverwirklichung) der Engagementbereiten einzugehen. Staat und Politik können für die Entwicklung einer Bürgergesellschaft vor allem drei Voraussetzungen erbringen: Zum einen darf die Förderung der Bürgergesellschaft nicht als Vorwand für sozial ungerechte Einschnitte am Sozialstaat erscheinen. Der Staat sollte, zweitens, Freiräume für eigenverantwortliches Handeln und Mitbestimmung in öffentlichen Räumen schaffen. Schließlich

ABSTRACTS

müssen sich Staat und Verwaltung als Ermöglichungs- und nicht als Blockadeinstanzen verstehen. Unter diesen Voraussetzungen und mitnichten als Gegenveranstaltung zu der verfassungsrechtlich vorgesehenen repräsentativen Demokratie, kann sich in Deutschland eine lebendigere und gerechtere Gesellschaft herausbilden.

Kurt Beck: Civil Activism between Tradition and Awakening, FJ NSB 2/00, S. 15-21

For building a civil society based on democratic participation and citizens' own responsibility, according to Kurt Beck, two questions are crucial: First, the amount, power and innovative potential of citizen participation must be assessed realistically. Second, the role of politics in these circumstances has to be defined. A civil society must include business as an active partner; furthermore it must be realized, that civil activism is mainly carried out by employed people; finally the motives of volunteers (like enjoyment and self-realization) must be taken into account. In three ways governmental politics can further a civil society: First, civil activism must not be an excuse for socially unbalanced cuts in the welfare system. Second, politics should offer opportunities for activism on one's own responsibility and empowered participation. Finally, government and administration must support rather than hinder civil activism. This does not lead into an opposition to the state and representative democracy. On the contrary, Germany could gain a more active and a fairer civil society.

Herfried Münkler: Ehre, Amt und Engagement. Wie kann die knappe Ressource Bürgersinn gesichert werden?, FJ NSB 2/00, S. 22-32

Die fortschreitende Interventions- und Steuerungsunfähigkeit herkömmlicher Nationalstaaten, verbunden mit einer fortschreitenden Individualisierung moderner Gesellschaften, hat zur Folge, dass der sozio-moralische Zusammenhalt der Gesellschaften schwindet. Vor dem Hintergrund dieser Ausgangsdiagnose und in Abgrenzung gegen jene um die sozio-moralische Dimension verkürzten juristisch-ökonomisch inspirierten Demokratietheorien plädiert Herfried Münkler für ein klassisch-republikanisch geleitetes Verständnis des Bürgers. Bürgersinn und bürgerliche Ehre sind für ihn mehr als nur auf den eigenen Ertrag und das persönliche Fortkommen animierte Ressourcen. Der Bürger als Konsument und Produzent von Freiheit; ein Bürger, der sich fragt, was er für das Land tun kann, unterstützt von entsprechenden staatlichen Rahmenmassnahmen, sind die Voraussetzungen für den Erhalt freiheitlicher Ordnungen.

Herfried Münkler: Honour, office and commitment. Can civic sense as a rare resource be secured?, FJ NSB 2/00, pp. 22-32

As a consequence of the traditional nation-states' increasing inability of intervention and control, accompanied by an increasing individualisation of modern societies, socio-moralic solidarity in society is declining. Starting from this initial analysis and in distinction to those juridically-economically inspired democratic theories that omit the social-moralic dimension, Herfried Münkler pleads for a classical republican understanding of the citizen. Civic sense and civic honour are

ressources that comprise more than individual advantages and one's own success. The citizen as a consumer and producer of liberty, who is asking what he can do for his country, supported by the relevant governmental framing measures, is the precondition for the preservation of liberal and democratic order.

Helmut Klages: Die Deutschen – ein Volk von ‚Ehrenämtlern‘? Ergebnisse einer bundesweiten Studie, FJ NSB 2/00, S. 33-47

Eine systematische Auswertung der aktuellen bundesweiten Studie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zum ehrenamtlichen Engagement in Deutschland nimmt Helmut Klages vor. Neben vielen interessanten Einzelergebnissen ragt vor allem heraus, dass die Engagementbereitschaft und auch das noch ungenutzte Engagementpotential sehr hoch sind. Defizite bestehen jedoch bei den Rahmenbedingungen für das Engagement. Ein entscheidender Erfolgsfaktor der Rekrutierung muss die Aussicht und tatsächliche Möglichkeit auf eigenverantwortliches Handeln sein. Die Verantwortungsdelegation nach ‚unten‘ ist bis dato mangelhaft ausgeprägt. So ist das eigentliche Problem nicht der mangelnde Wille, sondern ein mangelndes ‚Dürfen‘. Eine Strategie, dem gerecht zu werden, wäre die Schaffung eines flächendeckenden Netzes engagementfördernder Kontaktstellen, Börsen, Agenturen.

Helmut Klages: The Germans – a People of Volunteers? Results of a Nation-wide Project, FJ NSB 2/00, pp. 33-47

Klages presents systematic results from a recent nation-wide study, carried out by the ministry for family, senior citizens, women and youth. The striking finding is that the preparedness for voluntary work and the potential for further volunteer recruitment are very high. However, the circumstances of voluntary work are problematic. Efforts for volunteer recruitment are most successful by visibly offering the chance for acting on one's own responsibility. Effective delegation is rare among volunteer based organisations. That holds further people back from activities on a voluntary basis. Agencies offering contact could help to overcome some of the shortcomings.

Gisela Notz: Ehre(n)Amt und Arbeit. Wer ist der Engagierteste im Land?, FJ NSB 2/00, S. 48-57

Forschungen und Veröffentlichungen zum Thema Ehrenamt bzw. bürgerschaftliches Engagement blenden häufig die unterschiedliche Bedeutung des Ehrenamtes für Frauen und Männer aus. Dieser Befund findet sich, so Gisela Notz, auch in der neuesten Untersuchung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Unter Rückgriff auf diese und zuvor erschienene Studien kann die Autorin nachweisen, dass geschlechterspezifische Arbeitsteilungen innerhalb ehrenamtlicher Tätigkeiten weiterhin existieren. Zum Großteil verrichten die Frauen ihre Aufgaben im Sozial- und Gesundheitsbereich, während die überwiegende Zahl der Männer in politischen, wirtschaftlichen oder wissenschaftlichen Bereichen ehrenamtlich arbeitet. Ein Grundpro-

ABSTRACTS

blem sind die unterschiedlichen Voraussetzungen männlicher und weiblicher Ehrenamtstätigkeit: Männer sind zumeist berufstätig und daneben ehrenamtlich tätig. Frauen haben häufig keine berufliche Existenz, leisten also ausschliesslich ehrenamtliche Arbeit. Dabei wollen immer mehr Frauen die ehrenamtliche Arbeit nicht als Ersatz für, sondern als zusätzliche Arbeit neben einer bezahlten Berufsarbeit erbringen. Eine zukunftsorientierte Debatte um Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement muss deshalb die geschlechterspezifischen Bedingungen dieser beiden Tätigkeitsfelder bedenken.

Gisela Notz: Volunteering and work. Who is most committed in the country?, FJ NSB 2/00, pp. 48-57

Research and publications in the field of volunteering or civil commitment frequently omit the different meaning of volunteering for men and women. These results, according to Gisela Notz, can be seen in the recent survey of the Federal Ministry for family, seniors, women and youth. By reverting to this and other surveys, the author shows that sex-specific division of labour within volunteering still exists. For the most part, women work in the area of social services and health, whereas men mainly volunteer in the political, economical or scientific sphere. A major problem are the different preconditions of female and male volunteering. Most men are working and volunteer in their spare time. Most women do not have a working existence and are working exclusively in volunteering jobs. But more and more women want to do this work in addition to a payed labour. A forward looking debate of volunteering and civil commitment must therefore take into account the sex-specific conditions of these two fields of activity.

Adrian Reinert: Bürgergesellschaft als Prozess – Wege der Engagementförderung, FJ NSB 2/00, S. 58-63

Empirische Daten über Bewertungen und Einschätzungen staatlich organisierten bürgerschaftlichen Engagements sind, so Adrian Reinert, ebenso vielfältig wie die Vorstellungen, theoretischen Begründungen und Konzepte von Bürgergesellschaft. Dennoch haben sich wesentliche Merkmale neuer Engagementformen herauskristallisiert: thematische und zeitliche Autonomie sowie ein überschaubares Tätigkeitsumfeld. Innerhalb dieser groben Kategorien gibt es wiederum Ausdifferenzierungen. Diese komplexen Strukturen und Voraussetzungen erschweren pauschale Begriffsverwendungen und thematisch übergreifende verbandliche Organisation. Reinert plädiert von daher für ein Verständnis von Bürgergesellschaft als Prozess. Dieser Prozess sollte durch Rahmenbedingungen erleichtert und gefördert werden. Als Stichworte nennt er: engagementfördernde Infrastruktur, Stärkung des Prinzips gegenseitiger Hilfe, umfassende Förderung der Mitverantwortlichkeit sowie eine gerechte Verteilung von Arbeit innerhalb der Gesellschaft.

Adrian Reinert: *Bürgergesellschaft* as a process - Ways towards a support of volunteering, FJ NSB 2/00, pp. 58-63

Empirical data about the valuation and assessment of governmentally organized civil activities are, according to Adrian Reinert, as diverse as the ideas, theories and concepts of civil society. Nevertheless, some central characteristics of this new form of commitment could be extracted: thematic and temporal autonomy and a clearly defined field of activity. Within these rough categories, however, there are some differentiations. These complex structures and preconditions make it difficult for a general use of the term and for volunteering organisations with a broad thematical range. Because of this, Reinert pleads for an understanding of civil society as a process. This process should be supported and facilitated by framing measures. Elements mentioned are an infrastructure that supports volunteering, a strengthening of the principle of reciprocal help, extensive support of joint responsibility and a just distribution of work within the society.

Gisela Jakob/Heinz Janning: *Freiwilligenagenturen – Eine erste Bilanz*, FJ NSB 2/00, S. 64-76

Der Beitrag von Gisela Jakob und Heinz Janning bietet einen Einblick in das heterogene Organisations- und Tätigkeitsfeld der Freiwilligenagenturen. Zugleich unternehmen die Autoren eine kritische Analyse der Agenturen und ihres politischen Umfeldes. Unterschiedliche Aspekte sind dafür verantwortlich, dass eine Freiwilligenagentur-Kultur in Deutschland auf einem wackligen Fundament steht: Zum Ersten die unsichere finanzielle Ausstattung der Agenturen durch öffentliche Fördermittel. Ständige finanzielle Unsicherheit verhindere, so Jakob/Janning, eine kontinuierliche und professionelle Arbeit. Zum Zweiten sehen die etablierten Wohlfahrtsverbände in der Übernahme des Konzeptes der Freiwilligenagenturen einen möglichen Ansatz, ihre eigenen Rekrutierungsprobleme anzugehen. Eine enge Anbindung an einen Spitzenverband widerspricht jedoch dem zentralen Gedanken verbandsunabhängiger und verbandsübergreifender Tätigkeit von Freiwilligenagenturen. Gemeinhin besteht der Auftrag von Freiwilligenagenturen in der umfassenden Engagementförderung. Aus vielerlei Gründen können und wollen Agenturen diesem Auftrag nicht folgen. Die Autoren sehen darin einen wesentlichen Grund schlechter Aussenwahrnehmung und finanzieller Probleme vieler Agenturen. Um den skizzierten Schwierigkeiten Abhilfe zu leisten, fordern Jakob/Janning die Entwicklung unterschiedlicher Trägermodelle, ausreichende öffentliche Mittel sowie eine bundesweit und unabhängig tätige Serviceeinrichtung zur Schaffung engagementförderlicher Rahmenbedingungen.

Gisela Jakob/Heinz Janning: *Agencies for Volunteering – A First Review*. FJ NSB 2/00, pp. 64-76

Jakob and Janning take a look at the wide variety of the organisational forms and activities by agencies for volunteering and review critically their situation. The work of agencies for volunteering are marked by several persistent problems: First, due to the character of public funding, their financial resources are insecure. This hinders continuous and professional work. Second, the established public welfare and charity associations try to adapt the concept of agencies for

ABSTRACTS

volunteering in order to overcome their own recruitment problems. Close ties with these associations, however, are in contradiction to the principle of independence. Usually agencies for volunteering try to further volunteering in a broad sense, but for various reasons many agencies reject this goal. This results in their poor image and financial problems. Solutions to these problems could be variable maintenance concepts, sufficient public financing and the implementation of supportive circumstances.

Gerd Mutz: Unternehmerisches Bürgerschaftliches Engagement: Corporate Social Responsibility, FJ NSB 2/00, S. 77-86

In Debatten um den Ersten (Markt/Wirtschaft), Zweiten (Staat) und Dritten (Gesellschaft) Sektor haben der Erste und Dritte Sektor zunächst wenig gemein. Um diese bestehenden Schranken zwischen den beiden Sektoren zu überwinden, fordert Gerd Mutz eine neue Unternehmens- und Freiwilligenkultur. Hinter der Idee der Corporate Social Responsibility verbirgt sich ein neues Konzept nachhaltiger Unternehmensentwicklung und innovativer Unternehmenskultur. Nicht nur die Bürger selbst, sondern auch die Unternehmen müssen begreifen, dass in einer globalisierten Welt neue Anforderungen an sie vor Ort gestellt werden. Corporate Social Responsibility möchte das bürgerschaftliche Engagement der Unternehmensmitarbeiter fördern und soziale, kulturelle oder ökologische Ziele als Anliegen auch von Unternehmen verstanden wissen. Der Erste und Dritte Sektor sollen beide voneinander lernen und eine wichtige Grundlage für die Entwicklung sozialen Kapitals bilden.

Gerd Mutz: Business Volunteering: Corporate Social Responsibility, FJ NSB 2/00, pp. 77-86

In the debate about the first sector (economy), the second (public service), and the third sector (civil society) the first and the third sector seem to have nothing in common with each other. Mutz wants to fill the gap with a new business and volunteer culture. Corporate Social Responsibility is a concept of sustainable organisation development and innovative organisational culture. In a globalised world not only the individual but also business has to face new demands on the local level. Corporate Social Responsibility wants to further civil involvement of employees for social, cultural, and environmental goals. The first and the third sector can learn from each other and thus enlarge the social capital of our society.

Henk Kinds: Allianzen zwischen Wirtschaftsunternehmen und dem gemeinnützigen Sektor, FJ NSB, S. 87-91

Vor dem Hintergrund seines reichen Erfahrungsschatzes als Praktiker im Handlungsfeld zwischen Ersten, Zweiten und Dritten Sektor plädiert Henk Kinds für mehr Allianzen vor allem zwischen dem Ersten und dem Dritten Sektor („Corporate Citizenship“). Kinds, europaweit tätig, verdeutlicht an Hand von Beispielen aus Großbritannien, Dänemark und den Niederlanden, was Deutsch-

land aus den dort gemachten Erfahrungen zur Ausbildung von Allianzen zwischen Wirtschaftsunternehmen und gemeinnützigen Organisationen, Netzwerken oder Initiativen lernen kann. In Deutschland muss sich dafür vor allem das Verständnis des gegenseitigen und voneinander Lernens noch viel stärker herausbilden. Wie es funktioniert, wenn Berührungspunkte erst einmal abgebaut worden sind, zeigen Kinds Beispiele aus den genannten Ländern.

Henk Kinds: Alliances between the business and the civil sector, FJ NSB 2/00, pp. 87-91

Being an experienced activists in all the three sectors of market, public service and civil society all over Europe, Kinds argues for alliances between the business and the civil society ('Corporate Citizenship'). Based on examples from Great Britain, Denmark, and the Netherlands he illustrates the advantages of such alliances and the potential lying in the cooperation of business and non-profit organisations, networks and initiatives. The idea of learning from each other is underdeveloped in Germany. However, the examples show clearly, that both sides can profit from these alliances.

Adalbert Evers: Bürgerschaftliches Engagement – Thesen zur zukünftigen Arbeit der Enquete-Kommission, FJ NSB, 2/00, S. 92-96

Adalbert Evers warnt vor einer auf Fragen der individuellen Anreize verkürzten Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Nur durch einen Wandel der institutionellen Infrastruktur lässt sich der Dritte Sektor neben Staat und Markt als eigenständiger Faktor einer Bürgergesellschaft in der ganzen Breite sozialer Institutionen stärken. Der erforderliche organisationskulturelle Wandel steht in Deutschland noch aus. Dies gilt auch für den Wandel politischer und gesellschaftlicher Leitbilder, die sich auf das Bürgerengagement beziehen. Es kommt darauf an, die Debatten um die zukünftige Arbeitsgesellschaft, eines gerechten Umbaus des Sozialstaats und des zukünftigen Platzes bürgerschaftlichen Engagements in der Gesellschaft so zu führen, dass weder eine Reduktion von Bürgerengagement auf Arbeit noch dessen Instrumentalisierung in einer sozialpolitischen Umbaudiskussion erfolgt.

Adalbert Evers: Civil involvement – Some Propositions for the Tasks of the Commission on Voluntary Activism, FJ NSB 2/00, pp. 92-96

Evers discusses the tasks of the public commission on voluntary activism. Discussing volunteering must not be reduced to offering selective incentives on the individual level. Only an institutional change can provide the infrastructure for a strong third sector besides market and public services. The necessary organisational changes remain urgent. Also the societal and political views on volunteering require a development. Debates on the future of work, the public service and civil involvement must not only discuss volunteering in the context of work and the transformation of the welfare state.

Soziologie bei Lucius & Lucius

Zeitschriften

Zeitschrift für Soziologie

Herausgegeben für die Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld von J. Bergmann, A. Diekmann, R. Münch, I. Ostner, H. Tyrell
Jahrgang 29/2000. 6 Hefte.
Jahresabo DM 154,-

Ethik und Sozialwissenschaften

Streitforum für Erwägungskultur

Herausgegeben von F. Benseler, B. Blanck, R. Keil-Slawik, W. Loh
Jahrgang 11/2000. 4 Hefte. Jahresabo
DM 138,-

Zeitschrift für Rechtssoziologie

Herausgegeben von A. Bora, A. Höland, D. Jansen, D. Lucke, S. Machura, W. Ludwig-Mayerhofer, G. Teubner
Jahrgang 21/2000. 2 Hefte.
Jahresabo DM 98,-

Analyse & Kritik

Zeitschrift für Sozialtheorie

Herausgegeben von M. Baurmann und A. Leist
Jahrgang 22/2000. 2 Hefte.
Jahresabo DM 96,-

Arbeit

Zeitschrift für Arbeitsforschung, Arbeitsgestaltung und Arbeitspolitik

Herausgegeben von H. Bartmann, H. Groß, U. Müller, H. Neuendorff, G. Peter, R. Skrotzki, I. Udris, K.-G. Zinn
Jahrgang 9/2000. 4 Hefte.
Jahresabo DM 108,-

Neuerscheinungen

Soziologie der Migration

**Erklärungsmodelle, Fakten,
Politische Konsequenzen, Perspektiven**
Von Petrus Han
2000. XII/374 S. DM 39,80

Moderne amerikanische Soziologie

Mit Beiträgen von D. Bögenhold, N. Smelser, I. Wallenstein, R. Collins, J. C. Alexander, M. T. Hallinan, M. Granovetter, G. Ritzer, H. E. Aldrich, R. Waldinger, R. Hollingsworth
2000. X/312 S. DM 39,80

Luhmann-Lexikon

Eine Einführung in das Gesamtwerk von Niklas Luhmann

Mit 27 Abb. und über 500 Stichworten von D. Krause
2., vollständig überarbeitete, erweiterte und aktualisierte Auflage
1999. VI/273 S., 27 Abb., 500 Stichworte.
DM 29,80

Systemtheorie

Von H. Willke

Band I: Grundlagen

Eine Einführung in die Grundprobleme der Theorie sozialer Systeme
6. Auflage 2000. X/271 S. kt. DM 32,80

Band II: Interventionstheorie

Grundzüge einer Theorie der Intervention in komplexe Systeme
3. bearb. Auflage 1999. XI/291 S. DM 32,80

Band III: Steuerungstheorie

Grundzüge einer Theorie der Steuerung komplexer Sozialsysteme
2. Auflage 1998. X/352 S. kt. DM 36,80

Lucius & Lucius

